

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

KARL DIETRICH BRACHER

Die Brüning-Memoiren

MICHAEL H. KATER

Zur Soziographie der frühen NSDAP

HARALD MEY

Marktwirtschaft und Demokratie

DOKUMENTATION

Telegrammwechsel Bela Kun–Tschitscherin

BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher,
Dietrich Geyer und Hans Mommsen

Schriftleitung: Prof. Dr. Helmut Krausnick, Dr. Martin Broszat, Dr. Thilo Vogelsang
Redaktion: Hellmuth Auerbach

Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 80, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Karl Dietrich Bracher* . . . Brünings unpolitische Politik und die Auf-
lösung der Weimarer Republik 113
- Michael H. Kater* . . . Zur Soziographie der frühen NSDAP 124
- Harald Mey* Marktwirtschaft und Demokratie
Betrachtungen zur Grundlegung der Bun-
desrepublik 160

DOKUMENTATION

- Aus dem Telegrammwechsel zwischen Moskau und Budapest
März–August 1919 (*János M. Bak*) 187

- BIBLIOGRAPHIE 21

Diesem Heft liegt ein Prospekt der Werbegemeinschaft „Geschichte im Buch“ bei.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 2998 61.
Preis des Einzelheftes DM 9.– = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-
ment (4 Hefte) DM 30.– = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im
Abonnement jährlich DM 24.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten,
die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement
beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.–; für Stu-
denten DM 38.– (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmi-
gung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wert-
marke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirsch-
graben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwi-
schen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen In-
dustrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag
auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

Bildnachweis

Porträtaufnahme: Fotografie Paul Swiridoff, Schwäbisch Hall

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

19. Jahrgang 1971

2. Heft/April

KARL DIETRICH BRACHER

BRÜNINGS UNPOLITISCHE POLITIK UND DIE AUFLÖSUNG DER WEIMARER REPUBLIK*

Das Erscheinen beziehungsweise Nichterscheinen der Brüning-Memoiren war über Jahrzehnte von Geheimnis und Spekulation umgeben. Davon zeugen noch die Nachrufe auf den Tod des 85jährigen Brüning am 30. März 1970 – auf den Tag 40 Jahre nach seinem wahrhaft historischen Regierungsantritt. Was bedeutet nun die lange verzögerte Publikation der zum größten Teil schon 1934/35 geschriebenen Erinnerungen? Sie haben viele Illusionen zerstört – Illusionen, die sich sowohl um die Person Brünings und seine politischen Möglichkeiten und Ziele wie um den Charakter und die Bedeutung des Präsidialkabinetts von 1930–32 gebildet und bis heute hartnäckig erhalten haben. Sie finden sich noch in der jüngsten Darstellung seines ihm eng verbundenen Ministers Gottfried Treviranus¹ wie in der Festschrift zum 80. Geburtstag des ehemaligen Reichskanzlers². Entgegen manchen neueren Forschungen kehrte hier wie in der Populärliteratur jene Interpretation wieder, die man zugespitzt den Brüning-Mythos nennen könnte. Sein Kern war die Behauptung von der unausweichlichen Notwendigkeit des Brüning-Kurses als der einzigen Möglichkeit zur Überwindung der Krise von Weimar und zur Rettung der Demokratie. Dazu gehörte auch die Legende von dem tragischen Sturz „100 Meter vor dem Ziel“, mit der sein Scheitern erklärt oder auch überdeckt wurde.

Diesen Mythos hat nun Brüning selbst in wesentlichen Teilen widerlegt, und darin liegt die große Bedeutung dieses so wenig sensationellen, eher trockenen Buches für die Geschichtsschreibung wie für die politische Analyse der ersten deutschen Demokratie. Die Kontroversen, die in den fünfziger und sechziger Jahren um die Auflösung der Weimarer Republik geführt wurden, sind nun wesentlich

* Der folgende Beitrag beruht auf einem Vortrag, den der Verfasser im Rahmen eines Aktuellen Forums der Katholischen Akademie in Bayern zum Thema „Die Brüning-Memoiren in der zeitgeschichtlichen Kritik“ am 13. 2. 1971 gehalten hat. Die Herausgeber behalten sich vor, in dieser Zeitschrift auf wesentliche Fragenkomplexe der Politik Brünings, die durch seine Memoiren in neuem Licht erscheinen, zu einem späteren Zeitpunkt noch näher einzugehen.

¹ Gottfried Treviranus, Das Ende von Weimar, Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf-Wien 1968.

² Festschrift für Heinrich Brüning, hrsg. von F. A. Hermens und Th. Schieder, Berlin 1967.

zu modifizieren. Alle Beteiligten haben dabei ihr Bild zu ergänzen und zu ändern, aber am entschiedensten betrifft dies jene Mehrheit von Verteidigern des Brüning-Experiments um Historiker wie Werner Conze, der seinerzeit meine kritische Darstellung der *Auflösung der Weimarer Republik* (1955) als unhistorisch-deterministisch verworfen und dabei freilich selbst die deterministische Auffassung vertreten hat, es habe einen anderen Ausweg aus der Krise nicht gegeben³.

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, erneut einen historischen Abriß der Auflösung der Weimarer Republik zu geben. Auch ist es nicht möglich, die Memoiren Brünings in ihrem verwirrenden Detailreichtum Kapitel für Kapitel kritisch zu referieren und gegebenenfalls zu widerlegen. Wesentliches ist schon in den ersten größeren Besprechungen charakterisiert worden⁴. Unter drei großen Gesichtspunkten kann man vor allem das umfangreiche Erinnerungswerk sehen:

1. Wie ist der konkrete Informationsgehalt, sind die sachlichen Aufschlüsse über faktische Ereignisse und Zusammenhänge zu beurteilen? Die speziellen Informationen sind so gehäuft und unvermittelt aneinandergereiht, daß der unvorbereitete Leser das in unzählige Einzelheiten zerfallende Buch mit dem Ergebnis schließen mag, vor lauter Bäumen den Wald nicht zu sehen.
2. Was ergibt sich daraus für die Person Brünings und den Stil seiner Politik, deren Wesen man, wie ich meine, unter die paradoxe Formel von der „unpolitischen Politik“ fassen kann?
3. Welches ist die historische Stellung des Brüning-Regimes im Zusammenhang mit der Entwicklung der Weimarer Republik von der parlamentarischen Demokratie zur Präsidialdiktatur und zum Führerstaat?

Die Brüning-Memoiren sind dabei in doppelter Hinsicht aufschlußreich: als ein – gewiß subjektiver – Beitrag aus nächster Nähe zur Rekonstruktion des faktischen Geschehens, zugleich aber auch als die wichtigste Quelle zum Selbstverständnis des historisch entscheidenden Präsidialkabinetts von 1930, mithin zur Entschlüsselung der seit jeher umstrittenen Frage, ob man es beim Brüning-Regime mit einem demokratischen Rettungsversuch oder mit der ersten Stufe einer autoritären Umwandlung zu tun habe, die über Papen zu Hitler führt.

I

Zunächst ist festzustellen, daß Brünings Bericht über die Zeit seiner Kanzlerschaft, der mehr als zwei Drittel der Memoiren umfaßt, durchaus hohen Informa-

³ Werner Conze, „Die Krise des Parteienstaats in Deutschland“, in: *Historische Zeitschrift* 178 (1954), S. 47 ff. sowie ebenda 199 (1964), S. 529 ff., und noch in der Brüning-Festschrift: „Die Regierung Brüning“, a. a. O., S. 235 ff. Vgl. meine Stellungnahme in: *Von Weimar zu Hitler 1930–1933*, hrsg. von Gotthard Jasper, Köln 1968, S. 69 f., sowie die Neuauflage meiner *Auflösung der Weimarer Republik*, Villingen 1971.

⁴ Zum Beispiel Karl Otmar Freiherr von Aretin, „Ein Reichskanzler im Wettlauf mit der Zeit“, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 8 v. 9./10. 1. 1971, S. 86; Rudolf Morsey, „Mehr Monarchist als Zentrumsmann“, in: *FAZ* Nr. 257 v. 5. 11. 1970, S. 19; Bernd-Jürgen Wendt, in: *Das Parlament*, Nr. 51/52 v. 19. 12. 1971, S. 14; Ludwig Volk, „Brüning in eigener Sache“, in: *Stimmen der Zeit*, Nr. 187 v. 2. Febr. 1971, S. 123 ff.

tionswert besitzt. Es besteht kaum Anlaß, die sachliche Korrektheit der meisten faktischen Angaben und auch der Gesprächsresumés zu bezweifeln, die uns einen tiefen Blick in die Aktivität und die Auffassungen der beteiligten Personen und Gruppen tun lassen. Die Tag-für-Tag-Rekonstruktion des Geschehens ist freilich von sehr dezidierten Wertungen bestimmt, so daß ein wirkliches Verständnis der Schilderung eine Analyse des politischen Koordinatensystems Brüning voraussetzt. Darin liegt eine besondere Schwierigkeit für jeden Leser, der den Bestseller als ein Geschichtsbuch benutzen wollte. Die Fülle der Einzelinformationen, die auch der Forschung wertvolle Ergänzungen liefert, kann nicht über den entscheidenden Mangel des Buches hinwegtäuschen: daß nämlich die Bedeutung, der Stellenwert und der politische Zusammenhang der geschilderten Ereignisse unklar bleibt und daß als beherrschende Erklärung der bittere Eindruck von individuellen Intrigen und Verschwörungen dient, ohne daß Brüning die selbstkritische Frage stellt, wie dies möglich war und ob nicht gerade die oligarchisch-autoritäre Regierungskonstruktion von 1930 wesentlich dazu beigetragen hat. Bezeichnend ist die Reduzierung vieler Erklärungen auf Versagen oder Verrat einzelner Personen, ist das Fehlen verfassungs- und strukturgeschichtlicher Betrachtung und Einordnung der Zusammenhänge.

Dahinter steht ein im Grunde unpolitischer Begriff des Politischen, ohne den weder der Ductus der Memoiren noch der Charakter des Brüning-Regimes verständlich wäre. Es ist ein Begriff des Politischen, der die Bedingungen und Möglichkeiten politischen Planens und Handelns in der modernen Massengesellschaft verkennt – einer Gesellschaft, in der alle Politik sich demokratisch oder pseudo-demokratisch strukturiert, selbst autoritäre oder totalitäre Herrschaft. Brüning's Auffassung von Politik, wie sie in den Äußerungen der Kanzlerzeit ebenso wie in seinem nachträglichen Selbstverständnis hervortritt, steht in der Tradition einer deutschen Staatsauffassung, die auf der qualitativen Trennung von Parteipolitik und Staatspolitik, auf dem Vorrang des Staates vor der Demokratie beruht⁵. Diese Trennung war charakteristisch für die Struktur des Kaiserreichs von 1871 und seine inneren Spannungen zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen sozioökonomischer Emanzipation und innenpolitischer Stagnation. Der Burgfriede im Ersten Weltkrieg erschien als die große Bestätigung eines spezifisch deutschen Staatsmythos, der sich bewußt gegen die westlich-demokratische Relativierung des Staatlichen abhob. Konservative, Liberale und teilweise sogar Sozialdemokraten waren davon bestimmt; Thomas Manns „Bekenntnisse eines Unpolitischen“ von 1918 sind ein besonders markantes Zeugnis.

Niederlage, Revolution und Republik haben daran wenig geändert: die Kontinuität war auch in dieser Hinsicht stärker als der Neuanfang. Freilich rückte nun, mit der Änderung der politischen Strukturen und der Herrschaft eines parlamentsdemokratischen Parteienstaats, das Ideal des Staates über den Parteien in den Bereich der Fiktionen, die gegen die Realitäten republikanischer Partei- und Koali-

⁵ Vgl. K. D. Bracher, „Staatsbegriff und Demokratie in Deutschland“, in: Politische Vierteljahresschrift 9 (1968), S. 2ff.

tionspolitik, schließlich gegen die Demokratie von Weimar selbst ausgespielt wurden. Aber dies geschah mit um so größerer Wirkung, je schwerer die inneren Regierungsprobleme und die äußeren Hypothesen erschienen, die der Republik angelastet wurden. Neben der romantischen Verherrlichung der glanzvolleren Monarchie wurde das Verlangen nach Sicherheit, Ordnung und sachlicher Bewältigung der Probleme mit dem überparteilichen Staat identifiziert, wurden Sachlichkeit und Politik einander konfrontiert.

Auch die Zentrumsparlei, die doch zeitweilig wie der demokratische Liberalismus unter dem vordemokratischen Staatsbegriff und seiner autoritär-obrigkeitsstaatlichen Ausprägung schwer zu leiden hatte, blieb bei aller Interessenbindung gesellschafts- und kulturpolitischer Art in einer ambivalenten Stellung zwischen politisch-parlamentarischer Praxis und trans-demokratischem Staatsbegriff befangen⁶. Im breiten Bürgertum und selbst in der Weimarer Verfassungstheorie dominierte das Schlagwort von der Überparteilichkeit, das Gustav Radbruch damals so treffend die „Lebenslüge des Obrigkeitsstaates“ genannt hat.

Brüning gehört geradezu paradigmatisch in dies Bezugssystem. Mit dem Erlebnis des Krieges und dem Aushalten gegen die Revolution beginnen die Memoiren, und dieser Zusammenhang ist bezeichnend für den weiteren Verlauf. Die Rolle, die Brüning damals beim Schutz der OHL Hindenburgs und des Kaisers gespielt hat oder zu spielen glaubte, bleibt ihm ein Maßstab für das Folgende. Der 9. November 1918 war bei allen Unterschieden der gemeinsame neuralgische Punkt für Hindenburg und Brüning. Wiederholt kommen ihre Gespräche darauf zurück: es war für beide der bestimmende Erlebnishorizont⁷. Die zwei Hauptkomponenten der Brüningschen Staatsauffassung, die romantisch-konservative und die sachlich-asketische, sind in diesem Ansatz enthalten. Sie treten dann auch in den beiden wohl entscheidenden Bezugspunkten der Politik des Reichskanzlers hervor: erstens in der wider besseres Wissen eingegangenen und festgehaltenen Bindung des ehemaligen Kriegsoffiziers an den Feldmarschall und Oberkommandierenden von 1918, zugleich Verkörperung des Staates im vordemokratischen Sinne; und zweitens in der Fixierung auf ein vermeintlich überparteiliches, allein der „sachlichen“ Lösung verpflichtetes Regime. „Überparteiliche Gremien“, einflußreiche „Querverbindungen“ der oft gelobten „Frontkämpfergeneration“, Respekt vor dem Militärischen, Gemeinwohl statt Parteipolitik, das waren Begriffe und Bezugspunkte, die Brünings politisches Weltbild und Wertesystem bestimmen, auch ganz unreflektiert noch in den Memoiren. Jenseits der bloßen Politik lag denn auch der Anstoß zum Beschreiten des Weges, der vom parlamentarischen zum bürokratisch-autoritären System führte, wie Brüning in einem Brief damals selbst bekannte: „Dem Appell des Herrn Reichspräsidenten an mein soldatisches Pflichtgefühl konnte ich mich aber letzten Endes nicht entziehen.“⁸ Solche Formulierungen sind in ihrer Offenheit bezeich-

⁶ Dazu Rudolf Morsey, *Die deutsche Zentrumsparlei 1917-1923*, Düsseldorf 1966, S. 196 ff., 607 ff.

⁷ Brüning, *Erinnerungen*, S. 34.

⁸ Bei Rüdiger Robert Beer, *Brüning*, Berlin 1931, S. 54.

nend für Brüning betonte Zugehörigkeit zur „Generation der Frontkämpfer“ und für die tiefe Enttäuschung, unter der die späteren Äußerungen Brüning und nun vor allem die Erklärungen und Wertungen in seinen Memoiren stehen.

Zu den beiden Motiven der Staatsbindung (mit der Konsequenz des Hindenburg-Kurses) und des Sachlichkeitsethos (mit der Fixierung auf eine nur-ökonomische Durchhaltepolitik in der Wirtschaftskrise) kommt noch ein weiteres Element der außerdemokratischen Politik- und Staatsauffassung Brüning: die Überzeugung von dem Primat der Außenpolitik. Daß gute Verwaltung die beste Innenpolitik sei, daß ihr die Außenpolitik vorgeordnet sei, weil sie über das Schicksal der Staaten und Völker entscheide – dieser Leitsatz hatte den Beifall der meisten deutschen Historiker und Publizisten, die nach dem Scheitern von 1848 und unter dem Eindruck der Erfolge Bismarcks mehr an äußerer Machtpolitik als an Innenpolitik, Parteiengeschichte oder demokratisch-parlamentarischer Entwicklung orientiert waren. Im Kaiserreich diente die Auffassung, daß wahre Politik Außenpolitik sei, der Ablenkung der inneren Spannungen nach außen. In der Weimarer Republik war es die Fixierung auf den Versailler Vertrag als die vermeintliche Wurzel allen Übels, die die demokratische Innenpolitik belastete und einen radikalen Revisionismus begünstigte. Aber auch die gemäßigten Politiker standen im Bann oder unter dem Druck dieser Auffassung – mit der Konsequenz, daß weithin die Demokratie nur als Notlösung und Intermezzo bis zur äußeren Befreiung und Restauration des Reiches durch Revision betrachtet wurde. Für Brüning, den gelehrten National-ökonom und Finanzfachmann seiner Partei, war der Zusammenbruch von 1918 ebenso gegenwärtig wie die Überzeugung von der äußeren, durch Versailles und die Reparationen bedingten Verursachung der Wirtschaftskrise. So verband er außenpolitisches Primatdenken mit einem ökonomischen Spar- und Durchhaltekonzept: der Nachweis der deutschen Zahlungsunfähigkeit im weiteren Verlauf der Krise galt ihm als wichtigste Voraussetzung der Vertragsrevision. Das bedeutete freilich, daß aktive Innenpolitik zugunsten verwaltungs-, budget- und wirtschaftstechnischer Maßnahmen und ohne Rücksicht auf deren psychologische Auswirkungen verdrängt wurde. Ein Verständnis für die eminente Bedeutung der öffentlichen Meinung und ihrer politischen Gestaltung hatte hier keinen Platz.

Dies waren einige der wesentlichen Vorbedingungen oder auch Vorbelastungen des präsidential-autoritären Regierungskurses, den Brüning Ende März 1930 inmitten der Wirtschaftskrise begann. Dieser Kurs war aber, entgegen der bisherigen Legende von der Zwangsläufigkeit der Brüninglösung, schon ein Jahr vorher mit Schleicher und noch konkreter um Weihnachten 1929 mit Groener, Meißner, Treviranus und Hindenburg selbst geplant worden – also lange vor dem Zusammenbruch der Großen Koalition und wohl nicht ohne Wirkung auf ihr Schicksal. Die Memoiren Brüning lassen den Zusammenhang deutlich erkennen. Auch die Motive der Beteiligten treten bemerkenswert offen hervor. Etwas vereinfacht könnte man unterscheiden zwischen den langfristigen Elementen Brüningischer Staatsauffassung – konservatives Politik- und Demokratieverständnis, monarchisch-militärische Reminiszenzen, asketisches Arbeits- und Pflichtethos –, und den sachlich-zeit-

bedingten Konzeptionen seiner praktischen Politik: den Möglichkeiten eines über- oder antiparlamentarischen Notstandsregimes, dem Hindenburg-Mythos, der Neutralisierung innenpolitischer Konflikte durch außen- und revisionspolitische Erfolge. Freilich hing diese Politik nicht allein von den Vorstellungen und Fähigkeiten Brünings ab: nicht minder wichtig war die Tatsache, daß er seine Berufung in erster Linie den autoritären Plänen um Hindenburg und die Reichswehrführung verdankte. Von ihnen wurde er abhängig im selben Maße, in dem er sich von demokratischer Innenpolitik unabhängig zu machen suchte. Teils bewußt, teils unbewußt ist er so vom vermeintlichen Retter der Republik zum ersten ihrer Liquidatoren geworden.

II

Betrachten wir unter diesen Gesichtspunkten die Aussagen und Wertungen in Brünings großem Bericht, so treten vor allem sechs Komplexe hervor:

1. Die vorrangige und einseitige Fixierung auf Versailles und seine Überwindung.
2. Die Überzeugung von der notwendigen Reduzierung des parlamentarischen Systems zugunsten einer Monarchie Bismarckscher Prägung.
3. Die negative Beurteilung des demokratischen Pluralismus überhaupt, der Partei- und Verbändepolitik, des Parlamentarismus und der öffentlichen Meinung.
4. Die ambivalente, aber zutiefst abhängige Stellung zu Hindenburg und zur Reichswehrführung, den Pfeilern seines Regimes.
5. Die Orientierung an einer künftigen Reichsordnung zwischen Demokratie und Diktatur, von der auch die intendierte Schwenkung nach rechts und Brünings Schwanken zwischen schwacher Gegnerschaft zur NSDAP und seinen mißlungenen Versuchen zu einer Zähmung der Hitlerbewegung bestimmt wird.
6. Schließlich der Epilog zum Ende der Republik und der Zentrumspartei, in dem das kritische Verhältnis zum Parteiführer Prälat Kaas und zur Konkordatspolitik des Vatikans besonders hervortritt.

Wenn Karl Otmar von Aretin in seiner Besprechung den deprimierenden Eindruck der Memoiren in die Feststellung faßt: „dieser Staat war nicht zu retten“, dann trifft dies nicht zu für das Frühjahr 1930, wohl aber für das Ergebnis der nun folgenden Intrigenherrschaft hinter oder im Gewande sachlicher Staatspolitik. Sie hat das Machtvakuum von 1932 und die Chance für die nationalsozialistische Machtergreifung hinterlassen. Daß eine parlamentarisch-demokratische Lösung der Krise aber 1930 unter keinen Umständen mehr möglich gewesen sei, diese so apodiktisch verbreitete Behauptung wird durch die Umstände der Berufung Brünings und nun auch durch seinen eigenen Bericht keineswegs bestätigt. Meine These vom inneren Machtverlust der parlamentarischen Demokratie, die durch den Brüningkurs wesentlich beschleunigt, von den Protagonisten einer rechten Präsidialdiktatur bewußt verschärft wurde, findet Rückhalt in den überraschend offenen Äußerungen, mit denen Brüning seine eigenen dezidierten Pläne zur bewußten Umwandlung der parlamentarischen Parteiendemokratie in eine autoritäre Monar-

chie unter der Regentschaft Hindenburgs dokumentiert⁹. Daraus erklärt sich schon die Leichtigkeit, mit der sich Brüning, nicht zuletzt durch Hindenburgs soldatischen Appell, zu der antiparlamentarischen Konstruktion eines Präsidialkabinetts mit der Waffe des Artikels 48 und der Reichstagsauflösung überreden ließ. Wir wissen jetzt von Brüning selbst, daß dieser autoritäre Umbau des Staates von langer Hand vorbereitet und nicht etwa erst die Folge einer angeblich ausgeweglosen Regierungskrise war. Ohne Parteienverhandlungen und ohne die Prüfung von Alternativlösungen stand das neue Regime bereit: unmittelbar nach dem Sturz der Mehrheitsregierung Hermann Müllers, dem Hindenburg soeben den Einsatz des Art. 48 betont verweigert hatte. Der Versuch zu einer parlamentarischen Regierungsbildung ist bewußt unterlassen worden, weil Hindenburgs Bedingung die Orientierung nach rechts und die Ausschaltung der SPD, das eigentliche Ziel die autoritär-antiparlamentarische Reform war.

Ein halbes Jahr später, nach der verhängnisvollen Reichstagsauflösung vom Sommer 1930, war die parlamentarische Mehrheit vor den Nationalsozialisten bereits dahingeschmolzen. Aber mit diesem späteren Engpaß, der ja wesentlich eine Folge des neuen Kurses war, kann man die angebliche Unausweichlichkeit der Brüninglösung heute nicht mehr begründen. Klar treten die transparlamentarischen Intentionen der präsidialen Regierungsmacher hervor – und zugleich die fundamentale Verkehrung, ja der Mißbrauch der präsidialen Machtbefugnisse. Ursprünglich zum Schutz der Demokratie konzipiert, wurden sie nun gegen diese gewendet. Darin mag man überhaupt eine verhängnisvolle Folge der dualistischen Struktur des Weimarer Staates sehen, aber jedenfalls verbietet sich die beliebte formalistische Argumentation, Hindenburg habe nichts anderes getan als Ebert 1923. Nun ging es beim Einsatz der Präsidialgewalt nicht mehr um die Rettung der Demokratie, sondern um die bewußte Planung eines parteien- und parlamentsunabhängigen Rechtsregimes und um die Ausschaltung des Einflusses der Sozialdemokraten, deren Tolerierungspolitik Brüning lobt, ohne an ihre Einbeziehung in eine politisch verantwortliche Führung zu denken. Im weiteren diente die Präsidialgewalt dann auch zur Ersetzung Brünings durch die Papen-Schleicher-Oligarchie und schließlich zu der illusionsträchtigen Stützung des Hitler-Papen-Regimes mit den Notverordnungen des Februar 1933 – den eigentlichen Voraussetzungen des fatalen Ermächtigungsgesetzes.

Eine objektive Kontinuität ist hier kaum mehr zu leugnen, und 1930 bildet einen

⁹ „Als die wichtigste“ seiner fünf Hauptaufgaben bezeichnete er Hindenburg im Frühjahr 1931, „Schritt für Schritt im Rahmen der Verfassung bleibend, die Autorität des Staatsoberhauptes gegenüber dem Parlamente so zu stärken, daß mit Ausnahme eines in der Anwendung beschränkten Mißtrauensvotums das Staatsoberhaupt die Zusammensetzung der Regierung im wesentlichen bestimmen könne“. Im Herbst 1931 erklärte Brüning dem Reichspräsidenten: „Ich sei bis heute, ohne an die Verfassung zu rühren, in anderthalb Jahren so weit gekommen, daß ich die Machtbefugnisse des Parlaments – mit Ausnahme des noch bestehenden Mißbrauchs der Anträge auf Entziehung des Vertrauens – auf den Stand der Bismarckschen Zeit zurückgeführt, aber gleichzeitig ihm, dem Staatsoberhaupt, eine größere, tatsächliche Machtfülle geschaffen habe, als sie der Kaiser früher je besaß.“ Memoiren, S. 274, 387.

entscheidenden Einschnitt. Wohl ist die subjektive Überzeugung Brüning's weit von dieser realen Entwicklung entfernt. Arnold Brecht hat geltend gemacht, daß „selten . . . eine Regierung in ihrem Urteil mit besserem Gewissen geirrt [hat] als die Regierung Brüning“¹⁰. Auch hat Brüning stets an der parlamentarischen Anlehnung seiner von den demokratischen Parteien tolerierten Notverordnungsregierung festgehalten. Eben deshalb wurde er von seinen enttäuschten Partnern um Hindenburg letztlich gestürzt. Erst der bedenkenlose Papen hat forsch die Hürde zur antiparlamentarischen Präsidialdiktatur genommen und ist schließlich auf die Führerdiktatur losgaloppiert. Aber gerade die Vertrauenswürdigkeit Brüning's hat doch die erste Stufe dieser Entwicklung ermöglicht. Bethmann Hollweg vergleichbar, hat er sich den Konsequenzen seiner Rolle als brauchbare Zwischenfigur nicht zu entziehen und die langfristigen Auswirkungen nicht zu kontrollieren vermocht. Er hat gewiß *diese* Konsequenzen nicht gewollt und sich später, wohl zu spät, gegen sie gewandt. Er gehört in die damals so stattliche Reihe derer, die dem Gedanken eines dritten Weges zwischen Demokratie und Diktatur, am ehesten der monarchischen Restauration auf der Basis des entwickelten Präsidialregimes, Raum gegeben haben. Aber welchen Realitätsgehalt hatte dies in einem Land, in dem unterdessen eine vernachlässigte Innenpolitik die wachsende Unruhe der Massen nicht mehr zu integrieren vermochte, während diese von radikalen Bewegungen zu systemsprengenden Alternativen mobilisiert wurden?

Brüning schweigt zu diesem Problem, dem Grundproblem seiner ganzen Politik. Die Massen sind für ihn kein Faktor der Politik, die innenpolitische Krise stellt sich ihm als ein Problem der Außenpolitik und der richtigen Finanzpolitik dar, die tiefe Vertrauenskrise seines eigenen Systems endlich sieht er fast ausschließlich als personale Bedrohung seines Verhältnisses zu Hindenburg und der Kamarilla. Es war, mit Ernst Deuerlein zu sprechen, „Kabinettspolitik mehr des 18. als des 19. Jahrhunderts, die keine mündigen Bürger, sondern zu Gehorsam verpflichtete Untertanen kannte“¹¹. Sie verkannte und verschärfte die radikale Dynamik der Massen in der Krise. Man kann die Mischung von Illusion und Resignation, mit der Brüning die Widerlegung seines Kurses erfährt, wohl nur aus der Fixierung auf eine vordemokratische Staatsauffassung erklären, die weder der Realität einer massendemokratischen Gesellschaftsbewegung gewachsen war noch die Möglichkeit eines totalitären Herrschaftsystems zu erfassen vermochte. Er bleibt auch nachträglich dabei, daß sein krisenverschärfender Kurs des Durchhaltens der Krise notwendig und richtig war, und daß er letztlich nur an den Intrigen des Hindenburgkreises, dem Verhalten einiger Wirtschaftsführer und der Ungeduld der deutschen Öffentlichkeit knapp gescheitert sei. Arbeitslosigkeit und Bankenkrise, Verzweiflung und Radikalisierung waren ihm notwendige Stufen auf dem Wege zur äußeren Revision und zur inneren Stabilisierung. Ihre katastrophalen innenpolitischen Auswir-

¹⁰ Arnold Brecht, Vorspiel zum Schweigen, Wien 1948, S. 61.

¹¹ Ernst Deuerlein, „Heinrich Brüning und seine Memoiren“, Sendung des WDR vom 11. 1. 1971, Manuskript S. 30f.

kungen hat sein rigoroser Zeitplan verkannt, mit dem er die deutsche Bevölkerung ebenso überforderte wie seine eigene machtpolitische Stellung, die entsprechend seiner eigenen Option eben nicht mehr auf dem Parlament und den Parteien beruhte, sondern auf dem schwankenden „Vertrauen“ Hindenburgs und seiner unverantwortlichen Ratgeber. Dies vermeintliche Vertrauensverhältnis, von der Hindenburgseite kalt genutzt und dann gebrochen, bietet wohl die tiefste persönliche Erklärung für den Weg und das Scheitern Brüning's.

Auch hier sind seine Memoiren bei aller Offenheit und Detailliertheit des Berichts nicht bis zur Erkenntnis des Widerspruchs und der Brüchigkeit der Regierungskonstruktion von 1930 durchgestoßen. So wenn Brüning wieder und wieder die unverantwortlichen Intrigen Schleichers oder des Präsidentensohns Oskar bloßlegt, Hindenburg selbst aber schont und an dem grundlegenden Vertrauens- und Treueverhältnis festhält; oder wenn er die politische und schließlich auch geistige Unfähigkeit des altersschwachen Reichspräsidenten beklagt und zugleich als mildernden Umstand anführt, aber trotz allem seine Wiederwahl oder auch die monarchische Restauration darauf zu gründen sucht – nur um festzustellen, daß der Greis entweder den indiskutablen Wilhelm II. oder gar den alten preußischen Absolutismus wiederhaben will. Die tiefe Widersprüchlichkeit dieses Treuekomplexes, der allen politischen, religiösen oder charakterlichen Unterschieden zwischen Hindenburg und Brüning spottet, läßt sich auch mit Brüning's Staatsauffassung allein nicht erklären; sie bleibt der irrationale Kern einer noch so rationalen, nüchternen Konzeption von Sachpolitik. Mit dieser brüchigen Basis seiner Politik, die wesentlich auf die Erlebnisstruktur aus Kriegs- und Revolutionszeit zurückgeht, setzt sich Brüning nirgends in den Memoiren auseinander, soviel Material diese zur Entschleierung des Hindenburgmythos und zugleich des Präsidalexperiments bieten.

Darin, in dieser unpolitischen Fixierung, und nicht in dem zweifelhaften Dictum von den letzten hundert Metern, scheint mir die Tragik des Mannes und der Grund seines politischen Scheiterns zu liegen. Von dem Augenblick an, da das Verhältnis zu Hindenburg und den Plänen seiner Umgebung gelöst ist, schärft sich Brüning's Blick für die tatsächlichen Zusammenhänge und Gefahren der Entwicklung. Der Schluß des Buches hebt sich deutlich von der breiten Schilderung der Regierungszeit ab. Er hat nicht mehr die Dichte des Regierungsberichtes. Es bleiben auch hier viele problematische Punkte, nicht zuletzt die Frage einer Koalition mit Hitler im Sommer 1932, dessen Bewegung Brüning allzu lange als bloße nationale Rechtspartei verkannte, so wie er auch Mussolini besondere Hochschätzung zollte. Kein Wort finden wir ferner über die Reichstagsbrandverordnungen und die entscheidende Rolle des Art. 48 im Prozeß der NS-Machtergreifung. Aber schärfer als andere, vor allem als Ludwig Kaas, dessen fragwürdige Rolle sehr kritisch beleuchtet wird, betont Brüning die verhängnisvolle Bedeutung der Vorgänge um das Ermächtigungsgesetz und das Reichskonkordat. Nachprüfung verdienen die bitteren Bemerkungen zu dem oft bestrittenen Zusammenhang zwischen den Konkordatsplanungen und der Durchsetzung des Einparteienstaates, die ich einst etwas

pointiert als Dolchstoß in den Rücken der Zentrumspartei bezeichnet habe¹². Brüning sieht darin zugleich einen Dolchstoß gegen den beginnenden protestantischen Widerstand. Und er erinnert sich, er habe den nach Rom abgegangenen Kaas vor dem Abschluß des Konkordats gewarnt, „da es an sich wertlos sei, mit absoluter Sicherheit das Ende der Zentrumspartei bedeute, . . . nach Vernichtung des Zentrums von der Regierung auch nicht gehalten werde, weil der Wortlaut viel zu schillernd sei“ (S. 671 f.). Schließlich berichtet er, Kaas habe dem Zentrumsabgeordneten Joos auf dessen telephonische Bitte, den Konkordatsabschluß und damit die Auflösung des Zentrums aufzuhalten, scherzend gesagt: „Habt ihr euch noch nicht aufgelöst? Macht doch schnell!“ (S. 673 f.). Die Illusion freilich, daß Hitler bald abwirtschaften werde, teilte Brüning damals mit fast allen Politikern; bei ihm stand sie wiederum unter dem spezifischen Akzent, daß die Nationalsozialisten den sachlichen Problemen des Regierens, insbesondere der Wirtschaftspolitik, nicht gewachsen seien.

Brüning kann sich auch hier und zum Schluß von der unpolitischen Vorstellung der bloßen Sachpolitik nicht freimachen, auch nicht nach den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit und im Angesicht der brutalen Realpolitik und Verführungstechnik der neuen Herren. Die Probleme einer demokratischen Innenpolitik in der Krise hatte er tief unterschätzt, indem er sie auf außen- und finanzpolitische Sachfragen reduzierte. Die Perspektiven eines totalitären Regimes lagen seinem traditions- und sachbezogenen Staatsethos noch ferner. In einem Chaos von Intrigen, kurzsichtigen Interessen und langfristiger Verblendung hat er zäh und unbestechlich an seinem Kurs festgehalten. Aber die Tragik war, daß er gerade durch diesen Kurs und seine Stützung auf die Hindenburg-Camarilla selbst zum Abbau der parlamentarischen Demokratie und zur Auflösung der Republik, zur Gewöhnung an oligarchische und autoritäre Politik beigetragen hat.

Von beiden Zügen, von der persönlichen Intensität und Ehrlichkeit wie von der Begrenztheit, der starren Fixiertheit und Verwundbarkeit seiner Politik geben die Memoiren bei aller Kargheit des Ausdrucks ein plastisches Bild. Ihr Informationswert ist trotz Irrtümern, Lücken und einer unzulänglichen Einordnung der Fakten weit größer als der irgendeines Erinnerungswerkes unserer Zeitgeschichte. Sie sind Welten entfernt von den verzerrenden Apologien Papens oder Schachts. Aber ihr unmittelbarer und wohl bleibender Eindruck ist auch deprimierender, als ihn irgendeine spätere historisch-politische Analyse hervorbringen könnte.

Die paradoxe Formel von der „unpolitischen Politik“, mit der ich einen Grundzug der Brüning'schen Politik zu umschreiben und erklären versucht habe, entspricht dem paradoxen Charakter dieser Politik. Sie schwankte zwischen der Verteidigung einer bürokratischen Version des Rechtsstaats und der Vorbereitung der Diktatur. Im Zeichen des Topos von der überparteilichen Sachlichkeit hat sie die deutsche Abneigung gegen parteienstaatliche Demokratie verschärft, die Entwöhnung von parlamentarischer Politik besiegelt und dadurch geradezu für das Gegen-

¹² Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat, Wiesbaden 1956, S. 60.

teil einer überparteilichen Regierung Raum geschaffen: für die Heraufkunft eines Systems von radikaler Parteilichkeit und totalitärer Politisierung. Der Glaube, den Rechtsstaat auch ohne Demokratie erhalten zu können, erwies sich als fatale Illusion. Brüning war nicht, wie auf dem Umschlag seiner Memoiren zu lesen ist, der letzte Kanzler vor der Auflösung der Weimarer Republik, er war der erste Kanzler im Prozeß dieser Auflösung der deutschen Demokratie.

MICHAEL H. KATER

ZUR SOZIOGRAPHIE DER FRÜHEN NSDAP

Werner Conze zum 60. Geburtstag gewidmet

1. Zur Fragestellung und Methodik

Während des Zweiten Weltkrieges erzählte Adolf Hitler einmal seinen Tischgenossen, er hätte die ganzen ersten Jahre der „Kampfzeit“ der Partei darauf abgestellt, „den Arbeiter für die NSDAP zu gewinnen“, was ihm auch weitgehend gelungen sei¹. Geht man der Sache nach, so entdeckt man in einer Denkschrift Hitlers vom Oktober 1922 die Behauptung, es seien bereits zu dieser Zeit so „viel gute Elemente der Arbeiterbevölkerung für die Bewegung“ gewonnen worden, daß in München „nach kaum dreijährigem Kampf der marxistische Terror vollständig gebrochen“ worden sei². Im Lichte dieser Bemerkungen fällt daher auf, daß Hitler in seinem Schlußwort vor den Münchner Richtern im März 1924, nach dem mißglückten Putschversuch, sich zwar als künftigen „Zerbrecher des Marxismus“ bezeichnete, darüber hinaus aber den deutschen Arbeiter mit keinem Wort erwähnte. Vielmehr sprach der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei von der Not des kleinen Krämers, dessen Geschäft unter der Rationierung seiner Lebensmittel litte, und von dem „kleinen Spießler“, den es zu retten gelte³. Die ebenfalls angeklagten konservativen Militärs Kriebel, Brückner, von Losow und Ludendorff hingegen betonten die Anziehungskraft der völkischen Bewegung für die Arbeiter, die bereits in „großen Mengen“ hinter Hitler gestanden hätten⁴.

Die Unklarheit, die sich hier auftut, bestimmt das Bild der frühen NSDAP bis auf den heutigen Tag. Ist über die Organisationsgeschichte der Partei schon einiges bekannt, so bleiben besonders für den Sozialgeschichtler noch viele Fragen offen. Welcher Art war die soziale Schichtung, wie die regionale Streuung? War die Partei schon damals eine „sozial heterogene“ Gruppe (W. Schäfer⁵), eine aus Res-

¹ Ausspruch Hitlers v. 8. 4. 42, in: Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42, hrsg. v. Gerhard Ritter, Bonn 1951, S. 421 ff.

² Adolf Hitler, Denkschrift, München, 22. 10. 22, Dok. Nr. 14 in: Albrecht Tyrell, Führerbefehl . . ., Selbstzeugnisse aus der ‚Kampfzeit‘ der NSDAP, Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 47–55.

³ Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, 2. Teil, München 1924, S. 87 ff.

⁴ Ebenda, 1. Teil, S. 56, 69, 84, 164.

⁵ Wolfgang Schäfer, NSDAP, Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches (= Schriftenreihe des Instituts für Wissenschaftliche Politik in Marburg/Lahn, Nr. 3), Hannover u. Frankfurt/M. 1956, S. 85, auch S. 84 u. 86. Auch der jüngste Biograph der NSDAP, Albrecht Tyrell, betont den sozial heterogenen Charakter der frühen Partei: „So nahm die NSDAP schon in ihren ersten Jahren die janusköpfige Gestalt der Integrationspartei an, welche die durchaus konträren Interessen und die Aktivität verschiedenster Bevölkerungsgruppen zu vereinen vermochte“ (Führer, S. 15).

sentiment geborene „Sammelpartei“ (K. D. Bracher⁶), oder war sie gesellschaftlich doch so homogen, daß man bereits wieder von einer „Klassenpartei“ sprechen könnte? Waren ihre Mitglieder anfangs tatsächlich zumeist junge Leute, wie die Forschung oft hervorgehoben hat? Beschränkte sie sich wirklich nur auf Bayern, mit wenig oder gar keinem Rückhalt im Norden Deutschlands (A. Bullock⁷)? War sie eine Stadtbewegung, mit wenigen Anhängern auf dem flachen Lande, wie man bis heute annimmt⁸? In welchem Zahlenverhältnis standen weibliche Anhänger zu den männlichen?

Sozialanalysen, die die konventionellen Thesen erhärten könnten, gibt es kaum. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Einmal wird die sozialgeschichtliche Fragestellung zumindest von der Zunft der Historiker noch immer vernachlässigt, werden statistische Methoden umgangen und soziologische Techniken nur zögernd, und, mangels Vorbildung, oft falsch angewandt. Zum zweiten fehlt es gerade bei der Einschätzung der frühen DAP und NSDAP an einer genügend breiten Quellenbasis, um repräsentative Querschnitte zu gewinnen. Das Dilemma wird deutlich, wenn man die Fachliteratur hier kurz streift. Es ist nicht verwunderlich, daß Memoirenschreiber wie Kurt Luedecke, der den sogenannten „Alten Kämpfern“ immerhin sehr nahegestanden hat, sozialgeschichtliche Gesichtspunkte fast gänzlich vermissen lassen⁹. Auch Konrad Heiden, der in den dreißiger und vierziger Jahren die ersten halbwegs kritischen Biographien des Nationalsozialismus verfaßt hat, widmet sich im großen und ganzen nur der Organisationsgeschichte der Partei und dem Werdegang des Führers¹⁰. Als Ergebnis einer privaten Meinungsumfrage

⁶ Bracher selbst bezeichnet die frühe NSDAP nicht als „Sammelpartei“, sondern meint, ohne Beweise vorzulegen, die Partei habe sich selbst als solche verstanden (S. 106), was im Lichte unserer Befunde als höchst zweifelhaft gelten muß. Da Bracher auf den Charakter der Partei bis zum Hitlerputsch sonst nicht weiter eingeht, entsteht beim Leser zwangsläufig der Eindruck, die frühe NSDAP sei tatsächlich eine „Sammelpartei“ gewesen. Dies umso mehr, als er im weiteren Verlauf seiner Studie die NSDAP in ihrer späteren Phase als „Massenpartei“ (um 1930) eingehend beschreibt, ohne jedoch eine Trennungslinie zwischen den Entwicklungsperioden vor und nach 1923 gezogen zu haben (Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls*, 3. Aufl., Villingen 1960, S. 106–127, 170–173).

⁷ Der Verf. benutzte Alan Bullock, *Hitler: A Study in Tyranny*, Bantam Edition Nr. N2327, 4th printing, New York 1961 (S. 64). In der letzten, von B. überarbeiteten Fassung, „Completely Revised Edition“, Harper and Row, New York 1962 (vgl. dazu U.S. Library of Congress, *The National Union Catalogue 1963–1967*, Ann Arbor 1969, Bd. 8, S. 468) ergaben sich weder in diesem Punkt noch in anderen (vgl. unten, Anm. 14, 137) sachliche Änderungen. Zur NSDAP im Süden Deutschlands, 1923, vgl. auch Hamilton T. Burden, *The Nuremberg Party Rallies: 1923–39*, New York, Washington, London 1967, S. 15; Joseph Nyomarkay, *Charisma and Factionalism in the Nazi Party*, Minneapolis 1967, S. 71.

⁸ Dazu hier nur Rudolf Heberle, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 6), Stuttgart 1963, S. 160.

⁹ Kurt G. W. Luedecke, *I knew Hitler: The Story of a Nazi who escaped the Blood Purge*, New York 1938. Vereinzelt soziologische Ansätze etwa auf S. 92.

¹⁰ Konrad Heiden, *A History of National Socialism*, New York 1935; *Hitler – A Biography*, New York 1936; *Der Führer*, Boston 1944.

publizierte der Amerikaner Theodore Abel 1938 eine originelle Untersuchung, in der soziographische Momente zwar berücksichtigt wurden, die aber auf einem unzureichenden und zudem noch aussageschwachen Quellenfundament ruhte¹¹. Der Versuch des Soziologen Hans Gerth 1940, eine Sozialstatistik der NSDAP für 1933 und 1935 aufzustellen, wurde einerseits durch eine nur oberflächliche Quelleninterpretation dem Historiker nicht gerecht¹², andererseits aber waren die sechs von ihm geschaffenen Sozialkategorien zu wenig differenziert und begriffsgeschichtlich zu wenig fundiert, als daß sie als Muster für spätere Analysen hätten dienen können. Eine Einteilung in Handarbeiter, Angestellte, Selbständige, Beamte, Bauern und „Andere“ läßt beispielsweise keinerlei Rückschlüsse auf die Klassen- oder Schichtzugehörigkeit der einzelnen zu, noch vermag sie ideologische Faktoren zu würdigen, was gerade bei der Behandlung der Gruppe „Arbeiter“ unerlässlich wäre¹³. Während Alan Bullock der Problematik in seiner Hitlerbiographie gänzlich auswich¹⁴, legte Wolfgang Schäfer 1956 wieder eine Sozialstatistik vor, die ähnlich undifferenziert wie Gerths war und, wie wohl auch jene, auf Partei-eigenen und daher fragwürdigen Vorlagen basierte¹⁵. 1963 wies Rudolf Heberle erstmals auf die Schwierigkeiten bei der Charakterisierung sozialer Gruppen innerhalb des NSDAP-Gefüges hin. Bei der Einführung der Kategorie der Selbständigen warnt er zugleich, daß gerade sie „Menschen in sehr verschiedener sozialer Lage enthält“, nämlich Gutsherrn wie Kleinbauern, Flickschuster wie den Generaldirektor einer Schuhfabrik¹⁶. Ein Jahr zuvor hatte Georg Franz-Willing schon eine detailliertere Aufgliederung früherer DAP-Versammlungsbesucher in einzelne Berufe angestrebt, danach die Berufe auch unter soziologischen Überbegriffen („kleiner Mittelstand“) subsumiert, ohne freilich seine sozialgeschichtlichen Kriterien näher zu erläutern¹⁷. Wie bei Franz-Willings Statistik, so herrscht auch bei Werner Masers Sozialanalyse (1965) Verschwommenheit hinsichtlich der Kriterien. Beispielsweise stellt der Autor Beamte und Angestellte in ein und dieselbe Kategorie, darunter aber auch Akademiker, so daß er einem später zu treffenden Unterschied zwischen unterem und oberem Mittelstand von vornherein den Weg verbaut¹⁸. Immerhin handelt es sich

¹¹ Theodore Abel, *The Nazi Movement: Why Hitler came to Power*, 2. Aufl., New York 1966 (1. Aufl. 1938). Vgl. Abels eigene kritischen Bemerkungen, S. 7ff.

¹² Beispielsweise beschreibt G. Heinrich Himmler als einen ehemaligen Schullehrer; *The Nazi Party: Its Leadership and Composition*, in: *The American Journal of Sociology* 45 (1940), S. 517–541, insbes. S. 525.

¹³ Ebenda, S. 527.

¹⁴ Bullocks summarische Charakterisierung der NSDAP als Arbeiter- und untere Mittelklassen-Partei (1920/21) hilft dem Sozialgeschichtler nicht weiter (Hitler, S. 49).

¹⁵ Rudimentäre Sozialstatistiken für 1930, 1933, 1935 auf S. 17, 19, 38, NSDAP.

¹⁶ *Landbevölkerung*, S. 106. Die Studie erschien 1945 erstmalig in gekürzter Form in den USA: *From Democracy to Nazism, A Regional Case Study on Political Parties in Germany*, Baton Rouge 1945.

¹⁷ Für Sept. 1919. Georg Franz-Willing, *Die Hitlerbewegung, Der Ursprung 1919–1922*, Hamburg u. Berlin 1962, S. 126. Vgl. auch S. 130.

¹⁸ Werner Maser, *Die Frühgeschichte der NSDAP, Hitlers Weg bis 1924*, Frankfurt/M. u. Bonn 1965, S. 255. Masers Verdienst ist es, das Dunkel um die erste Zeit der Partei in

sowohl bei Franz-Willings als auch bei Masers Tabellen schon um die Ergebnisse originaler Berechnungen, nicht mehr um die Produkte offiziöser Parteistatistiker. Daß Martin Broszat und Albrecht Tyrell in ihren Studien aus dem Jahr 1969 wieder auf die Parteistatistiken zurückgreifen, ist in gewisser Weise ein Rückschritt, zumal gerade Tyrell die Schwächen dieser Statistiken zur Genüge beschreibt. Insgesamt ist aber seine Geschichte der NSDAP von 1919 bis 1945 für den Sozialhistoriker eine Enttäuschung, obschon das Buch vom Verlag groß als Beitrag „zur Sozialstruktur der NSDAP“ angepriesen worden ist¹⁹. Die von Tyrell als Faksimile abgedruckte Sozialstatistik eines angeblichen Schülers von Hans Freyer²⁰ ist völlig unleserlich und hätte zudem einer genauen Überprüfung durch den Autor bedurft. Hingegen ist Broszats Werk, im ganzen ein glänzendes Portrait des Nationalsozialismus, doch so weit sozialgeschichtlich orientiert, daß jeder Forscher mit seinen Strukturanalysen etwas anfangen kann. Abgesehen von der Zweifelhaftigkeit der von ihm benutzten Parteiquelle²¹, ist seine knappe soziologische Interpretation der NSDAP bis jetzt eine der scharfsinnigsten, jedenfalls für die Zeit um 1950²². Dietrich Orlows gerade veröffentlichte Monographie über die frühe NSDAP enttäuscht in dieser Hinsicht. Der Verfasser, der ansonsten eine sehr gehaltvolle Organisationsgeschichte der Partei geschrieben hat, nimmt auf sozialgeschichtliche Forderungen so gut wie keine Rücksicht²³.

Die vorliegende Studie versucht für die erste Entwicklungsphase der NSDAP eine sozialgeschichtliche Forschungslücke zu füllen, indem sie Aufschluß über den soziographischen Standort der Partei im Herbst 1923, und zwar unmittelbar vor dem Hitlerputsch, vermitteln will. Als Grundlage für die Strukturanalyse diente das Fragment einer Originalmitgliedsliste von Ende September bis Anfang November 1923, das insgesamt etwa 4800 Namen enthält. Warum dieses verhältnismäßig umfangreiche Verzeichnis bis heute von keinem der oben erwähnten Wissenschaftler herangezogen worden ist, bleibt ein Rätsel. Maser hat die Liste im Original mit Sicherheit im Bundesarchiv in Koblenz gesehen, denn er paraphrasiert sie kurz als „die letzten Eintragungen bis zum 9. November 1923“ und gibt im übrigen die letzte Mitgliedsnummer vor dem Putsch – wie in der Liste – korrekt mit 55787 an²⁴. Warum Maser, dem an einer Sozialanalyse der frühen Partei gelegen war, zu seiner Untersuchung aber lediglich die Lokallisten von Rosenheim, Passau,

entscheidenden Punkten geklärt und insbesondere einige der hartnäckigen Legenden, die sich um die Person Hitlers seit 1889 gerankt haben, zerstört zu haben. Dietrich Orlows massiver Angriff auf das Buch ist daher nicht ganz gerechtfertigt (vgl. *The History of the Nazi Party, 1919–1933*, Pittsburgh 1969, S. 14 u. 327). Vgl. auch Besprechung des Maserschen Buches durch d. Verf. in: *The Canadian Journal of History*, Sept. 1968, S. 128f.

¹⁹ Handzettel des Droste Verlags, Düsseldorf (1969).

²⁰ Vgl. *Führer*, S. 379f. u. Bildtafel VI/VII.

²¹ Martin Broszat, *Der Staat Hitlers, Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, dtv Nr. 4009, München 1969, S. 51. Siehe dazu die Kritik bei Tyrell, *Führer*, S. 379.

²² Broszat, *Staat*, S. 49–65.

²³ Soziologische Ansätze sporadisch, so für 1925 auf S. 47f., *History*.

²⁴ Vgl. Maser, *Frühgeschichte*, S. 254, dort insbes. Anm. 113, S. 463.

Landshut und Mannheim herangezogen hat, die insgesamt nur 1478 Mitglieder umfaßten, und dann erklärt, die wenigen, über den Putsch hinübergeretteten Listen ließen eine „lückenlose soziologische Strukturanalyse nicht zu“²⁵, ist unverständlich.

Die Daten des von uns benutzten Fragments, das sich auf Mikrofilm in der Kollektion „NSDAP-Hauptarchiv“ der Hoover Institution on War, Revolution and Peace befindet²⁶, wurden kodifiziert, auf Lochkarten übertragen und sodann, um eine möglichst intensive Analyse zu ermöglichen, durch einen IBM-Computer der York University numerisch ausgewertet. Wir haben uns damit ganz bewußt einer Methode bedient, die unter Sozialwissenschaftlern schon seit längerem üblich ist, in die Geschichtsforschung aber erst kürzlich Eingang gefunden hat. Immerhin werden Computer-Techniken von Historikern nicht mehr nur in Amerika angewandt, etwa im Bereich der bibliothekarischen und archivalischen Hilfswissenschaften²⁷, sondern auch in der Bundesrepublik, wobei hier nur auf die historiographischen Arbeiten der nichtnumerischen Abteilung des Deutschen Rechenzentrums in Darmstadt verwiesen werden soll²⁸.

Es drängt sich die Frage auf, warum von einer Mitgliedsliste mit 55787 (minus 500²⁹) Eintragungen heute nur ein Teil mit etwa 4800 erhalten ist. Ohne einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des NSDAP-Mitgliedswesens kann es dazu keine Antwort geben. Es besteht jetzt wohl kein Zweifel mehr daran, daß die Partei bis zum 9. November 1923 55287 Anhänger gehabt hat, wenn in der Literatur auch lange Zeit darüber Unklarheit herrschte. Dabei hätten Autoren wie Heiden, der die Ziffer 15000 angab³⁰, und Bullock, der die Frage übergang, sich über den Stand der Mitgliedschaft bereits 1939 in dem vom Leiter des NSDAP-Hauptarchivs, Dr. Hans Volz, herausgegebenen Handbuch der Partei informieren können³¹ – daß

²⁵ Ebenda, S. 254f. M. schreibt dort, bis auf die v. ihm ausgewerteten Listen d. Ortsgruppen sei aus der Zeit bis 1924 nichts vorhanden. Da das v. uns benutzte, aber v. M. gänzlich unberücksichtigte Fragment sich ebenfalls im Bundesarchiv Koblenz befindet (unter d. Signatur NS 26/215, wie übrigens auch sämtliche v. Maser benutzten Lokallisten, die er fälschlicherweise unter d. Signatur NS 26/230 stellt – vgl. Schreiben d. Bundesarchivs an Verf., 3. 5. 70) ist diese Bemerkung schon deswegen falsch. Vgl. überdies noch Anm. 37.

²⁶ HIS [Hoover Institution Stanford], NSDAP HA [NSDAP Hauptarchiv Microfilm Collection], R.[oll] 10, O.[rdner] 215.

²⁷ Vgl. Dagmar Horna Ferman, Computers and Bibliography for the Social Sciences, in: *The American Archivist* 32 (1969), S. 15–20.

²⁸ Vgl. Carl August Lücknerath, Prolegomena zur elektronischen Datenverarbeitung im Bereich der Geschichtswissenschaft, in: *Historische Zeitschrift* 207 (1968), S. 265–296; Rolf Gundlach u. C. A. Lücknerath, Nichtnumerische Datenverarbeitung in den historischen Wissenschaften, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 20 (1969), S. 385–398.

²⁹ Aus optischen Gründen begannen die Nazis mit der Mitgliedsnr. 501 (Maser, *Frühgeschichte*, S. 167).

³⁰ *History*, S. 100.

³¹ Hans Volz, *Daten der Geschichte der NSDAP*, „Neunte unveränderte Auflage“, Berlin u. Leipzig 1939 (1. Aufl. 1931), S. 13, 19. Schon Abel zitiert die v. Volz angegebene Ziffer (*Movement*, S. 511). Nach 1945 erschien d. Zahl erst bei Görnitz/Quindt (Anm. 158), dann

sie Volz mißtrauten, ist verständlich, entschuldigt ihre Fehler indessen nicht. In ihren Anfängen besaß die DAP, später NSDAP³², eine nur notdürftige Bürokratie, die auch den einfachsten Verwaltungsbedürfnissen der Parteiführung oft nicht gerecht wurde. Hitler schreibt selbst, daß er zum Zeitpunkt seiner Aufnahme in die DAP im September 1919 nicht einmal einen Stempel vorgefunden hätte³³. Erst nachdem im Juli 1921 der unfähige Schüssler durch den administrativ begabten Max Amann ersetzt worden war³⁴, erhielt die Bewegung einen richtigen Geschäftsführer. Amann hat dann wohl bis zum April 1922 dafür gesorgt, daß in der Münchner Hauptstelle endlich eine Zentralkartothek eingerichtet wurde, „die sämtliche zur Bewegung gehörenden Mitglieder umfaßte“³⁵. Man hat also erst für die Zeit nach April 1922 die Gewähr dafür, daß alle Parteigenossen fachgerecht katalogisiert wurden. Andererseits wurden frühere Listen nicht mehr beachtet und sind deshalb nicht vom viel später begründeten NSDAP-Hauptarchiv³⁶ aufgenommen worden – eine DAP-Liste vom Januar 1920 befindet sich heute in Privathand³⁷. Die 1922 entstandene Kartei nun scheint bis zur Zeit des Putsches, also etwa neunzehn Monate lang, konsequent geführt worden zu sein. Aber ob ihr bis zum November 1923 auch die Namen der ersten Mitglieder nachträglich beigelegt worden sind, ist höchst zweifelhaft. Maser interpretiert zu hastig, wenn er schreibt, der Pg. Ludwig Ess habe am 10. November die Listen „von der Nr. 501 bis zur Nr. 55787“ aus der Hauptgeschäftsstelle entfernt und vor der Polizei verborgen³⁸; in der von ihm benutzten Quelle steht nämlich lediglich, die geborgene Kartei habe die Namen „der ersten 55000 Parteimitglieder aus den Jahren 1919–1923“ enthalten. Diese Quelle³⁹ ist ein höchst merkwürdiges Dokument. Sie stellt einen undatierten und nicht-signierten Brief an den „geliebten Führer“ dar, macht im übrigen aber so ungenaue Angaben über das Schicksal der Zentralkartei nach dem Novemberputsch, daß allein schon deshalb die Bemerkung, die Liste habe im November 1923 alle 55000 Namen enthalten, als unbewiesen gelten muß. Sollte

Maser (oben, Anm. 25). Andere Autoren lehnten sich danach an Maser an, doch während Hans Bernd Gisevius auf 56000 aufrundete (Adolf Hitler, Eine Biographie – Versuch einer Deutung, München u. Zürich 1967, S. 53), verkleinerten Bracher u. Orlow die Zahl auf 55000 (Bracher, Die deutsche Diktatur, Entstehung Struktur Folgen des Nationalsozialismus Köln u. Berlin 1969, S. 109, 138; Orlow, History, S. 45).

³² Zur Frühgeschichte der DAP/NSDAP allgemein: Maser, Frühgeschichte; Orlow, History, u. v. selben Autor, The organizational History and Structure of the NSDAP, 1919–1923, in: The Journal of Modern History 37 (1965), S. 208–226; Tyrell, Führer; Franz-Willing, Hitlerbewegung.

³³ Adolf Hitler, Mein Kampf, 26. Aufl., München 1933, S. 669. Vgl. auch Maser, Frühgeschichte, S. 173.

³⁴ Hitler, Kampf, S. 665; Orlow, History, S. 34.

³⁵ Ebenda; Zitat Hitler, Kampf, S. 666.

³⁶ Vgl. Anm. 44.

³⁷ Franz-Willing, Hitlerbewegung, S. 129, insbes. Anm. 16.

³⁸ Frühgeschichte, S. 463.

³⁹ „Die alten Mitglieder der N.S.D.A.P.“ an „Herrn Reichskanzler Adolf Hitler“, nicht sign., o.J. (nach d. 19. 7. 33), HIS, NSDAP HA, R. 10, O. 215.

dem Briefschreiber das auch uns bekannte Fragment überhaupt zu Gesicht gekommen sein, so könnte er einen ähnlichen Fehler begangen haben wie die Autoren des Hoover-Katalogs, in dem der verfilmte Bestand des NSDAP-Archivs beschrieben wird. Grete Heinz und Agnes F. Peterson teilen mit, die auf Mikrofilm präservierte Liste beginne mit der Mitgliedsnummer 45000 und ginge bis Nr. 55787⁴⁰. Sie haben übersehen, daß die Liste ganz beträchtliche Lücken aufweist, daß nämlich sowohl die Eintragungen von 48001 bis 52000 als auch die von 53001 bis 55000 fehlen⁴¹ – wahrscheinlich, weil beide sich lediglich an die Anfangs- und Endnummern der Listen hielten. Auch der mysteriöse Briefschreiber mag dieser optischen Täuschung erlegen gewesen sein, indem er nur die ungefähre Endziffer „55000“ im Auge behielt.

Der Verdacht, daß die Liste eventuell schon vor dem Novemberputsch unvollständig war, wird durch eine genaue Überprüfung des Schreibens nicht zerstreut. Die alte Kartei (oder Liste?) soll am 10. November, also am Tage der polizeilichen Schließung des Parteilokals in der Corneliusstraße 12, von dem Parteigenossen (und Angestellten der NSDAP^{41a}) Ludwig Ess verpackt und mit Hilfe der Pgg. Steinbach und Fray beim Pg. Ludwig Ludwig vor der Polizei in Sicherheit gebracht worden sein. (Tatsächlich befand sich unter den von der Polizei in der Corneliusstraße beschlagnahmten Gegenständen zwar ein Posten wohl noch ungebrauchter Mitgliedskarten, aber kein Mitgliedsverzeichnis^{41b}). Ludwig habe es im Jahre 1925 dem Pg. Singer übergeben; von da an sei sein Schicksal unbekannt. Es gäbe Gerüchte, wonach die Kartei 1924 doch noch von der Polizei beschlagnahmt und vernichtet worden sei⁴², andererseits habe Reichsschatzmeister Schwarz am 19. Juli 1933 dem Pg. Ludwig erklärt, er habe die Kartei vor längerer Zeit sichten und vernichten lassen. Um so erstaunlicher ist es daher, daß der Briefschreiber im nächsten Atemzug den Führer anruft, er möge die alte Kartei, als ein „ehrwürdiges Denkmal aus der ersten schweren Zeit unserer Bewegung“, im Parteiarchiv aufbewahren lassen, um sie einer „glücklicheren Zeit“ zu überliefern⁴³.

Bei dem Briefschreiber handelte es sich offensichtlich um einen Alten Kämpfer der Bewegung, der nach der Machtübernahme meinte, sich um das Schicksal der alten Zentralkartei sorgen zu müssen. Diese Kartei, von der er lediglich wußte, daß sie einst ungefähr 55000 Namen enthalten hatte, sei den Gerüchten nach zwar zerstört worden, er bezweifle dies aber in der Zuversicht, der Führer würde sie aus Anhänglichkeit zu seinen Alten Kämpfern (vor Schwarz?) sicherstellen. Die Un-

⁴⁰ Grete Heinz u. Agnes F. Peterson, NSDAP Hauptarchiv: Guide to the Hoover Institution Microfilm Collection, Stanford 1964, S. 14.

⁴¹ Damit wären nur die größten Lücken genannt. Es fehlen außerdem die Nummern 47926–950, jedenfalls auf Mikrofilm. 6 Nummern waren durchgestrichen, da sie aber nicht erneut vergeben wurden, wurden sie von uns mit berücksichtigt.

^{41a} Vgl. „Lohnliste“, in: Ernst Deuerlein (Hrsg.), Der Hitler-Putsch, Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962, S. 638.

^{41b} Ebenda, S. 448 f., 629–637.

⁴² Diese Lesart übernahm auch Luedecke, Hitler, S. 236.

⁴³ Wie Anm. 39.

genauigkeit aller Angaben läßt nur den Schluß zu, daß der Briefschreiber die legendäre Kartei nie selbst gesehen hat und mithin auch nicht aussagen konnte, ob sie nach oder sogar vor November 1923 noch vollständig war. Wenn die Möglichkeit besteht, daß sie vor 1923 wegen bürokratischer Unzulänglichkeiten nicht mehr komplett war, welche Gründe mag es dann dafür geben, daß die Parteileitung sich auch nach 1923, und besonders nach dem 30. Januar 1933, nicht nur nicht um eine Vervollständigung der Liste bemüht zu haben scheint, sondern sie sogar, wie Schwarz dem Briefschreiber, angeblich dem Pg. Ludwig, mitteilte, hat vernichten lassen?

Um es vorwegzunehmen: die wohl in den Anfängen schon unvollständige Zentralkartei (oder Liste) ist im November 1923 mit großer Wahrscheinlichkeit von den genannten Parteimitgliedern in Sicherheit gebracht worden. Sie hat dann ihren Weg zu NSDAP-Schatzmeister Schwarz gefunden, und möglicherweise wurden unter ihm gewisse Tilgungen vorgenommen. Der Restbestand mit rund 4800 Eintragungen gelangte dann ins NSDAP-Hauptarchiv, das erst am 15. Januar 1934 gegründet wurde⁴⁴, und hat dort das Kriegsende überlebt. Die Gründe für mögliche Teil-Vernichtungen nach 1923 sind eng mit der Frage der Neuorganisation der NSDAP im Jahre 1925 und mit Adolf Hitlers seither recht zwiespältigem Verhältnis zu seinen Alten Kämpfern verknüpft⁴⁵. Interessanterweise hat Hitler, als er im Frühjahr 1925 die Partei neu ins Leben rief, nicht nur nicht nach den alten Mitgliedsbüchern gefragt, sondern er hat sich schon damals von den alten Kameraden spürbar distanziert. Nur durch „Neuaufnahme“ konnte man der NSDAP wieder beitreten⁴⁶; alte Mitgliedskarten wurden im März für ungültig erklärt⁴⁷. Im Mai 1926 schrieb Hitler, die Bewegung sei jetzt „besser als früher. Wir haben jetzt viel schärfere Anforderungen bei der Auswahl unserer Mitglieder gestellt. Wir nehmen jetzt nicht mehr wahllos jeden, wie das früher der Fall war. Wir haben aus dem Jahre 1923 gelernt . . .“⁴⁸ Daß der Führer Alte Kämpfer auch nach der Machtübernahme nicht gerne sah (wobei offen bleibt, ob es sich ausschließlich um jene vor 1923 handelte), haben sowohl Baldur von Schirach als auch Albert Speer in ihren Erinnerungsbänden bezeugt⁴⁹, wenngleich man von Hitler

⁴⁴ Heinz u. Peterson, NSDAP Hauptarchiv, S. VII.

⁴⁵ Zur Geschichte der Neugründung der NSDAP vgl. insbes. Orlow, History, und, v. selben Autor, The Conversion of Myths into Political Power: The Case of the Nazi Party, 1925–1926, in: The American Historical Review 72 (1967), S. 906–924; Nyomarkay, Charisma; Jeremy Noakes, Conflict and Development in the NSDAP 1924–1927, in: The Journal of Contemporary History 1 (1966), S. 3–56.

⁴⁶ Adolf Hitler, „Grundsätzliche Richtlinien für die Neuaufstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei“, München, 26. 2. 25, Dok. Nr. 40 in: Tyrell, Führer, S. 105ff.

⁴⁷ Nyomarkay, Charisma, S. 71.

⁴⁸ Auszug aus Hitlers Rechenschaftsbericht vor der Generalmitgliederversammlung der NSDAP, München, 23. 5. 26, Dok. Nr. 55 in: Tyrell, Führer, S. 130–136.

⁴⁹ Vgl. Baldur von Schirach, Ich glaubte an Hitler, Gütersloh 1967, S. 85f.; Albert Speer, Erinnerungen, Berlin 1969, S. 57f., 106.

während des Krieges weiß, daß er sich in der Tafelrunde alter Münchner Kameraden rühmte⁵⁰ und besonders verdienstvolle Männer bis 1945 in wichtigen Positionen protegierte⁵¹.

Unsere Mitgliederliste vermittelt recht detaillierte Informationen. Neben der laufenden Mitgliedsnummer gibt sie Vor- und Nachnamen an, dann unter der Rubrik „Stand“ den jeweiligen Beruf, außerdem noch das genaue Geburtsdatum. Sodann ersieht man Wohnort und – darauf wird später noch zurückzukommen sein – Sitz der zuständigen NSDAP-Ortsgruppe. Die Nummern sind teils vorgedruckt, teils handschriftlich eingesetzt, die Eintragungen selbst in deutscher, vielfach wechselnder Handschrift und oft schlecht lesbar – ein Grund vielleicht, warum sie von der Forschung bisher so vernachlässigt wurden. Insgesamt brauchte der Verfasser jedoch nur rund 75 von etwa 4800 Eintragungen wegen Unleserlichkeit unberücksichtigt zu lassen, so daß sich für Zwecke der statistischen Erhebung eine Gesamtzahl von 4726 ergab. Das entspricht 8,5 Prozent der NSDAP-Mitgliedschaft bis zum 9. November 1923. Dieser Satz wäre nach sozialstatistischen Gesichtspunkten als überaus günstig zu bezeichnen, wüßte man nicht, daß die Liste natürliche und, wie es scheint, unabänderliche Mängel aufweist. Um als wirklich repräsentatives Sample zu gelten, müßten der Gesamtheit von 55287 Mitgliedern Proben vom Herbst 1919 bis zum Herbst 1923 entnommen werden; hingegen bleibt unsere Liste auf die Zeitspanne von anderthalb Monaten (25. Sept.–9. Nov.) beschränkt⁵².

Ein weiterer Mangel besteht in der Unzulänglichkeit derjenigen Informationen, die Rückschlüsse über den sozialen Status der einzelnen Parteigenossen zulassen. Da die Liste keine direkten Hinweise auf Vermögensverhältnisse oder Bildungsgrad gibt, wurde, soweit möglich, nach Berufs- anstatt nach Sozialgruppen kategorisiert⁵³, um der Gefahr soziologischer Fehlurteile nicht von vornherein zu erliegen. Inwiefern unsere Berufsgruppen mehr oder weniger ideologisch geladenen Schicht- oder Klassenbegriffen untergeordnet werden können, muß einer Überlegung im zweiten Teil dieser Studie vorbehalten bleiben.

Folgende Berufsreihen wurden konstruiert: 1. Ungelernte Arbeiter; 2. Facharbeiter; 3. Dienende; 4. Handwerker; 5. Untere und mittlere (Privat-)Angestellte;

⁵⁰ Beispiel v. 11. 5. 42 in: Picker, Tischgespräche, S. 425.

⁵¹ Dazu allgemein Broszat, Staat, S. 56. Bezeichnend das Beispiel Bernhard Rust, bei Helmut Heiber, Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands, Stuttgart 1966, S. 641 f.

⁵² Im einzelnen sind die Eintragungen folgendermaßen datiert: 25.–29. 9.; 1.–6. 10.; 8.–9. 10.; dann wieder 26. 9. u. 1.–3. 10.; 5.–7. 10.; 9.–12. 10.; 20.–27. 10.; 5.–9. 11. Die zeitlichen Verschiebungen (Sept.–Okt.) lassen sich wohl damit erklären, daß die Neuaufnahmen von den einzelnen Ortsgruppen oft mit einiger Verzögerung nach München gemeldet wurden, wo sie zentral registriert und wo anscheinend auch erst die endgültigen Mitgliedsnummern vergeben wurden. – Zur Aussagekraft unten, S. 158.

⁵³ Dabei hielt sich der Verf. eng an die zeitgenössische Studie von Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart 1967 (Erstdruck 1932).

6. Untere und mittlere (öffentliche) Beamte; 7. Militärs; 8. Landwirte; 9. Kaufleute; 10. Künstler; 11. Unternehmer; 12. Leitende (Privat-)Angestellte; 13. Höhere (öffentliche) Beamte; 14. (Freiberufliche) Akademiker; 15. Arbeitslose; 16. Keine (Berufs-)Angaben; 17. Studenten; 18. Lehrlinge; 19. Wohlfahrtsempfänger; 20. Hausfrauen. Unter „ungelernte Arbeiter“ (Gruppe 1) wurde jeder ohne erkennliche Vorbildung manuell Arbeitende subsumiert, der sich nicht ganz offensichtlich im Besitz seiner Betriebsmittel befand – sowohl auf dem Lande, als auch in der Stadt. In diese Kategorie fielen landwirtschaftliche Arbeiter wie Fensterputzer, Anstreicher wie Lageristen. Theodor Geiger weist darauf hin, daß in den frühen zwanziger Jahren jeder Eisenbahnschaffner oder -Heizer als „Arbeiter“ zu gelten hatte, während ein Lokomotivführer schon wieder zu den unteren Beamten (der Reichsbahn) zählte⁵⁴. Zur zweiten Gruppe (Facharbeiter) gehörten sämtliche spezialisierten Handarbeiter; hier war die Grenze zum Handwerkertum oft nicht leicht zu ziehen. Während aber beim Handwerk die Zunfttradition als Hauptkriterium angeführt werden konnte, fehlte sie bei den Facharbeitern. Immerhin wäre zu überlegen, ob ein Klavierbauer nicht auch zur Handwerkergruppe hätte gerechnet werden können anstatt, wie bei uns, zum Facharbeitertum. Eine wichtige Subgruppe unter 2 bildeten die bereits gesellschaftlich arrivierten, in der sich entwickelnden industriellen Gesellschaft immer höher bewerteten Spezialberufe, die intensive Schulung, allerdings nicht an der Universität, voraussetzten. Chemiker, Zahntechniker, Ingenieure und Baumeister stellten mithin die Creme der Facharbeiterschaft dar, wobei angenommen werden darf, daß auch gegen Anfang der zwanziger Jahre der Unterschied zwischen einem Diplom-Ingenieur und einem „nur“-Ingenieur geläufig war. Zur Charakterisierung der dritten Gruppe („Dienende“) wurde bewußt ein Terminus verwendet, der damals – laut Statistischem Jahrbuch⁵⁵ – noch gebräuchlich war. „Dienende“ befanden sich in enger Bindung zu einer sie patronisierenden Herrschaft – ein Relikt aus der vorindustriellen Gesellschaft, in der nicht das rationale Element der Anonymität die Arbeitsverfassung bestimmt hatte, sondern in der noch persönlich-soziale Faktoren wirksam gewesen waren⁵⁶. Neben den Dienern, Chauffeuren, Köchinnen (der *Koch* ist Facharbeiter!) und Dienstmädchen wurden dieser Kategorie jedoch auch Existenzen zugeordnet, denen noch aus dem Mittelalter der Geruch des unterprivilegierten Parias anhaftete⁵⁷ und die zumindest ökonomisch, sicher aber auch gesinnungsmäßig, mit den „Dienenden“ auf einer Stufe standen: Zirkusartisten, Nachtwächter, Pfleger, Schäfer, Näherinnen, überhaupt Heimarbeiterinnen, und vor

⁵⁴ Ebenda, S. 62f.

⁵⁵ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, hrsg. v. Statistischen Reichsamt, 44. Jg., Berlin 1925, S. 12.

⁵⁶ Die beste Charakterisierung dieses Verhältnisses, das in Deutschland in der Grundherrschaft begründet liegt, noch immer bei Max Weber, etwa Wirtschaftsgeschichte, hrsg. v. S. Hellmann u. M. Palyi, 2. Aufl., München u. Leipzig 1924.

⁵⁷ Vgl. Werner Danckert, Unehrlische Leute, Die verfeimten Berufe, Bern u. München 1963. D. befaßt sich insbes. mit der Situation der Nachtwächter, Totengräber, Artisten (Gaukler u. Spielleute) u. Schäfer.

allem Tagelöhner. Man hat diese Gruppen in der Literatur gern als „Proletaroiden“ bezeichnet, womit gewiß etwas über den extremen Grad der Abhängigkeit dieser Menschen von den herrschenden Schichten ausgesagt wäre; um jedoch der Gefahr soziologischer Verallgemeinerung zu entgehen, muß diese Problematik vorerst unerörtert bleiben⁵⁸. In der vierten Gruppe, der der Handwerker, wurden nicht nur Gesellen eingestuft, sondern auch jene bis dahin schon recht seltenen Gewerbetreibenden, die sich nach dem endgültigen Einzug der Industriellen Revolution in Deutschland gerade noch behaupten konnten: also Flaschner und Mühlenbauer, auch Bader, deren zeitgemäße Entsprechung der „Friseur“ ist. Eine Seltenheit war der „Hafner“ (Töpfer), auf den man nur im süddeutschen Raum stößt. Den niederen und mittleren Angestellten (Gruppe 5) wurden sämtliche Angehörige jenes anonymen Heeres zugeordnet, die in den Verwaltungszentren der wachsenden Privatwirtschaft mehr und mehr benötigt wurden, Hand- und Kopfarbeiter „mit Stehkragen“; in Amerika haben Soziologen in heutiger Zeit für sie den ideologisch vorbelasteten Terminus des „white collar worker“ geprägt⁵⁹, der volkstümliche Ausdruck „pencil pusher“ ist soziologisch wertfrei und hier vorzuziehen. Der „Korrespondent“ ohne erkennbare akademische Bildung gehörte ebenso hierher wie der Bankbeamte, der Rechnungsprüfer und der für die zwanziger Jahre so typische Handlungsgehilfe. Zu den unteren und mittleren Beamten (Gruppe 6) zählten wir die meisten Angestellten im öffentlichen Dienst; die Angehörigen der sogenannten höheren Laufbahn ließen sich, wegen der besonderen Vorliebe der Deutschen für Ränge und Titel, die übrigens oft auf akademische Vorbildung schließen ließ, gut absondern. Danach reihten wir in der Gruppe 6 sowohl Volksschullehrer als auch Rottenführer der Landespolizei, Zollbeamte wie Postbeamte ein. Wenig Schwierigkeiten bereitete die siebte Gruppe, die der Militärs: Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere zeichnete, zumal, wenn sie Berufssoldaten waren, der gemeinsame Nenner des soldatischen Kastenbewußtseins aus, ein rein berufspsychologisches Kriterium also, das Standesunterschiede innerhalb der Berufsgruppe bis zu einem gewissen Grade neutralisierte⁶⁰. Landwirte machten die achte Gruppe aus, einschließlich der Landwirtssöhne; letztere konnten ohne Bedenken mitgezählt werden, da sie nach der damals gültigen Agrarverfassung ihren Vätern kaum nachstanden, und landflüchtige Stadteinwohner werden sich nicht als „Bauernsöhne“ bezeichnet haben. Nicht mitgerechnet wurden Gutsbesitzer und Übersee-Farmer, die sich nach dem Urteil der Fachleute in wesentlichem von den Bauern absetzten⁶¹; sie fielen unter die Unternehmer. Die Kategorie der Kauf-

⁵⁸ Dazu die qualifizierenden Bemerkungen in Anm. 131.

⁵⁹ Vgl. Cecil Wright Mills, *White Collar, The American Middle Classes*, New York 1951.

⁶⁰ Hier grundlegend: Gen. Maercker, *Vom Kaiserheer zur Reichswehr, Geschichte des freiwilligen Landjägerkorps*, 2. Aufl., Leipzig 1921; Ernst Röhm, *Die Geschichte eines Hochverrätters*, 4. Aufl., München 1933; F. W. von Oertzen, *Die deutschen Freikorps 1918–1923*, München 1936; Edgar von Schmidt-Pauli, *Geschichte des Freikorps*, Stuttgart 1936.

⁶¹ Vgl. Gerhard Albrecht, *Das deutsche Bauerntum im Zeitalter des Kapitalismus*, in: *Grundriß der Sozialökonomik*, 9. Abt., Teil 1, Tübingen 1926, S. 35–69, insbes. S. 49f., 57; Weber, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 86–93.

leute (9) bot sich gleichsam automatisch an, zumal die NS-Listenführer von sich aus einheitlich vorgegangen waren und die Berufsbezeichnung stets zum „Kfm.“ standardisiert hatten. Großkaufleute dürften es nicht gewesen sein; sonst hätten sie wohl eine prestigeträchtigere Berufsbezeichnung gewählt, z.B. „Importeur“. Daß man gerade in diesem Punkt – wie in anderen – nur ungefähre Anhaltspunkte hat, läßt die Mängel unserer Unterlagen deutlich werden. Unter die Künstler (10) fielen Opernsänger, Musiker, Kunstmaler und der damals noch seltene Beruf des „Filmdarstellers“. Auch Musiklehrer wurden hier eingestuft; zweifellos wird es sich bei einigen von ihnen um proletarische Existenzen im Sinne der mittelalterlichen Spielmannstradition⁶² gehandelt haben, den Musik-Clowns nicht unähnlich, doch ein Grock gälte heute wie damals als „Künstler“. Die Unternehmer, Kategorie 11, bildeten eine Berufsgruppe mannigfacher sozialer Abstufungen, „Kapitalisten“ jeder Schattierung, alle im Besitz von Produktionsmitteln und Betriebskapital, wobei „Kapitalismus“ hier nicht als klassenbegriffliche Norm, sondern als professionelles Kriterium verstanden werden soll. Danach war der Schankwirt ebenso ein Unternehmer wie der klassische Fabrikbesitzer („captain of industry“) oder der Rentier (im Unterschied zum Rentner). Als leitende Angestellte (Gruppe 12) galten jene Kontrolleure des privaten Wirtschaftsapparates, die man heutzutage als „Manager“ zu bezeichnen pflegt, also Direktoren, Betriebsleiter, Prokuristen, Versicherungsinspektoren usw. Diplom-Kaufleute und Diplom-Ingenieure wurden hier aufgenommen, da man von ihnen vermuten konnte, daß sie sich nicht selbständig etabliert, sondern in der Wirtschaft Karriere gemacht hatten. Die höheren Beamten der Gruppe 13 waren, wie gesagt, nicht schwer zu sortieren; interessanterweise fand man hierunter auch protestantische Pfarrer, jedoch nur zwei bis drei Professoren, wieweil mehrere Oberlehrer. Ein Justizreferendar, damals also im öffentlichen Dienst, dessen Name ins Auge sprang, war ein gewisser Hans Mich. Frank, geb. 23. Mai 1900, Mitgliedsnr. 47211, wohnhaft in München, der der dortigen Ortsgruppe am 3. Oktober 1923 beitrug^{62a}. Später wurde er als Hitlers Generalgouverneur in Polen prominent. Die Kategorie der Akademiker (14) umfaßte alle akademisch vorgebildeten Freiberuflichen, etwa Ärzte, Notare und Architekten (die im übrigen auch zu den leitenden Angestellten hätten gezählt werden können) sowie Apotheker. Bei dieser Kategorie stellte sich, ähnlich wie bei den ungelerten Arbeitern, die Frage, ob wir es noch mit einer Berufsgruppe oder schon mit einer Sozialgruppe zu tun hatten, ein bei soziologischen Erhebungen

⁶² Dazu Danckert, *Leute*, S. 221–262.

^{62a} Also nicht schon 1919, wie oft behauptet wurde (vgl. G. M. Gilbert, *The Psychology of Dictatorship, Based on an Examination of the Leaders of Nazi Germany*, New York 1950, S. 137; Eugene Davidson, *The Trial of the Germans, An Account of the twenty-two Defendants before the International Military Tribunal at Nuremberg*, New York 1966, S. 427; u. d. irreführende Zeittafel d. Hrsg. in: H. Frank, *Im Angesicht des Galgens, Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse*, München 1953, S. 21), aber auch nicht erst 1927 oder 1928, wie F. selbst glauben machen will u. es in d. Nürnberger Prozeßakten eingegangen ist (*Angesicht*, S. 57 f., 70, 460).

stets wiederkehrendes Problem. Die Kategorie der Arbeitslosen (15) bedarf hier keiner näheren Erläuterung. Unter 16 wurden all jene subsumiert, die die Berufsruhrubrik des NS-Fragebogens nicht ausgefüllt hatten. Studenten, Schüler und Seminaristen bildeten die siebzehnte Gruppe, Lehrlinge, Praktikanten, Volontäre und Haustöchter die achtzehnte. Invaliden und Rentner kamen unter 19, wobei Kriegsinvaliden nur dann hier erschienen, wenn sie keinen militärischen Rang (oft mit dem Affix „a.D.“) angegeben hatten. In die letzte Gruppe der Hausfrauen und Gattinnen („Direktorsgattin“) wurden auch Witwen aufgenommen; „Direktors“- oder Bauern-„Töchter“ wurden nicht gefunden.

Weniger kompliziert als die Kodifizierung der Berufsruhrubrik war die Charakterisierung der Wohngebiete. Mit dem Main als ungefähre Trennungslinie wurde grob zwischen Süd- und Norddeutschland unterschieden; als Süddeutschland galten die Länder Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, außerdem die preußischen Regierungsbezirke Kassel, Wiesbaden, Koblenz, Trier und Sigmaringen. Das Saargebiet, 1923 unter der Hoheit des Völkerbundes, wurde zu Süddeutschland, das an Polen abgetretene Ostgebiet zu Norddeutschland geschlagen. Des weiteren wurde eine Einteilung in Großstädte, Kleinstädte und Land vorgenommen; München und Berlin wurden noch einmal separat kodifiziert. Als Orientierungshilfe dienten die Angaben des Statistischen Jahrbuches des Deutschen Reiches vom Jahre 1926, die auf der Volkszählung vom 16. Juni 1925 beruhten⁶³, während die Ergebnisse der Zählung vom 8. Oktober 1919⁶⁴ zu unserem Stichdatum vom 9. November 1923 eine zu große zeitliche Distanz aufwiesen. Sie blieben deshalb unberücksichtigt. Orte mit 100 000 und mehr Einwohnern wurden als Großstädte behandelt, solche von 10 000 bis 100 000 als Kleinstädte. Orte unter 10 000, die im Jahrbuch von 1926 nicht mehr verzeichnet standen, wurden mit dem flachen Land gleichgesetzt. Zu beachten ist natürlich, daß die Größenverhältnisse der Ortschaften im Herbst 1923 etwas unter denen vom Juni 1925 gelegen haben, daß also ein Ort, der im Sommer 1925 gerade Großstadt war und als solcher in unserer Statistik erscheint, im Herbst 1923 noch unter den Kleinstädten rangierte. Bedauerlicherweise ließ sich die Differenz in den Größenlagen zwischen 1923 und 1925 mangels genauer zeitgenössischer Statistiken nicht auflösen, ein Umstand, der die Aussagekraft unserer Tabellen indessen nicht allzu sehr herabmindern dürfte. Im ganzen wurden mithin vierzehn regionale Kategorien geschaffen: 1. Gesamtdeutschland⁶⁵; 2. Süddeutschland⁶⁶; 3. Norddeutschland⁶⁷; 4. Großstädte⁶⁸; 5. Kleinstädte; 6. Land; 7. München; 8. Berlin; 9. Süddeutsche Großstädte⁶⁹; 10. Süddeutsche Kleinstädte;

⁶³ Jahrbuch 1926, 45. Jg., Berlin 1926, S. 1f., 12f.

⁶⁴ Vgl. Jahrbuch 1924/25, S. 9f.

⁶⁵ Einschl. der an Polen abgetretenen Ostgebiete u. des Saarlandes.

⁶⁶ Einschl. des Saarlandes.

⁶⁷ Einschl. der an Polen abgetretenen Ostgebiete.

⁶⁸ Einschl. Münchens u. Berlins.

⁶⁹ Einschl. Münchens.

11. Süddeutsches Land; 12. Norddeutsche Großstädte⁷⁰; 13. Norddeutsche Kleinstädte; 14. Norddeutsches Land.

Sodann wurden zwei Altersgruppen aufgestellt, und zwar ließ sich hier aus computer-technischen Gründen der Jahrgang 1900 gut als Stichjahr gebrauchen. Die erste Kategorie schließt demnach alle die Parteigenossen aus unserer Gruppe mit ein, die bis zum 31. Dezember 1923 25 Jahre und darüber waren, die zweite alle jüngeren. Da von der Gesamtgruppe von 4726 Mitgliedern genau 102 ihr Alter nicht angegeben hatten, basieren sämtliche Tabellen, in denen Altersgruppen mit anderen Rubriken korreliert werden, auf einer Gesamtziffer von nur 4624 Mitgliedern. Bei der Berechnung der Durchschnittsalter (Tabelle 11) fielen die Unterlassungen, in der Computersprache als „missing data“ bezeichnet, statistisch ohnehin nicht ins Gewicht. Hier war der Stichtag der 1. Juli 1923.

Letztlich wurden noch die Ortsgruppen kodifiziert, um sie in Relation zu Wohngebieten zu setzen. Es interessierte uns hier nur, ob die Parteigenossen entweder der Münchner Ortsgruppe, oder aber anderen angeschlossen waren; es wäre technisch schwierig und auch sinnlos gewesen, verschiedene regionale Ortsgruppen-Kategorien zu entwerfen. Um das soziographische Bild abzurunden, wurden die Mitglieder zudem noch nach Geschlechtern eingestuft; als Auswahlkriterien dienten Vornamen und Berufsbezeichnungen.

2. Ergebnisse

Es würde den Rahmen dieser Studie sprengen, wollte man jeden der angezeigten Tabellenwerte hier erschöpfend interpretieren. Nur die wichtigsten Beobachtungen sollen im folgenden aufgezeigt werden. Zuerst sticht ins Auge, daß der prozentuale Anteil Norddeutschlands an unserer NSDAP-Gruppe mit 18,4 weit höher liegt, als man nach der Literatur vielleicht erwartet hätte (Tabelle 1). Aus Tabelle 4 läßt sich ersehen, daß 62,3% aller norddeutschen Nationalsozialisten im Herbst 1923 der Münchner Ortsgruppe beitraten⁷¹. Der Prozentsatz für den Norden wäre niedriger, hätte man, wie es bisher üblich war, lediglich die Ortsgruppenzugehörigkeit gewertet, anstatt der eigentlichen Wohngegend. Aus der so gewonnenen schiefen Perspektive heraus hat sich bis heute die These halten können, der Nationalsozialismus habe sich bis zur Zeit des Hitlerputsches kaum über Bayerns Grenzen hinaus verbreitet. Weiter fällt auf, daß 53,7% unserer Neuzugänge vom Herbst 1923 auf dem Lande wohnten, noch nicht einmal ein Viertel lebte in der Groß-

⁷⁰ Einschl. Berlins.

⁷¹ Die Umstände, die zu dieser Situation führten, bedürfen noch der weiteren Erforschung. Das staatliche Verbot der NSDAP in einigen norddeutschen Ländern (Preußen: 15. 11. 22; Braunschweig: 18. 9. 23. – Volz, Daten, S. 10f.) erklärt den norddeutschen Strom nach München nicht allein; in Hessen wurde die NSDAP beispielsweise am 29. 4. 23 verboten (Volz, S. 11), dennoch verzeichneten wir mehrere Mitglieder hessischer Ortsgruppen. Ein zweiter Grund wird in der Anziehungskraft Münchens als „Hauptstadt der Bewegung“ zu sehen sein. Vgl. dazu bisher Maser, Frühgeschichte, S. 345ff.

Tabelle 1: Anteil der Wohngebiete an der NSDAP

	Gesamt-Dt.	Süd-Dt.	Nord-Dt.	Großstädte	Kleinstädte	Land	München	Berlin	Südt. Großstädte	Südt. Kleinstädte	Südt. Land	Norddt. Großstädte	Norddt. Kleinstädte	Norddt. Land
Anzahl der registrierten Fälle (Frequenz)	4726	3858	868	1145	1045	2540	504	17	874	720	2264	269	523	276
In Prozenten	100	81,6	18,4	24,2	22,1	53,7	10,7	0,4	18,5	15,2	47,9	5,7	6,8	5,8

stadt (Tabelle 1). Der Verdacht, daß es sich bei der NSDAP 1923 nicht mehr um eine hauptsächlich städtische Bewegung gehandelt haben kann, verdichtet sich, wenn wir die Prozentsätze für die einzelnen Berufsgruppen untersuchen. Laut Tabelle 2 erweisen sich jene Gruppen, die man in diesem Stadium der Untersuchung jetzt ohne weiteres zum sogenannten „unteren Mittelstand“ rechnen kann⁷², insgesamt als die stärksten: die Handwerker stellen für das Reich die größte Gruppe, ein ganzes Fünftel, es folgen Kaufleute, untere Angestellte, Landwirte, Facharbeiter und niedere Beamte. Man findet sie alle relativ häufig in der Provinz. Es ist lohnend, sich mit der Situation gerade dieser mittelständischen Berufsgruppen etwas näher zu befassen.

Die Handwerker machen auf dem Lande die weitaus größte NSDAP-Gruppe aus; auf dem süddeutschen Land vertreten sie ein Viertel der Partei. Und zwar je weiter man sich von der Großstadt entfernt, desto höher steigt ihr Prozentsatz (Tabelle 2). L. D. Pesl hat hervorgehoben⁷³, daß die größte Sorge des Handwerks schon vor dem Ersten Weltkrieg, besonders aber in den Nachkriegswirren, den Auswirkungen der ständig fortschreitenden technischen Revolution galt, die sich allerdings zumeist in den Großstädten manifestierten. Während der Handwerker in der Stadt oft schon von der um sich greifenden Mechanisierung erfaßt wurde und sich als „Facharbeiter“, dabei eventuell sogar gewerkschaftlich organisiert, in einem Großbetrieb anzupassen wußte, blieb ihm diese Chance in der Provinz noch weitgehend versagt. So mußten die Land-Handwerker die modernen Fertigungsmethoden der Großstadt von ihrem Standpunkt aus als immer näherrückende wirtschaftliche Bedrohung empfinden; aus dieser Unsicherheit heraus erklärt sich ihre Sympathie für die NSDAP, die ihren mittelständischen Interessen entgegenzukommen schien. Im übrigen dürfte es sich bei jenen Handwerkern, die auch in

⁷² Grundsätzliches zur soziologischen Begriffsklärung bei Geiger, Schichtung; L. D. Pesl, Mittelstandsfragen, Der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand, in: Grundriß, S. 70–119, insbes. S. 72–79; Emil Lederer u. Jakob Marschak, Der neue Mittelstand, ebenda, S. 120–141, insbes. S. 121–124. Vgl. insbes. den v. allen Autoren getroffenen Unterschied zw. „altem“ u. „neuem“ Mittelstand, auf den hier nicht näher eingegangen werden kann. Zum Gebrauchswert d. Begriffs „Mittelstand“ aus heutiger Sicht, Helga Grebing, Der Nationalsozialismus, Ursprung und Wesen, 15. Aufl., München u. Wien 1964, S. 49.

⁷³ Mittelstandsfragen, S. 79–100.

der Großstadt zu Hitlers Partei fanden, um solche gehandelt haben, die es im Zuge der Nachkriegszeit versäumt hatten, ihre Betriebe zu modernisieren, indem sie „an veralteten Formen“ festhielten oder an einem „Unternehmen, das überflüssig geworden“ war⁷⁴ und daher mit den rationeller arbeitenden Großbetrieben nicht mehr konkurrieren konnte.

Tabelle 2: Prozentualer Anteil der Berufsgruppen an den von der NSDAP besetzten Wohngebieten

	Gesamt-Dt.	Süd-Dt.	Nord-Dt.	Großstädte	Kleinstädte	Land	München	Berlin	Süddt. Großstädte	Süddt. Kleinstädte	Süddt. Land	Norddt. Großstädte	Norddt. Kleinstädte	Norddt. Land
Ungelernte														
Arbeiter	9,5	10,1	6,9	9,4	7,3	10,4	6,9	-	10,4	7,2	10,8	5,9	7,4	7,2
Facharbeiter	8,5	8,0	10,5	10,5	11,4	6,3	11,1	5,9	10,9	11,5	5,7	8,9	11,1	11,2
Dienende	1,7	1,9	0,7	1,7	1,3	1,8	2,2	-	2,2	1,5	1,9	0,4	0,9	0,7
Handwerker	20,0	21,1	15,1	14,1	16,0	24,3	10,7	11,8	14,8	16,1	25,2	11,9	15,8	17,4
U. und m. Angestellte	11,1	9,8	16,9	14,8	12,4	8,9	11,7	35,3	12,8	11,3	8,2	21,2	14,9	15,2
U. und m. Beamte	6,2	6,5	4,8	5,4	7,8	5,9	7,3	-	5,6	9,0	6,1	4,8	4,9	4,7
Militärs	0,6	0,5	0,8	1,1	0,9	0,2	1,9	5,9	1,1	0,9	0,1	1,1	0,6	0,7
Landwirte	10,4	12,0	5,1	0,3	0,7	18,9	0,4	-	0,2	-	20,4	0,7	2,2	6,5
Kaufleute	13,6	12,1	20,5	16,7	21,4	9,1	13,3	17,6	15,1	20,1	8,4	21,9	24,1	14,9
Künstler	1,4	1,5	0,9	2,9	1,1	0,7	5,2	-	3,4	1,4	0,7	1,5	0,5	1,1
Unternehmer	2,6	2,7	1,8	2,8	2,3	2,6	3,8	-	3,1	2,5	2,7	1,9	1,9	1,8
Leitende Angestellte	1,8	1,6	2,6	2,0	2,2	1,6	2,6	11,8	1,9	2,1	1,4	2,2	2,5	3,3
Höhere Beamte	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,9	-	0,6	0,6	0,3	-	-	1,4
Akademiker	1,7	1,4	2,9	2,0	2,2	1,3	2,6	-	1,9	1,7	1,1	2,2	3,4	2,9
Arbeitslose	-	-	0,1	-	0,1	-	-	-	-	-	-	-	0,3	-
Keine Angaben	3,8	4,1	2,5	4,4	4,3	3,3	3,9	-	4,7	5,6	3,4	3,3	1,5	2,9
Studenten	4,2	3,6	6,6	6,4	5,6	2,6	7,7	11,8	5,6	5,8	2,2	8,9	4,9	6,2
Lehrlinge	1,3	1,1	1,9	1,6	1,7	0,9	1,8	-	1,7	1,1	0,9	1,1	3,1	1,4
Wohlfahrts-empfänger	0,3	0,4	0,1	0,6	0,4	0,2	0,8	-	0,7	0,6	0,2	0,4	-	-
Hausfrauen	1,1	1,2	0,6	2,7	0,7	0,5	4,9	-	3,1	0,9	0,5	1,5	-	0,4
Alle Berufe	*100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Frequenz	4726	3858	868	1143	1043	2540	504	17	874	720	2264	269	323	276

* Eventuelle numerische Unstimmigkeiten, die sich bei der Addition der Prozentsätze bis zu 100 ergeben, sind auf kalkulationstechnisch bedingte Unregelmäßigkeiten (Aufrundungen) zurückzuführen. Dies gilt für alle Kolonnen.

⁷⁴ Ebenda, S. 100.

Tabelle 5: Prozentualer Anteil der Wohngebiete an NSDAP-Berufsgruppen

	Unge- lernte Arbeit.	Fach- arbei- ter	Die- nende	Hand- werker	U. und m. An- gest.	U. und m. Be- amte	Mili- tärs	Land- wirte	Kauf- leute	Künst- ler
Gesamt-Dt.	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Süd-Dt.	86,6	77,2	92,5	86,2	72,0	85,7	73,1	94,5	72,4	87,5
Nord-Dt.	13,4	22,7	7,5	13,8	28,0	14,3	26,9	5,5	27,6	12,5
Großstädte	23,9	50,0	25,0	17,0	32,2	21,2	50,0	0,8	29,6	53,1
Kleinstädte	16,9	29,8	17,5	17,7	24,6	27,6	54,6	1,4	34,6	17,2
Land	59,1	40,3	57,8	65,3	43,2	51,2	15,4	97,8	35,8	29,7
München	7,8	14,0	13,8	5,7	11,2	12,6	58,5	0,4	10,4	40,6
Berlin	–	0,3	–	0,2	1,1	–	3,8	–	0,5	–
S. Gr.städte	20,3	24,0	23,8	13,6	21,3	16,7	38,5	0,4	20,5	46,9
S. Kl.städte	11,6	20,8	13,8	12,3	15,4	22,2	26,9	–	22,5	15,6
S. Land	54,7	32,5	55,0	60,3	35,2	46,8	7,7	94,1	29,5	25,0
N. Gr.städte	3,6	6,0	1,3	3,4	10,9	4,4	11,5	0,4	9,1	6,3
N. Kl.städte	5,4	9,0	3,8	5,4	9,1	5,5	7,7	1,4	12,1	1,6
N. Land	4,5	7,8	2,5	5,1	8,0	4,4	7,7	3,7	6,4	4,7
Frequenz	448	400	80	946	525	293	26	490	645	64

	Unter- nehmer	Lei- tende Angest.	Höhere Beamte	Akade- miker	Ar- beits- lose	Keine An- gaben	Stu- denten	Lehr- linge	Wohl- fahrts- empf.	Haus- frauen
Gesamt-Dt.	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Süd-Dt.	86,9	73,3	78,9	67,9	–	87,7	71,1	71,7	93,8	90,2
Nord-Dt.	13,1	26,7	21,1	32,1	100	12,3	28,9	28,3	6,3	9,8
Großstädte	26,2	26,7	26,3	29,5	–	27,9	37,1	30,0	43,8	60,8
Kleinstädte	19,7	26,7	21,1	29,5	100	25,1	29,4	30,0	25,0	13,7
Land	54,1	46,5	52,6	41,0	–	46,9	33,5	40,0	31,3	25,5
München	15,6	15,1	26,3	16,7	–	11,2	19,8	15,0	25,0	49,0
Berlin	–	2,3	–	–	–	–	1,0	–	–	–
S. Gr.städte	22,1	19,8	26,3	21,8	–	22,9	24,9	25,0	37,5	52,9
S. Kl.städte	14,8	17,4	21,1	15,4	–	22,3	21,3	15,3	25,0	13,7
S. Land	50,0	36,0	31,6	30,8	–	42,5	24,9	35,3	31,3	23,5
N. Gr.städte	4,1	6,9	–	7,7	–	5,0	12,2	5,0	6,3	7,8
N. Kl.städte	4,9	9,3	–	14,1	100	2,8	8,1	16,7	–	–
N. Land	4,1	10,5	21,1	10,3	–	4,5	8,6	6,7	–	1,9
Frequenz	122	86	19	78	1	179	197	60	16	51

Es wurde schon bemerkt, daß sich die Facharbeiter von den Handwerkern soziologisch ansonsten schwer trennen ließen. Zwischen Facharbeitern (d. h. gelernten und angelernten Arbeitern) und ungelerten Arbeitern bestand der hauptsächlichste Unterschied darin, daß erstere, als Spezialisten der modernen Industriegesellschaft, bereits ein ausgeprägtes Berufsbewußtsein entwickelt hatten, das sie dazu verleiten mochte, verächtlich auf das „Proletariat“ herunterzublicken. Es waren öko-

nomische wie psychologische Motive⁷⁵, die die Facharbeiter dazu veranlassen konnten, sich gerade der Bewegung anzuschließen, die ein Herabsinken ihres sozialen Status auf die Ebene des Proletariats, dem sie zum großen Teil entstammten, zu verhindern versprach. Dies träfe besonders dann zu, wenn sie sich, wie die Handwerker, dem Einfluß linksideologischer Strömungen, etwa des Marxismus, der Sozialdemokratie oder deren Gewerkschaften, bisher entzogen, ja überhaupt die sogenannte Rote Gefahr bislang als eine Bedrohung empfunden hätten. Und es gälte sowohl für die Groß- und Kleinstädte, in denen die Facharbeiter anteilmäßig sich ungefähr die Waage halten (Tabelle 2), als auch für das Land, wo ihr relativer Prozentsatz nur deshalb so niedrig ist (6,3: Tabelle 2), weil er von den Handwerkern und Landwirten gedrückt wird, wo aber immerhin, absolut gerechnet, 40,3 % aller NSDAP-Facharbeiter leben (Tabelle 3).

Verblüffend ist die Tatsache, daß die Landwirte über 10 % unserer Parteimitglieder im Deutschen Reich stellen (das ist fast soviel wie der nationale Satz von 1933⁷⁶) und rund 19 % derer auf dem Lande (Tabelle 2). Bisher hat die Forschung angenommen, der Nationalsozialismus sei erst gegen Anfang der dreißiger Jahre in bäuerliche Schichten eingedrungen, und bezeichnenderweise auch nicht in Süddeutschland, sondern im Norden, wo es bereits in den endzwanziger Jahren eine starke ländliche Protestbewegung gab, die sich die NSDAP zunutze machte. Rudolf Heberle, der diese Beobachtungen kurz nach dem Kriege als erster publizierte⁷⁷, wurde damals durch die Thesen zweier amerikanischer Soziologen unterstützt, der Wahlerfolg der NSDAP im agrarischen Norden 1932 sei zu einem nicht geringen Grad auf den starken Protestantismus dort zurückzuführen gewesen, während sich im Süden die Partei lediglich in den evangelischen Enklaven Frankens, nicht aber unter den katholischen Bauern Bayerns habe durchsetzen können⁷⁸. Als erstes wäre dazu zu sagen, daß sowohl Heberles als auch Loomis' und Beegles Analysen nicht auf Mitgliedslisten, sondern nur auf Wahlergebnissen beruhten, und daß ihre Daten für 1930–32 nichts über die Verhältnisse des Jahres 1925 aussagen. Zum zweiten wäre hervorzuheben, daß ähnliche Faktoren wie jene, die nach Heberle den Nazis die kleinbürgerlichen Bauern des Nordens seit 1930 in die Arme trieben, 1923 schon im Süden Deutschlands wirksam waren. Zwar findet man in DAP/NSDAP-Mitgliedslisten der Jahre 1920–22 so gut wie keine Bauern verzeichnet⁷⁹, aber einerseits weisen diese Listen nur städtische Orts-

⁷⁵ Vgl. dazu Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens, Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, 2. Aufl., Leipzig 1925, S. 368; Goetz Briefs, *Das gewerbliche Proletariat*, in: *Grundriß*, S. 142–240, insbes. S. 220 ff.

⁷⁶ Gerth, *The Nazi Party*, S. 527. Der Prozentsatz dort ist 12,6 (Tabelle 1).

⁷⁷ In: *Democracy*, a. a. O., später in: *Landbevölkerung*, a. a. O., weiter ausgeführt. Niederschlag der Heberleschen Beobachtungen in Grebing: *Nationalsozialismus*, S. 52 f.; Broszat, *Staat*, S. 52 u. 442; Martin Seymour Lipset, *Political Man, The Social Bases of Politics*, New York 1963, S. 141–145.

⁷⁸ Charles P. Loomis u. J. Allan Beegle, *The Spread of German Nazism in Rural Areas*, in: *The American Sociological Review*, 1946, S. 724–734.

⁷⁹ Vgl. die Statistiken bei Franz-Willing, *Hitlerbewegung*, S. 129 f.; Maser *Frühgeschichte*, S. 255.

gruppen auf, und andererseits brachten wohl erst Ruhrbesetzung und die dadurch angekurbelte Inflation 1923 die wirtschaftlichen Ressentiments der süddeutschen Kleinbauern voll zum Tragen. Wie später im Norden⁸⁰, mag 1923 schon im Süden die erste Werbung für den Nationalsozialismus auf den Dörfern nicht von den Landwirten selbst, sondern von den ländlichen Handwerkern ausgegangen sein, die ihren wirtschaftlichen Notstand ihrerseits bis in die Vorkriegszeit zurückverfolgten. Bei jenen Landwirten, die schon vor dem Kriege an der Scheidegrenze zwischen Kleinbauerntum und ländlichem Proletariat gelegen hatten, mußten die Argumente der Handwerker auf fruchtbaren Boden fallen. Gemeint sind solche Bauern, deren agrarische Existenzbasis bereits im 19. Jahrhundert „eine absolut unzureichende“ war, „deren Landbesitz zu knapp für eine auskömmliche Lebensfristung und denen die Möglichkeit verschlossen“ war, ihren Besitz auf eine „ausreichende Ackernahrung“ zu erweitern. Vielfach waren solche Bauern noch durch schwere Hypotheken belastet⁸¹. Nach dem Kriege wurden diese Existenzen durch den nationalökonomischen Ruin, der höhere Steuern und sonstige Abgaben mit sich brachte, aber auch durch die uneingeschränkte Einfuhr fremder und billigerer Agrarprodukte, zusätzlich bedroht. Der Bauer, wie der Handwerker und Facharbeiter, befürchtete ein endgültiges Abgleiten ins Proletariat⁸². Dazu mag noch, gerade auf dem bayerischen Lande, eine tiefe Abneigung gegen die „Roten“ in den Städten gekommen sein, die in München bereits einmal die politische Macht ergriffen hatten. Bezüglich der sprichwörtlichen Frömmigkeit der Bauern, und besonders der im katholischen Bayern, ist es irrig zu behaupten, ihr religiöser Glaube habe den Nationalsozialismus aufgehalten; derartiges hat man nach 1945 auch von der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols gesagt⁸³. Vielmehr wird gerade der mit „magischer Religiosität“ (M. Weber⁸⁴) stark durchsetzte Katholizismus Bayerns als perfekter Nährboden für gewisse, rein emotional fundierte Parolen des nationalsozialistischen „Programms“, wie beispielsweise Judenhaß, gedient haben, wobei zu bedenken ist, daß im ländlichen Antisemitismus das religiöse Substrat immer noch sichtbarer war als im städtischen⁸⁵. Viel bedeutsamer als die Religiosität war für das politische Verhalten der Bauern indessen ihr im Religiösen ver-

⁸⁰ Heberle, *Landbevölkerung*, S. 78.

⁸¹ Zitate aus Albrecht, *Das deutsche Bauerntum im Zeitalter des Kapitalismus*, S. 67. Zur Verschuldung der Kleinbauern, vgl. die „Programmschrift“ v. Adolf Damaschke, *Die Bodenreform, Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not*, 12. Aufl., Jena 1916 (1. Aufl. 1902), S. 173–229.

⁸² Albrecht, *Das deutsche Bauerntum im Zeitalter des Kapitalismus*, S. 67; Pesl, *Mittelstandsfragen*, S. 74.

⁸³ Vgl. Franz Huter, *Option und Umsiedlung*, in: Huter (Hrsg.), *Südtirol, Eine Frage des europäischen Gewissens*, Wien 1965, S. 340–361, insbes. S. 356.

⁸⁴ Vgl. *Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der verstehenden Soziologie*, hrsg. von Johannes Winckelmann, Erster Halbbd., Köln u. Berlin 1964, S. 369f.

⁸⁵ Ludwig Bergsträsser spricht vom „Konfessionsantisemitismus“ auf dem Lande (*Geschichte der politischen Parteien in Deutschland*, 11. Aufl., München u. Wien 1965, S. 220).

hafteter Konservatismus⁸⁶. Die kleine, sozial homogene Landgemeinde, deren geistiger und physischer Horizont beschränkt war, gerierte sich zumeist patriotisch (das gab auch die NSDAP vor zu sein); die Homogenität aber ließ bei einzelnen keinen politischen Individualismus zu⁸⁷: bekannte sich einer zur NSDAP, so stand der halbe Ort sofort hinter ihm. Nur so kann man es sich erklären, daß unsere Mitgliedsliste verschiedene Einträge aus ein und demselben bayerischen Dorf für einen bestimmten Tag gleich dutzendweise aufwies.

Auch der Anteil unserer nächsten mittelständischen Gruppe, der Kaufleute, ist bezeichnenderweise nicht in der Großstadt, wohl aber in der Provinz am höchsten: in der Kleinstadt stellen sie über ein Fünftel aller Nationalsozialisten (Tabelle 2); in der Großstadt wohnt weniger als ein Drittel aller nationalsozialistischen Kaufleute (Tabelle 3). Allein diese Statistik bestätigt unsere anfangs getroffene Vermutung, daß es sich bei der Kategorie „Kfm.“ nicht um wohlhabende Großkaufleute gehandelt haben kann, da diese ihrem Gewerbe vornehmlich in der Großstadt nachgingen, sondern um die kleinen Geschäftsinhaber (in der Kleinstadt) und die Gemischtwarenhändler (auf dem flachen Land). Ihre Mitgliedschaft entspringt dem charakteristischen Ressentiment der kleinen Kaufleute gegen den Kapitalismus der städtischen Großunternehmer. Nach dem Weltkrieg bedrohten Warenhäuser und Spezialläden, wie auch die Zweigniederlassungen großer Importgesellschaften, die Existenz besonders der Kleinkaufleute in der Provinzstadt, deren traditionelle Kundschaft durch die gleißenden Schaufensterauslagen in der City fortgelockt wurden. Dazu kam die Preisdrückung durch die billigeren Angebote der städtischen Konsumvereine, die hauptsächlich die Industriearbeiter belieferten und denen sich wohl unsere großstädtischen NS-Kaufleute, die im Verhältnis zu anderen Parteigenossen bei einem Prozentsatz von 16,7 liegen (Tabelle 2), entgegenstemmt haben dürften. Die Querelen der ländlichen Krämer indessen dürften sich zumeist gegen das nach dem Kriege wieder aufblühende „Wandergewerbe“, also proletarisierte Trödlerexistenzen, gerichtet haben⁸⁸. Ihnen allen aber, so scheint es, hatte das Programm der nationalsozialistischen Partei in einer Zeit der nationalen wirtschaftlichen Krise, die nach der Meinung der Kleinkaufleute in einem nicht geringen Maße von den kapitalistischen Spekulanten der Großstadt verschuldet, wenn nicht sogar geschürt worden war, etwas zu sagen.

Waren die Beschwerden der Kaufleute, die sich auch auf unterer Einkommensebene noch weitgehend als einen geschlossenen „Stand“ betrachteten, doch hauptsächlich wirtschaftlicher Natur, so spielten bei der Situation der kleinen Angestellten und Beamten neben ökonomischen auch sozialpsychologische Faktoren mit hinein. Betrachten wir zuerst die sogenannten Privatbeamten oder Angestellten der Privatwirtschaft; wir finden sie innerhalb der NSDAP mit über 10% im Reich und deshalb am häufigsten in der Großstadt vertreten (Tabelle 2), weil sich

⁸⁶ Als interessante zeitgenössische Beobachtung, vgl. A. l'Houet, *Zur Psychologie des Bauerntums*, 2. Aufl., Tübingen 1920, S. 15–29.

⁸⁷ Das beobachtete bereits Heberle, *Landbevölkerung*, S. 39.

⁸⁸ Zu diesem Fragenkomplex ausführlich Pesl, *Mittelstandsfragen*, S. 107–117.

hier die Wirtschaftsimperien konzentrierten. Immerhin wohnten noch rund 40 % unserer kleinen Angestellten auf dem Lande (Tabelle 3), und wenn es sich bei vielen von ihnen auch um Pendler gehandelt haben mag, so kann man die Angestelltengruppe doch nicht als typisch großstädtische Bevölkerungselemente bezeichnen. Die wirtschaftliche Not der Angestellten nach dem Weltkrieg⁸⁹ beruhte auf einer Überfüllung des Berufes und der dadurch bedingten realen oder potentiellen Arbeitslosigkeit. Während des Krieges hatte die aufgeblähte Volkswirtschaft das Wachstum der Angestelltenschaft beschleunigt. Nach 1918, mit der Depression, dem Vermögensschwund durch Geldentwertung und letztlich der Inflation drangen Scharen anderer Berufsloser in die Gruppe der Angestellten ein, das schuf für diese das Bewußtsein andauernder ökonomischer Unsicherheit. Insoweit, als neu geschaffene Angestellten-Gewerkschaften versagten, fühlten sich die Angestellten, von der Sozialdemokratie ohnehin als „Stehkragenproletariat“ empfunden, der Gefahr einer schleichenden Proletarisierung preisgegeben, die ihnen umso bedrohlicher erschien, als die Mehrzahl von ihnen ihren „Stand“ gern an den der öffentlichen, in einer scheinbar gesicherten wirtschaftlichen Stellung lebenden Beamten angeglichen und somit nach oben aufgewertet hätte. Siegfried Krakauer hat bemerkt, sogenannte „Bankbeamte“, die sich eigentlich „Bankangestellte“ hätten nennen müssen, pflegten sich oft dessen zu rühmen, daß ihr Niveau nicht proletarisch sei⁹⁰. Bezeichnenderweise gab es von allen Wohngebieten im „roten“ Berlin 1923 denn auch den höchsten Prozentsatz für kleinere Angestellte in der NSDAP – 35,3, eine Ziffer, die den abgrundtiefen Haß der national gesinnten, bisher jedoch noch nicht ideologisch festgelegten „Weißkragen“ gegen die „Blaukragen“ reflektiert (Tabelle 2).

Jene wirtschaftliche Geborgenheit, die sich in einem unkündbaren Dienstverhältnis mit Pensionsberechtigung manifestierte und um die die Angestellten sie nach 1918 beneideten, war den meisten öffentlichen Beamten der unteren und mittleren Laufbahn⁹¹, die in Tabelle 2 mit 6,2 % erscheinen, gegen Anfang der zwanziger Jahre jedoch auch schon nicht mehr genug. Das nur langsam steigende Fixgehalt war in einer Zeit rapid eskalierender Preise, die 1923 katastrophale Ausmaße annahmen, völlig unzureichend, dazu kam als psychologischer Faktor noch die Umfunktionierung des ursprünglichen Berufes: die zahlenmäßige Bedeutung der Beamten, die früher die „Regierungsgeschäfte“ wahrgenommen, also „dem Volk gegenüber die Autorität der Regierung und des Staates“⁹² vertreten hatten, ging immer mehr zurück. Wer aber 1923 noch den Staat repräsentierte, vertrat die unter allen Patrioten verhaßte „Novemberrepublik“. Dagegen wurden die Dienst-

⁸⁹ Zum folgenden, vgl. Lederer u. Marschak, *Der neue Mittelstand*; Sigmund Neumann, *Die deutschen Parteien, Wesen und Wandel nach dem Kriege*, Berlin 1932, S. 79. Auch Heinrich Bechtel, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Wirtschaftsstile und Lebensformen von der Vorzeit bis zur Gegenwart*, München 1967, S. 418.

⁹⁰ Siegfried Krakauer, *Die Angestellten, Eine Schrift vom Ende der Weimarer Republik*, 3. Aufl., Allensbach u. Bonn 1959 (1. Aufl. 1930), S. 11 f.

⁹¹ Zum folgenden, Lederer u. Marschak, *Der neue Mittelstand*.

⁹² Ebenda, S. 130.

funktionen des kleinen und mittleren Beamten mit der fortschreitenden Technisierung auch des öffentlichen Verwaltungsapparates „zusehends mehr mechanisiert“⁹³, was einen weiteren Prestigeverlust, wenn nicht Gehaltseinbußen, nach sich zog. Indem die Angestellten die Standesgrenzen der Beamten nach unten (respektive von den Beamten aus gesehen) zu verwischen suchten, waren diese zudem in den Sog der sozialen Nivellierung geraten; doch ihr Image als ergebene Staatsdiener verbot ihnen nach wie vor, nach gewerkschaftlichem Muster zu reagieren. Beide Typen, der kleine Angestellte wie der untere Beamte, wähten mit-hin ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg in der Gesellschaft arretiert, und aus diesem Gefühl der Verbitterung heraus ergriffen sie die Hand, die Adolf Hitler ihnen 1923 reichte.

Tabelle 4: Prozentualer Anteil der NSDAP-Ortsgruppen (München und andere) an Wohngebieten

	Gesamt-Dt.	Süd-Dt.	Nord-Dt.	Großstädte	Kleinstädte	Land	München	Berlin	Städt. Großstädte	Südt. Kleinstädte	Südt. Land	Norrd. Großstädte	Norrd. Kleinstädte	Norrd. Land
Ortsgruppe München	35,9	27,5	62,5	49,4	36,0	26,1	98,6	94,1	57,1	15,4	20,0	24,5	81,7	76,4
Andere Ortsgruppen	66,1	72,5	37,7	50,6	64,0	73,9	1,4	5,9	42,9	84,6	80,0	75,5	18,3	23,6
Alle Ortsgruppen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Frequenz	4726	3858	868	1145	1045	2540	504	17	874	720	2264	269	325	276

Sämtliche der von uns erwähnten Kategorien kennzeichnete etwas, das auch die NSDAP auf ihren Schild geschrieben hatte und das somit gewissermaßen als Zement zwischen jenem Teil der deutschen Gesellschaft und den rechtsgerichteten politischen Gruppierungen fungierte: der Antisemitismus. Handwerker, auf dem Lande wie in der Stadt, erblickten im Juden den Initiator und Besitzer kapitalistischer Großbetriebe, die etwa in der Herrenkonfektion den kleinen Schneider brotlos machten⁹⁴. Für sie war der Jude, der an hoher Stelle der „Novemberregierung“ sitzende Verwaltungsbeamte, der geistige Vater jenes nach Kriegsende sich immer mehr einbürgernden Systems öffentlicher Ausschreibungen, welche die rationelleren Fertigungsmethoden der städtischen Großbetriebe favorisierten⁹⁵, oder der Direktor der öffentlichen Strafanstalten, in denen Gefangene den Bürstenmachern und Korbflechtern das Geschäft verdarben⁹⁶. Kunsthandwerker indessen beklagten

⁹³ Geiger, Schichtung, S. 121.

⁹⁴ Vgl. Pesl, Mittelstandsfragen, S. 81 f.

⁹⁵ Ebenda, S. 91 f.

⁹⁶ Ebenda, S. 92. In unserer Mitgliedsliste fanden sich verhältnismäßig viele Korbflechter u. Bürstenmacher.

den Niedergang ihres Gewerbezweiges⁹⁷, vielleicht weil sie auf Juden als Erfinder maschinell herzustellenden neuartigen „Modeschmucks“ zu zeigen vermochten, der beispielsweise den Beruf des Goldschmiedes erübrigte. Hier und in ähnlich gelagerten Fällen gab der anti-modernistische Affekt, der den Antisemitismus in Deutschland seit den achtziger Jahren begleitete⁹⁸, den Ausschlag. Unter den Facharbeitern waren es die jüdischen Marxistenführer, die versuchten, sie, die doch etwas „Besseres“ darstellen wollten, zum Proletariat herunterzuziehen. Unsere Landwirte fühlten sich – noch aus der Zeit vor dem Kriege – vom jüdischen Viehhändler übervorteilt, überhaupt vom jüdischen Agrarmakler⁹⁹; für die lesende Kleinbauernbevölkerung wird die schreckerregende Figur des jüdischen Aufkäufer Levisohn, die Artur Dinter 1918 in seinem völkischen Zeitroman „Die Sünde wider das Blut“ heraufbeschwor¹⁰⁰, nicht ohne Eindruck geblieben sein. Dazu trat gerade auf dem flachen Lande noch das naive, aber tief verwurzelte Bild vom Juden als dem „Christusmörder“. Der Provinzkaufmann beehrte gegen den jüdischen Warenhausbesitzer, überhaupt gegen die Gestalt des jüdischen Großkapitalisten auf¹⁰¹, im Dorfe wehrte sich der Krämer gegen die jüdischen Hausierer – kein Geringerer als Werner Sombart hatte 1911 die Juden als die typischen Fliegenden Händler ausgewiesen¹⁰². Die national gesinnten unteren Angestellten hingen einer althergebrachten „deutschen“ Kaufmannsethik an, die sie geradezu zum Prüfstein ihrer Ehrbarkeit erhoben und die ganz bewußt im Gegensatz zum „jüdischen Gaunertum“ dialektisch definiert wurde – in einer Haltung, wie sie bereits im 19. Jahrhundert durch literarische Vorbilder, etwa die in Gustav Freytags „Soll und Haben“, popularisiert worden war¹⁰³. Bezeichnenderweise gab sich die Mehrzahl der unteren und mittleren Angestellten, zum Beispiel der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, während der ganzen Zeit der Weimarer Republik betont antisemitisch¹⁰⁴. Nach Meinung der ebenso konservativ wie national gesinn-

⁹⁷ Pesi, Mittelstandsfragen, S. 95.

⁹⁸ Dazu grundlegend: Peter G. J. Pulzer, *The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria*, New York, London, Sidney 1964; Eva G. Reichmann, *Die Flucht in den Haß, Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe*, Frankfurt/M. o.J.

⁹⁹ Vgl. Ernst Ludwig Ehrlich, *Judenfeindschaft in Deutschland*, in: Karl Thieme (Hrsg.), *Judenfeindschaft, Darstellung und Analysen*, Fischer-Bücherei Nr. 524, Frankfurt/M. u. Hamburg 1963, S. 209–257, insbes. S. 230. – Niederschlag zeitgenössischen Agrarsemitismus in: Joseph Weigert, *Bauer, es ist Zeit, Ein Mahnwort an die Bauern*, 2. Aufl., Regensburg 1923, S. 26 ff.

¹⁰⁰ 3. Aufl., 11.–15. Tsd., Leipzig 1919, S. 6–10.

¹⁰¹ Zur populären gedanklichen Verbindung zwischen Warenhauswesen/Großkapitalismus und Judentum vgl. Helmut Genschel, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich* (= *Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft*, Bd. 38), Göttingen, Berlin, Frankfurt/M., Zürich 1966, S. 11–42.

¹⁰² Werner Sombart, *Die Juden und das Wirtschaftsleben*, Leipzig 1911, S. 162 ff.

¹⁰³ Vgl. George L. Mosse, *The Crisis of German Ideology, Intellectual Origins of the Third Reich*, New York 1964, S. 127 f.

¹⁰⁴ Dazu Iris Hamel, *Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933*, Frankfurt/M. 1967. Auch Krakauer, *Angestellten*, S. 8.

ten niederen Beamten waren es die jüdischen Erschaffer der „Novemberrepublik“, die für den Zusammenbruch der „Heimatfront“ und somit auch für das ruhmlose Ende des Kaiserreiches verantwortlich gemacht werden mußten. So hatten sie als die Zerstörer der alten Privilegien und, jetzt in den höchsten Regierungsstellen tätig¹⁰⁵, als die Hemmblöcke sozialen und wirtschaftlichen Fortkommens zu gelten. Alle Gruppen aber glaubten mit der NSDAP, daß der Jude durch Zusammenbruch, Depression, Inflation und neuerlich durch die Besetzung der Ruhr riesige Profite einstreiche – auf Kosten ihrer eigenen Existenz.

Nirgendwo fanden die sozial und wirtschaftlich motivierten antisemitischen Ressentiments des unteren deutschen Mittelstandes eine bessere Resonanz als im offiziellen nationalsozialistischen Programm der damaligen Zeit. Das von Anton Drexler und Gottfried Feder entworfene Parteiprogramm war am 24. Februar 1920 von Hitler erstmals in „25 Thesen“ öffentlich proklamiert worden¹⁰⁶, es wurde seitdem laufend publiziert und kommentiert¹⁰⁷. Seine Kritiker haben es seit den zwanziger Jahren immer wieder als „vieldeutig“ (S. Neumann¹⁰⁸) und „vage“ (K. D. Bracher¹⁰⁹) und mithin als ineffektiv charakterisiert und darauf hingewiesen, daß es, obschon 1926 noch einmal für „unabänderlich“ erklärt, von Hitler danach nicht mehr als verbindlich betrachtet worden sei. Das letztere ist richtig, nur darf man heute, beeindruckt von dem wechselhaften Schicksal dieser Punkte, nicht der Gefahr erliegen, die Bedeutung zu unterschätzen, die Feders Thesen für unsere mittelständischen Berufsgruppen im Herbst 1923 gehabt haben müssen. Die Forderung nach „Land und Boden“ (Punkt 3) beispielsweise, eventuell sogar Kolonien „zur Ernährung unseres Volkes“ dürfte bei unseren Landleuten als Möglichkeit zur Verbreiterung ihrer Agrarbasis, aber auch bei anderen, von akuter wirtschaftlicher Unsicherheit geplagten Kleinbürgern, Anklang gefunden haben, soweit sie ihr Heil in der Emigration in ein neues deutsches Kolonialreich sahen. Punkt 3–4 und 7 wandte sich schlichtweg gegen die Juden als Urheber allen wirtschaftlichen und sozialen Übels und appellierte an den Vulgärpatriotismus des kleinen Mannes. Punkt 6, der nur dem Staatsbürger das Recht zur Ausübung öffentlicher Staatsämter vorbehielt, sagte insbesondere dem unteren und mittleren Beamten zu, aber auch allen anderen benachteiligten Bürgern, die die scheinbar maßgebenden Juden in Politik und Verwaltung anprangerten. Punkt 11, die „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens“, richtete sich gegen

¹⁰⁵ Wobei der Grad der jüdischen Partizipation an Verwaltung u. Regierung gewaltig überschätzt wurde. Dazu die Statistik bei Ehrlich, Judenfeindschaft in Deutschland, S. 246. Ähnliches gilt für Anm. 95 u. 96 (oben).

¹⁰⁶ Volz, Daten, S. 5.

¹⁰⁷ Wir benutzten die später v. G. Feder kommentierte Ausgabe, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, in 126.–135. Aufl. 1953 bei Eher in München gedruckt (1. Aufl. dieser Version 1927). Ein wenig aufschlußreicher Kommentar von Alfred Rosenberg erschien bereits 1922 (Wesen, Grundsätze und Ziele der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei), der uns in der Ausgabe v. 1934 (München) vorlag.

¹⁰⁸ Parteien, S. 78.

¹⁰⁹ Auflösung, S. 108. Auch Maser unterschätzt d. Programm, Frühgeschichte, S. 208 ff.

die Finanzgebaren der (angeblich jüdischen) Großbankiers, also praktisch gegen die verhaßten Zinssätze, unter denen der Handwerker, der seinen altmodischen Betrieb notgedrungen durch moderneres Betriebsinventar auf Pump finanzierte, ebenso litt wie der untere Angestellte, der sich von einer (angeblich jüdischen) Großbank Geld lieh, um sich die teuren, aber unerläßlichen Attribute seines „Standes“ anzuschaffen, so etwa den gediegenen, wenngleich parventühaften „Straßenanzug“¹¹⁰. Derselbe Angestellte begrüßte auch den „großzügigen Ausbau der Alters-Versorgung“ (Punkt 15), um die er die niedere Beamtschaft beneidete. Punkt 16, „Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende“ usw. spricht für sich. Die „Bodenreform“, wie verschwommen auch immer definiert, interessierte wiederum die Bauern, desgleichen die „Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder [jüdischen] Bodenspekulation“ (Punkt 17), womit die NSDAP geschickt auf den Agrar-Antisemitismus abzielte. Punkt 18, nach dem „gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw.“, also Juden, „mit dem Tode zu bestrafen“ seien, ging mit den konservativen, vielfach religiös motivierten Moralbegriffen des unteren Mittelstandes konform, unter den Landwirten zudem mit der Tradition des bäuerlichen Aktivismus. Punkt 20, der Weg zu höherer Bildung, und damit „das Einrücken in führende Stellung“, war genau auf jene Gruppen gemünzt, die, selbst ehrgeizig und bildungsbeflissen, mangels Geldes und sozialen Prestiges es sich noch nicht leisten konnten, ihre Kinder auf Gymnasien und Universitäten zu schicken: die niederen Angestellten und Beamten. Punkt 21, „Schutz der Mutter“ und staatliche Familienfürsorge, entsprach der Mentalität all der konservativen Schichten, in denen die Frau sozial und politisch als noch nicht emanzipiert erschien (wie etwa damals schon bei den Sozialdemokraten), sondern, an Heim und Herd gebunden und vom Manne bevormundet, hauptsächlich für die Erziehung der Kinder zu sorgen hatte: in unseren Berufsgruppen spielte die Frau diese Rolle besonders auf dem Lande¹¹¹. Punkt 24, „die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat“, mag zwar, wie Bergsträsser hervorhebt, der „Grundhaltung“ der NSDAP in praxi von Anbeginn zuwidergelaufen sein¹¹², aber gerade dem ländlichen, streng katholischen Mittelstand Süddeutschlands signalisierte er die Bereitschaft der Nazis, ihre Glaubens- und Gefühlswelt unangetastet zu lassen, etwas, das sie von den viel radikaler anmutenden Sozialdemokraten oder gar Kommunisten niemals erwarten konnten.

In dem Maße, wie das Federsche Programm ausschließlich den geheimen Wünschen der von uns untersuchten mittelständischen Gruppen zu entsprechen schien, muß man der Meinung der Forschung widersprechen, das Programm habe in seiner

¹¹⁰ Dazu treffend Grebing, *Nationalsozialismus*, S. 57; zum Parventühaften die glänzenden Skizzen bei Krakauer, *Angestellten*.

¹¹¹ Dazu die trefflich knappe Skizzierung der „wilhelminischen Familie“ bei Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1968, S. 61.

¹¹² *Geschichte*, S. 220.

Vagheit tatsächlich „an jedes Interesse“ appelliert¹¹³. Zumindest für Herbst 1923 kann das nicht gelten, später war es ohnehin zweifelhaft. Wie wenig das Programm sich mit den Interessen anderer Berufs- und Sozialgruppen, etwa der ungelerten Arbeiter, vertrug, dafür ist unsere Statistik der beste Beweis.

Die Arbeiter, also das, was Soziologen gemeinhin das „Proletariat“ nennen¹¹⁴, stellen in unserer Tabelle 2 nur 9,5 % aller Nationalsozialisten für ganz Deutschland – ein für eine „Arbeiterpartei“ wahrlich sehr niedriger Prozentsatz. Gewiß wird man heute das Urteil der Forschung akzeptieren müssen, die DAP/NSDAP, und somit auch Hitler, habe sich seit 1919 ernstlich um die ungelerten Arbeiter bemüht¹¹⁵. Dennoch weisen sogar schon früheste Mitgliedslisten einen verblüffend niedrigen Arbeiter-Anteil auf¹¹⁶. In Wahrheit hatte eben das mittelständisch orientierte 25-Punkte-Programm der Partei seit 1920 dem Arbeiter recht wenig zu bieten. Und zwar insofern, als es den meisten klassenbewußten Arbeitern, insbesondere den links-gerichteten, keinerlei Ersatz für die Postulate etwa des Marxismus offerierte. Wenn Hitler damals meinte, den Marxismus zerschlagen zu wollen, indem er kommunistische Arbeiter zu sich herüberzöge¹¹⁷, so war seine psychologische Taktik verfehlt, da er den Sozial-Standort des „Proletariats“ von vornherein falsch einschätzte. Die Vokabel „Sozialismus“, die man auch in Feders Programm nicht vermißt, konnte nach dem scharfsinnigen Urteil Theodor Geigers (1932) „in der Arbeiterschaft um so weniger verfangen, als hier schon sehr viel festere, realpolitisch erprobte Vorstellungen von ‚konkretem Sozialismus‘ bestanden“¹¹⁸. Weiter weist Geiger darauf hin, daß Feders Angriff auf das „mobile Kapital“ (der Juden) dem Arbeiter einerlei sein mußte¹¹⁹, weil er, nach seinem geschichtlichen Selbstverständnis, keine wirtschaftliche Ausbeutung durch (jüdische) Zinssätze kannte. Überhaupt sprang der Arbeiter auf das Schlagwort „Antisemitismus“ nicht so an, wie Hitler sich das gewünscht hätte, trotz damaliger und späterer Versuche der nationalsozialistischen Propaganda, soziale und wirtschaftliche Notstände der einfachen Arbeiterschaft rassistisch auszudeuten¹²⁰. Hitlers entscheidender Fehler war es, daß er die marxistische Dialektik materialistischer Prägung durch eine rassistisch determinierte, die klassische Figur des ausbeuterischen Fabrikbesitzers also durch die des „Finanzjuden“ zu ersetzen suchte, wobei er die Überzeugungskraft, mit welcher der Marxismus seine Anhänger gegen den Rassefaktor immunisiert hatte^{120a}, gerade verkannte.

¹¹³ Bracher, *Auflösung*, S. 115.

¹¹⁴ Der Verf. übernahm die Definition von Goetz Briefs; vgl. unten, Anm. 123.

¹¹⁵ In diesem Sinne etwa Geiger, *Schichtung*, S. 110; Orlow, *History*, S. 19.

¹¹⁶ Vgl. die Statistiken bei Franz-Willing, *Hitlerbewegung*, S. 129 f.; Maser, *Frühgeschichte*, S. 255.

¹¹⁷ So der Tenor seiner Reflexionen in *Mein Kampf*.

¹¹⁸ *Schichtung*, S. 119.

¹¹⁹ *Ebenda*.

¹²⁰ Außer in Feders Programm nebst Kommentar noch bei Rosenberg, *Wesen*, etwa S. 8. Vgl. auch Max Robert Gerstenhauer, *Der Führer, Ein Wegweiser zu deutscher Weltanschauung und Politik*, Jena 1927, S. 98 f.

^{120a} Vgl. dazu Pulzer, *Anti-Semitism*, S. 259–269.

Insofern, als Hitler die Klassengegensätze zwischen Proletariat und unterem Mittelstand auszugleichen sich bemühte, griff er genau das an, was die „sozialstandort-bewußte Haltung des arbeitenden Arbeiters“ (Geiger¹²¹) ausmachte; mithin verhielt er sich, wie Sigmund Neumann es formuliert hat, gänzlich „anti-proletarisch“¹²². Er erreichte gerade das Umgekehrte von dem, was er bezweckt hatte: die „Proletarier“, insbesondere die linksorientierten, verhielten sich seinen Werbungen gegenüber völlig unempfänglich, ja sie bildeten eine immer stärkere Fronde gegen die NSDAP, bis Hitler in den Endzwanzigern eine andere Taktik anwandte. Wie erklärt man sich dann den Anteil von 9,5 % Arbeitern in unserer NSDAP-Gruppe? Goetz Briefs hat seinen ethisch-psychologischen Begriff des Proletariats so weit gefaßt, daß darin noch Platz für andere Ideologien als die des Marxismus bleibt¹²³. Gleichwohl gab es den stark klassenbewußten, marxistisch beeinflussten Arbeiter, und bei ihm hatte die NSDAP wohl die geringste Chance. Auch die meisten der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter dürften sich den Strömungen von rechts entzogen haben. In einem geringeren Maße gilt dies für die genossenschaftlich oder freigewerkschaftlich gebundenen Proletarier; je weiter sie sich vom orthodoxen Marxismus entfernten, desto höher war die Wahrscheinlichkeit ihrer Absorption durch die bürgerliche Mittelschicht und deren politische Gruppierungen. Robert Michels spricht in diesem Zusammenhang vom bourgeoisierten Arbeiter; der sich vom ungelernten Arbeitertum emporschwingende Facharbeiter strebte in die Kleinbourgeoisie hinein, aber auch der Apparat der Sozialdemokratie, besonders wenn er die Arbeiterbildung förderte, bereitete „dem intelligenten Arbeiter eine verhältnismäßig leichte Bahn zum Aufstieg“ und wurde so zur „Klassenerhöhungsmaschine“¹²⁴. Sobald diese arrivierten Arbeiter aber auch solche „Krankheiten“ übernommen hatten, „die dem deutschen Spießbürgertum im Blut“ lagen¹²⁵, also die kleinbürgerliche Mentalität an sich, wurden sie anfällig für die Propaganda der politischen Rechten. Und zwar nicht nur die der Nationalsozialisten – auch die Deutschnationalen haben sich bezeichnenderweise gegen Anfang der zwanziger Jahre um einen Teil der Arbeiterschaft bemüht, wobei sie sich – anders als Hitler – auf die Tradition der Christlich-Sozialen aus der Monarchie berufen konnten, wenn auch sie nur mit kläglichem Ergebnis¹²⁶.

¹²¹ Schichtung, S. 111.

¹²² Parteien, S. 78.

¹²³ „Proletarier“ ist der „besitzlose, im Zeitalter des Kapitalismus als soziale Masse auftretende Lohnarbeiter, der sich und seinesgleichen als gesellschaftliche Klasse sieht, in Klassenbewußtsein und nach Klassenidealen lebt und denkt, und aus Klassenbewußtsein die herrschende Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft verneint“ (Das gewerbliche Proletariat, S. 162).

¹²⁴ Soziologie, S. 344–364. Allerdings geht Michels mit seiner Bemerkung, „der Aufstieg in die Kleinbourgeoisie bildet also das Endziel des Arbeiters“ (S. 364) zu weit, weil sie die Anziehungskraft des Marxismus, der ja den totalen gesellschaftlichen Umbruch, auch den der „Kleinbourgeoisie“ will, verneint. – Vgl. auch Briefs, Das gewerbliche Proletariat, S. 214–222.

¹²⁵ Michels, Soziologie, S. 365.

¹²⁶ Dazu Lewis Hertzman, DNVP, Right-Wing Opposition in the Weimar Republic, 1918–1924, Lincoln 1963, insbes. S. 174–180.

Daß es sich bei unseren NSDAP-Arbeitern um verbürgerlichte Gruppen handeln muß, beweist ein Blick auf die Statistik. 59,1 % der ungelerten Arbeiter lebten auf dem Land, wo die Sozialdemokratie oder die Kommunistische Partei nur wenige Zellen besaßen. Nur 23,9 % wohnten in den Großstädten, den Hochburgen der Roten (Tabelle 3); in München machte der Anteil der Arbeiter an der Partei nur 6,9 % aus; für das sozialdemokratisch regierte Berlin fehlt, schon wegen der geringen Frequenz, jede Eintragung (Tabelle 2). Überhaupt liegt der Prozentsatz in Norddeutschland niedriger als im Süden, was eingedenk der Aktivität der Linken in gewissen industriellen Ballungszentren (Ruhr), aber auch in Sachsen und Thüringen bis zum Herbst 1923 nicht verwundert.

Tabelle 5: Prozentualer Anteil der Geschlechter nach Wohngebieten

	Gesamt-Dt.	Süd-Dt.	Nord-Dt.	Großstädte	Kleinstädte	Land	München	Berlin	Süddt. Großstädte	Süddt. Kleinstädte	Süddt. Land	Norddt. Großstädte	Norddt. Kleinstädte	Norddt. Land
Männer	95,6	94,9	98,4	90,2	94,7	98,3	86,3	100	88,2	92,8	98,2	96,7	99,1	99,3
Frauen	4,4	5,1	1,6	9,8	5,3	1,7	13,7	-	11,8	7,2	1,8	3,3	0,9	0,7
Beide Geschlechter	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Frequenz	4726	3858	868	1143	1043	2540	504	17	874	720	2264	269	323	276

War Feders Programm für den klassenbewußten Arbeiter so gut wie wertlos, so hatte es jenen Gruppen, die wir hier als oberen Mittelstand bezeichnen mögen, auch nicht viel zu sagen. Leitende Angestellte, höhere Beamte und Akademiker mochten in Einzelfällen vom Motto des Antisemitismus angesprochen worden sein, der das gesamte Programm kennzeichnete, doch die schlagwortartigen Phrasen, die Scheinlogik, die emotionelle Argumentationsweise – eigentlich alles, was den spezifisch anti-intellektuellen Charakter dieses Dokumentes vorstellte, konnte bei den meisten Vertretern des deutschen Bildungsbürgertums nur negative Reaktionen hervorrufen. Sicher gab es nach dem Weltkrieg auch eine Krise des akademischen Mittelstandes¹²⁷; Geiger spricht sogar vom mittellosen Akademiker, der der Proletarisierung verfallen war¹²⁸. Aber daß diese Elemente ihr Heil im Nationalsozialismus gesucht hätten, ist nach unserer Statistik zumindest für 1923 doch sehr fraglich (Tabelle 2).

Besondere Beachtung verdienen noch die Kategorien „Arbeitslose“ und „Keine Angaben“. Die Tatsache, daß sich unter der Rubrik „Arbeitslose“ nur ein einziges NSDAP-Mitglied unserer Gruppe eintrug (Tabelle 3), scheint weniger darauf hinzuweisen, daß die Partei keine Erwerbslosen in ihren Bann zog als darauf, daß

¹²⁷ Dazu kurz Bracher, *Auflösung*, S. 169.

¹²⁸ *Schichtung*, S. 41–44, 100f.

Tabelle 6: Prozentualer Anteil aller Geschlechter nach den Hauptwohngebieten des Deutschen Reiches*

	Gesamt-Dt.	Süd-Dt.	Nord-Dt.
Männer	48,4	48,3	48,4
Frauen	51,6	51,7	51,6
Beide Geschl.	100	100	100
Frequenz	63118782	18114344	45004438

* Errechnet aufgrund der Volkszählung vom 16. Juni 1925 nach Angaben in Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, S. 1 f., einschließlich des Saargebiets (unter Berücksichtigung der vom Statistischen Reichsamt geschätzten Werte, vgl. Jahrbuch 1926, S. 1) und der an Polen abgetretenen Ostgebiete.

„Arbeitslose“ damals eine gewisse Scheu davor hatten, sich zu ihrem Mißgeschick offen zu bekennen. Sie mögen die Berufsspalte daher entweder leer gelassen, oder aber ihren ursprünglichen Beruf angegeben haben. Bedenkt man, daß von der Kategorie „Keine Angaben“ über 40 % Frauen, also weibliche berufslose Familienangehörige waren (Tabelle 7), so läßt sich die mögliche Ziffer für männliche Arbeitslose (3,8 %) fast bis auf die Hälfte reduzieren. Ein Prozentsatz von rund 2 für Arbeitslose aber wäre im Falle einer Partei, die an die untersten Schichten des Volkes appelliert, erstaunlich niedrig. In Wahrheit wird es im ungelerten Arbeitertum in der Großstadt, dem die NSDAP nicht gerecht werden konnte, weit mehr Arbeitslose gegeben haben als unter den Angehörigen des kleinen, ländlichen

Tabelle 7: Prozentualer Anteil der Geschlechter an NSDAP-Berufsgruppen

	Unge- lernte Arbeit.	Fach- arbei- ter	Die- nende	Hand- werker	U. und m. An- gest.	U. und m. Be- amte	Mili- tärs	Land- wirte	Kauf- leute	Künst- ler
Männer	97,8	100	82,5	99,8	91,8	98,0	100	100	99,8	95,3
Frauen	2,2	–	17,5	0,2	8,2	2,0	–	–	0,2	4,7
Beide Geschlechter	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Frequenz	448	400	80	946	525	293	26	490	645	64

	Unter- nehmer	Lei- tende Angest.	Höhere Beamte	Akade- miker	Ar- beits- lose	Keine An- gaben	Stu- denten	Lehr- linge	Wohl- fahrts- empf.	Haus- frauen
Männer	98,4	97,7	100	100	100	59,8	98,5	98,3	100	–
Frauen	1,6	2,3	–	–	–	40,2	1,5	1,7	–	100
Beide Geschlechter	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Frequenz	122	86	19	78	1	179	197	60	16	51

Mittelstandes. Im übrigen könnte Franz-Willings Beobachtung zutreffen, die Arbeitslosen hätten schon früh die SA der politischen Organisation (NSDAP) vorgezogen¹²⁹.

Auch diese Überlegung scheint uns zu der Bilanz zu führen, daß die NSDAP im Herbst 1923 überwiegend ländlichen Charakter trug und fast ausschließlich als untere Mittelstandspartei anzusehen ist. Man wäre fast versucht, von einer neuen „Klassenpartei“ zu sprechen, wenn Ernst Nolte nicht hervorgehoben hätte, daß sich hier nicht der *ganze* kleine Mittelstand solidarisch zusammenfand, sondern „seine politisch . . . noch jungfräulichen Teile“¹³⁰. Zählen wir zum unteren Mittelstand alle Facharbeiter, Handwerker, untere und mittlere Angestellte und Beamte, sowie Landwirte, Kaufleute und Lehrlinge, so ergeben sich schon 62,6 von Hundert. Rechnet man jene Hälfte der „Dienenden“ dazu, die, wenn wir sie als Proletaroid betrachten, nach Geiger ökonomisch zwar auf der Stufe des Lohnproletariats, sozialbewußtseinsmäßig aber beim unteren Mittelstand lagen¹³¹, so erhöht sich die Quote noch. Desgleichen mag man je die Hälfte der registrierten Künstler, Unternehmer (Schankwirte!) und Wohlfahrtsempfänger, und je ein Drittel der Militärs, Hausfrauen und der Rubrik „Keine Angaben“ zu den 62,6 % aufschlagen, so daß sich eine Summe von rund 76 % herauskristallisiert. Von den übrigen 24 % gehörten 12,2 zum Proletariat (einschließlich der proletarischen Hälfte unserer „Dienenden“¹³², und je eines Drittels der Militärs, Nicht-Angaben und Hausfrauen) und die restlichen 11,8 zum oberen Mittelstand (alle leitenden Angestellten und Beamten, Akademiker, Schüler/Studenten, je die Hälfte der Künstler und Unternehmer, und je ein Drittel der Militärs, Nicht-Angaben und Hausfrauen).

Im übrigen sind noch andere unserer Tabellenwerte soziologisch relevant. Der verhältnismäßig niedrige Prozentsatz für Militärs beispielsweise (0,6 für Gesamtdeutschland – Tabelle 2) verträgt sich schlecht mit dem Befund Heinrich Benneckes, mindestens 20 % von 193 Mitgliedern der DAP seien im Herbst 1919 militärische Personen gewesen¹³³. Später dürfte es die meisten Freikorpsleute, Reichswehrangehörigen und Wehrsport-Interessierten nicht zur NSDAP, sondern zur damals parallel entstehenden SA gezogen haben. Ja der kleine Anteil unserer Militärs an der Bewegung ist ein weiteres Indiz für die bereits von Hermann Mau getroffene Feststellung, daß es sich seit den Anfängen bei NSDAP und SA um zwei

¹²⁹ Hitlerbewegung, S. 135. Zum Verhältnis SA–NSDAP bis 1923, siehe unten, S. 24f.

¹³⁰ Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 387.

¹³¹ Das eigentliche dienende Personal, das nach der Definition Geigers arbeitsmäßig einem „Patron“ unterworfen ist, kann nicht zu der proletaroiden Gruppe, sondern nur zum Proletariat gerechnet werden. Proletaroid aber sind die Heimarbeiter, Artisten, Schäfer usw. Für sie gilt, was Geiger auf S. 31 u. 47 in Schichtung schreibt. Geiger zählt auch Zwerglandwirte, „die im Nebenberuf als Gutsarbeiter tätig sind“, also Tagelöhner oder, süddeutsch, „Gutler“, zu den Proletaroiden (S. 34); nach Heberle (Landbevölkerung, S. 138) gehören die den Tagelöhnern verwandten Kätner ebenfalls dazu.

¹³² Vgl. die zu Anfang v. Anm. 131 getroffene Feststellung.

¹³³ Hitler und die SA, München u. Wien 1962, S. 23.

Tabelle 8: Prozentualer Anteil der Altersgruppen an NSDAP-Berufsgruppen*

	Unge- lernte Arbeit.	Fach- arbei- ter	Die- nende	Hand- werker	U. und m. An- gest.	U. und m. Be- amte	Mili- tärs	Land- wirte	Kauf- leute	Künst- ler
Über 23	52,3	45,9	53,8	49,6	41,0	77,7	84,0	58,2	50,1	65,0
23 und jünger	47,7	54,1	46,2	50,4	59,0	22,3	16,0	41,8	49,9	35,0
Alle Jahrgänge	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Frequenz	442	592	80	927	505	292	25	479	635	60

	Unter- nehmer	Lei- tende Angest.	Höhere Beamte	Akade- miker	Ar- beits- lose	Keine An- gaben	Stu- denten	Lehr- linge	Wohl- fahrts- empf.	Haus- frauen
Über 23	72,3	84,7	94,7	85,5	–	48,8	17,0	15,6	100	90,0
23 und jünger	27,7	15,3	5,3	14,5	100	51,2	83,0	86,4	–	10,0
Alle Jahrgänge	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Frequenz	119	85	19	76	1	168	194	59	16	50

* Der Berechnung liegt eine Gesamtzahl von 4624 NSDAP-Mitgliedern zugrunde (vgl. oben S. 137.).

in wesentlichem verschiedene Organisationen gehandelt hat¹³⁴. Im Juli 1921 als organisatorische Tochter der NSDAP in München begründet¹³⁵, entwickelte die SA unter dem Einfluß dynamischer Reichswehroffiziere und Freikorps-Führer wie Klintzsch, Göring und Röhm bald eine spezifische, von Aktivismus und elitärer Gruppensolidarität gezeichnete „Tradition“, die mit dem politischen Programm der NSDAP nicht immer harmonierte. Uns interessiert hier grundsätzlich nur die Frage, ob es über die 55287 registrierten Parteimitgliedern hinaus noch Nazis gegeben haben mag, die sich lediglich der SA anschlossen. Wenn dies nach dem heutigen Stand der Forschung auch zu bejahen ist¹³⁶, so steht gleichwohl nicht fest, wie viele SA-Leute im Herbst 1923 außerhalb der Partei noch existierten; auch Heinrich Bennecke, damals selbst SA-Führer, weiß hierfür keine Zahl zu nennen¹³⁷.

¹³⁴ Die „Zweite Revolution“ – Der 30. Juni 1934, in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 119–137, insbes. S. 122. Vgl. dagegen Orlow, History, S. 41.

¹³⁵ Ebenda. Volz schreibt noch August (Daten, S. 93).

¹³⁶ Vgl. Bennecke, Hitler, S. 32, 51. Aufschlußreich auch die Bemerkung Röhm's, Hitler habe im Sept. 1923 angeordnet, daß alle Pgg. die nicht (wie die SA) zum deutschen Kampfbund gehörten, aus ihren para-militärischen Verbänden auszutreten hätten (Geschichte, S. 217). Die Diss. von Andreas Werner, SA und NSDAP, SA: „Wehrverband“, „Partei-truppe“ oder „Revolutionsarmee“? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920–1933 (Erlangen–Nürnberg 1964) trägt zu diesem Punkt nichts bei.

¹³⁷ Gleichwohl bezeichnet B. die von Bullock genannte, aber nicht-dokumentierte Ziffer von 20000 für den Mai 1923 (Hitler, S. 69) als viel zu hoch gegriffen (Bennecke, Hitler, S. 62f.). Auf S. 67 behauptet Bullock, wiederum ohne Beweise, die SA habe im Herbst 1923 nur 15000 Mann betragen.

Immerhin gilt als sicher, daß viele, wenn nicht alle SA-Männer nebenher noch die Mitgliedschaft in der NSDAP erwarben; jedoch erst beim Neuaufbau der Bewegung im Februar 1925 hat Adolf Hitler das NSDAP-Mitgliedsbuch für seine SA zur Bedingung gemacht¹³⁸, eine Maßnahme, die freilich den Dualismus von NSDAP und SA noch lange nicht aufhob, wie der „Röhm-Putsch“ zeigt¹³⁹. Die SA wird vor allem die jugendlichen Mitglieder unserer Gruppe gereizt haben^{139a}; da die von uns gefundenen Militärs zumeist ein verhältnismäßig hohes Durchschnittsalter hatten (Tabelle 8 und 11), wird man bei den wenigsten von ihnen Bindungen zur SA annehmen können¹⁴⁰.

Tabelle 9: Prozentualer Anteil der Altersgruppen nach Wohngebieten*

	Gesamt-Dt.	Süd-Dt.	Nord-Dt.	Großstädte	Kleinstädte	Land	München	Berlin	Süddt. Großstädte	Süddt. Kleinstädte	Süddt. Land	Norddt. Großstädte	Norddt. Kleinstädte	Norddt. Land
Über 23	52,6	53,8	47,1	58,0	48,4	51,8	67,1	58,8	60,8	48,5	52,8	48,9	48,3	43,9
23 und jünger	47,4	46,2	52,9	42,0	51,6	48,2	32,9	41,2	39,2	51,5	47,2	51,1	51,7	56,1
Alle Jahrgänge	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Frequenz	4624	3770	854	1117	1031	2476	490	17	853	710	2207	264	321	269

* Der Berechnung liegt eine Gesamtzahl von 4624 NSDAP-Mitgliedern zugrunde (vgl. oben S. 137.).

Äußerst aufschlußreich ist der geringe Prozentsatz von 4,4 für die Frauen in unserer NSDAP-Gruppe, besonders im Kontrast zum absoluten Frauenüberschuß des Reiches (Tabelle 5 und 6). Ganz deutlich kennzeichnet er den „Männerbund-Charakter“ (M. Broszat¹⁴¹) der jungen Bewegung, gleichzeitig deren konservative Haltung. Je weiter man sich von der Großstadt entfernt, deren aufgeklärte, aber zahlenmäßig kleinere (NSDAP-)Bevölkerung immerhin noch ein gutes Zehntel ihrer Mitglieder als Frauen tolerierte (Tabelle 5), desto niedriger die Anzahl der weiblichen Parteigenossen; auf dem flachen Lande betrug der Prozentsatz nur 1,7.

¹³⁸ Benzecke, Hitler, S. 119f., 125, 131; Orlow, History, S. 101.

¹³⁹ Dazu hier nur Mau, Die „Zweite Revolution“ – Der 30. Juni 1934; Joachim C. Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches, Profile einer totalitären Herrschaft, München 1963, S. 197–206.

^{139a} Vgl. dazu Werner, SA, S. XXXI, 44.

¹⁴⁰ Wir fanden mindestens einen „Reichswehrangehörigen“ in unserer Mitgliedsliste. Für ihn, wie für alle Reichswehrmitglieder in der SA, war die Zugehörigkeit zur NS-Bewegung illegal, u. zwar seit dem Reichswehrgesetz v. 23. 3. 21 (dazu Ulrich Schmidt, Die Reichswehr, in: Das deutsche Wehrwesen in Vergangenheit und Gegenwart, Stuttgart u. Berlin o. J., S. 241–344, insbes. S. 251), eine Tatsache, die zum Beispiel Röhm genau bekannt war (Geschichte, S. 154).

¹⁴¹ Staat, S. 49.

Hier tritt klar zutage, in welchem Maße der Konservatismus der damaligen NSDAP einerseits durch das vorwiegend mittelständische Schichtungsbild, andererseits aber durch die Provinz bestimmt wurde. Gleichwohl hat unsere Statistik auch ihre Grenzen. Sie sagt zum Beispiel nichts über jene Frauen aus, die ihren Ehemännern bei der Parteiarbeit halfen¹⁴², in Scharen zu den Parteiversammlungen strömten¹⁴³ und überhaupt den Führer bis zum Grad der Lächerlichkeit anschwärmten¹⁴⁴, ohne formal Parteimitglieder gewesen zu sein. Die politische Zurückhaltung der Frauen, wenn auch nicht Neutralität, vertrug sich durchaus mit der Binnenmoral dieser mittelständischen Gruppen, als Korrelat zum konservativ-spießigen Weltbild der Männer, die ihren Primat bereits 1921 so weit gefestigt sahen, daß sie es wagen konnten, den Frauen den Aufstieg in die Parteihierarchie für immer zu verbauen¹⁴⁵. Die Frauen ließen es geschehen, so lange die Bewegung sich ihre „anständige Gesinnung“ gegenüber dem schwachen Geschlecht, wie sie sich beispielsweise in Punkt 21 des Parteiprogramms niederschlug, bewahrte. Allerdings scheint die Partei, wie weit sie sich strukturell auch sonst gewandelt haben mochte, die geringe weibliche Parteigenossenschaft als Merkmal ihrer kleinbürgerlichen Phase bis in die frühen dreißiger Jahre mitgeschleppt zu haben¹⁴⁶, noch 1933 betrug der Anteil der Frauen unter den Parteimitgliedern wenig über 4%¹⁴⁷, ungeachtet der kräftigen weiblichen Wahlhilfe, die damals schon seit geraumer Zeit, wenngleich auf einer etwas anderen Ebene des politischen Engagements, sich vollzog^{147a}.

Tabelle 10: Prozentualer Anteil der Altersgruppen an Geschlechtern*

	Männer	Frauen
Über 23	52,2	59,6
23 und jünger	47,8	40,4
Alle Jahrgänge	100	100
Frequenz	4416	208

* Der Berechnung liegt eine Gesamtzahl von 4624 NSDAP-Mitgliedern zugrunde (vgl. S. 137.).

Und zuletzt noch zum Altersfaktor. Mit Hilfe unserer Statistiken und anhand der in diesem Punkte recht glaubwürdig erscheinenden Angaben in der Literatur läßt sich jetzt, das Alter der Parteigenossen von 1920 bis 1933 betreffend, ein soziologischer Ablauf konstruieren, dessen Erklärung freilich noch eines intensiveren Studiums bedarf. Das von Franz-Willing für 1920 angegebene Durchschnittsalter

¹⁴² Vgl. Alfred Rosenberg, *Letzte Aufzeichnungen*, Göttingen 1955, S. 98.

¹⁴³ Maser, *Frühgeschichte*, S. 253 f.

¹⁴⁴ Dazu Hitlers spätere Reflexionen in Speer, *Erinnerungen*, S. 106.

¹⁴⁵ Heiden, *History*, S. 114 f.

¹⁴⁶ Ähnlich auch die Interpretation bei Broszat, *Staat*, S. 49.

¹⁴⁷ Tabelle 5 bei Schäfer, *NSDAP*, S. 19.

^{147a} Dazu Gabriele Bremme, *Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament*, Göttingen 1956, S. 55, 73–77.

der Parteigenossen pendelte zwischen 30 und 32; es war die Vorkriegsgeneration (Jahrgang 1880–90), die die DAP aus der Taufe hob¹⁴⁸. Das vom York-Computer errechnete Durchschnittsalter für die Testgruppe vom Herbst 1923 war 28,3798 für die Frauen (Frequenz: 208) und 27,4819 für die Männer (Frequenz: 4416). Der Gesamtquerschnitt betrug 27,5223 (Frequenz: 4624), nach Aufrundung also 28¹⁴⁹. Somit stellen wir gegenüber dem Jahr 1920 eine Verjüngung der Parteigenossenschaft fest. Es überwiegen nun die Jahrgänge, die mit aller Wahrscheinlichkeit bereits vom „Fronterlebnis“ geprägt waren. Im übrigen zeigt uns Tabelle 9, daß Nolte mit seiner Behauptung recht hat, bei den nationalsozialistischen Kleinbürgern vom Herbst 1923 habe es sich hauptsächlich um politisch unerfahrene Menschen gehandelt: schon ihrer Jugend wegen dürfte die Altersgruppe unter 23, die sich mit der über 23 ungefähr die Waage hält, politisch vorher heimatlos gewesen sein. Der Verjüngungstrend hielt in der NSDAP auch nach dem Hitlerputsch noch an: 1925 stieg das Durchschnittsalter zwar auf 29, was damals, im Jahr der Neugründung, wohl auf die Präponderanz älterer, erfahrener Gründungsmitglieder zurückzuführen ist¹⁵⁰, dennoch, so schreibt Dietrich Orlow, gewannen die Jahrgänge zwischen 1890 und 1900 neben der ganz alten Garde zunehmend an Bedeutung¹⁵¹, eine Auswirkung von Hitlers neuen Auswahlkriterien. Bedeutsam war aber auch, daß sich die Partei nun ernsthaft in Norddeutschland auszubreiten begann; die norddeutschen Parteimitglieder waren im Durchschnitt immer jünger als die süddeutschen¹⁵². Schon für den Herbst 1925 zeigt sich unter den norddeutschen Nazis ein insgesamt höherer Anteil von 23-Jährigen und Jüngeren als bei den süddeutschen (Tabelle 9). Selbstverständlich wird der automatische Anschluß der zumeist jugendlichen SA-Leute an die Partei dem Verjüngungsprozeß nach 1925 noch Auftrieb gegeben haben. Für die Zeit von 1930 bis 1933 hat die Forschung denn auch ein weiteres Anwachsen des Jugendfaktors festgestellt; nach Broszats Beobachtungen läßt sich das Durchschnittsalter damals auf 25–26 schätzen¹⁵³. Erst 1933, im Zuge der Stabilisierung des NS-Regimes nach der Machtübernahme, fiel die Quote der Jungen wieder nach unten ab¹⁵⁴, und zwar in dem Maße, wie der revolutionäre Elan, der sich seit den späten zwanziger Jahren mit den aktivistischen und anti-republikanischen Impulsen eines großen Teils der Jugendbewegung verbunden hatte, verflieg. Auf keinen Fall aber darf man den jugendlichen Charakter unserer kleinbürgerlichen NSDAP vom November 1923

¹⁴⁸ Hitlerbewegung, S. 129. Ähnlich auch Maser, Frühgeschichte, S. 175.

¹⁴⁹ Zum 1. 7. 23. Vgl. Tabelle 11.

¹⁵⁰ Nyomarkay, Charisma, S. 74, Anm. 8.

¹⁵¹ History, S. 47 f.

¹⁵² Noakes, Conflict and Development in the NSDAP 1924–1927, S. 11. Eine befriedigende Erklärung für das Überwiegen der jungen Jahrgänge in Norddeutschland wurde von Noakes u. Orlow bisher nicht gegeben. Auch Heberle kommt über grundsätzliche Feststellungen (Landbevölkerung, etwa S. 162) nicht hinaus.

¹⁵³ Staat, S. 49 f. Vgl. auch die interessante Beobachtung bei Neumann, Parteien, S. 81.

¹⁵⁴ Nach der Statistik bei Gerth, The Nazi Party, S. 529 f.

auf die deutsche Jugendbewegung zurückführen¹⁵⁵; schon der relativ niedrige Prozentsatz¹⁵⁶ unserer NS-Schüler und Studenten (Tabelle 2) läßt dies nicht zu.

Wie repräsentativ sind unsere Statistiken für den Gesamtcharakter der Partei bis 1923 überhaupt? Es ist wahrscheinlich, daß Daten etwa aus dem Jahre 1921 ein anderes Bild der sozialen Schichtung, sicher ein anderes der örtlichen Verbreitung, projiziert hätten (so wird es damals in der NSDAP mehr Großstädter, vornehmlich Münchner, und überhaupt mehr Süddeutsche gegeben haben), aber aus Gründen statistischer Einheitlichkeit mußten sporadisch vorhandene Listen früherer Jahrgänge, etwa die von Maser benutzten¹⁵⁷, hier unberücksichtigt bleiben. Immerhin läßt sich die Aussagekraft unserer Ergebnisse anhand zweier Testfaktoren doch bis zu einem hohen Grad bestätigen. Akzeptieren wir die Feststellung von Görnitz und Quindt, die NSDAP habe Anfang 1923 15000 Mitglieder gehabt, so folgt daraus, daß bis zum November des Jahres rund 40000 Menschen Parteigenossen wurden¹⁵⁸. Von diesen 40000 sind rund 10000 zwischen Ende September und Anfang November beigetreten; ihr soziales Schichtungsbild sowie die Umstände ihres Beitritts haben wir mit einem hohen Wahrscheinlichkeitsgrad rekonstruiert. Da sich die sozial-politischen Tendenzen in der Zeit vom Januar bis zum September, welche die unteren Ränge der NSDAP anschwellen ließen, von denen im Herbst des Jahres 1923 lediglich in der Potenz, nicht aber in der Art unterschieden, können wir hinsichtlich der Beschaffenheit und Motivation dieser 30000 Parteigenossen ähnliche Vermutungen anstellen wie für unsere kleinere Testgruppe. Demnach wäre unser Sample zumindest für 40000 NSDAP-Mitglieder soziographisch repräsentativ. Die restlichen 15000, aus der Phase von September 1919 bis Januar 1923, sind soziologisch schwerer zu erfassen. Gleichwohl weist die rudimentäre Statistik beispielsweise Masers aus den Jahren 1920 bis 1922¹⁵⁹ in der

¹⁵⁵ Wie es beispielsweise Franz-Willing tut. *Hitlerbewegung*, S. 137. Der Jungdeutsche Orden etwa sympathisierte im Herbst 1923 zwar mit der Hitlerbewegung, seine Anhänger traten der NSDAP jedoch nicht bei u. distanzieren sich im Nov. von dem Putsch. Vgl. Klaus Hornung, *Der Jungdeutsche Orden (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus, Bd. 14)*, Düsseldorf 1958, S. 38f., 128. Zur Einstellung gegen das Feder-Programm, S. 130.

¹⁵⁶ Ein Vergleich unseres Wertes v. 4,2 mit späteren Statistiken ist unzulässig, weil bei uns auch Schüler mitgezählt wurden, in der Statistik v. 1933 (Schäfer, *NSDAP*, S. 19: 1,2 %) jedoch nur Studenten erscheinen. Aufschlußreicher ist d. Tabelle bei Tyrell (Dok. Nr. 154a, *Führer*, S. 380f.), die das absolute Anwachsen der NS-Studentenschaft zwischen 1927 u. 1950 anzeigt.

¹⁵⁷ Vgl. dazu d. verfilmten Bestand, etwa HIS, NSDAP HA, R. 10, O. 215.

¹⁵⁸ Walter Görnitz u. Herbert A. Quindt, *Adolf Hitler, Eine Biographie*, Stuttgart 1952, S. 185. Diese Angabe ist quellenmäßig zwar nicht belegt, einerseits ist sie aber von der Forschung bereits ernst genommen worden (vgl. Hanns-Hubert Hofmann, *Der Hitlerputsch, Krisenjahre deutscher Geschichte 1920-1924*, München 1961, S. 73), andererseits haben G. u. Q. die Ziffer für Nov. 1923 korrekt mit 55787 angegeben (S. 213), eine Tatsache, die quellenkritische Rückschlüsse zulassen könnte. Nach Maser (*Frühgeschichte*, S. 376) schlossen sich der NSDAP v. Febr. bis Nov. 1923 „rund 55000 Mitglieder“ an.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 255.

Schichtungsstruktur gewisse Übereinstimmungen mit unseren Werten auf. So ist bereits bei Maser der Prozentsatz der ungelerten Arbeiter verhältnismäßig niedrig, der der Facharbeiter und Handwerker insgesamt am höchsten. Der untere Mittelstand hat also auch bis 1922 in der NSDAP dominiert, wenngleich Maser hier keine genaue Prozentangabe machen kann.

Gewiß lassen sich aus den hier gegebenen Daten noch weitere soziographische Schlüsse und Vergleiche ziehen; uns ging es in erster Linie um eine Präzisierung des sozialen Charakters der NSDAP vor dem Hitlerputsch; sie war im wesentlichen eine Partei des unteren Mittelstands.

Tabelle 11: Durchschnittsalter der NSDAP-Mitglieder nach Berufsgruppen und Wohngebieten am 1. Juli 1923*

	Gesamt-Dt.	Süd-Dt.	Nord-Dt.	Großstädte	Kleinstädte	Land	München	Berlin	Südt. Großstädte	Südt. Kleinstädte	Südt. Land	Norddt. Großstädte	Norddt. Kleinstädte	Norddt. Land
Ungelernte Arbeiter	27	27	28	29	27	26	30	—	29	28	26	30	26	28
Facharbeiter	26	26	25	27	24	26	27	24	28	23	26	25	25	25
Dienende	28	28	27	29	28	28	32	—	28	29	28	41	24	25
Handwerker	27	27	25	27	26	27	30	21	28	27	27	24	25	25
U. und m. Angestellte	25	25	23	26	25	24	28	23	27	25	24	23	24	23
U. und m. Beamte	32	33	27	34	30	33	35	—	34	32	34	35	22	24
Militärs	35	36	33	38	34	51	38	25	38	36	29	37	27	34
Landwirte	29	29	24	24	23	29	22	—	22	—	29	24	23	25
Kaufleute	27	27	25	28	25	26	30	27	28	26	27	28	25	23
Künstler	30	30	31	32	28	27	32	—	32	28	28	36	27	25
Unternehmer	33	34	28	33	31	34	39	—	35	32	35	23	30	29
Leitende Angestellte	35	36	33	35	32	36	38	25	36	32	37	34	32	33
Höhere Beamte	39	41	33	34	57	43	34	—	34	37	50	—	—	53
Akademiker	34	36	30	32	34	35	35	—	34	36	36	26	31	35
Arbeitslose	23	—	23	—	23	—	—	—	—	—	—	—	23	—
Keine Angaben	28	28	27	34	28	24	36	—	34	28	25	30	28	22
Studenten	21	21	22	21	21	21	22	25	21	21	20	21	21	22
Lehrlinge	22	22	20	25	20	20	32	—	27	19	20	20	20	20
Wohlfahrts-empfangen	44	45	38	48	41	41	47	—	50	41	41	38	—	—
Hausfrauen	33	34	29	36	28	29	38	—	37	28	29	29	—	25
Alle Berufe	28	28	25	29	26	28	51	24	29	27	28	26	25	25
Frequenz	4624	3770	854	1117	1031	2476	490	17	853	710	2207	264	321	296

* Der Berechnung liegt eine Gesamtzahl von 4624 NSDAP-Mitgliedern zugrunde (vgl. S.137).

HARALD MEY

MARKTWIRTSCHAFT UND DEMOKRATIE
BETRACHTUNGEN ZUR GRUNDLEGUNG DER BUNDESREPUBLIK

*Vorbemerkung zur historisch-sozialwissenschaftlichen Methode
und zum theoretischen Hintergrund dieser Studie*

Was ist mit der Geschichtswissenschaft geschehen, als sie zunehmend von der Geschichte der Könige und Feldherren zur Geschichte der Nationen und Völker wurde? Sie ist allgemeiner geworden, und zwar in doppelter Bedeutung: einmal in der zahlenmäßigen Erweiterung der handelnden Personen und Gruppen (durch die sie in Analogie zur Durchsetzung breiterer Wahlrechte allmählich von der monarchischen zur demokratischen Historie wurde), zum anderen aber auch in der wissenschaftlichen Methode. Eine politische Geschichte, die die Sozial- und Wirtschaftsstruktur von Ländern ebenso wie die internationale Machtstruktur als Bedingungen des Handelns historischer Persönlichkeiten in die Betrachtung einbezieht, hat an theoretischer Relevanz gewonnen. Sie ist leichter zu ‚verallgemeinern‘ als personenbezogene Geschichtsschreibung, weil sie die individuellen Einzelereignisse in einen Rahmen von Faktoren stellt, deren Tendenzen in höherem Maße intersubjektiv einschätzbar und zu Regeln formalisierbar sind als die Launen einzelner Helden oder die historischen Wirkungen königlicher Gichtanfalle. Hans Rothfels spricht von Ansatzpunkten insbesondere der Zeitgeschichte, die „nicht im Beliebigen, sondern im Wesentlichen und Strukturellen“¹ zu wählen seien. Und seine bekannte Vorlesung über ‚Gesellschaftsform und auswärtige Politik‘ ist ein Versuch der Einbettung politischer Geschichte in einen ‚sozialwissenschaftlichen Rahmen‘. Daß die Zeitgeschichte solche Maßstäbe in besonderem Maße benötigt, liegt nicht allein an spezifischen Massenphänomenen der Neuzeit, mit denen Werner Conze die Soziologisierung der Neueren Geschichte motivierte², sondern auch am Fehlen der für den Historiker oft so bequemen Möglichkeit, die Bedeutung historischer Persönlichkeiten und Ereignisse aus ihren Nachwirkungen auf spätere Zeiten zu begründen. Je näher wir der Gegenwart kommen, um so mehr nähern wir uns dem ‚Dunkel des gelebten Augenblicks‘ – nach Ernst Bloch³ –, in dem das Reflektieren in Entscheiden übergehen muß, ob wir mit der objektiven Wissenschaftlichkeit der Begründung unseres Tuns voll zufrieden sind oder nicht. Nehmen wir noch die Erscheinung der pluralistisch gespaltenen gesellschaftlichen Werte hinzu, die es dem

¹ Hans Rothfels, *Zeitgeschichtliche Betrachtungen*, Göttingen 1959, S. 14.

² Werner Conze, *Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht*, Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Geisteswissenschaften Heft 66, Köln und Opladen 1957.

³ Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, Frankfurt am Main 1959, 1. Bd., S. 334ff.

Wissenschaftler erschweren, sich an allgemein geltende (oder von den Mächtigen propagierte) Normen anzuhängen, so wird der Drang nach ‚wertfreien‘ naturwissenschaftsähnlichen Maßstäben auch in Sozialwissenschaft und Geschichte noch verständlicher. Um so härter muß es den Historiker treffen, wenn ihm von neukantischen Methodentheoretikern die Tür zum Reich der ‚exakten Wissenschaften‘ vor der Nase zugeschlagen wird, wie dies Popper mit der Negierung der Möglichkeit historischer Gesetze tat⁴. Die damit verbundene Abkapselung vieler Sozialtheoretiker von der Geschichte, deren Überwindung erst in neuester Zeit durch die Rückbesinnung auf Marx, Max Weber und andere historisch interessierte Begründer der modernen Sozialwissenschaften in größerem Umfang im Gange ist⁵, beruhte nicht zuletzt auf hochmütiger Unterschätzung der Verwandtschaft von Wissenschaft und Erfahrung. Ausgehend von der logischen Fragwürdigkeit induktiver Schlüsse, glaubte man die absolute Gültigkeit sozialwissenschaftlicher ‚Gesetze‘ als Postulat durch die Entwicklung einer logizistischen Terminologie, die sich sprachlich von der Ausdrucksweise des gesunden Menschenverstandes trennte, sowie auch durch den logischen Trick des Rückwärtsschlusses von fiktiven ‚Gesetzen‘ auf die Falsifizierbarkeit durch Beobachtung retten zu können⁶. Demgegenüber ist es ehrlicher, mit Ernst Mach, Hans Reichenbach, I. M. Bochenski und nicht zuletzt Heisenberg die prinzipielle Unvollkommenheit jedes Schlusses auf wissenschaftliche Gesetze zuzugeben⁷, womit zugleich der unsinnige Graben zwischen angeblichen ‚Gesetzen‘ und ‚Erfahrungsregeln‘ wieder zugeschüttet wäre, auf dem die Trennung zwischen den angeblich exakten Sozialwissenschaften und der Geschichte letzten Endes beruhte. Jede anwendbare Wissenschaft beruht auf mehr oder weniger bestätigten Regeln des ‚sachlich Möglichen‘⁸, deren Begründung in der Erfahrung von keiner Logik oder Mathematik abgenommen werden kann. Es können

⁴ Karl R. Popper, *Das Elend des Historizismus, Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften*, Bd. 5, Tübingen 1965. Wenn sich auch Poppers Schrift vorwiegend gegen den Marxismus und Spengler wendet und wissenschaftliche Soziologie als Theorie zur Geschichte vorschlägt, so wirkte sich doch sein Gesetzesverständnis praktisch antihistorisch aus. Daran ändert auch Hans Alberts Zuerkennung von ‚Quasi-Gesetzen‘ an die Geschichte nichts, da diese aus seinem Wissenschaftsbild heraus nur abwertend verstanden werden können (Hans Albert, *Probleme der Theoriebildung*, in: *Theorie und Realität, Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften*, Bd. 2, Tübingen 1964, S. 3 ff., 40). Am krassesten zeigt sich diese Einstellung zur Geschichte in: George C. Homans, *Was ist Sozialwissenschaft?*, Sammlung Soziologie, Köln und Opladen 1969, S. 48 f.

⁵ Dazu bahnbrechend C. Wright Mills, *Kritik der soziologischen Denkweise, Soziologische Texte*, Bd. 8, Neuwied 1963 (Originaltitel: *The Sociological Imagination*).

⁶ Zum Falsifikationsschluß K. R. Popper, *The Logic of Scientific Discovery*, London 1959 (deutsch: *Logik der Forschung*, Tübingen 1966), S. 78 ff. (Kap. IV).

⁷ Ernst Mach, *Erkenntnis und Irrtum, Skizzen zur Psychologie der Forschung*, 6. Aufl., Darmstadt 1968; Hans Reichenbach, *Der Aufstieg der wissenschaftlichen Philosophie*, Braunschweig 1968, insbes. S. 258 ff. (dagegen Popper, *Logic of Scientific Discovery*, S. 51); I. M. Bochenski, *Die zeitgenössischen Denkmethode*, *Dalp Taschenbücher* Bd. 504, S. 110 ff. (insbes. S. 124); Werner Heisenberg, *Das Naturbild der heutigen Physik*, Rowohlt's deutsche Enzyklopädie, Bd. 8, Hamburg 1956.

⁸ Vgl. zu den Kategorien des Möglichen Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, Bd. 1, S. 258 ff. ;

durch Wissenschaftssysteme lediglich mehrere Erfahrungen zur gegenseitigen Unterstützung miteinander kombiniert werden⁹. Empirisch gewonnene wissenschaftliche ‚Gesetze‘ unterscheiden sich durch den Grad ihrer Vollkommenheit oder Vollständigkeit. Statistische Gesetze und die in den Humanwissenschaften häufigen Erfahrungsregeln mit nicht ganz vollständiger Faktorenerfassung (die deshalb Ausnahmen zulassen oder *ceteris-paribus*-Klauseln benötigen) sind die Hauptgrundlagen praktischen Handelns im medizinischen¹⁰, psychologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Bereich und können nur von völlig weltfremden Theoretikern aus den Wissenschaften gestrichen werden. Der Terminus ‚Erfahrungswissenschaft‘ war von Jakob Friedrich Fries und Wilhelm von Humboldt gerade in Anbetracht der empirischen – und nicht spekulativen – Wissenschaftlichkeit von Psychologie und Geschichte (gemeinsam mit den sogenannten ‚Naturwissenschaften‘) geprägt worden¹¹. Diese sinnvolle Einteilung ist nicht dadurch überholt worden, daß sie später durch den Naturwissenschaften–Geisteswissenschaften-Streit und nachher noch einmal durch die allzu sprachphilosophische Wissenschaftslehre der rationalistischen Richtung der neukantischen Schule verunklart wurde¹². So konnte auch Max Webers Wertfreiheitspostulat, das sich gegen eine Vermengung von Erfahrungsaussagen mit weltanschaulich spekulativer Philosophie gewandt hatte, als Forderung nach einer wertneutralen Wissenschaftssprache mißverstanden werden. Die Forderung nach übersubjektiver oder kulturenübergreifender Verständlichkeit wissenschaftlicher Aussagen (durch die allein sie durch verschiedene Personen überprüft werden können) schließt persönliches Eintreten für Überzeugungen keineswegs aus. Und wie wir heute in Max Webers Werk seine politischen Reden nicht von seinen historisch-soziologischen Analysen trennen, so hält auch Dahrendorf eine Persönlichkeitsspaltung des Wissenschaftlers in den wertfreien Verfasser wissenschaftlicher Werke und den Verfechter eines persönlichen Standpunktes nicht für den zeitgemäßen Weg der Nachfolge dieses großen Gelehrten, dem es nicht um Neutralität um jeden Preis, sondern um Redlichkeit in der Auseinandersetzung ging¹³. Nicht zufällig verbindet sich bei Arnold Brecht die

über die Bedeutung des „Möglichen“ für wissenschaftliche Regeln siehe auch Max Weber, Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1922, S. 146–214, und ders., *Kritische Studien auf dem Gebiet der kulturwissenschaftlichen Logik II*, ebenda, S. 266–290.

⁹ Vgl. I. M. Bochenski, *Die zeitgenössischen Denkmethode*, S. 122.

¹⁰ Dazu Hans Schäfer, *Die Medizin heute*, Sammlung Piper, München 1963, insbes. S. 117 ff.

¹¹ Jakob Friedrich Fries, *Selbstrezension der Neuen Kritik der Vernunft*, in: J. F. Fries, *Sämtliche Schriften* (Hrsg. Gert König und Lutz Geldsetzer), Abt. 1, Bd. 4, Aalen 1967, S. 14; Wilhelm von Humboldt, *Über die Bedingungen, unter denen Wissenschaft und Kunst in einem Volke gedeihen*, *W. von Humboldts Werke*, hrsg. von der Königl. Preußischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1904, Nachdruck 1968, S. 243–249, S. 246.

¹² Dazu ausführlicher Harald Mey, *Erfahrungswissenschaft*, in: Joachim Ritter (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 2, Basel 1971.

¹³ Dazu Karl Jaspers, *Max Weber, Politiker, Forscher, Philosoph*, Piper-Bücherei, München 1958, S. 54; und Ralf Dahrendorf, *Sozialwissenschaft und Werturteil*, Nachwort zum *Werturteilsstreit*, in: ders., *Pfade aus Utopia*, München 1967, S. 74–84.

Frage nach der mangelhaften politischen Artikulationsfähigkeit des ‚wertfreien‘ Wissenschaftlers mit dem Nachdenken über die Niederlage der in ihrer Verfassungstreue zu formalistischen liberalen Politiker in der Weimarer Republik im Ringen mit ihren Feinden¹⁴. Die Intersubjektivität wissenschaftlicher Aussagen kann nicht durch die (unmögliche) Neutralität des Standortes, sondern weit besser durch die Offenlegung der Perspektive bei sachlicher Bezugnahme auf sozialwissenschaftliche (oder ‚strukturelle‘) Erfahrungsregeln gewährleistet werden. Dabei mag es dem Wissenschaftsstandpunkt des Betrachters überlassen bleiben, ob er die Bestätigung (oder Falsifizierung) solcher Regeln oder ihre Verwendung als Hilfsmittel zur Erklärung von Zusammenhängen als wesentlicher ansieht¹⁵. Zur leichteren Übersicht seien die wichtigsten historisch-sozialwissenschaftlichen Erfahrungsregeln und Hypothesen, die dem folgenden Aufsatz zugrunde liegen, vorweg aufgeführt.

Die theoretische Basis dieses Aufsatzes bildet neben einigen nationalökonomischen Sätzen über die Marktwirtschaft die neuere Demokratiediskussion im Anschluß an die Werke von Lipset, Dahl, Eckstein und Barrington Moore¹⁶. Alle genannten Autoren haben eine Demokratiekonzeption, die in ihren Ansprüchen bescheidener ist als die klassische der Volkssouveränität, wie sie besonders von Rousseau mit Leidenschaft vertreten wurde¹⁷. Man kann auch sagen, sie stehen in der angelsächsischen und nicht in der französischen Tradition. Das bedeutet, daß sie keine idealistisch-absolute, sondern eine mehr realistische und auf Mißbrauchschutz ausgerichtete Konzeption vertreten. Demokratie ist demnach vor allem anderen Nicht-Diktatur. Eine Demokratie einzurichten heißt vor allem eine Diktatur verhindern. Das war auch in Deutschland nach 1945 die entscheidende Lehre aus der Weimarer Republik gewesen.

Die klassische Ersetzung des Souverän-Monarchen durch den Souverän Volk führte in der Geschichte wiederholt zur Herrschaft von Usurpatoren, die sich als Priester des Volkes gebärdeten. Demgegenüber erwiesen sich die nach angelsächsischer Methode eingerichteten Demokratien, in denen ein geschwächter Monarch einem starken Volksführer vorgezogen wurde, als wesentlich stabiler. Nicht umsonst sind einige der stabilsten Demokratien nominell Monarchien geblieben. Daß

¹⁴ Arnold Brecht, *Politische Theorie*, Tübingen 1961, S. 7 und 528 ff.

¹⁵ Vgl. Max Weber, *Die ‚Objektivität‘ . . .*, S. 174 f.

¹⁶ Insbes. Seymour M. Lipset, *Soziologie der Demokratie*, Soziologische Texte, Bd. 12, Neuwied 1962; Robert A. Dahl, *A Preface to Democratic Theory*, Chicago und London 1956; ders., „Preface“ zu Dahl (Hrsg.), *Political Oppositions in Western Democracies*, New Haven und London 1966; Harry Eckstein, *Division and Cohesion in Democracy, A Study of Norway*, Princeton 1966; Barrington Moore, *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*, Frankfurt am Main 1969.

¹⁷ Jean Jacques Rousseau, *Le Contrat Social, 1764* – es sollte der Gerechtigkeit halber nicht unerwähnt bleiben, daß Rousseaus Vorbild die direkte Demokratie der Schweizer Kantone war und ihm keineswegs moderne „Volksdemokratien“ vorschwebten. Als abgewogene Beurteilung Rousseaus vgl. Iring Fetscher, *Rousseaus politische Philosophie*, *Politica*, Bd. 1, Neuwied 1960.

sich dann mit der Zeit eine deutliche Dominanz des Führers der in der letzten Wahl siegreichen Partei (bzw. einer Regierungskoalition) herausbildete, änderte an dem Prinzip der Machtteilung und Machtkontrolle im demokratiegünstigen Fall nichts – wenn dafür gesorgt war, daß seine Übermacht nie so groß wurde, daß er die friedliche Konkurrenz und Kritik ausschalten konnte (oder wollte). Eine funktionierende Demokratie ist also Ergebnis einer ziemlich komplizierten Balance realer Machtverhältnisse und nicht einfach der Sieg menschenfreundlicher Ideale. „Die Demokratie in einer komplexen Gesellschaft kann definiert werden als ein politisches System, das regelmäßige verfassungsrechtliche Möglichkeiten für den Wechsel der Regierenden vorsieht, und als ein sozialer Mechanismus, der es dem größtmöglichen Teil der Bevölkerung gestattet, durch die Wahl zwischen mehreren Bewerbern für ein politisches Amt auf wichtigere Entscheidungen Einfluß zu nehmen.“¹⁸ Nach dieser Definition von Lipset (im Anschluß an Schumpeter) beschränken sich die Bedingungen der Demokratie auf eine Art Rahmenkonsensus der überwiegenden Mehrheit hinsichtlich einer ‚politischen Formel‘ und das tatsächliche Vorhandensein mehrerer Gruppen politischer Führer, die mit friedlichen Mitteln versuchen, an die Regierung zu gelangen. Alle anderen Bedingungen sind weitgehend offen. Die anschließende Korrelationsuntersuchung Lipsets zeigt einige demokratiegünstige Faktoren wie ökonomischen Wohlstand, nicht allzu raschen ökonomisch-gesellschaftlichen Wandel und einen Mindest-Bildungsstand der Bevölkerung auf, die dann auch wiederum durch die bestehende Demokratie weiter gefördert werden¹⁹. Diese Annahmen führen praktisch zu der bekannten Koppelung der Demokratie an das System westlich-kapitalistischer Marktwirtschaft, wie sie von den englischen Verhältnissen auch insbesondere auf die westdeutschen der Erhard-Ära übertragen wurde. Der beste Weg zur Stabilisierung von Demokratie ist demnach Wohlstandssteigerung. Daran ist ein wahrer Kern: die Verminderung der Klassengegensätze bei gleichmäßig steigendem Wohlstand. Es bleibt aber die Frage, was mit einer nur dadurch gewährleisteten Demokratie im Fall einer Wirtschaftskrise geschieht. Außerdem impliziert diese Konzeption die fatale Rechtfertigung von Diktaturen in armen Ländern, was sowohl für die reichen demokratischen Staaten als auch für die mit ihnen ‚befreundeten‘ Diktatoren recht bequem ist.

Dem läßt sich aus der historischen Erfahrung vor allem entgegenhalten, daß die noch bestehenden Demokratien älterer Herkunft – so außer dem zuweilen überbetonten englischen Beispiel besonders die Schweiz und die skandinavischen Staaten – auch schon unter vorindustriell-agrarischen Verhältnissen stabil waren und den Wohlstand erst lange nach der Demokratie erreichten. Wie war das möglich? Barrington Moore, Dahl und Eckstein gingen dieser Frage nach und geben einige Auskünfte. Die Errichtung von Demokratie erfordert nach Barrington Moore drei Stufen, wobei der ersten Stufe für die Erhaltung der Demokratie zen-

¹⁸ S. M. Lipset, *Soziologie der Demokratie*, S. 33; vgl. Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1950, Kap. 22.

¹⁹ S. M. Lipset, a. a. O., S. 33 ff., insbes. Schema S. 68.

trale Bedeutung zukommt: „1. Willkürherrschern entgegenzutreten; 2. Willkürherrschaften durch gerechte und rationale Herrschaftsformen zu ersetzen; und 3. den Regierten eine Beteiligung am Zustandekommen der Gesetze und Vorschriften zu verschaffen. Die Enthauptung von Königen war der dramatischste und keineswegs unwichtigste Aspekt des ersten dieser drei Merkmale.“²⁰ So gesehen, war das Ende Hitlers und seiner Paladine möglicherweise ebenso fundamental für die Stabilität der westdeutschen Demokratie wie die Verhättschelung der Weltkrieg-I-Diktatoren Hindenburg, Ludendorff und ihrer Verehrer in der Weimarer Republik für deren Untergang. Diese Überlegungen gehören in einen demokratietheoretischen Ansatz, den wir den ‚machttheoretischen‘ nennen können. Als seine Vorväter kann man je nach Geschmack Machiavelli oder Montesquieu nennen²¹. Dahrendorf stellte in einem nicht unverwandten Zusammenhang Hobbes gegen Rousseau²². Machiavelli bemerkte als einer der ersten in der Neuzeit (in bezug auf das damalige deutsche Beispiel), daß ein gewisses Maß an Schwächung und Zersplitterung der Führer dem Wohlergehen der Bürger dienlich sei. Darauf hatte im Grunde auch die langjährige Stabilität der antiken Demokratien beruht. Andreski nennt es die epochemachende Entdeckung, daß sich die Regel ‚divide et impera‘ gegen die Herrschenden selbst kehren läßt²³. Burnham, Franz Neumann und Robert A. Dahl haben sich besonders mit dieser Seite der Demokratie beschäftigt und fanden heraus, daß Demokratie immer dann entstand, wenn die Machtverteilung gesellschaftlicher Gruppen aus verschiedenen (nur unter anderen *ökonomischen*) Gründen dem Aufkommen von Despotismus im Wege stand. Darauf beruhte die spezifisch-abendländische Entwicklung mehr als auf protestantischem oder rationalem Geist. Rational waren orientalische Bürokratien und die arabische Mathematik auch²⁴. Auch bei Rationalität kommt es darauf an, nach welchem Gesichtspunkt und zu wessen Gunsten sie gehandhabt wird²⁵. Der typisch deutsche Staats-Rationalismus war der Demokratie jedenfalls nicht förderlich²⁶.

²⁰ Barrington Moore, *Soziale Ursprünge . . .*, S. 476.

²¹ Zu Machiavelli siehe James Burnham, *Die Machiavellisten, Verteidiger der Freiheit*, Internat. Bibliothek für Psychologie und Soziologie, Bd. VII, Zürich 1949; zu Montesquieu s. Franz Neumann, *The Democratic and the Authoritarian State*, Glencoe 1957, S. 96 ff.

²² Ralf Dahrendorf, *Pfade aus Utopia*, im gleichnamigen Sammelband, S. 242 ff. und ders., *Lob des Trasymachos, Zur Neuorientierung von politischer Theorie und politischer Analyse*, ebenda, S. 294 ff.

²³ Stanislaw Andreski, *The Uses of Comparative Sociology*, Berkeley und Los Angeles 1965, S. 170.

²⁴ J. Burnham; a. a. O., und ders., *Das Regime der Manager*, Kap. 7–9 u. 11; S. Andreski, a. a. O., S. 169 ff. (gegen Max Weber, *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, in: *Ges. Aufs. zur Religionssoziologie*, Tübingen 1922, S. 17–206, insbes. in der amerikanischen Übernahme durch Talcott Parsons, *The Social System*, Glencoe 1951, Kap. V, und ders., *Societies*, Englewood Cliffs 1966). Vgl. dazu auch Hans Bobek, *Hauptstufen der Gesellschafts- und Wirtschaftsentfaltung in geographischer Sicht*, in: *Die Erde* 90 (1959), S. 258 ff., insbes. 272 ff.

²⁵ Vgl. Jürgen Habermas, *Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus*, in: *Kölner Zeitschr. f. Soziologie*, 16 (1964), S. 635–659.

²⁶ Vgl. Horst Ehmke, „Staat“ und „Gesellschaft“ als verfassungstheoretisches Problem,

Im Vorwort zu seinem Werk über politische Opposition stellt Dahl fest, daß diese sich – als Voraussetzung der Demokratie – nur dort institutionalisieren konnte, wo regionale strategische Vorteile wie Bewaffnung, Teilhoheit und ökonomische Autonomie einen radikalen Sieg der Bürokratie und des von einem zentralen Herrscher geleiteten Heeres effektiv zu verhindern vermochten. Dies läßt sich für die Schweiz ebenso nachweisen wie für England, Amerika, Skandinavien und (gegenüber ausländischen Invasoren) die Benelux-Staaten. Dahls Formel für die demokratische Mitte zwischen Zentralherrschaft und Zerfall heißt ‚limitiertes Übergewicht‘ der Regierung²⁷. Dazu gehören neben nicht zu großer bürokratisch-organisatorischer und militärischer Überlegenheit zweifelsohne auch ökonomische Faktoren, wie Besitzstruktur und relative ökonomische Macht von Verbänden und Schichten – und von da aus führt dann wiederum eine Brücke zum richtigen Kern der Formel Lipsets. Gegen die in einer bestimmten Richtung überbetonte Relation Ökonomie-Demokratie sprechen vor allem die historisch reich untermauerten Studien von Barrington Moore über das Nebeneinander eines kapitalistisch-demokratischen (englisch-amerikanischen) und eines kapitalistisch-autoritären (preußisch-japanischen und ansatzweise zaristisch russischen) Weges von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Der letztere kapitalistisch-bürokratische Weg aus agrarischen Ursprüngen schlug in Deutschland und Japan in den faschistischen, in Rußland und China in den kommunistischen um²⁸. Nimmt man dazu noch das von Barrington Moore aufgezeigte Phänomen der aus Machtzersplitterungsgründen stabilen Demokratie im agrarisch-armen Indien (auch Ecksteins Norwegen-Studie läßt für Indien einen analogen sozialdemokratischen Weg zur Industrialisierung als nicht aussichtslos erscheinen²⁹), so wird deutlich, daß in einem beträchtlichen Bereich ökonomischer und technischer Entwicklung sowohl Diktaturen als Demokratien möglich sind. Das bemerkt auch Lipset durchaus – aber er gelangt nicht zu einer Demokratietheorie, die so allgemein ist, daß sie auch für Nicht-Wohlstandsgesellschaften Fundamente stabiler Demokratie aufzeigen könnte (Fundamente die dann wohl auch der Wohlfahrtsgesellschaft von Nutzen wären). In diesem Punkt sind Barrington Moore, Eckstein und Dahl unseres Erachtens einen Schritt weiter gekommen.

Von solchen demokratie-theoretischen Ansätzen aus soll im Folgenden die Geschichte der Bundesrepublik von der Gründungs- und Vorbereitungszeit an betrachtet werden. Dabei möge es der Leser nicht einfach nur als persönliche Parteilichkeit ansehen, wenn der Stellung und Haltung der jeweils nicht an der Regierung befindlichen Kräfte für die Stabilität der Demokratie ein größeres Gewicht beigemessen

in: Hesse, Reicke u. Scheuner (Hrsg.), Staatsverfassung und Kirchenrecht, Festgabe für Rudolf Smend, Tübingen 1962, S. 23–49.

²⁷ Robert A. Dahl, *Political Oppositions* . . . , Preface, S. xii–xiv. – Aus dieser Sicht wird auch sofort verständlich, weshalb die meisten der von Lipset als labil demokratisch bezeichneten Regime wie Griechenland und einige lateinamerikanische Staaten durch ausländische Militärhilfe die Demokratiegrundlage verloren, die sie nach Lipset durch wirtschaftliche Höherentwicklung erhalten sollten.

²⁸ Barrington Moore, *Soziale Ursprünge* . . . , insbes. S. 475 ff.

²⁹ B. Moore, a. a. O., S. 365 ff.; Harry Eckstein, *Division and Cohesion in Democracy*. . .

wird als der demokratischen Gesinnung der Regierung. Dieses demokratie-theoretische Vorgehen hat seine Gründe unabhängig von der – zugegebenen – politischen Einstellung des Autors. Hier berührt sich die Demokratietheorie mit der zuletzt von Heinemann aufgestellten Forderung nach demokratischer Geschichtsschreibung³⁰, die nicht von der Willensdurchsetzung großer Führer ausgeht, sondern von den Bemühungen der Völker (und oppositioneller Gruppen), ihre Freiheit – notfalls auch gegen solche Führer – zu verteidigen. Gegenwartsanalyse ist ohne Verständnis der Vergangenheit ebenso wenig wie ohne Vorstellung von der Zukunft möglich. Gerade bei uns in Deutschland sind politische Konflikte oft Generationenkonflikte, nicht unbedingt dem Alter, aber der Zeit der prägenden Eindrücke nach. So ist es für die gegenwärtige politische Einstellung noch immer wichtig, ob sie aus dem zustimmenden oder ablehnenden Erlebnis der Monarchie, der Weimarer Republik, der Nachkriegszeit oder der Zeit nach 1949 stammt. Entsprechend ist umstritten, ob 1945 vor allem die Befreiung von der Hitlerdiktatur bedeutet oder die nationale Niederlage (auf die man die Demokratie nach den Erfahrungen von 1918 nicht gerne zurückführt), und 1948 bzw. 1949 das Ende einer chaotischen Vergangenheit durch eine marktwirtschaftlich-demokratische Auferstehung oder die Versenkung hoffnungsvoller demokratischer Neuordnungsansätze und den Beginn einer restaurativen Periode. Es ist an der Zeit, daß diese Nachkriegsperioden im Zusammenwirken verschiedener Faktoren und politischer Kräfte und nicht als Taten oder Unterlassungen nur einer Seite angesehen werden³¹.

Hat die zweite deutsche Demokratie ihr Fundament in der Wirtschaft?

Eine gute Einführung in die in Westdeutschland nach 1945 wirksamen Faktoren und Kräfte gibt unserer Ansicht nach gerade eine der undifferenziertesten Hypothesen, nämlich die Behauptung Ludwig Erhards, daß die Entscheidung für die Marktwirtschaft eine freie Gesellschaft und einen demokratisch stabilen Staat geschaffen habe. Eine Analyse dieser Behauptung kann am ehesten wohl zu den sozialen, kulturellen, wirtschaftsstrukturellen und politischen Voraussetzungen der Zeit führen, in der ein solches Wunder geschehen sein soll³².

³⁰ Gustav Heinemann auf der Schaffermahlzeit in Bremen 1970. Dazu Sebastian Häfner, Der ungehobene Schatz, in: Stern Jg. 1970, Nr. 10.

³¹ Ansätze dazu sind insbes. Otto Heinrich von der Gablentz, Die versäumte Reform, Köln und Opladen 1960; Ralf Dahrendorf, Wandlungen der deutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit, in: ders., Gesellschaft und Freiheit, München 1961, S. 300–320; Karl W. Deutsch und L. J. Edinger, Germany Rejoins the Powers, Stanford 1959; K. Pritzkolet, Das kommandierte Wunder, München 1959; Henry C. Wallich, Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt a.M. 1955; Tilman Pünder, Das bizonale Interregnum, Waiblingen 1966; Theodor Eschenburg, Die improvisierte Demokratie, München 1963.

³² Vgl. Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1967 (Gleichsetzung der Demokratie mit seiner Wirtschaftspolitik z.B. S. 25); A. Hunold (Hrsg.), Wirtschaft ohne Wunder, Zürich 1953 (mit Beiträgen von Wilh. Röpke u.a.) – siehe dazu auch Henry C. Wallich, Triebkräfte . . ., S. 108f.

War Deutschland nach 1945 ein zweites England um 1800? Worauf basierte der Glaube der Propheten der neuen Wirtschaftsordnung und last but not least ihr Erfolg? Betrachten wir einmal die Voraussetzungen für eine Marktwirtschaft in Anschluß an ihren geistigen Vater Eucken:

1. Damit eine ausgewogene Verkehrswirtschaft sich entfalten [und erhalten] kann, muß die Zahl der wirtschaftlich Planenden so groß und ihre Macht so gleichmäßig verteilt sein, daß keiner dem anderen seinen Willen aufzwingen kann [was auch demokratiegünstig sein müßte]³³.
2. Es darf keine übergroße Macht und Neigung des Staates, in den Wirtschaftsprozess einzugreifen, vorhanden sein. [Dieses Prinzip wurde unter Erhard bis zur Grenze der Lahmlegung vorausschauender Wirtschaftspolitik strapaziert, obwohl man schließlich doch intervenieren mußte³⁴].
3. Die rechtsstaatliche Ordnung muß so stark und intakt sein, daß die Einhaltung marktwirtschaftlicher Gepflogenheiten gewährleistet ist.

Eucken hat hier ganz richtig gesehen, daß eine Marktwirtschaft sich selbst zerstören würde, wenn sie (wie nach Marx und sozial-darwinistischer Auffassung) wirklich ein Auslesekampf wäre, in dem am Schluß der Sieger die Macht an sich reißen und die Spielregeln außer Kraft setzen könnte. Deshalb figuriert im Hintergrund von Euckens Modell und auch bei Erhard zur Erhaltung der „rechtlichen und sozialen Ordnung“ letztlich doch ein mild autoritärer Ordnungsstaat³⁵. Dieser Gesichtspunkt läßt auch manches an Erhards Politik und Persönlichkeit in einem anderen Licht erscheinen, als es bei oberflächlicher Betrachtung oder im Lichte seiner eigenen Darstellung erscheint.

Jedenfalls waren die Voraussetzungen der Demokratiegründung in Westdeutschland nach 1945 andere als im Falle der „klassischen“ historischen Entwicklung der englischen Demokratie, wo in der Wirtschaft und Politik schon aus Gründen der Machtstruktur traditionelle Spielregeln – zumindest in der Elite – eingehalten wurden. Allerdings setzt die geregelte Marktwirtschaft außer dem Schiedsrichterstaat auch ein gewisses Training oder eine natürliche Begabung der Spieler voraus, so daß im Falle Westdeutschlands eben doch auch nach den kulturellen Voraussetzungen zumindest des marktwirtschaftsähnlichen Verhaltens gefragt werden muß. Eine sehr lange Vorbereitung hat die ‚Marktwirtschaft‘ vor 1948 nicht gehabt und sie scheint, auch wenn man die behutsame schrittweise Freilassung berücksichtigt, ziemlich rasch einigermaßen funktioniert zu haben. Wenn inzwischen das Bekenntnis zur ‚sozialen Marktwirtschaft‘ nahezu allgemein geworden ist, so muß freilich erkannt werden, daß die gegenwärtige Wirtschaftsform der Bundesrepublik

³³ Walter Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, Berlin, Göttingen und Heidelberg, 6. Aufl., 1950, S. 97 ff. (zu Wirtschaftsstruktur und Macht, S. 196 ff.); in eckigen Klammern Zusätze des Verfassers.

³⁴ Vgl. H. C. Wallich, *Triebkräfte ...*, insbes. S. 122 ff. und 159 f.; Andrew Shonfield, *Geplanter Kapitalismus*, Berlin 1968, S. 283 ff., insbes. S. 326 und 346 f.

³⁵ W. Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, S. 128–134, insbes. S. 133/134; ders., *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Rowohlts deutsche Enzyklopädie Bd. 81, Hamburg 1959, S. 152; vgl. Ludwig Erhard, *Wohlstand für alle*, S. 135 ff.

eher als ‚sozial gedämpfte Konzernwirtschaft‘ zu kennzeichnen ist. Im Gegensatz zu ihr sah das ursprüngliche Konzept der Marktwirtschaft vor, daß die sozial günstigen Wirkungen vom Markt selbst kommen sollten. Als das ‚Soziale‘ an der Marktwirtschaft war von Eucken und Müller-Armack nicht der Lohndruck der Gewerkschaften (die im Programm gar nicht vorkamen!) oder gar eine von SPD, CDU-Sozialausschüssen und nicht-marktwirtschaftlichen Ministerien durchgesetzte soziale Ausgleichspolitik in einer von Großbetrieben dominierten Wirtschaft vorgesehen gewesen³⁶.

Eine Kritik der gegenwärtigen ‚Marktwirtschaft‘ wird so wenig wie Lob und Preis der wirtschaftlichen Fortschritte seit den späteren 50er Jahren dem Programm und den Erfolgen der ersten Zeit nach 1948 gerecht.

Schon der Erfolg der Marktwirtschaftspropaganda läßt vermuten, daß die Idee der Marktwirtschaft über die ökonomischen Erwägungen zur Ablösung der Kriegszwangswirtschaft hinaus psychologische Bereiche der Bürger der damaligen Zeit ansprach – gerade als Appell an Fleiß und Härte zur Bestätigung der eigenen Tüchtigkeit, trotz all der unheilvollen Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit³⁷. Dafür spricht, daß die nachgelieferten Gemeinwohlaufufe auf weit weniger Gegenliebe stießen, als man bei der überlieferten Autoritätsgläubigkeit der Deutschen hätte erwarten können (wenn sie auch immerhin in konkreten Fällen befolgt wurden, wenn genügend Nachdruck dahinter zu vermuten war³⁸). Dabei ist die Mitarbeit der ‚Großen‘, die jede andere Regierung mehr fürchteten als die, die sie zu ihrem Glück hatten, von der breiten Zustimmung eines großen Teiles der übrigen Bevölkerung, gerade auch in der Anfangszeit, zu unterscheiden.

*Gab es im Konkursbestand des Deutschen Reiches 1945 Voraussetzungen
für eine liberal-rationalistische Wirtschaftsordnung?*

Fragen wir zu Beginn weiterer Überlegungen, ausgehend von dem traditionellen englischen Muster, ob es in Westdeutschland nach 1945 bestimmte Aufklärungs-Voraussetzungen für rationales wirtschaftliches Verhalten gegeben haben könnte. Diese waren auf jeden Fall in England um 1800 unter sozialer und politischer Vorherrschaft aufgeklärter bürgerlich-aristokratischer Eliten und unter Regierungen der ihnen entsprechenden Parteien viel naheliegender³⁹ als ausgerechnet in Deutschland nach Hitler. Deshalb wollen wir von Anfang an unser Augenmerk auch auf Faktoren richten, die aus anderen Gründen ähnliche Wirkungen haben konnten.

³⁶ Vgl. Alfred Müller-Armack, Die Wirtschaftsordnung sozial gesehen, in: *Ordo* Bd. 1, 1948; W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 179 ff.

³⁷ Vgl. H. Wallich, *Triebkräfte . . .*, S. 320 ff.

³⁸ Vgl. A. Shonfield, *Geplanter Kapitalismus*, S. 231/292.

³⁹ Vgl. Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, *Politica* Bd. 4, Neuwied 1962, S. 71 ff.; Iring Fetscher, *Späte Kritik an der verspäteten Demokratie*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 30, 5. Febr. 1966, S. 14 (Besprechungsaufsatz zu R. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*).

Von seiten der traditionellen deutschen Führungsschichten war weniger ein marktwirtschaftliches System zu erwarten gewesen, sondern eher die durch die Regierung Dönitz nach Ausschaltung der allzu kompromittierten Nationalsozialisten vorgesehene Wiederaufbaupolitik in der gehaltenen Kombination von Staat und Industrie nach dem autoritären Muster der preußisch-deutschen Monarchie und der letzten Präsidentschaftsregierungen der Weimarer Zeit (Papen und Schleicher)⁴⁰. Aber auch die antinationalsozialistische SPD und die CDU des Ahlener Programms ließen 1948 kaum eine Marktwirtschaftspolitik erwarten. Woher bezog Erhard – außer von den Amerikanern – seine Unterstützung? Von denjenigen, die spürten und erkannten, was die notwendige autoritäre Absicherung der Marktwirtschaft bedeutete, und von der Masse derjenigen, die dies nicht sahen, sondern die ‚soziale Marktwirtschaft‘ wörtlich nahmen. Die ersten dürften mehr unter den politischen und wirtschaftlichen Führungskräften zu suchen sein, die letzteren unter der übrigen Bevölkerung.

Was war nach 1945 bei den Deutschen als Voraussetzung für marktwirtschaftliches Verhalten vorhanden? Es gab zunächst vor allem vom Hitlerreich bzw. seinem Untergang enttäuschte Menschen. Unter diesen waren die älteren Wirtschaftsführer froh, wenn sie durch die Anpassung an die Besatzungsmacht überhaupt noch etwas von ihren Besitz- oder Machtverhältnissen retten konnten. In diesem Zusammenhang war bedeutsam, daß – trotz vorübergehender Absetzung von Nationalsozialisten auch in der Wirtschaft – die mikrostrukturellen Herrschaftsverhältnisse, insbesondere auf Gemeinde- und Betriebsebene – von den westlichen Besatzungsmächten intakt gelassen wurden. Die politisch engagierten Nationalsozialisten und ehemaligen Offiziere durften sich nicht mehr in ihrer gewohnten Weise betätigen und mußten auf Wirtschaftsberufe, wie z.B. den des Vertreters, ausweichen, soweit sie nicht inhaftiert waren oder durch neu erworbenes demokratisches oder christliches Bekenntnis in die Politik – zunächst in regionaler, untergeordneter Stellung – zurückkehren konnten⁴¹. Hinzu kam die eigentliche Kriegsteilnehmergeneration der politisch ‚verstörten‘ Menschen⁴², die überhaupt weder von politischer Betätigung, noch von politischen Tatsachen etwas hören oder sehen wollten. Zu ihnen zählten dann später auch besonders diejenigen, die infolge von Kriegsgefangenschaft, Inhaftierung oder Vertreibung den eigentlichen deutschen Nach-

⁴⁰ Vgl. Walter Lüdde-Neurath, Regierung Dönitz, Göttingen, 2. Aufl., 1953; Percy Ernst Schramm, Die Niederlage 1945, dtv-Dokumente, München 1962.

⁴¹ Als Beispiel denke ich an einen mir gut bekannten süddeutschen Landkreis, in dem nach einer kurzen Nachkriegsperiode der NS-Bürgermeister der Kreisstadt CSU-Bürgermeister und der NS-Kreisleiter (der sich zugegebenermaßen durch kampflose Übergabe der Stadt 1945 gewisse Verdienste erworben hatte und als kirchentreu galt) erst Kreistagspolitiker, ab 1953 CSU-Bundestagsabgeordneter wurde. Ähnliche Vorgänge in wenig bedeutenden Ämtern mögen auch der Umerziehung des deutschen Volkes zur Demokratie dienlich gewesen sein, bei Ämtern über einer gewissen Höhe liegt der Verdacht näher, daß bewußt ein Kompromiß mit autoritären Kräften gegen sozialistische Tendenzen ohne Rücksicht auf die Demokratie angestrebt wurde.

⁴² Sebastian Haffner, „Mord an der Zukunft?“, in: Stern Jg. 1968, Heft 8 (25. Febr.).

kriegsidealismus nicht erlebt hatten. Und schließlich war ein erhebliches Antriebsmoment zum eigenen wirtschaftlichen Existenz-Wiederaufbau bei all denen vorhanden, die durch Zurücklassen ihrer Habe oder Kriegsschäden in ihrem Lebensstandard zurückgeworfen waren und die mit Krediten verbundene Aufforderung zu wirtschaftlicher Betätigung, in der sie größtenteils bereits Erfahrungen hatten, dankbar annahmen. Insbesondere durch gezielte Unterstützungen des sogenannten Soforthilfeprogramms – des späteren Lastenausgleichs – fanden sich dann unter Vertriebenen die meisten erfolgreichen Neu-Unternehmer. Diese Menschen, von denen wir eben in Aufzählung gesprochen hatten, waren anscheinend für ein auf das eigene Wohl konzentriertes Erwerbsinteresse⁴³, das eine der Voraussetzungen funktionierender Marktwirtschaft ist, besonders geeignet. Doch ergab sich allein aus ihrem Bereitstehen noch nicht die Marktwirtschaft, so wenig wie das Wiederaufleben religiöser Bekenntnisse etwa – gemäß der These Max Webers von der Bedeutung der protestantischen Ethik für den Geist des Kapitalismus⁴⁴ – nun auf einmal den privatkapitalistischen Aufstieg heraufgeführt haben dürfte.

Von einer breiteren Aufklärung im klassischen Sinne kann für 1945 und die ersten Nachkriegsjahre kaum gesprochen werden. Das aktive demokratische Potential war 1918 möglicherweise größer gewesen, – damals aber nicht voll genutzt, sondern zum Teil zusammengeschossen oder entmutigt worden. Nach der Ermordung der großen moralischen Autoritäten der deutschen Linken nach 1918, der Verleumdung der sittlichen und demokratischen Aufklärung durch ihre Feinde als ‚undeutsch‘ und dem scheinbar unausweichlichen ökonomischen und politischen Mißerfolg der demokratischen Politiker vor 1933 war nicht mehr viel davon übriggeblieben. Die Sehnsucht nach der gescheiterten Rationalität der Weimarer Demokratie dürfte 1945 nicht sehr verbreitet gewesen sein. Was das NS-Regime im Land überdauert hatte, war außer fehlgeleitetem Idealismus der Jugend eine gewisse „Innerlichkeit“⁴⁵, die ebenso irrational war wie der Nationalsozialismus selbst. Das Aufwachen aus dem Narrentraum⁴⁶ des Dritten Reiches war zunächst mehr religiös als rationalistisch-aufklärerisch bestimmt. Daneben gab es das technische Können ohne moralische Grundlage, das nicht mit dem irrationalen Gehorsamsapparat zusammenfallen mußte, aber durch ihn korrumpiert war. Dahrendorf hat mit seinen Thesen über die technische und soziale Revolution unter der Hitler-Diktatur nicht unrecht, überschätzt aber unseres Erachtens sowohl deren Planrationalität als auch die demokratiefördernde Wirkung der Egalisierung⁴⁷. Die

⁴³ Vgl. Lujo Brentano, *Die Anfänge des modernen Kapitalismus*, München 1916, und Max Weber, *Vorbemerkung zu: Ges. Aufs. zur Religionssoziologie*, 2. Aufl., Tübingen 1922, S. 1–16, S. 4f.

⁴⁴ Max Weber, *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, in: *Ges. Aufs. zur Religionssoziologie*, S. 17 ff.

⁴⁵ Vgl. R. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, S. 313 ff. und 442 f.; vgl. auch ders., *Soziologie in Deutschland*, in: ders., *Pfade aus Utopia*, München 1967, S. 89 ff.; und Theodor W. Adorno, *Jargon der Eigentlichkeit, Zur deutschen Ideologie*, Frankfurt 1964.

⁴⁶ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt 1955, S. 645 ff.

⁴⁷ R. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, S. 432 f. – vgl. ferner

passive äußerliche Führbarkeit der meisten Deutschen war zwar der Errichtung neuer Autorität auch in demokratischer Form günstig, aber kaum ein Garant für eine demokratische Zukunft. Wahrscheinlich war die von den Liberalen unterschätzte alte föderalistische Tradition dafür wirksamer. Die zugkräftigsten Autoritäten waren zunächst außer den Kirchen (einschließlich einer versteckten Sehnsucht nach der ‚christlichen Monarchie‘) und der Sozialdemokratie, die in Kurt Schumacher ihren moralischen Widerstandshelden hatte, die Sieger gewesen, unter denen bald die USA das wirksamste Vorbild (für Westdeutschland) wurden. Die nicht nur (wie für die Älteren) militärische und wirtschaftliche, sondern auch moralische Autorität der USA zur Zeit der ‚Reeducation‘⁴⁸ ist von allzuvielen inzwischen verdrängt worden. Diese eigentliche Nachkriegsaufklärung (der ‚Um-erziehung‘), von der noch die Rede sein wird, betraf schon aus zeitlichen Gründen kaum die inneren Triebkräfte der damaligen wirtschaftlichen Wiederauferstehung, gab aber doch dem Neubeginn den Rahmen.

Wirtschafts- und organisations-strukturelle Grundlagen des Aufstiegs

Aufgrund verbreiteten technischen Wissens, einer ernüchert-egozentrischen Stimmung breiter Bevölkerungsschichten, die zum Teil der Not entsprang, zum Teil wohl auch psychologische Zielablenkung⁴⁹ war, und infolge der wirtschaftlichen und politischen Zerstückelung und Niederhaltung Nachkriegsdeutschlands, durch die die alten politischen und ökonomischen Mächte zeitweise ausgeschaltet wurden, hatte das Nachkriegsleben tatsächlich einige frühindustrielle Züge, die das Entstehen einer kleinindustriellen Marktwirtschaft fördern konnten. Der Zusammenbruch der Währung und das offensichtliche Versagen der aus der Kriegszeit von den Alliierten übernommenen Bewirtschaftung in dem organisatorischen Chaos der

R. Dahrendorf, *Markt und Plan*, zwei Typen der Rationalität, Walter-Eucken-Institut, Vorträge und Aufsätze, 14, Tübingen 1966 –. Wir halten Dahrendorfs antitraditionalistische Annahme, daß Hindernisse des Totalitarismus auch Hindernisse der Demokratie seien, für falsch. Eine Demokratie, die auf denselben sozialen Voraussetzungen beruhte wie der Totalitarismus, müßte extrem instabil sein. Dahrendorf unterschätzt, wie fast alle deutschen klassischen Liberalen, die demokratisierende Wirkung von Traditionen und Machtaufteilung – und wendet sich mit seinem Spielregel-Liberalismus im Grunde von seiner eigenen Konflikttheorie ab und den „Integrations-theoretikern“ zu (vgl. dazu R. Dahrendorf, *Die Funktionen sozialer Konflikte*, in: *Pfade aus Utopia*, S. 263 ff.). Vgl. auch Iring Fetscher, *Späte Kritik an der verspäteten Demokratie*, a. a. O.

⁴⁸ Vgl. Wilhelm Cornides, *Die Weltmächte und Deutschland – Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945–1955*, 2. Aufl., Frankfurt 1961, und H. G. Gelber, *Der Morgenthau-Plan*, in dieser Zeitschrift 13 (1965), S. 372–402.

⁴⁹ Vgl. H. C. Wallich, *Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs*, S. 320 ff. (vgl. K. Lissner, *Die Entspannung von Bedürfnissen durch Ersatzhandlungen*, in: *Psychologische Forschung* 18 (1953), S. 218–250; möglicherweise liegt eine Parallele zum Betätigungsdrang in seelischen Konfliktsituationen vor, der sonst das jüdische Minderheitsverhalten kennzeichnet – K. Lewin, *Die Lösung sozialer Konflikte*, Bad Nauheim 1953, S. 219).

ersten beiden Jahre nach dem Krieg taten noch ein Übriges, damit die „Hilf-dir-selbst“-Parolen des wirtschaftlichen Liberalismus auf fruchtbaren Boden fallen konnten, vor allem, nachdem die Währungsreform und Bewirtschaftungslockerung von 1948 ihre ersten Erfolge gezeigt hatte. Wallich nimmt wohl nicht zu unrecht an, daß der Wiederaufbau-Eifer nach 1945 auch ohne Währungsreform bei Preisfreigabe und Bewirtschaftungslockerung (eine Aufhebung ist es ja auch 1948 nicht gewesen) zu einem Aufstieg schon zu einem früheren Zeitpunkt hätte führen können⁵⁰. Auch der anfängliche Wunsch, insbesondere der amerikanischen Besatzungsmacht, nach einem vorwiegend agrarischen und höchstens kleinindustriellen Deutschland und die spätere Unfähigkeit der Besatzungsmächte, sich auf ein gemeinsames Programm zu einigen, gaben dem marktwirtschaftlichen Gedanken zeitlichen und tatsächlichen Vorrang gegenüber der politischen Neuordnung. Sah man die traditionelle deutsche Wirtschaftsstruktur als zerschlagen an, so konnten wirtschaftliche und politische Freizügigkeit unter der Vormundschaft der Besatzungsmächte als Ersatz für ein genauer durchgeführtes Änderungsprogramm gelten. Unterschätzt wurden dabei auch von den Besatzungsmächten die Gefahren, die in einer Verhöhnung des demokratischen Sozialismus und seiner moralischen Impulse durch die sich wiederformierenden bürgerlich-wirtschaftsinteressierten Kreise für die demokratische Entwicklung lagen. Sie wurden nur durch die große Disziplin der zu Unrecht als Kommunistenfremde und Fortschrittsgegner Angegriffenen, durch die Entfaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften und die Wirkungsmöglichkeiten der Sozialdemokratie (und des linken Flügels der CDU) auf Länder- und Gemeindeebene kompensiert.

So kam ein politisches und wirtschaftliches Machtgleichgewicht zustande, in dem die spätere Verdrängung der kleinindustriellen Marktwirtschaft durch wiederaufstehende großwirtschaftliche Machtstrukturen für den einzelnen (sofern er nicht in Konkurs gehender Kleinunternehmer war) so geringe Folgen hatte, daß das Verschwinden der Wirtschaftsstruktur, auf der die ganze Marktwirtschaftspropaganda beruhte, außer von Fachleuten, überhaupt nicht bemerkt wurde⁵¹.

Wie insbesondere Wallich und Shonfield nachgewiesen haben, war das deutsche ‚Wirtschaftswunder‘ gar nicht so frei marktwirtschaftlich gewesen wie seine Propagandisten glauben machen wollten⁵². Die freie Konkurrenz vieler kleiner unternehmerisch tüchtiger Personen war zwar nicht nur vorgetäuscht, sie gab es wirklich, insbesondere, solange die von den Amerikanern durchgesetzte Gewerbefreiheit wirksam war; die eigentlich tragende Kraft des Wiederaufstiegs ist sie aber wohl nicht gewesen. Es hielten sich nur relativ wenige der neuen Existenzen als selbständige

⁵⁰ H. C. Wallich, *Triebkräfte . . .*, S. 115.

⁵¹ Eine Erklärung dafür ist die zunehmende Auslandkonkurrenz bei abnehmender Inlandskonkurrenz durch die EWG-Zollsenkungen, eine andere das Käufer-Gegengewicht (nicht zuletzt durch das Gegenmonopol der Warenhäuser) mit konkurrenzähnlicher Wirkung auch unter monopolistischen und oligopolistischen Verhältnissen – vgl. John K. Galbraith, *Der amerikanische Kapitalismus im Gleichgewicht der Wirtschaftskräfte*, 1951.

⁵² H. C. Wallich, *Triebkräfte . . .*, S. 17 und 139 f.; A. Shonfield, *Geplanter Kapitalismus*, Berlin 1968, S. 283 ff., insbes. S. 326 f.

Unternehmer. Die Tatsache, daß Westdeutschland heute ein der internationalen Konkurrenz gewachsenes Großunternehmen besitzt, geht weit eher auf die gewohnte Zusammenarbeit der industriellen Führungskräfte untereinander und mit der staatlichen Bürokratie zurück⁵³. Es zeigte sich hier, daß wirtschaftliche Machtpositionen und Organisationsformen, die sich (wenigstens in den Augen ihrer führenden Exponenten) bewährt hatten, Zeiten der äußeren Machtlosigkeit latent überleben können. Der Mißerfolg der eigentlichen Nazi-Eliten und ihres politischen Systems tangierte offensichtlich nicht die alten sozialen Herrschafts- und Organisationsstrukturen. Nach dem Abflauen der Besatzungsherrschaft zeigte sich im Großen ungefähr dasselbe, was von Anfang an auf betrieblicher und Gemeindeebene zu beobachten war: im Herrschafts- und Machtvakuum war viel weniger zusammengebrochen, als dem Anschein nach zu erwarten gewesen wäre.

Am interessantesten ist dabei die Frage, warum bestimmte Strukturen zusammenbrachen und andere nicht. Wir können darüber nur Vermutungen anstellen, die etwa in folgende Richtung gehen: einmal scheinen Verhaltens-Strukturen am beständigsten zu sein, die in den letzten Jahrzehnten wenig Schwankungen und Umstürzen ausgesetzt waren und zudem als einigermaßen erfolgreich galten; auf der anderen Seite bewahrheitete sich wohl Geigers Satz, daß sich diejenigen Normstrukturen am besten halten, die mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen (der Gegenwart) vereinbar sind⁵⁴. Der durch Niederlage und Besatzungszeit bewirkte Rahmenkonsensus der friedlichen Konfliktaustragung (im Rahmen bald einigermaßen bewährter Verfassungen) und gesunde Gegenmachtverhältnisse waren das eigentliche Geheimnis der erfolgreichen Umstrukturierung und Stabilisierung⁵⁵ der politisch-sozial-wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Die reale gesellschaftliche Machtverteilung setzte möglichen ökonomischen Ungerechtigkeiten und der Aushöhlung der geschriebenen Verfassung Grenzen – was eine wichtigere Voraussetzung funktionierender Demokratie ist als geschriebene Normen und der gute Wille der gerade Herrschenden⁵⁶.

Rechts- und Verwaltungszustand

In bezug auf die Rechtsordnung war es bedeutsam, daß die Gemeindeverwaltungen fast ohne Unterbrechung als Ordnungskräfte intakt blieben und auch der Schutz von Betrieben und Geschäften – etwa durch die Bestrafung von Diebstahl –

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Theodor Geiger, *Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts*, Soziol. Texte, Bd. 20, Neuwied 1964, S. 337 ff., insbes. S. 344; ähnlich auch Robin M. Williams, *Die amerikanische Gesellschaft*, Stuttgart 1953, Kap. 14.

⁵⁵ Vgl. zum Wandel von Strukturen Kurt Lewins Feldtheorie in den Sozialwissenschaften, Bern u. Stuttgart 1963, S. 242 ff., insbes. S. 262, und Harald Mey, *Studien zur Anwendung des Feldbegriffs in den Sozialwissenschaften*, Studien zur Soziologie (Hrsg. von Ralf Dahrendorf), Bd. 5, München 1965, Kap. X, S. 114 ff.

⁵⁶ Vgl. James Burnham, *Die Machiavellisten . . .* und R. A. Dahl, *Oppositions . . .*, Vorwort.

erhalten geblieben war oder unmittelbar nach den Kriegshandlungen wieder einsetzte. Erstaunlicher als die Häufung der Gesetzesbrüche bei und nach Kriegsende war die Tatsache, daß die Ordnungsstruktur der Gesellschaft durch den ideologischen und politischen Zusammenbruch des Regimes der bisherigen Machthaber fast gar nicht gestört wurde. Durch die konditionierten Gewohnheiten und die Machtstruktur auf lokaler Ebene war der Schutz wirtschaftlicher Rechte und Verhaltensregeln auch ohne Zentralautorität nie ernsthaft gefährdet⁵⁷, und die alliierte Verwaltung, die sich größtenteils auf die vorhandene niedere Beamtenschaft stützte, änderte an der rechtlich-normativen Struktur des unpolitischen Lebens nur wenig. Von den durch den Zusammenbruch gegebenen Möglichkeiten der Umstrukturierung und Neusetzung der gesellschaftlichen Rechtsverhältnisse, dessen was Geiger als sekundäre Macht bezeichnet⁵⁸, wurde nur sehr sparsam Gebrauch gemacht, was nicht zuletzt an der Unmöglichkeit zentraler Regelungen und dem Warten auf solche lag. In der sowjetischen Besatzungszone wurden sozialstrukturelle und personelle Änderungsmöglichkeiten stärker genutzt (dagegen an der politisch-diktatorischen Herrschaftsstruktur weniger geändert). Die deutschen Behörden strebten, soweit sie konnten, nach überregionalem Gleichklang und machten von den an sich gegebenen Konkurrenzmöglichkeiten und Selbständigkeitsaufforderungen wenig Gebrauch⁵⁹. Nicht zuletzt deshalb ging der spätere Zusammenschluß der amerikanischen, englischen und französischen Besatzungszone dann ebenso reibungslos vonstatten wie später die Wiedervereinigung von Großbanken und Industrieunternehmen. Es soll dabei aber nicht vergessen werden, daß die entscheidende politische Umstrukturierung und Festigung der Demokratie auf regionaler und Länder-Ebene noch vor der Gründung des westdeutschen Bundesstaates geschah⁶⁰. Hier nutzte man die Schwäche der antidemokratischen Gruppierungen und schuf Grundlagen, die dann in der durch den Wirtschaftsliberalismus kaschierten autoritären Periode im wesentlichen gehalten werden konnten.

Die Gründung der Bundesrepublik als Wirtschaftsverwaltung

Die Tatsache, daß nach der Absetzung der Regierung Dönitz keine deutsche Zentralführung von den Alliierten geduldet wurde und diese selbst sich über die politische Zukunft Deutschlands nicht einig waren, mußte die Neigung zu einer marktwirtschaftlichen Lösung verstärken. Trotz der starken Siegerposition der

⁵⁷ Vgl. Harald Mey, Soziales Verhalten zwischen Herrschaft, Macht und Öffentlichkeit, in: Soziale Welt Jg. 21/22 (1970/71), H. 1, S. 18–32.

⁵⁸ Th. Geiger, Vorstudien . . . , S. 341 f.

⁵⁹ A. Shonfield, Geplanter Kapitalismus, S. 321; Tilman Pünder, Das bizonale Interregnum, insbes. S. 51 ff. und 180 f.

⁶⁰ Vgl. H. Behr, Vom Chaos zum Staat – Männer, die für uns begannen. Frankfurt 1961; Bodo Drennwitz, Vor- und Entstehungsgeschichte des Bonner Grundgesetzes, in: Bonner Kommentar, Einleitung, Hamburg 1950; Friedrich Hoffmann, Die staats- und verfassungsrechtliche Entwicklung in Deutschland seit 1945, Remagen 1951; vgl. vor allem die Verfassungen der Bundesländer selbst.

Alliierten gab es in Westdeutschland infolge der internen alliierten Streitigkeiten und der im übrigen dezentralisierten Verwaltung nur einen schwachen Staat, der sich im wesentlichen auf Verwaltung und Rechtsschutz beschränken mußte und damit dem wirtschaftsliberalen Ideal vom Nachtwächterstaat unfreiwillig nahekam⁶¹. Seit die Amerikaner beschlossen hatten, Deutschland eine überagrarische Wirtschaft zu gestatten, damit es kein dauerndes Zuschußgebiet würde und da gleichzeitig alle Besatzungsmächte starke deutsche politische Autoritäten nicht wollten, blieb gar nichts anderes übrig, als die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands unter Ausschaltung aller politischen Initiativen und Ideen vorweg zu behandeln, was dann aber doch für die politische Zukunft Folgen haben mußte, die wir noch heute spüren.

Die britische Besatzungsmacht, der es vor allem um die Ausschaltung der großindustriellen Konkurrenz- und Rüstungsindustrien ging, und die in eigener Regie zunächst (unter einer sozialistischen Regierung) planwirtschaftlich vorgehen wollte, und die französische Besatzungsmacht, die vor allem eine politische Zerstückelungspolitik betrieb (und außer im Saargebiet keine deutschen Großindustrien besetzt hatte), schlossen sich nach und nach dem amerikanischen Willen an. So entstand zunächst die Bizone und dann die Trizone nach dem amerikanisch-föderalistischen Muster mit deutscher Selbstverwaltung auf Länderebene, die auch den wenigen deutschen demokratischen Traditionen, insbesondere in den süddeutschen Ländern und den Hansestädten, entgegenkam. Die Bank deutscher Länder entsprach ebenfalls dem amerikanischen Föderalsystem. In ähnlicher Weise wurden verschiedene deutsche Fachbehörden mit beratenden Gremien aus Ländervertretern unter letzter Oberaufsicht der Besatzungsbehörden eingesetzt. Da Westdeutschland bzw. zunächst die amerikanisch-englische Bizone über die Länder hinausgehend nur wirtschaftliche (und keine politischen) Koordinationsstellen haben sollte, wurde ein Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet aus Ländervertretern geschaffen (1947). Dieser bestand aus dem Wirtschaftsrat im engeren Sinne, dem von der SPD beherrschten Exekutivrat aus Vertretern der Länderregierungen und den vom Wirtschaftsrat auf Vorschlag des Exekutivrates zu wählenden Direktoren der 5 Verwaltungen für Wirtschaft, Ernährung, Finanzen, Verkehr und Post. Der Wirtschafts- und der Exekutivrat tagten in Frankfurt am Main. Der Wirtschaftsrat entwickelte sich zum Vorläufer des Bundestages (wenn auch Wahlen zunächst nur auf Länderebene stattfanden), der Exekutivrat zum Länderrat (später Bundesrat) und die Verwaltungen unter Vorsitz Hermann Pünders (CDU) zum Vorläufer der späteren Bundesregierung⁶².

⁶¹ Die Idee vom Staat, der nur für Ruhe und Ordnung sorgt, stammt von der sog. ‚Manchester-Schule‘ der klassischen englischen Nationalökonomie (Schüler Ricardos, u.a. MacCulloch u. Cobden) – siehe Arno Hillebrecht, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Schäffers Grundriß des Rechts und der Wirtschaft, Abt. II, Bd. 34, 1. Teil, Stuttgart u. Düsseldorf 1955.

⁶² Tibmann Pünder, Das bizonale Interregnum, S. 89ff.; Hermann Pünder, Vorläufer der Bundesrepublik, Frankfurt 1961.

Charakteristisch war nun eben, daß diese staatsähnlichen Formen nur zum Zweck des wirtschaftlichen Wiederaufbaus bzw. der Wirtschaftsverwaltung geschaffen wurden und eigentlich politische Entscheidungen – von moralischen nicht zu reden – gar nicht treffen konnten und sollten. So bildete sich damals eine bürgerliche und antisozialistische Koalition (die sich als ziemlich beständig erweisen sollte) unter Außerachtlassung der früheren Einstellung der Beteiligten für und gegen Hitler. Die neue Führung rekrutierte sich, wie schon Zapf feststellte, vorwiegend aus Personen, die weder für noch gegen Hitler hervorgetreten waren⁶³. Das Problem der moralischen Legitimation konnte unter dem Vorzeichen des Antikommunismus und der Abwehr einer sozialdemokratischen Regierung in den Hintergrund gedrängt werden und tritt erst seit kurzem mit dem Heranwachsen der damals jugendlichen und aufnahmefähigen Generation wieder stärker ins Bewußtsein.

Eine präjudizierende politische Entscheidung fiel im Grunde schon mit dem Ausgang des Kampfes um den Posten des Wirtschaftsdirektors, der zuungunsten der Sozialdemokraten ausging. Eine Veränderung der Eigentumsstruktur und größere personelle Umwälzungen fanden nicht statt. Die Facheliten blieben nahezu unverändert, nur daß sich die Verhältnisse, denen sie nun dienten, geändert hatten und die Macht- und Marktstruktur (insbesondere auch durch die internationale Öffnung) tatsächlich ein anderes Verhalten bewirkten. Und analog dazu wurden, infolge der von den Alliierten überwachten Parteistruktur, die politischen Eliten, die an sich dem Ständestaat näherstanden als der Demokratie⁶⁴, gezwungen, ihre Machterhaltung mit demokratischen Methoden (unter Zuhilfenahme moderner Werbetechniken) zu betreiben. Die bürgerlichen Kräfte, deren Hineingezogensein in die Niederlage des NS-Systems sie zunächst so geschwächt und gespalten hatte, daß verschiedene Nazigegner und deren stärkste Gruppierung, die SPD, sich in den politischen Positionen der Gemeinde- und Länderebene etablieren konnten, hatten sich so wieder zu einer antisozialistischen Mehrheit zusammengefunden. Nun waren die Antinationalsozialisten gespalten und wurden unter der Dominanz der wirtschaftlichen Gesichtspunkte teils in die Opposition, teils auf politisch machtlose Nebenpositionen der regierenden Koalition abgeschoben, zumal auch bei den Wahlen die Wirtschaftsentscheidung im Vordergrund stand und eine Lösung der politisch-moralischen Probleme verdrängte. Dazu kam der Zufall, daß sich der im Kampf mit der SPD von der CDU durchgesetzte Wirtschaftsdirektor mit den Besatzungsmächten anlegte und von diesen abgesetzt wurde, so daß die FDP das spätere Symbol des Wirtschaftswunders, den Nürnberger Dozenten für Verbrauchsforschung Ludwig

⁶³ Wolfgang Zapf, Führungsgruppen in West- und Ostdeutschland, in: W. Zapf (Hrsg.), Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, Tübingen 1964 (Neudruck in R. Dahrendorf, Hrsg., Studien zur Soziologie, München 1965), S. 9 ff., 11; L. J. Edinger, Post-totalitarian Leadership, Elites in the German Federal Republic, in: The American Political Science Review 54 (1961), S. 59 ff., 79; R. Dahrendorf, Eine neue deutsche Oberschicht?, in: Die neue Gesellschaft 9 (1962), S. 18–31.

⁶⁴ Vgl. Oskar Negt, Auf dem Wege zu einer autoritären Gesellschaft, Analyse von Reden und Schriften der führenden Politiker der Regierungsparteien, in: C. Nedelmann u. Gert Schäfer (Hrsg.), Politik ohne Vernunft, Hamburg 1955, S. 141–158.

Erhard für diesen Posten durchsetzen konnte⁶⁵. Wenn Tilman Pünders Bericht zutrifft, daß Adenauer der SPD noch 1947 den Posten des Wirtschaftsdirektors gegen einige Länderministersessel angeboten hat, so wäre das vielleicht eine realisierbare Chance zur Beteiligung der SPD an der Zentralen Verwaltung gewesen. Nachdem dies aber nicht geschehen war und sich die Bedeutung des Direktoriums als Vor-Regierung und des Wirtschaftsdirektors als deren Weichensteller herausgestellt hatte, wäre eine Beteiligung der SPD an unwichtigen Nebenposten der Macht vor den SPD-Wählern bestimmt nicht zu rechtfertigen gewesen, so daß der völlige Auszug der SPD aus der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes konsequent war⁶⁶. Der zunächst als maßgebend gedachte Exekutivrat der Länder (in dem die SPD dominierte) wurde im Zuge des Machtkampfes von 1948 zur zweiten Kammer degradiert. Dieser Vorgang war der erste Machtwechsel der Bundesrepublik, der den Machtumschwung der ersten Stunde (1945) wenn nicht aufhob, so doch auf Jahre hinaus neutralisierte. Auf Bundesebene konnten manche Männer der ersten Stunde ihren Einfluß nur noch in der Verfassungsgebung durchsetzen, was wiederum einige spätere Verfassungsänderungswünsche und die in einzelnen Passagen nicht sehr emphatische Verfassungserfüllung durch die Bundesregierung nach 1949 erklärt⁶⁷.

Marktwirtschaft anstelle einer politischen Neuordnung

Nach Wallich war die Eucken-Erhardsche Marktwirtschaftskonzeption die einzige originelle Neuordnungsidee nach 1945⁶⁸. Ganz abgesehen davon, daß man über diese These streiten kann, bleibt zu diskutieren, was an ihr neu war und weshalb sie (dennoch) populär wurde. Es darf dabei nicht übersehen werden, was auch Eucken nicht verheimlichte: daß freie Marktwirtschaft zur Konzentration, zu sozialer Ungerechtigkeit und Krisen führt, wenn man sie sich selbst überläßt. Die Realität bestand vielmehr in der Simulation einer Marktwirtschaft und ihrer verbraucherfreundlichen Wirkungen durch einen mild autoritären Staat. So erklärt sich die merkwürdige Feindschaft gegen jeden Interessenkampf und Machtausgleich bei den neuen Wirtschaftsliberalen bis hin zu Erhards Idee der ‚formierten Gesellschaft‘, einer Art marktwirtschaftlicher Volksgemeinschaft⁶⁹. Diese Art Marktwirtschaft konnte allenfalls eine pädagogische Überleitung zu einer demokratiefreundlichen Einstellung sein, von der Schaffung wirklicher demokratischer Kräfte und Sicherungen war sie weit entfernt. Sie wirkte demokratiefördernd durch Stei-

⁶⁵ T. Pünder, *Das bizonale Interregnum*, S. 148.

⁶⁶ T. Pünder, a. a. O., S. 108 ff., insbes. S. 113 u. 147 f.

⁶⁷ Ein Beispiel ist das Urteil des Bundesgerichtshofs zum Unehelichenrecht im März 1969.

⁶⁸ H. C. Wallich, *Triebkräfte . . .*, S. 108 f.

⁶⁹ Vgl. ebenda u. Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, a. a. O., S. 160 ff.; Ludwig Erhard, *Wohlstand für alle*, insbes. S. 135 f., und Erhards Regierungserklärung vom 10. November 1965 vor dem Bundestag.

gerung des Selbstbewußtseins vieler Bürger, die an ihre eigene Tüchtigkeit wieder glaubten, und durch die wirklichen Modernisierungen, die aber weniger marktwirtschaftlich zustande kamen als durch die Planung von seiten der Banken, der Industrieverbände, der Direktoren großer Unternehmen und der staatlichen Bürokratie⁷⁰. Zum Teil war die Marktwirtschaftspropaganda ein integrierender Mythos⁷¹, der den Besatzungsmächten und einem Teil der Bevölkerung eine andere Politik als die tatsächliche vorspiegelte (dies soll nicht Erhard als Absicht unterstellt werden, wohl aber ist die Geringschätzung, die er in seiner eigenen Partei genoß, unter anderem so zu deuten). Der Marktwirtschaftsmythos erlaubte es, von wirklichen politisch-sozialen Veränderungen abzusehen und die geistige und politische Erledigung der Vergangenheit des Dritten Reiches und der Niederlage auf die lange Bank zu schieben. Wahrscheinlich war nur so der Halbstaat Bundesrepublik ohne besondere Rücksicht auf die andere Hälfte der Deutschen einigermaßen reibungslos zu konstituieren (abgesehen von der zusätzlich wirksamen Russenangst). Bei den tatsächlichen Entscheidungen in Westdeutschland in den Jahren 1948 und 1949 ging es weniger um Freiheit oder Planwirtschaft, sondern um alte oder neue Führungsgruppen, und zwar fast genau andersherum als propagiert. Es ging darum, ob die Planung vor allem den Unternehmenskreisen überlassen bleiben oder von anderen Kräften, etwa einer sozialdemokratischen Bürokratie, ausgehen sollte. Intervenierte wurde auch unter Erhard, nur ohne umfassende Pläne⁷². Für den Anfang ging das gut, aber mit zunehmender technisch-organisatorischer Höherentwicklung wurde der Planungsmangel nicht zuletzt für die Industrie-Mitregenten selbst immer unbefriedigender. Es geht nicht darum, die Verdienste Erhards zu schmälern, sie lagen aber größtenteils außerhalb seiner eigenen Intentionen. Gerade durch die Ablenkung der politischen Energien auf den Marktwirtschaftsbereich blieben die moralisch-politischen Probleme unausgefochten, das bald wirtschaftlich starke Staatsgebilde der Bundesrepublik hatte schwache politische Füße.

⁷⁰ Vgl. A. Shonfield, *Geplanter Kapitalismus*, insbes. S. 285 u. 326 f.

⁷¹ Wir gebrauchen den Ausdruck „integrierender Mythos“ (im Anschluß an Sorels „Mythos“ – vgl. Hans Barth, *Masse und Mythos*, rde Bd. 88, Hamburg . . . , S. 66 ff.) für die religiöse oder quasireligiöse Integration sozialer Einheiten durch symbolisch überhöhte Gefühle im Gegensatz zum demokratisch-traditionellen oder demokratisch-rationalen Rahmenkonsensus (der mehr die Form der Interessenregelung oder Konfliktaustragung betrifft – „basic agreement“ nach Robert A. Dahl and Charles E. Lindblom, *Politics and Welfare*, New York 1953, S. 294 f.). Ausführlicher zur Theorie siehe H. Mey, *System und Wandel der gesellschaftlichen Integration*, in Vorbereitung.

⁷² Vgl. H. C. Wallich, *Triebkräfte . . .*, S. 139 f. u. A. Shonfield, *Geplanter Kapitalismus*, S. 346 f.

*Die übergangene politische Generation – Zu den politischen
Folgen der verdrängten Geschichtesepoch*

Vieles von dem, was an politischen Impulsen in der Zeit des Widerstandes und nach 1945 in Deutschland entstanden war, kam, wie wir gesehen haben, infolge der bis 1949 aufgebauten Machtstruktur nach der Gründung der Bundesrepublik nicht mehr zum Zuge. Diese Impulse waren aber zu intensiv, als daß sie einfach hätten ausgelöscht werden können, sie wurden verdrängt. Zu diesen nur verschütteten, aber nicht ausgelöschten Impulsen gehört z. B., daß zahlreiche Lehrer, Vorbilder und Führer der heutigen Jugend die deutsche Niederlage in den sie prägenden Nachkriegsjahren als gerechte Strafe empfanden, durch welche die 12 Jahre mit Füßen getretene politische Moral wiederhergestellt wurde. So fanden auch die Nürnberger Prozesse keineswegs nur ein negatives Echo, und das Wort von „Staat und Moral“ des amerikanischen Hauptanklägers Jackson fiel nicht auf unfruchtbaren Boden⁷³. Wer sich aus eigenem Erleben daran erinnert, mit welchem Jubel besonders die amerikanischen Truppen von der Bevölkerung als Befreier – wenn auch vielfach mehr vom Krieg als von Hitler – begrüßt wurden und wie viele, einschließlich der aus dem Osten Geflohenen und Vertriebenen, froh waren, einfach überlebt zu haben, kann nur den Kopf darüber schütteln, wie dieser Zeitenwechsel angesichts zunächst nicht dominierender Kriegsfolgen später zum Grund für Volkstrauer ‚umfunktioniert‘ wurde und eine große Zahl von Deutschen sich schließlich selbstgerecht an Rechtsstandpunkten festkralte, die kaum verhüllte territoriale Revisionsforderungen bargen. Zur Umfunktionierung der Befreiung in „Volkstrauer“ trugen vor allem die vielen kleinen Nazis bei, denen ein subjektives Schuldbewußtsein fehlte, und die, von den Spruchkammern verurteilt, ihre Komplizenschaft mit den eigentlichen Schuldigen erneuerten, und ferner jene kleine Minderheit der Vertriebenen, die als Flüchtlingsfunktionäre an der Aufrechterhaltung nationaler Ressentiments existentiell interessiert waren und mit Hilfe allzu großzügiger staatlicher Protektion und Subvention unter antikommunistischen Vorzeichen die Denkkategorien deutschnationaler Volkstumspolitik gegenüber „dem Osten“ wiederbeleben konnten⁷⁴. Die später sogar für Frankreichs Algerienfranzosen vorbildliche Wiedereingliederung der vertriebenen Deutschen hatte zu ihrer faktischen Befriedigung, nicht aber zur Beseitigung der revisionistischen Verbands-

⁷³ R. H. Jackson, *Staat und Moral – Zum Werden eines neuen Völkerrechts*, München 1946 (mit einem Vorwort von Gustav Radbruch, der den Nürnberger Urteilen einen „hohen Sinn für Gerechtigkeit“ zu erkennt). – Zur moralischen Seite des Neubeginns siehe auch Karl Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik?*, München 1966, insbes. S. 175 f.

⁷⁴ Vgl. Edgar Weick, *Gibt es einen „Rechtsradikalismus“ in der Vertriebenenpresse?*, in: Iring Fetscher (Hrsg.), *Rechtsradikalismus*, Frankfurt 1967. Bezeichnenderweise setzte die Radikalisierung gerade dann ein, als die materielle Rehabilitierung weitgehend erfolgt war, was die Vermutung nahelegt, daß sie der Existenzhaltung einiger hauptamtlicher Funktionäre diene (abgesehen davon, daß „man“ vielleicht auch ein Zurückgehen der Kontrolle durch die Besatzungsmächte abwarten mußte); vgl. auch Herbert A. Spiro, *Government by Constitution*, New York 1959, S. 307 f.

funktionäre geführt, die als Beschwörer des kommunistischen Gespenstes (als Wahlhelfer) ihre mangelnde Volksbasis zu vertuschen imstande waren⁷⁵.

Demgegenüber schienen die exponierten antinazistischen Vertreter der ersten Nachkriegselite in den Jahren zwischen 1949 und 1967 weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein. Um so größer war die Überraschung, daß Ideale, die an die Nachkriegszeit erinnern, gegen Ende der 60er Jahre von der jungen, größtenteils erst nach 1945 geborenen Generation aufgenommen wurden. Dieses Wiederaufleben verschütteter Impulse wurde noch besonders angestachelt durch die scheinbare Korruption oder Resignation der SPD infolge ihres Regierungsbündnisses mit der CDU (große Koalition) und die Selbsterstörung des moralischen Vorbildes Amerika infolge des Vietnamkrieges. Wir können über das Untergrundschicksal der verdrängten geistig-moralischen und politischen Nachkriegsideale nur Vermutungen anstellen. Es hat sicher nicht die ganze studentische und Arbeiterjugend Marcuse gelesen. Wahrscheinlicher ist unseres Erachtens, daß der 1948/49 vom politischen Einfluß verdrängte engagiert antinazistische Teil der Kriegsgeneration doch nicht so völlig resigniert hatte, wie es zunächst aussah, und eine beträchtliche Zahl junger Schriftsteller, Redakteure, Juristen, Wissenschaftler usw. in Anfängerstellen als zunächst kaum beachtete Führungskräfte in Parteien und Verbänden, daneben die Gewerkschaften und vor allem Lehrer und Professoren in aller Stille ihre nach Hitlers Untergang gewonnenen Überzeugungen an die Nächstjüngeren weitergaben⁷⁶. So kam es, daß nun auf einmal statt junger Untertanen eine politisch-moralisch überraschend wache Jugend aufstand und die halbherzig demokratische Führung schockierte, verstanden nur von wenigen Spitzenpolitikern, die ihr anti-autoritäres und überzeugt freiheitliches Herz in den Verdrängungsjahren selbst nicht verloren hatten.

So konnte das von Heinemann gebrauchte und von seinen Gegnern viel kritisierte Wort vom Machtwechsel (der ein zweiter Machtwechsel nach dem von 1948/49 war) auch bei geringer Mandatsverschiebung zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien einfach dadurch Realität gewinnen, daß bei allen Parteien (mit Ausnahme vielleicht der CSU) zum Hemmschuh gewordene autoritäre Politiker durch überzeugte demokratische Angehörige der Nachkriegsgeneration ersetzt wurden (was, wenn wir Glück haben, auch das gleichzeitige Ausscheiden von einigen weni-

⁷⁵ Besonders verhängnisvoll wirkte sich hier Adenauers „Huckepack“-Praxis aus, nach der Abgeordnete der Deutschen Partei, der FVP und des BHE, deren Gruppierung in Wahlen unter die 5 %-Grenze zu fallen drohte, in die CDU/CSU aufgenommen wurden, um deren parlamentarische Machtbasis zwischen den Wahlen zu erweitern. Daß so keine rechtsradikalen Gruppen aufkamen, ist keine Entschuldigung, denn die hospitierenden Rechtspolitiker waren viel einflußreicher und gefährlicher, als sie als Außenseitergruppchen gewesen wären. Vgl. Iring Fetscher, *Recht und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik*, in: ders. (Hrsg.), *Rechtsradikalismus*, a. a. O.

⁷⁶ Dies entspräche der Vorausschau durch Kurt Lewin, *Der Sonderfall Deutschland* (1943), in: ders., *Die Lösung sozialer Konflikte*, S. 74–92. – Lewin hatte die Umschulung junger Führungskräfte auch aus NS-beeinflußten Kreisen von autoritärer zu demokratischer Führung vorgeschlagen (was allerdings durch Machtveränderungen gestützt sein mußte).

gen echten demokratischen Vorbildern überkompensiert). Damit könnte die politische Nachkriegs-Aufklärung, die auf Marktwirtschaft reduziert worden war, doch noch politisch-moralisch die Gesellschaft durchdringen.

Demokratiethoretisches Nachwort zur Republik in Deutschland

Ich habe versucht zu zeigen, daß die propagandistische Gleichsetzung von freier Marktwirtschaft und Demokratie nicht stimmte. Insbesondere, wenn man berücksichtigt, daß eine idealtypische Marktwirtschaft gar nicht verwirklicht wurde, läge – wenn man von der Gleichsetzung ausgeht – der Schluß nahe, daß die Demokratisierung gescheitert wäre. Wenn dem nicht so ist, so hat dies Gründe, die jenseits der Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Demokratie (und der Gleichsetzung von Planung und Diktatur) liegen und die Problematik dieser Gleichsetzungen aufzeigen. Das galt auch schon für England zur Zeit der klassischen Nationalökonomie in ähnlicher Weise. Der Idealtyp war auch dort nicht verwirklicht: unter den damaligen Verhältnissen konnten auch (nach heutigen Maßstäben) kleine Firmen monopolistische Praktiken ausüben⁷⁷. Wenn wir Barrington Moore folgen, so lag die englische demokratische Entwicklung neben den mit der „bürgerlichen Revolution“ verbundenen Rationalisierungstendenzen vor allem im Machtgleichgewicht zwischen dem industriell-kaufmännischen Bürgertum, der agrarischen Aristokratie und der Krone begründet⁷⁸. Dadurch wurde auch die Unterprivilegierung der arbeitenden Unterschichten gesetzgeberisch allmählich so weit gelockert, daß sie später in den Machtausgleich einbezogen wurden und für die wohlfahrtsstaatliche Industriegesellschaft selbst demokratietragend wirken konnten. Gerade das deutsche Beispiel zeigt eindringlich, daß (abgesehen von dem Aufklärungsrückstand, der aber nicht alle Teile und Schichten Deutschlands in gleicher Weise betraf) der gewerbliche Mittelstand nicht unter allen Umständen als Demokratiestütze angesehen werden kann⁷⁹. Auch die Marktwirtschaftspropagierung unter Erhard kann kaum als Appell an demokratische Rationalität aufgefaßt werden, sondern eher als Schaffung eines pseudoreligiösen „integrierenden Mythos“ zusätzlich zum ähnlich wirkenden „C“ der CDU/CSU⁸⁰. Daß dennoch unsere Demokratie relativ stabil wurde, hatte, wie wir schon andeuteten, andere Gründe, nicht zuletzt Gründe des Machtgleichgewichts.

Vergegenwärtigen wir uns in diesem Zusammenhang die Geschichte der Weima-

⁷⁷ Vgl. Neil J. Smelser, *Social Chance in the Industrial Revolution*, London 1959, S. 90f.

⁷⁸ Barrington Moore, *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*, Frankfurt 1969, I. Kapitel.

⁷⁹ Vgl. Theodor Geiger, *Die Mittelstände im Zeichen des Nationalsozialismus*, in: *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Stuttgart 1932 (Nachdruck 1967), S. 109–122, und Seymour M. Lipset, *Soziologie der Demokratie*, Soz. Texte Bd. 12, Neuwied 1962, S. 131 ff.

⁸⁰ Siehe Anm. 71.

rer Republik: Sie hatte zu Beginn eine demokratiegünstige Machtkonstellation. Dabei war aber – vor allem von dem selbst an mittelständischen Normen orientierten Führern der Sozialdemokratie und anderen Vätern der Weimarer Verfassung – übersehen worden, daß die Erhaltung eines linken Machtgegengewichtes, das sich verfassungsinstitutionell in einer Zusammenarbeit mit der aktiven Rätebewegung als Demokratiestütze anbot, ein besserer Garant für gleichgewichtige ‚Ruhe und Ordnung‘ in der Übergangszeit gewesen wäre als die Stärkung der antidemokratischen alten ‚Ordnungskräfte‘⁸¹. Wenn man deren Loyalität schon nicht durch einen entmachteten konstitutionellen Monarchen sichern konnte⁸², war die starke Stellung des Reichspräsidenten keine zureichende Absicherung der Demokratie, weil sie zu sehr personengebunden und zudem durch die Volkswahl unabwägbaren Risiken ausgesetzt war.

Dennoch funktionierte die Demokratie noch leidlich, solange die Arbeiterschaft aus wirtschaftlichen Gründen stark genug war, ein Machtgewicht zu bilden, und ging erst endgültig unter, als der letzte Reichspräsident, der eine Zeitlang sogar ähnlich wie die englische Krone staatsintegrierend gewirkt hatte, seine Macht- ausgleichsrolle verkannte und dem demokratiestürzenden Bündnis von Militärs, Großindustriellen und Agrariern mit der totalitären Bewegung Hitlers noch seine Macht hinzufügte und damit die faschistische Diktatur herbeiführte⁸³.

Nach 1945 wirkten die westlichen Besatzungsmächte, vor allem Amerika, abgesehen von der erst längerfristigen Wirkung der ‚Reeducation‘, als Machtausgleichs- und Autoritätsfaktor (ähnlich dem der englischen Krone oder einem demokratiebewußten Reichspräsidenten) im politischen Machtkampf der deutschen Nachkriegskräfte. Wiederum dürfte es vorwiegend dem Gegengewicht der Sozialdemokratie (die vor allem infolge der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik als Gegenkraft wirken konnte) und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zuzuschreiben sein, daß die Demokratiegrundlagen trotz halbautoritärer, irrational integrierender Regierungen auf Bundesebene so stabil blieben.

Dazu kam als günstiger Umstand im Gegensatz zu 1919 die Unterdrückung der aktivsten Demokratiefeinde in den Aufbaujahren durch die Besatzungsmächte und eine – im Vergleich zu Weimar – geringere Solidarität des Justiz- und Verwaltungsapparates mit der Rechten in den späteren Jahren, so daß die weitgehend auch nach 1945 erhalten gebliebene personelle Kontinuität der politischen und gesellschaftlichen Führungskräfte nicht dieselben katastrophalen Folgen haben konnte wie nach dem Ersten Weltkrieg. Dabei ist daran zu erinnern, daß es ja

⁸¹ Vgl. Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962; A. Bessmertny und Neven Dumont (Hrsg.), Die Parteien und das Räte-system, Charlottenburg 1919.

⁸² S. M. Lipset, Soziologie der Demokratie, S. 72.

⁸³ Vgl. C. Wright Mills, Kritik der soziologischen Denkweise, Soziol. Texte Bd. 8, Neuwied 1963, S. 83/89; vgl. auch Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 4, 2. Aufl., Berlin u. Düsseldorf 1957, Kap. XI. Die Parteien vergrößerten das Ungleichgewicht noch durch das ‚Ermächtigungsgesetz‘.

nicht der normale demokratisch-polyarchische Interessenstreit gewesen ist, der einen Rahmenkonsensus im Weimarer Staat verhinderte, sondern die Solidarität des monarchischen Kerns der Bürokratie, Reichswehr und Justiz mit antirepublikanischen Freikorps, vaterländischen Verbänden und radikal-nationalen „Bewegungen“ und das falsche Bündnis der demokratischen Parteien auch mit anderen ihnen gegenüber nicht loyalen Kräften und die dadurch entstandenen Glaubwürdigkeitseinbußen⁸⁴. Dazu kam noch der wirtschaftliche Mißerfolg (nicht zuletzt durch Fehlkalkulation der Regierung Brüning), der jenen Wohlfahrtsstaat-Demokratie-Effekt rationaler Systembejahung nicht aufkommen ließ, der heute in der Bundesrepublik eine wichtige Integrationsgrundlage darstellt. Die rational erkennbare Befriedigung der wichtigsten Wirtschaftsinteressen ist neben dem Machtausgleich (der zum faktischen Schutz der Verfassung unerlässlich ist) ein Hauptgrund demokratischer Stabilität hoch-industrialisierter Gesellschaften nach der bürgerlich-marktwirtschaftlichen Phase⁸⁵.

Damit wollen wir nicht behaupten, daß der hochindustrialisierte Wohlfahrtsstaat unbedingte Voraussetzung der Demokratie sei – es gab bäuerlich-kriegerische und ständisch-städtische Demokratieansätze schon früher, nicht zuletzt auch elitär-aristokratische Traditionen, die der Demokratie förderlich waren⁸⁶ –, in einem Staat mit relativ mageren demokratischen Traditionen wie dem westdeutschen, ist er aber wohl gegenwärtig die beste Voraussetzung ihrer Stabilisierung. Es ist ein Kuriosum unserer an Ungereimtheiten nicht eben armen Demokratiegeschichte, daß die Entwicklung zum hochindustrialisierten Wohlfahrtsstaat unter Regierungen erfolgte, denen der Popularitätszuwachs für ihr halb-autoritäres Regime zunächst sehr angenehm war, die wirklich demokratisierenden (und rationalisierenden) Folgen ihrer Politik aber anscheinend zuwider sind. So wurden aus Furcht vor der Sozialdemokratie schließlich doch die Grundlagen für eine Wohlfahrtsdemokratie geschaffen, die die Machterhaltung der bisher herrschenden politischen Führungskräfte mittels irrationaler Mythen zunehmend in Frage stellen mußte und sie früher oder später zwingen wird, selbst zu einer rational argumentierenden innerlich demokratischen Parteilung zu finden (wenn dieser Anspruch sie nicht spaltet).

Daß die Spaltung der politischen Elite 1948/49 in Regierung und Opposition langfristig der parlamentarischen Demokratie förderlich war, wie Theodor Eschen-

⁸⁴ Vgl. Wilhelm Hoegner, *Die verratene Republik*, München 1958, S. 79ff. und 261ff.

⁸⁵ Vgl. Anthony Downs, *An Economic Theory of Democracy*, New York 1957, Kap. X (Ergebnis S. 202/203 und 297); S. M. Lipset, *Soziologie der Demokratie*, S. 68ff. – dazu gehört als Zeichen der hochentwickelten Gesellschaft auch die Rollenüberschneidung (Lipset a. a. O., S. 84/85, Robert A. Dahl, *A Preface to Democratic Theory*, Chicago 1956, S. 104f. und T. Parsons, *Voting and the Equilibrium of the American Political System*, in: E. Burdick u. A. Brodbeck (Hrsg.), *American Voting Behavior*, Glencoe 1959, S. 93).

⁸⁶ Vgl. Barrington Moore, *Soziale Ursprünge . . .*; Iring Fetscher, *Späte Kritik an der verspäteten Demokratie*; Herbert J. Spiro, *Government by Constitution*, New York u. Toronto 1959, S. 45ff. u. 385ff.

burg meint⁸⁷, lag wohl vorwiegend daran, daß die demokratisch aktivere und loyalere Hälfte in die Opposition gedrängt wurde und die regierende Verbindung überzeugter Demokraten mit weiter rechts stehenden Kreisen unter Besatzungsaufsicht und dem Zwang, ihre hauchdünne Basis nicht zu verlieren, zunehmend soziale Zugeständnisse und sichtbare Demokratiebejahung vorzeigen mußte, um überhaupt an der Macht zu bleiben. Die andere Alternative wäre nicht, wie dies in der Regierungspropaganda tendenziös herausgestellt wurde, die kommunistische, sondern die österreichische Lösung im Fall einer Allparteienregierung oder einer SPD-Führung von Anfang an gewesen. Einen zunehmend demokratischen Konsensus hätte auch sie nicht auszuschließen brauchen, zumal am Anfang die Besatzungsmächte eine Rechtsradikalisierung der übriggebliebenen Randgruppen nicht zugelassen hätten (man denke an das damalige Verbot des BHE). Schwierig wäre am Anfang die Zusammenarbeit einer SPD-Regierung mit der Industrie gewesen, da die SPD nach 1945 zwar gute Verwaltungsfachleute, aber kaum industrielle Führungskräfte besaß. Dieser Nachteil hätte eine SPD-nahe Koalition oder eine Allparteienregierung nach 1948/49 aber nicht unbedingt treffen müssen. Inzwischen hat das Machtgleichgewicht in der Bundesrepublik zu einer Behebung dieses Mangels über die sozialdemokratisch regierten Länder geführt. Dazu kam die u. a. mit der Einführung von Treuhandverwaltungen durch die Alliierten geförderte ‚Revolution der Manager‘⁸⁸, die inzwischen auch in Deutschland die lange verhängnisvolle Bindung der industriellen Führung an Rechtsparteien vermindert hat. Die Versöhnung traditionell in Deutschland nicht sehr demokratischer Gruppen mit der Demokratie ist ein wichtiges Verdienst der CDU. Das Machtgleichgewicht und der demokratische Rahmenkonsensus ist diesmal im Gegensatz zu der Zeit vor 1933 auch nicht durch das Militär gefährdet. Hier wirkte sich die zeitweise völlige Entmilitarisierung und die allgemeine Wehrpflicht günstig aus, so daß sich die demokratiegefährdende Stellung der Reichswehr als ‚Staat im Staat‘ nicht wiederholen konnte (man erinnere sich, wie sehr die Alliierten sogar nach 1918 gerade durch die Reduzierung des revolutionären Massenheeres auf seinen politisch rechtsstehenden Kern in der Form des Berufsheeres die Selbstverteidigungskraft der Weimarer Demokratie faktisch geschwächt hatten).

Besteht deshalb für die Bundesrepublik auch keine akute innere Bedrohung, so zeigt doch die internationale Entwicklung eine beachtliche Tendenz zu autoritären Diktaturen sowohl aus totalitären als auch aus demokratischen Verhältnissen heraus, die um so überraschender wirkt, als sie dem optimistischen Leitbild des Verhältnisses von Demokratie und Industrialisierung nicht entspricht⁸⁹.

⁸⁷ Theodor Eschenburg, Im Anfang war die Not, Ursachen bundesdeutscher Entwicklung und Fehlentwicklung, in: *Die Zeit*, Nr. 38, 19. Sept. 1969, S. 8–9.

⁸⁸ James Burnham, *The Managerial Revolution*, New York 1941.

⁸⁹ Vgl. zum Westen Paul A. Baran, Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, *Soziol. Texte* Bd. 42, Neuwied 1966, S. 330 u. 386 (Erklärung der Militärdiktaturen durch ausländischen Imperialismus. – Es bleibt aber dennoch untersuchenswert, weshalb sich das Militär so vieler Länder gegen die eigene Bevölkerung richten läßt, und weshalb in einigen

Dahrendorf's These, Hindernisse der Demokratie seien auch Hindernisse des Totalitarismus⁹⁰, ist eine Aufforderung zur Skepsis gegenüber allzu harmonischen und rational-zentralistischen Demokratiemodellen. Eine sichere Demokratie muß Bestandteile enthalten, die absolut totalitarismusabstoßend wirken, selbst wenn sie aus alten Machtteilungstraditionen herrühren und perfektes Regieren auch unter dem Gesichtspunkt moderner demokratisch-rationaler Ideale erschweren. Dazu gehört vor allem, daß 'die Macht' nirgends so herumliegen darf, daß sie jemand ergreifen kann. Hier hat die Schweiz bessere Erfahrungen als Deutschland. Dazu genügen Verfassungssicherungen allein nicht, wenn nicht eine tatsächliche Machtaufteilung dahintersteht, zu der auch so lästige Dinge wie Finanz- und Polizeihöhe der Länder gehören. Eine pluralistische Demokratie bedarf einer pluralistischen Gesellschaft, von der wir inzwischen wissen, daß sie auch im industriellen 'Massenzeitalter' durchaus möglich ist⁹¹. Ein Rahmenkonsensus über Verfassung und friedliche Konfliktaustragung und eine wirksame Machtbalance sind, nach allem, was wir bisher wissen, die wichtigsten Demokratiegaranten⁹².

Ländern nicht so ohne weiteres). Zur osteuropäischen Entwicklung Peter C. Ludz, *Parteilite im Wandel*, Köln-Opladen 1968.

⁹⁰ R. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, S. 438 (vgl. auch S. 432).

⁹¹ Robert A. Dahl und C. E. Lindblom, *Politics, Economics and Welfare*, S. 302 ff.; James Burnham, *Die Machiavellisten, Verteidiger der Freiheit*, Zürich 1949, S. 249 f.

⁹² Wir stützen uns insbes. auf R. A. Dahl und C. E. Lindblom, *Politics, Economics and Welfare*, S. 287 ff.; R. A. Dahl, *A Preface to Democratic Theory*, und Barrington Moore, *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie* (weitere ökonomische und sozialstrukturelle Bedingungen gehören zur Entwicklungsgeschichte der hier genannten Faktoren). Bzgl. des Verhältnisses der 'Machtbalance' zu den demokratischen Normen siehe auch James Burnham, *Die Machiavellisten*, S. 247 f. und H. Mey, *Das Gleichgewicht abgestufter Normensysteme, Kräftebalance statt Konsensus*, in: *Studien und Berichte aus dem Soziologischen Seminar der Universität Tübingen*, Berichte 6, Wintersem. 1965/66, S. 16-24. Zu der hier nicht weiter erörterten Frage der Vereinbarkeit effektiver Problembewältigung (und Planung) mit dem Demokratietheorem der Machtteilung siehe H. Mey, *Zur Abgrenzung zwischen 'Regierungssystem', 'Politischem System' und 'Gesellschaft' im Rahmen systemanalytischer Funktionsbestimmung am Beispiel der Regierung der Bundesrepublik Deutschland*, in: H. Krauch (Hrsg.), *Systemanalyse in Regierung und Verwaltung*, Freiburg i. Br. 1971.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. János M. Bak, Professor f. europ. Geschichte, The University of British Columbia, Dept. of History, Vancouver 8, B.C., Canada.

Dr. Michael H. Kater, Ass. Professor für europ. Geschichte, York University, The Joseph E. Atkinson College, 4700 Keele Street, Downsview 463, Ontario, Canada.

Dr. Karl Dietrich Bracher, ordentl. Professor für politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Bonn; 53 Bonn, Stationsweg 17.

Dr. phil. Harald Mey, Dipl.-Volkswirt, Lehrbeauftragter für Soziologie an der Universität Freiburg i. Br., Soziologisches Institut, 78 Freiburg i. Br., Günterstalstr. 67.

Dokumentation:AUS DEM TELEGRAMMWECHSEL ZWISCHEN MOSKAU
UND BUDAPEST MÄRZ–AUGUST 1919*Einleitung*

Die Ausrufung einer ungarischen Räterepublik in Budapest am 21. März 1919 und ihr 133 Tage langes Bestehen übten auf die politische Szene des damaligen Europa eine Wirkung aus, die weit über die eigentliche Bedeutung des zu einem Bruchteil seines früheren Gebietes zusammengeschrumpften Landes hinausging. Mehr als zwei Jahre nach der russischen Oktoberrevolution, deren Auswirkungen die Alliierten unter allen Umständen zu begrenzen suchten, nahm der „Bolschewismus“ (wie die kommunistische Bewegung damals allenthalben genannt wurde) ein Land außerhalb des Russischen Reiches in Besitz. Von dort drohte er über das unruhige Wien auf das unbefriedete Deutschland überzugreifen. Er war „eine Tagesreise an Berlin und nur 36 Reisetunden an Paris“¹ herangerückt. Lenin und die Vertreter der kaum einige Wochen alten III. Internationale begrüßten in der Budapester Sowjetrepublik das erste Anzeichen der Weltrevolution², während die Staatsmänner der Siegermächte besorgt das Auftauchen der bolschewistischen Gefahr diesseits des „cordon sanitaire“ registrierten. In Paris wurden die Ereignisse in Ungarn, die man noch wochenlang nicht genau einzuschätzen vermochte³, als eine Warnung verstanden, daß, wenn die Friedensverträge nicht bald abgeschlossen würden, ganz Europa von Revolutionen überflutet werden könne⁴.

¹ E. A. Bartlett, *The Tragedy of Central Europe*, London 1923, S. 65.

² Lenin rechnete mit dem kurz bevorstehenden Sieg der Revolution in Mitteleuropa; so in seiner Rede auf dem VIII. Parteitag der RKP(B) am 18. 3. 1919 (*Polnoe sobranie sočinenij* [Gesamm. Werke] 5. Aufl. Moskau 1963 [im weiteren als Poln. sobr. soč. zitiert], Bd. 38, S. 148) und am 19. 3. 1919 (ebd. S. 163), Am 22. 3. konnte er bereits nach Budapest telegrafieren „Die Begeisterung ist riesengroß!“ (ebd. S. 216).

³ Berichte der Entente-Beobachter in Wien und Budapest zeigen in der Beurteilung des Regierungswechsels in Ungarn Unentschlossenheit darüber inwieweit es sich um eine rein nationale oder „bolschewistische“ Aktion handelt, so z. B. der Amerikaner Prof. Brown (in *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference* [im weiteren: *Papers PPC*] XII, S. 416ff.). Sogar im Lande selbst war man nur fragmentarisch informiert: einige Provinzzeitungen begrüßten die neue Regierung als eine rein sozialdemokratische (zit. von Zs. L. Nagy, *Forradalom és ellenforradalom a Dunántúlon* [Revolution und Konterrevolution in Westungarn], Budapest 1961, S. 29).

⁴ In dem „ungarischen Schock“ glauben manche Historiker geradezu die Ursache der beschleunigten Arbeit der Konferenz sehen zu können, die sich in der Übernahme der Geschäfte durch die persönlichen Verhandlungen der „Großen Vier“ u. a. m. ausdrückte, so etwa A. J. Meyer (*Politics and Diplomacy of Peacemaking, Containment and Counterrevolution in Versailles 1918–1919*, New York 1967), der ein Kapitel (S. 559ff.) mit „Hungarian Jolt“ betitelt.

In dieser Perspektive verdienen Dokumente über die Stellung Räteungarns zu Moskau und zum Westen Beachtung, auch wenn, in historischer Rückschau, das Budapester Sowjetregime nur als eine Episode in den Nachkriegswirren Ost-Mittel-europas erscheinen mag. Da bislang in westlichen Sprachen verhältnismäßig wenig von diesen, ohnehin seltenen, Dokumenten veröffentlicht wurde, schien es angebracht, eine Sammlung der Telegramme, die den Kontakt zwischen Sowjet-Rußland und Sowjet-Ungarn beleuchten können, vorzulegen.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Räteperiode Ungarns noch keine deutsche monographische Behandlung erfahren hat⁵, dürfte es nützlich sein, ihre Geschichte kurz zusammenzufassen.

Als am 20. März 1919 Oberst Vyx die Entscheidung der Friedenskonferenz vom 17. Februar über den Rückzug ungarischer Truppen aus Siebenbürgen und Ostungarn in Budapest überreichte, sahen sich Graf Michael Károlyi und die Regierung der Volksrepublik außerstande, die Verantwortung für die schweren Gebietsverluste, die – offenbar nicht völlig irrtümlich – als endgültige Abtretungen verstanden wurden, auf sich zu nehmen. Sie mußten einsehen, daß es ihnen in fünf Monaten nicht gelungen war, für das neue demokratische Ungarn annehmbare Friedensbedingungen auszuhandeln: sie übergaben die Regierung der seit einigen Monaten an Stärke zunehmenden und sich rasch radikalisierenden Alternativmacht im Lande, den Sozialisten⁶. Die Sozialdemokraten konnten für sich keine stabile Ordnung erhoffen ohne Unterstützung der im November 1918 gegründeten Kommunistischen Partei⁷. Die Vertreter beider Arbeiterparteien trafen sich im Budapester Sammelgefängnis, wo die Führer der KP seit dem 20. Februar eingekerkert waren, und einigten sich auf eine, im wesentlichen auf bolschewistischer „Plattform“ gegründeten Parteifusion, die zur Grundlage einer proletarischen Diktatur werden

⁵ In westlichen Sprachen sind folgende Werke brauchbar: O. Jászi, *Magyariens Schuld – Ungarns Sühne, Revolution und Gegenrevolution in Ungarn*, München 1925; A. Szelpal, *Les 135 jours de Bela Kun*, Paris 1959; R. Tökes, *Bela Kun and the Hungarian Soviet Republic, The Origins and the Role of the Communist Party of Hungary in the Revolutions of 1918–1919*, New York–London, 1967 [im weiteren: Tökes, *Bela Kun*]; L. Valiani, *La politica estera dei governi rivoluzionari Ungheresi del 1918–1919*, in: *Rivista Storica Italiana* 78 (1966) S. 850–911. Für die ungarische (und russische usw.) Literatur liegt eine gute Bibliographie vor (bis 1963 einschl.): A. Siklós: *Az 1918–1919 évi magyarországi forradalmak . . .*, [Bibl. der ungarländ. Revolutionen 1918–1919], Budapest 1964, dazu der Apparat der neuesten – und besten – Monographie zum Thema: T. Hajdú, *A Magyarországi Tanácsköztársaság [Die Ungarländische Räterepublik]*, Budapest 1969. Jetzt auch: I. Völgyes: *The Hungarian Soviet Republic: 1919, An Evaluation and a Bibliography*, Stanford 1970. – Ich habe mich bemüht, in den Anmerkungen auf Werke in westlichen Sprachen hinzuweisen; die Osteuropa-Spezialisten werden das einschlägige russische usw. Schrifttum unschwer finden können.

⁶ Darüber ausführlich: *The Memoirs of Michael Károlyi, Faith without Illusions*, London 1956, S. 152ff., auch: T. Hajdú, M. Károlyi and the Revolutions of 1918–1919, in: *Acta Historica Acad. Sc. Hung.* 10 (1965) S. 351–371; ferner: P. Pastor, *The Vyx Mission in Hungary, 1918–1919: A Reexamination*, in: *Slavic Review* 29 (1970) S. 481–498.

⁷ Vgl. Tökes, *Bela Kun* S. 50ff.; ferner: F. T. Zsuppán, *The Early Activities of the Hungarian Communist Party 1918–1919*, in: *The Slavonic and Eastern European Review* 43, 101 (1965) S. 314–334.

sollte⁸. Die Räterepublik wurde ausgerufen, ein Bündnis mit Sowjetrußland vorgeschlagen, die Entente als „Agentur der Intervention“ gebrandmarkt und die Losung der Landesverteidigung gegen die Imperialisten verkündet. Die Sowjetregierung bestand nicht auf der traditionellen Forderung der „historischen Grenzen“, schlug jedoch im Sinne Lenins einen Frieden ohne Annexionen aufgrund der Selbstbestimmung der Völker vor⁹. Der Vorrang der Außenpolitik wurde auch dadurch betont, daß der bekannteste Kommunist in Ungarn, der aus Rußland im Herbst 1918 zurückgekehrte Béla Kun¹⁰ zum Volkskommissar des Auswärtigen ernannt wurde.

Die widerstandslose Machtübernahme und die bis in den Sommer 1919 reichende, zumindest passive Mitarbeit weiter Kreise der Bevölkerung lassen sich zum großen Teil aus der nationalen Lage verstehen: die Kommunisten waren die einzigen, die sich bereit erklärten, den Entente-Forderungen eine denkbare Alternative entgegenzusetzen: statt dem Glauben an den die Ungarn enttäuschenden Wilson die Hoffnung auf Lenin. Darüber hinaus ist es unbezweifelbar, daß ein Großteil der Arbeiterschaft, viele Menschen aus der armen Landbevölkerung, demilitarisierte Soldaten und zahlreiche, zum Teil hervorragende, Intellektuelle die revolutionäre Wendung auch aus sozialen und innerpolitischen Gründen begrüßten; denn, wie sogar Lloyd George bemerkte, „es gab kaum ein anderes Land, das einer Revolution so bedurfte, wie Ungarn . . .“¹¹.

Die vier Monate dauernde Geschichte Räteungarns ist voll von weitgesteckten Reformplänen, idealistischen Entwürfen und fast ebensovielen Fehlschlägen. Politiker und Historiker sind von 1919 bis in unsere Tage nicht müde geworden, die Argumente pro und contra über die Richtigkeit der einzelnen Maßnahmen, Parteifusion, Sozialisierungstempo, Bauernpolitik, militärische Fragen usw. vorzulegen¹². Doch, und darin ist man sich ziemlich einig, Sowjetungarn stand oder fiel nicht mit dem Erfolg oder dem Scheitern dieser innerpolitischen Entscheidungen: sein Leben hing von der Entwicklung der internationalen Bedingungen ab. Béla Kun war sich von der ersten Minute an im klaren darüber, daß das Räteregime in Ungarn nur bei einem Sieg der Weltrevolution bestehen könne, und er rechnete damit in zwei bis drei Tagen (!)¹³. Die tatsächliche Lage schloß einen solchen

⁸ Die Programmschriften erschienen als: Dokumente der Einheit . . . , Budapest 1919; auch in: Die Kommunistische Internationale Nr. 2. (1919) S. 243 ff. und in B. Szántó, Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn, Wien o.J.[1920] S. 34 f.

⁹ Am besten zusammengefaßt in einem Aide-memoire von Béla Kun für den in Budapest durchreisenden Prinzen Borghese, zwecks Weiterleitung nach Paris, vom 24. 3. 1919; abgedr. in Papers PPC V S. 18 f.

¹⁰ Zur Biographie jetzt I. Kun: Béla Kun, Moskau 1966 (ungar.: Budapest, 1967), ferner Tökes, Béla Kun, insbes. S. 53 ff.

¹¹ Vgl. P. Mantoux, Les délibérations du Conseil des Quatres (24 mars–28 juin 1919), Paris 1955 [im weiteren: Délibérations], Bd. 1 S. 57.

¹² Darüber berichtete ich in: Die Diskussion um die Räterepublik in Ungarn 1919, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N. F. 14 (1966) [im weiteren: Diskussion] S. 551–578.

¹³ In seiner Rede vor dem Revolutionären Regierungsrat am 24. 3. 1919; zit. bei Zs. L.

Optimismus nicht völlig aus: war Sowjetrußland imstande, und anfangs sprach manches dafür, die Karpaten zu erreichen, so wurde damit eine gemeinsame revolutionäre Front geschaffen; blieben die Meinungsverschiedenheiten der Alliierten dauerhaft und unüberbrückbar, wie manche Beobachter glaubten, dann gewann Ungarn wertvolle Zeit; wurden die Nachbarländer mehr von revolutionärer Gärung erfaßt als von der Furcht, ihre territorialen Gewinne von Ungarn zu verlieren, so bestand für Budapest eine Chance, Kraft und Verbündete zu gewinnen. Die vorgelegten Dokumente zeigen, daß man all diese Hoffnungen, trotz der wiederholten Enttäuschungen, sowohl in Moskau als auch in Budapest bis zum letzten Moment nicht aufgeben wollte. Sie erwiesen sich, eine nach der anderen, als trügerisch.

Bis zur Mission des Generals Smuts, der Anfang April aus Paris nach Budapest gesandt wurde, um die Lage in Ungarn auszukundschaften, schien die Stellung der Räterepublik hoffnungsvoll¹⁴; auch war die Rote Armee in der Ukraine und in Bessarabien auf dem Vormarsch, und Österreich wie Deutschland standen am Rande der Revolution. Anfang Mai jedoch kam der Vorstoß der roten Ukrainer zum Stehen, durch die Erfolge Kolčaks und Denikins wurden die Bolschewiki Rußlands zur Anspannung aller Kräfte für das eigene Überleben gezwungen und waren zu einer Hilfeleistung an die ungarischen Genossen nicht mehr fähig¹⁵. Die Friedenskonferenz, mit den Problemen Deutschlands beschäftigt, überließ Ungarn seinem Schick-

Nagy, A párizsi békekonzferencia és Magyarországon 1918–1919 [Die Pariser Friedenskonferenz und Ungarn 1918–1919] Budapest, 1965, S. 83. (Dieser ausgezeichneten Monographie verdanke ich zahlreiche Auskünfte über die inner- und außenpolitischen Probleme und verweise auf die einschlägige Literatur, die für das Verständnis des Telegrammwechsels wertvoll sind.)

¹⁴ Ausführlich diskutiert in L. Zs. Nagy, The Mission of General Smuts to Budapest April 1919, in: Acta Historica Acad. Sc. Hung. 11 (1965) S. 163–184, mit Bibliographie; dies ist die engl. Übersetzung eines Kapitels aus dem obengenannten (Anm. 13) Werk.

¹⁵ Die Probleme der militärischen Hilfeleistung an Ungarn sind durch die Verworrenheit ukrainischer Politik und Kriegführung in den Frühlingsmonaten von 1919 recht schwer zu entschlüsseln. Soviel steht fest, daß – auf Geheiß Lenins – der Oberbefehlshaber der Roten Armee, I. I. Vacetis, bereits am 25. 3. den Ukrainischen Rottruppen den Befehl erteilte, die Verbindung mit Sowjetungarn herzustellen (abgedr. bei V. A. Antonov-Ovseenko, Zapiski o graždanskoj vojne [Schriften über den Bürgerkrieg] Bd. 4, Moskau–Leningrad 1953, S. 17 ff.). Verschiedene, teils recht irrealer Pläne wurden erwogen, die den Vorstoß nach Ungarn mit Operationen gegen Rumänien verbinden sollten. Lenin und Trockij wiesen wiederholt darauf hin, daß der Kontakt mit Ungarn neben der Sicherung des Donez-Beckens die wichtigsten Aufgaben der ukrainischen Roten Armee seien (so am 18. 4., Lenin: Poln. sobr. soč. Bd. 50, S. 282; am 21./22. 4., ebd. S. 285; auch in The Trotsky Papers, Hg. von Jan M. Meijer, Haag 1964, S. 365, mit Lit.). Die Vernachlässigung der Südost-Front zugunsten der Kriegshandlungen gegen Rumänien erwies sich jedoch als katastrophal; Lenin warnte die Ukrainer Anfang Mai (Poln. sobr. soč. Bd. 50 S. 302 f. und 307), doch Antonov-Ovseenko bestand auf seiner strategischen Planung (seine Argumente in Zapiski a. a. O. S. 214 ff.) – bis die Revolte des N. Grigor'ev am 8. 5., der seine Loyalität zur Sowjetregierung aufkündigte, die gesamte Front zusammenbrechen ließ. Die Lage auf den übrigen Fronten erlaubte es nicht mehr, Ungarn Hilfe zu leisten, trotzdem erweckten die Sowjetführer in ihren ungarischen Genossen Hoffnungen auf eine militärische Kooperation: so schrieb Lenin noch am 13. 5. an Béla Kun, daß die Rote Armee gegen Rumänien vorginge und den Dnjestr überschritten habe (Poln. sobr. soč. Bd. 50 S. 310); im gleichen Sinne erklärte auch der Volkskommissar Rakovskij

sal, bzw. den Truppen der Nachbarländern¹⁶. An dem mit revolutionärem Pomp gefeierten 1. Mai standen rumänische Truppen vor den Toren Budapests und die Sowjetführer erwogen, ob es nicht an der Zeit sei, einem „ungarischen Brest-Litowsk“ zuzustimmen. Doch man entschied sich für den Widerstand, so aussichtslos er auch erscheinen mochte; die irreal optimistisch eingeschätzte Revolutionslage in Europa dürfte dabei wiederum mitgespielt haben. In einigen Wochen entstand aus Arbeitern und Bauern eine ungarische Rote Armee, die in ihrem Kampf gegen die Landesfeinde auf die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung rechnen durfte. Sie konnte sogar der Loyalität ehemaliger Offiziere sicher sein, denn es galt das Vaterland zu verteidigen, auch wenn unter der roten Fahne marschiert werden sollte¹⁷. Mitte Mai griff die neue Armee im Norden an und stieß in die Slowakei vor. Die Aufrüstung einer Streitkraft und der Vormarsch über die Demarkationslinien waren aber so offenbare Verstöße gegen die Waffenstillstandsbedingungen, wenn auch die Schuld des ersten Angriffes eindeutig bei den Nachbarländern lag, daß man sie in Paris, nummehr der deutschen Frage ledig, nicht hinnehmen wollte. Die Friedenskonferenz verlangte den sofortigen Rückzug der Armee aus dem Norden und stellte dafür die Räumung der ungarischen Ostgebiete durch die Rumänen in Aussicht, die ja entgegen den Bestimmungen des Obersten Rates – wenn auch offenbar mit Zustimmung mancher Kreise – vorgedrungen waren. Die Räteregierung in Budapest entschied sich, nach heftigen Debatten, für den Rückzug¹⁸.

Das Zurückkommandieren der erfolgreichen Armee, die zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten der Hauptstadt, die Unruhen unter der Bauernschaft und die nunmehr aktiven konterrevolutionären Aktionen mit den sich daraus ergebenden Standgerichtsverfahren des „Roten Terrors“ untergruben die ohnehin schwankende Stabilität des Regimes. Der internationale Tag des Protestes gegen die Intervention in Rußland und Ungarn am 21. Juli ließ den Westen unerschüttert¹⁹; eine (s. unten, Anm. 37 S. 205) am 18. 5., daß die Ukraine gemäß ihrem Versprechen mit Ungarn zusammen in den Kampf zöge (*L'Ukraine soviétiste, Quatres années de guerre et blocus, Recueil des documents officiels d'après les Livres Rouges Ukrainiens, Berlin 1922, S. 32*). Bis in die letzten Tage der ungarischen Räterepublik wurden in Moskau und in der Ukraine Pläne geschmiedet, internationale Brigaden u.ä.m. nach Ungarn zu senden; darüber jüngst S. Halász, in *Századok* 101 (1967) S. 989–1007 mit russ. und frz. Zuf. – Eine gute Übersicht bietet A. E. Adams, *Bolsheviks in the Ukraine, The Second Campaign, 1918–1919, New Haven–London, 1963, S. 259–312*.

¹⁶ Zur Haltung der Friedenskonferenz zur „ungarischen Frage“ vgl. neben Frau Nagy's Monographie (Anm. 13) auch A. Low, *The Soviet Hungarian Republic and the Paris Peace Conference, Proceedings of the American Philosophical Society N. S. 55, Nr. 10 (1963)*; zur Rolle Rumäniens: Sh. Spector, *Rumania at the Paris Peace Conference, New York 1962, S. 120 ff.*

¹⁷ Das wird sogar im keineswegs kommunistenfreundlichen Bericht des Honvéd-Generals J. Breit von Doberdó, *A magyarországi 1918–1919. évi forradalmi mozgalmak és a vörös háború története* [Gesch. der revolutionären Bewegungen 1918–1919 und des roten Krieges in Ungarn] Budapest 1929, Bd. 3 S. 123 ff. anerkannt. Diese Tatsache war auch den Entente-Politikern bekannt, vgl. Wilson's Bemerkungen, zit. bei Mantoux, *Délibérations II S. 369 f.*

¹⁸ Vgl. Telegramme 24, 27 und 29 mit Anmerkungen.

¹⁹ Außer Italien, wo eindrucksvolle Demonstrationen stattfanden, reagierten die Arbeiter

„revolutionäre Ebbe“ war eingetreten, was man jedoch in Budapest (und offenbar auch Moskau) noch immer nicht wahrnehmen wollte. Der Angriff der Ungarn in den letzten Julitagen an der Theiß, wo die rumänische Armee, entgegen Clemenceaus Versicherungen keinen Schritt zurückgewichen war, wurde allem Anschein nach verraten und scheiterte. Jetzt waren auch alle mäßigenden Stimmen in Paris verstummt²⁰. Am 1. August mußte die Räteregierung abdanken. Die meisten Volkskommissare flohen nach Wien, rumänische Truppen zogen in Budapest ein. Nach einigen Monaten verschiedener Interim-Regierungen konnte im November 1919 die „Nationale Armee“ des Admirals Horthy in das, wie er es nannte, „sündige“, Budapest²¹ einmarschieren.

Der Rahmen dieser Skizze verbietet es, die ideologischen und politischen Probleme der Räterepublik Ungarn und ihre Stellung in der Entwicklung der kommunistischen Bewegung²² im einzelnen zu behandeln. Unsere Dokumente beziehen sich ohnehin nur am Rande auf die innere Lage Ungarns. Soweit es zum Verständnis notwendig ist, werden manche Einzelheiten in den Anmerkungen erläutert. Worauf uns die Korrespondenz zwischen Moskau und Budapest hinweist, ist die Bedeutung der ungarischen Räterepublik für die Außen- und Revolutionspolitik Sowjetrußlands. Lenin begrüßte die ungarische Revolution, und zwar nicht erst nach der Ausrufung der Sowjetrepublik, sondern bereits im November 1918²³, als ein Zeichen des Vormarsches der von allen Kommunisten in Bälde erwarteten Weltrevolution. Nach der kommunistischen Machtübernahme hob er des öfteren hervor, daß mit Ungarn ein höher entwickeltes („zivilisierteres“) Land

Europas auf den Aufruf der Kommunistischen Internationale kaum; dies wurde im offiziellen Bericht des Exekutivkomitês vom 24. 7. 1919 zugegeben (gedr. in *Kommunističeskij International* No. 3, 1919, S. 553f.) und die Schuld auf die „Sozialverräter“ gelegt (so Zinov'ev, *Zwei Daten*, in: *Kommunistische Internationale* No. 2, 1919, S. 434ff.).

²⁰ Ausführlich diskutiert von A. J. Meyer, *Politics and Diplomacy* (wie Anm. 4), S. 842ff. Manche Verfasser (auch Spector, *Rumania*, s. Anm. 16, S. 163f.) wollen wissen, daß die erfolgreichen Verhandlungen Englands mit Rumänien über Ölkonzessionen zur billigen Haltung Balfour's gegenüber Bratianus Forderungen beigetragen hätten.

²¹ Dies wurde zum Gemeinplatz nach 1920, zuerst, wohl nicht wortwörtlich benutzt von N. Horthy in seiner Antwortrede auf die Begrüßung des Budapester Bürgermeisters am 16. 11. 1919 (zit. in der Zeitung „A Nép“, Budapest vom 25. 11. 1919); im gleichen Sinne nannte der Reichsverweser im Mai 1944 Budapest ein „verpestetes Nest“ (Veesenmayer an Ribbentrop, G. F. M. 2-99-110395; diesen Hinweis verdanke ich meinem Kollegen M. Szinai vom Staatsarchiv, Budapest).

²² Zum letzteren vgl. D. T. Cattell, *The Hungarian Revolution of 1919 and the Reorganisation of the Comintern in 1920*, in: *Journal of Central European Affairs* 11 (1951-52) S. 27ff.

²³ Ein Aufruf an die arbeitende Bevölkerung der Österreich-Ungarischen Monarchie (abgedr. in *Izvestija*, Moskau, vom 3. 11. 1919) wurde per Funk in Budapest am 2. 11. empfangen, doch erst auf den Druck der linksoppositionellen Sozialisten (die ihn auf Flugblättern verteilten) in der Zeitung *Népszava* am 20. 11. 1919 veröffentlicht. Darüber berichtet u. a. J. Lengyel, *Visegráder Straße*, Berlin 1959 S. 102ff. – Über Lenin's Botschaften an Ungarn u. dgl. mehr, vgl. L. Réti, *Lenin és a magyar munkásmozgalom* [L. und die ungar. Arbeiterbewegung], Budapest 1970, passim.

als Rußland den Weg zum Kommunismus beschritten habe und daß eine Wilson-freundliche Regierung einsehen mußte, daß die einzige Lösung ihrer Krise in der Übergabe der Macht an das Proletariat gelegen habe²⁴. Darüber hinaus wird bereits in den ersten Funksprüchen hervorgehoben, daß die Budapester Revolution „außerhalb des Absperrungsringes“ um Sowjetrußland eine Räterepublik ins Leben rief. Im ungarischen Erfolg sah man einen Schritt auf dem Wege nach Wien, Berlin, zur europäischen Revolution²⁵. Die ungarischen Kommunisten waren tatsächlich aktiv an der Agitation in Wien²⁶ beteiligt und galten als Verbindungsglied nach Bayern²⁷. Aus den Telegrammen tritt die uneingeschränkte Überzeugung hervor, daß Moskau und Budapest und (im April) auch München bald von weiteren Revolutionszentren umgeben sein werden: wie weit die ungarischen Kommunisten an revolutionärer Propaganda außerhalb ihrer Landesgrenzen beteiligt waren, läßt sich heute nicht mehr klar ermitteln.

Wenn die Einschätzung der Chancen der Weltrevolution und der Stellung Ungarns in diesem Prozeß auch eindeutig verfehlt erscheint, so war Ungarns Rolle als diplomatisches Bindeglied zwischen Moskau und dem übrigen Europa realistischer bemessen. Moskau war genau in den Monaten der ungarischen Räterepublik am

²⁴ So in seiner Schlußrede auf dem VIII. Parteitag der RKP(B) (Poln. sobr. soç. Bd. 38 S. 214), ähnlich in den Berichten und Reden nach der Ausrufung der Sowjetrepublik in Ungarn (ebd. S. 232f., 299, 318 usw.). Lenin unterstrich die Bedeutung der unblutigen Machtübernahme und die Tatsache, daß die ungarischen Kommunisten den Patriotismus ihrer Landsleute auf ihrer Seite hätten (ebd. S. 260f.).

²⁵ Zinov'ev schrieb im April über „Die Perspektiven der proletarischen Revolution“ (Die Kommunistische Internationale, Nr. 1, S. IX): „Jetzt wo wir diese Zeilen niederschreiben hat die Dritte Internationale als ihre Hauptbasis bereits drei Sowjetrepubliken: in Rußland, in Ungarn und in Bayern. Aber niemand wird sich wundern, wenn zur Zeit wo diese Zeilen im Druck erscheinen, wir bereits nicht drei, sondern sechs oder eine größere Anzahl von Sowjetrepubliken haben werden . . .“ Diese Denkart darf bei der Beurteilung der revolutionären Episoden der Jahre 1918–1920 nicht vergessen werden!

²⁶ Soweit am besten zusammengefaßt, in A. D. Low, *The First Austrian Republic and Soviet Hungary*, in *Journal of Central European Affairs* 20 (1960) S. 177ff., kurz auch in R. Tökes, Béla Kun S. 143ff. Zu den halboffiziellen Kontakten zwischen Otto Bauer und Béla Kun jetzt auch M. Szinai, in *Századok* 105 (1969) S. 449f. mit einem bisher ungedruckten Brief Bauers, ebd. (auf Deutsch) S. 467–70. Künftig [Frau] Gábor Sándorné, *Ausztria és a Magyarországi Tanácsköztársaság*, Budapest 1969 [im weiteren: *Ausztria*], insbes. S. 111ff.

²⁷ Darüber berichten H. Neubauer, *München und Moskau 1918/1919. Zur Geschichte der Rätebewegung in Bayern*, München 1958 (Jahrbücher für Gesch. Osteur., Beiheft 4), insbes. S. 53ff.; A. Mitchell, *Revolution in Bavaria 1918–1919. The Eisner Regime and the Soviet Republic*, Princeton, 1965, insbes. S. 298ff. – Im ungarischen Material fand ich keinen Hinweis auf die von Neubauer erwähnte Nachrichtenagentur in München, (S.58). – Die im folgenden abgedruckten Telegramme (Nr. 9–19) unterstreichen die These – worin sich Neubauer und Mitchell, aber auch Hans Beyer (Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München, Berlin 1957, Schriftenreihe des Inst. für Deutsche Gesch. an der Karl-Marx-Universität Leipzig, 2) einzig sind, daß Moskaus Einfluß auf und seine Kenntnis von den Ereignissen der Münchener Räterepublik recht marginal blieben. Leider sind die mehrfach erwähnten (etwa im Telegramm Nr. 18) Berichte Kuns über die Bayerische Republik bislang nicht veröffentlicht worden.

vollständigsten vom Westen abgesperrt. Praktisch befand sich keine diplomatische Vertretung in Moskau, und die Diplomaten Sowjetrußlands hatten in den westlichen Ländern, wenn sie überhaupt anerkannt wurden, kaum die Möglichkeit, ihre Aufträge durchzuführen²⁸. In dieser Lage war die bloße Existenz einer freundlichen Funkstelle, geschweige denn einer Regierung, die immerhin manche Kontakte zur Entente hatte, von ungeheuerem Wert für Moskau. Unsere Dokumente zeigen, daß die dadurch gegebenen Möglichkeiten restlos ausgenutzt wurden.

Für einen anderen Punkt sind unsere Telegramme aber recht schweigsam: inwieweit haben Lenin oder Čičerin oder Zinovjev, d.h. die russische Kommunistische Partei, die Sowjetrussische Regierung oder die Komintern, die ungarischen Genossen beraten oder gar, wie es manchen Beobachtern erscheinen wollte, von Moskau aus gelenkt. Die Auswahl der Telegramme ist, wie im folgenden ausgeführt, nicht von uns vorgenommen worden; daher läßt es sich nicht bestimmen, ob das Fehlen von mehr oder weniger klaren Direktiven die tatsächliche Lage von 1919 widerspiegelt oder nur der heute gültigen Auffassung angepaßt wurde²⁹. Die wiederholten Fragen Čičerins über die Verhandlungen Kuns mit General Smuts im April 1919³⁰ klingen jedenfalls nicht so, als hätte man in Moskau jeden Schritt in Budapest genau verfolgen und den nächsten vorschreiben können oder wollen. Aus den uns zugänglichen Dokumenten ergibt sich nicht das Bild einer wohlorganisierten Revolutionszentrale in Moskau, wie wir sie aus den späteren Jahren der Komintern kennen. Gewiß waren manche Hinweise der russischen Genossen und die aus Moskau eingeholten Dokumente als Richtlinien zu verstehen, doch Lenin selbst betonte, daß es falsch wäre, in Ungarn das russische Beispiel blind nachzuahmen³¹. Wichtiger als diese gelegentlichen Direktiven scheint zu sein, daß die Moskauer Telegramme die Illusionen über die baldige Weltrevolution und über die Möglichkeit unmittelbarer Hilfe für Ungarn in den ungarischen Kommunisten wachhielten. Diese Einschätzung der Weltlage, die man in Budapest offenbar unkritisch übernahm, zumal sie dem eigenen Wunschdenken entsprach, bedingte eine Reihe

²⁸ In den USA bemühte sich L. K. Martens beim State Department als diplomatischer Vertreter Sowjetrußlands anerkannt zu werden – ohne den mindesten Erfolg (vgl. G. E. Evgen'ev et al., *Revolucioner, diplomat, učenyj. O L. K. Martense*, Moskau 1960); die nach Frankreich entsandte Rotkreuz-Mission unter der Leitung von D. Z. Manuilskij mußte ebenfalls unverrichteter Dinge heimkehren (vgl. unten, Telegramm Nr. 9, Anm. 47).

²⁹ Wenn man etwa das programmatische Telegramm Lenins an die Münchener vom 24. 4. 1919 (gedr. u. a. in H. Neubauer, wie Anm. 27, S. 74ff. mit Analyse) mit den an Kun gerichteten Schreiben (soweit bekannt) vergleicht, fällt auf, daß man den ungarischen Genossen die Kenntnis der „Generallinie“ durchaus zumutete. Das ausführlichste Schreiben Lenins über die zu befolgende Politik, der „Gruß an die ungarischen Arbeiter“ (vom 29. 5. 1919, Poln. sobr. soč. Bd. 38 S. 384–388) wurde auf Wunsch Kuns (Telegramm vom 26. 5., abgedr. in *Magyar Munkásmozgalom Történetének Válogatott Dokumentumai* [Ausgew. Dokumente zur Gesch. der ungar. Arbeiterbewegung], Budapest 1959 [im weiteren: MMTVD] Bd. 6/A S. 567), der seine Stellung gegenüber den „Opportunisten“ durch Lenins Autorität stärken wollte, abgefaßt.

³⁰ Vgl. unten Telegramme Nr. 8 und 11.

³¹ So in Lenins Telegramm an Béla Kun, Poln. sobr. soč. Bd. 38 S. 217.

lebenswichtiger Entscheidungen und trug, da sie unbegründet gewesen, beträchtlich zum Scheitern der kommunistischen Episode bei³².

Allerdings, jegliche Folgerung aus dem hier vorgelegten Material muß mit Vorbehalt gezogen werden; denn es stellt nur einen Bruchteil der gesamten Korrespondenz dar. In den vier Monaten der Räterepublik wurden zwischen der Radiostation Budapest-Csepel und der Moskauer Funkstelle einige Hundert Telegramme gewechselt. Dazu kommen die regelmäßigen Pressekorrespondenzen, die man in Budapest ebenfalls empfangen und verwertet hat. Es gab auch einen gewissen persönlichen Kurierverkehr zwischen den beiden Sowjetrepubliken, doch das wichtigste, regelmäßige Verbindungsglied blieb der Funkweg. Das erste Funkgespräch zwischen den ungarischen Kommunisten und Moskau wurde unmittelbar nach der Ausrufung der Räterepublik geführt³³; das letzte Telegramm traf am 2. August ein³⁴, als Kun bereits nach Wien geflohen war und die Rumänen Budapest besetzten. Die Budapester Originale der empfangenen und abgesandten Telegramme sind, wie so viele andere Akten der Sowjetregierung, verlorengegangen. Einiges, darunter eine Liste der zwischen dem 10. Mai und 1. August 1919 in Budapest eingetroffenen Funksprüche und manche hand- oder maschinenschriftliche Entwürfe von Béla Kun fanden ihren Weg nach Moskau, wo zahlreiche Entwürfe der russischen Seite und Texte der empfangenen Telegramme erhalten blieben³⁵. Fotokopien dieser Archivalien wurden, meines Wissens 1957, vom sowjetischen Institut für Marxismus-Leninismus und von Moskauer Staatsarchiven dem Institut für Parteigeschichte beim ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei übergeben. Von dort erhielten wir eine Auswahl (im wesentlichen alle bislang publizierten Stücke) der Fotokopien. Manche tragen Absendevermerke, viele sind in „Telegraphenorthographie“ geschrieben: Rechtschreibung und Empfangsfehler wurden, soweit zum besseren Verständnis notwendig, normalisiert, die mangelhafte Interpunktion belassen.

Zahlreiche Telegramme wurden in der zeitgenössischen Presse abgedruckt, be-

³² Dieser Aspekt scheint neuerdings auch in der ungarischen Forschung mehr Beachtung zu gewinnen und die parteipolitisch bedingten Beschuldigungen, die „Sozialverräter“ oder die falsche Bauernpolitik hätten die Niederlage verursacht, etwas zu verdrängen; Frau Nagy (s. Anm. 13) wies bereits darauf hin und unlängst wurde die „Revolutionspolitik“ auf der Jubiläumstagung zum 50. Jahrestag der Räterepublik ausführlich diskutiert (Bericht in Századok 103, 1969, S. 536ff., insbes. S. 548f.); ähnlich auch im Buch von T. Hajdú (siehe Anm. 5).

³³ Der erste Kontakt zwischen der neuen Regierung und Moskau wurde u.a. von den Funkern der Budapester Funkstelle beschrieben (E. Gerelyes [Hg.], *Lenin üzent, Visszaemlékezések* [Lenin's Botschaft, Erinnerungen], Budapest 1960, S. 12 und 43), der Text auch im Westen veröffentlicht, etwa (aus Kopenhagener Quelle) in *The Times* (London) vom 24. 3. 1919. Ähnlich auch in J. Lengyel, *Visegráder Str.* (s. Anm. 23) S. 211f.

³⁴ Abgedruckt bei A. Szépal (s. oben Anm. 5) S. 255: es enthielt die Fragen Lenins über die Ereignisse in Budapest, gesandt vom ungarischen Botschafter in Moskau, E. Rudnyánszky. Das Original ist in Budapest nicht bekannt (so Siklós, a. a. O., s. Anm. 5, S. 17).

³⁵ Über das Schicksal der Archivalien berichtet die Bibliographie von A. Siklós (s. Anm. 5) S. 18f.

sonders in den ersten Wochen nach der Ausrufung der Räterepublik, als Ungarn die Schlagzeilen der Weltpresse beherrschte. Die Mehrzahl wurde aber weder 1919 noch später, vor 1957, veröffentlicht. Lenins Botschaften erschienen teilweise, verschiedentlich gekürzt oder geändert in den fünf Auflagen seiner Werke³⁶, einige Telegramme Čičerins in der Dokumentensammlung zur sowjetrussischen Außenpolitik³⁷. Doch der Großteil der Korrespondenz blieb der Forschung bis 1956 unzugänglich, zumal der Adressat, Béla Kun, seit 1937 als Verräter, als „Unperson“ galt. Erst seine Rehabilitierung im März 1956 und die sonstigen Änderungen in der parteigeschichtlichen Forschung in den letzten 10 bis 12 Jahren eröffneten die Möglichkeit zur Publikation vieler Dokumente der Rätezeit, darunter unserer Telegramme. Die 1959 erschienenen Bände der Dokumentensammlung zur Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung³⁸ enthielten, meines Wissens zum ersten Mal, eine größere Zahl bis dahin unveröffentlichter Dokumente aus dem außenpolitischen Briefwechsel Béla Kuns. 1961 wurden weitere zwei Dutzend Telegramme in der Zeitschrift des Instituts für Parteigeschichte³⁹ abgedruckt: die meisten der hier vorgelegten Stücke wurden dort in ungarischer Übersetzung bekanntgemacht. Allerdings erschienen bislang, soweit ich sehe, alle Texte nur in russischer bzw. ungarischer Übersetzung, während die Originale fast ausschließlich in deutscher Sprache abgefaßt waren (ausnahmsweise russisch, französisch oder ungarisch). Das Entgegenkommen der stellv. Direktorin des Instituts für Parteigeschichte, Frau Ágnes Bakó, ermöglicht es uns, hier 35 Telegramme zum ersten Male in der Originalfassung vorzulegen⁴⁰. Hoffentlich werden sie zu einem internationalen Gedankenaustausch über die Geschichte der ungarischen Räterepublik beitragen, der,

³⁶ Siehe die oben in den Anmerkungen 24, 29, 31 zit. Stellen; die 1.–4. Aufl. der Werke Lenins enthielten bereits manche Schreiben an die Ungarn, doch oft ohne den Namen Kuns oder anderer „Unpersonen“; manche erschienen zuerst als Entwürfe in den Bänden der Sammlung „Leninskij Sbornik“ (Moskau 1924 ff.). Soweit ich sehe, sind jetzt alle in der 5. Auflage, die hier zitiert wurde, vereinigt.

³⁷ Dokumenty vnešnej politiki SSSR, Bd. II, Moskau 1958 [im weiteren: Dokumenty], S. 109, 117, 148, 168.

³⁸ S. oben, Anm. 29; Bd. 6/B erschien ebd. 1960.

³⁹ [Frau] Gábor Sándorné, Dokumentumok Szovjet-Oroszország és a Magyar Tanácsköztársaság kapcsolatairól [Dokumente über die Verbindungen Sowjetrußlands und der Ungar. Räterep.], in: Párttörténeti Közlemények [Parteigesch. Mitteilungen], 1961, S. 209 ff. (im weiteren als Gábor zitiert). Sie erwähnt in der Einleitung, daß die Auswahl aus etwa 200 Telegrammen, die aus dem Fonds 077 des Archives des Außenministeriums der UdSSR dem Budapest Institut übersandt wurden, getroffen worden war. In neueren Monographien, etwa im Buch von Frau Nagy (s. Anm. 13) und in dem von T. Hajdú (s. Anm. 5) wird auf zahlreiche, noch unpublizierte Telegramme Bezug genommen, so daß wir heute zumindest den Inhalt von 70–80 Telegrammen kennen.

⁴⁰ Mein Dank gebührt auch Herrn Professor Walther Kirchner (University of Delaware), der mir gütigweise einige, ihm aus Budapest zugesandte Telegramme zur Veröffentlichung überließ, und meinen Freunden Regina und Peer Lange (Tübingen), die mir halfen, manche Unebenheiten meines Deutsch und meiner Kenntnisse über sowjetrussische Außenpolitik auszubügeln.

wie das von ungarischen Historikern unlängst vorgeschlagen wurde⁴¹, zum besseren Verständnis der Revolutionsperiode führen könnte.

János M. Bak

⁴¹ Tibor Hajdú sprach auf der Jubiläumstagung (s. oben, Anm. 32) den Wunsch für „co-opérations fructueuses avec les collègues étrangers“ in der Diskussion um die Räterepublik aus (Századok a. a. O. S. 305).

Dokumente

Nr. 1

Radio

22 März 1919

[gesendet: 24. 3. 1919]

Budapest. An die Regierung der Ungarischen Räterepublik. Der achte Kongress der Kommunistenpartei Rußlands¹ begrüßt mit Enthusiasmus die Ungarische Räterepublik. Der Kongress ist überzeugt daß die Zeit nicht fern ist wo der Kommunismus in der ganzen Welt siegen wird. Die Arbeiterklasse Rußlands wird Euch mit allem was sie nur kann zu Hilfe kommen. Die Arbeiter der ganzen Welt werden gespannt Ihrem weiteren Kampfe folgen und werden den Imperialisten keines Landes erlauben gegen die neue sozialistische Republik ihre Hand zu erheben. Es lebe das Sowjetsungarn. Es lebe die Internationale Kommunistische Republik.

Das Präsidium des Kongresses

Lenin, Sinoview², Kamenin³, Smidowitsch⁴, Ewdokimov⁵,
Piatakow⁶, Priobraschenski⁷

Nr. 2

24. 3. 1919

[gesendet 25. 3. 1919]

Budapest. Volkskommissar des Auswärtigen Bela Kun

Folgend Aufruf an die Russischen Kriegsgefangenen in Ungarn ist russisch mit lateinischen Buchstaben geschrieben, bitte ihn russisch zu verbreiten⁸:

¹ Der Parteitag fand von 18.–25. März 1919 in Moskau statt. Am 22. 3. gab das Präsidium die Nachricht bekannt, daß in Ungarn eine Sowjetrepublik ausgerufen wurde. Das Begrüßungstelegramm wurde unmittelbar darauf, zusammen mit dem von Lenin (abgedruckt in Poln. sobr. soč. Bd. 58, S. 316) abgefaßt.

² G. E. Zinov'ev (1885–1956), 1919–1926 Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, 1919 auch Vorsitzender der Union der Gemeinden des Nordens (Sojuz kommun Severnoj oblasti).

³ L. B. Kamenev (1883–1956), 1918–1926 Vorsitzender des Moskauer Parteikomitees, zeitweilig auch stellv. Vorsitzender des Rates der Volkskommissare (fehlerhafte Buchstabierung im Original).

⁴ P. G. Smidovič (1874–1935), seit 1918 Vorsitzender des Moskauer Sowjets.

⁵ G. E. Ewdokimov (1884–1936), Mitglied des ZK der RKP(B), 1919 bis 1920 Chef der politischen Abteilung der VII. Armee.

⁶ G. L. Pjatakow (1890–1937), 1918 bis 1919 Vorsitzender der provisorischen Ukrainischen Sowjetregierung.

⁷ N. F. Preobraženskij (1886–?), 1919 Chef der politischen Abteilung der III. Armee an der Südfront.

⁸ Der Text des Telegrammes erschien zuerst in der Tageszeitung Vörös Ujság (Budapest)

„Russkim voennoplennim v Vengrii. Tovaristschi obagrennyi kroviu sobstvennago naroda zarism b (v) svoekorystnyh interesach pomestchikov i kapitalistov brosil vas kak puscheschetchnoje mjaso v adskij plamenj mirovoj vojny. Shertvy vraga trudjastchichsja mass imperialisma vy ispili gorkuju tschaschu skrobnoj doli voennoplennyh v tchudosschdoj imperialistitcheskoj strane pod nevyinosimym gnetom eja ekspluatatorov i poraboti(t)elej dvojnoj tjashestju na vas loshivschimsja. No nastal velikij dolgoshdannij tchas osvoboshdenia trudjastchagosja naroda neobjatnoj Rossii i na mesto tchudovistchnoj krovavoj tsarskoj vlasti na mesto pravitelstva kapitalistov v rezultate gerojskoj borby rossijskij robotchich i krestjan utv(e)rdilas v Rossii narodnaja sovetskaja vlast trudjastchichsja s rabotche krestjanskim sovetskim pravitelstvom vo glave. Vragi trudjastchagosja naroda i narodnoj revoluzii pomestchiki i kapitalisty i s nimi vmeste shistchniki mirovago kapitala i imperialisma, shashdustschija dobytchi, okrushili narodnuju sovetskuju Rossiu shelesnym kolzom svoich kontrrevoluzionnyh vojsk i belogvardejzev otovsudu (v) neje vtorgajustchichsja i vnutri eja predelov pytalis podnimat protiv neja vzostania kulakov i byvschich ofizerov stremjas k tomu tchtoby sokruscheditj v Rossii gospodstvo rabotche krestjanskij sovetskoj vlasti i potopitj v krovi robotchich i krestjan Rossii nedavno zavoevannuju imi svobodu. V toj otchajannoj borbe kotoruju robotchim i krestjanam Rossii prischlos vesti protiv beztchislennyh vragov staravschichsja zaduschit ich na storone russkich trujastchichsja i ekspluatirujemyh mass vmeste s vyschedschimi iz ich rjadov russkimi krasnoarmejzami srashalis i mnogie vengerskije plennyje jasno soznaschie obschnost interesov trudjastchichsja i ekspluatirujemyh mass vsech stran (i) doblestno bivschijesja za rabotche krestjanskoje delo v Rossii. Kak tchleny toj she trudovoj semji prolivali oni vmeste s nami svoju krov dla zastchity narodnoj revoluzii v Rossii. Teper she revoluzionnyje robotchije i krestjane Vengrii i u sebja v svoej sobstvennoj strane sbrosili vlast pomestchikov i kapitalistov i utcheredili narodnuju rabotche-krestjanskuju sovetskuju vlast kak v Rossii. I sovetskuju Vengriju kak sovetskuju Rossiju okrushajut zlyje chistchniki i agenty kapitalistov i totchat nosh tchoby zaklat junuju svobodu jeja trudjastchichsja mass. I kak nashi bratja rabotchije i krestiane Vengrii nachodjastchijesja v Rossii sebja ne stschadili radi obstchago revoluzionnago dela srashajas v naschej armii totchno takshe i vasch dolg vstupit v rjady borustchichsja za spasenija svojeje revoluzii i russkoj revoluzii i za vseмирnoje narodnoje delo krasnyh vojin Vengrii. Revoluzionnaja sovetskaja Vengria i revoluzionnaja sovetskaja Rossia spajany voedino obstchnostju borby za vlast trudjastchichsja i ekspluatirujemyh mass protiv nastupajustschago na nich mirovago kapitalisma. Udar nansennyj sovetskoj Vengrii jest udar nanesennyj sovetskoj Rossii, vasch dolg kak synov naroda vyschedschich iz rjadov proletariata i krestjanstva ne ostavatsja bezutchastnymi v storone ot borby no zanjat vasche mesto v rjadach zastschistchajustchich narodnuju revoluziu vengerskich rabotchich i krestjan. Tovaristschi voennoplennyje iz Rossii nachodjastchijesja v Vengrii russkoje rabotche krestjanskoje sovetskoje pravitelstvo prizyvajet vas vstupit v armiju krasnoj revoluzionnoj Vengrii i zastchistchatj vmeste s vengerskimi bratjami obstchee delo venger-

vom 1. 4. 1919. – Am Ende des Krieges dürften in ungarischen Lagern und auf Landgütern mehr als hunderttausend russische Kriegsgefangene gelebt und gearbeitet haben. In Budapest hatten sie einen „Marx-Engels-Klub“ gegründet und gaben 9. 4.–3. 8. 1919 eine Zeitung in russischer Sprache heraus (Pravda, insgesamt 37 Nummern). Etwa tausend Russen traten im April–Mai 1919 der Internationalen Brigade der Ungarischen Roten Armee bei, in der ein „Russisches Bataillon“ gebildet wurde; ihre Zahl in anderen Einheiten läßt sich nicht ermitteln. Vgl. A. V. Fedorov, Učastie russkich soldat v zaščite Vengerskoj sovetskoj respublik (1919 g.) [Teilnahme russischer Soldaten an der Verteidigung der Ungarischen Räterepublik im J. 1919] in Voprosy istorii, 1955, No. 2 S. 91–95.

skoj revoluzii i ruskoi revoluzii obstchee delo trudjastchichsja i ekspluatirujemych mass vsech stran.

Narodnyj kommissar po inostrannym delam Rossijskoj Sovetskoj Respubliki

Tschitscherin⁹

No. 334

Übersetzung des russischen Textes (Nr. 2):

An die russischen Kriegsgefangenen in Ungarn.

Genossen! Der vom Blute des eigenen Volkes befleckte Zarismus hat euch für die eigennützigen Ziele der Gutsbesitzer und Kapitalisten als Kanonenfutter ins Höllenfeuer des Weltkrieges geworfen. Ihr habt als Opfer des Feindes des werktätigen Volkes, des Imperialismus, den bitteren Kelch des schmerzlichen Schicksals der Kriegsgefangenen zur Neige getrunken, in einem fremden imperialistischen Lande, unter dem unerträglichen Druck seiner Ausbeuter und Unterdrücker, der mit doppeltem Gewicht auf euch lastete. Doch die lang erwartete Stunde der Befreiung des werktätigen Volkes im unermeßlichen Rußland hat geschlagen und anstelle der ungeheuerlich blutigen Macht des Zaren, anstelle der Regierung der Kapitalisten festigte sich in Rußland in folge des heldenmütigen Kampfes der russischen Arbeiter und Bauern die sowjetische Volksmacht der Werktätigen mit der Sowjetregierung der Arbeiter und Bauer an der Spitze. Die Feinde des arbeitenden Volkes und der Volksrevolution, die Gutsbesitzer und Kapitalisten und gemeinsam mit ihnen die beutehungrigen Raubtiere des Weltkapitals und des Weltimperialismus haben das Sowjetrußland des Volkes mit dem eisernen Ring ihrer konterrevolutionären Truppen und Weißgardisten umgeben. Sie drangen von allen Seiten ins Land ein und versuchten innerhalb unserer Grenzen einen Aufstand der Kulaken und ehemaligen Offiziere mit der Absicht zu organisieren, in Rußland die Herrschaft der Sowjetmacht der Arbeiter und Bauer zu zerschmettern und die unlängst von ihnen errungene Freiheit im Blute der Arbeiter und Bauer Rußlands zu ertränken. In diesem verzweifelten Kampf, den die Arbeiter und Bauer Rußlands gegen die zahllosen Feinde führten, die entschlossen waren, sie zu erwürgen, kämpften auf der Seite der russischen Werktätigen und ausgebeuteten Massen, gemeinsam mit den aus ihren Reihen hervorgegangenen Rotarmisten viele ungarischen Kriegsgefangene¹⁰, die der Gemeinsamkeit der Interessen der werktätigen und ausgebeuteten Massen aller Länder klar bewußt waren und sich heldenmütig für die Sache der Arbeiter und Bauer in Rußland schlugen. Als Glieder derselben Familie der Arbeit vergossen sie ihr Blut gemeinsam mit uns zum Schutze der Volksrevolution in Rußland. Nun haben die revolutionären Arbeiter und Bauern Ungarns auch zu Hause, in ihrem eigenen Lande, die Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten abgeschüttelt und errichteten, wie in Rußland, die sowjetische Volksmacht der Arbeiter und Bauern. Auch Sowjet-Ungarn umgeben, wie Sowjet-Rußland, böse Raubtiere und Agenten der Kapitalisten, die ihre Messer wetzen, um die junge Freiheit der werktätigen Massen zu erstechen. Wie unsere Brüder, die ungarischen Arbeiter und Bauern, die in Rußland waren, sich vor Opfern für die gemeinsame revolutionäre Sache nicht scheuten indem sie in unserer Armee kämpften, genauso ist es auch eure Pflicht in die Reihen der roten Soldaten Ungarns einzutreten, die für

⁹ V. G. Čičerin (1872–1936) war 1918–1930 Volkskommissar des Auswärtigen.

¹⁰ Ungarische „Internationalisten“ kämpften in vielen Einheiten der Roten Armee und in Partisanengruppen in Rußland; vgl. z.B. N. Kolmogorov, Vengerskie voennoplennije v borbe za vlast sovetov v Omske [Ungarische Kriegsgefangene im Kampfe für die Macht der Sowjets in Omsk] 1958; zusammenfassend auch Tökes, Bela Kun, S. 42ff.

die Rettung ihrer und der russischen Revolution und für die Sache des Volkes auf der ganzen Welt kämpfen. Das revolutionäre Sowjet-Rußland und das revolutionäre Sowjet-Ungarn sind durch die Gemeinsamkeit des Kampfes für die Macht der arbeitenden und ausgebeuteten Massen, gegen den sie angreifenden Weltkapitalismus verbunden. Jeder Schlag gegen Sowjet-Ungarn ist ein Schlag gegen Sowjet-Rußland. Euere Pflicht, als Söhne des Volkes, die ihr aus den Reihen der Arbeiter und Bauer kommt, ist es, euch nicht gleichgültig abseits vom Kampfe zu halten, sondern eueren Platz unter denen einzunehmen, die die Volksrevolution der ungarischen Arbeiter und Bauer verteidigen. Genossen, russische Kriegsgefangene in Ungarn! Die russische Sowjetregierung der Arbeiter und Bauern ruft euch auf, in die Armee des roten, revolutionären Ungarns einzutreten und zusammen mit eueren ungarischen Brüdern die gemeinsame Sache der arbeitenden und ausgebeuteten Massen aller Länder zu verteidigen.

Čičerin, Volkskommissar des Auswärtigen der Russischen Sowjetrepublik.

Nr. 3

25. 3. 1919

[gesendet 26. 3 3 h 40]

Budapest, Volkskommissar des Auswärtigen Bela Kun:

Bitte teilen Sie mir mit ob Sie gute ständige Information über andere Länder haben. Falls ja teilen Sie uns dieselbe mit. Falls nein werden wir Ihnen mitteilen was wir erfahren. Besonders interessant sind die aus Frankreich nach Amerika entsandten amerikanischen Korrespondenzen sie sind höchst kritisch gegen Frankreich und gegen die französische maßlose Politik gefärbt. Sie sagen daß die Leiter der Ententepolitik von der Lage nichts verstehen wollten und auch jetzt blind sind und nur mit kleinteiligen Mitteln die Wirklichkeit vertuschen wollen. Man habe jetzt die Auswahl zwischen zwei politischen Linien: entweder Kompromiß mit Bolschewismus und Verbesserungsversuch ihm gegenüber oder direkte Kriegserklärung an das Sowjetrußland wegen seiner Annäherung mit dem Ententeind Sowjetungarn. Der zweite Plan wäre ein Sieg der rücksichtslosen französischen Linie und unter den gegenwärtigen Umständen purer Wahnsinn¹¹. Die französische Presse speit Feuer und Flammen und betrachtet die ungarische Revolution als einen Schachzug um den Verpflichtungen der Entente gegenüber sich zu entziehen¹². Die englische konservative Presse gibt zu verstehen, die ungarische Revolution sei ein Resultat einer geheimen deutschen Intrigue. Deutschland werde jetzt sagen falls man von mir zu viel verlangt, werde ich auch die Macht den Räten übergeben¹³. Die deutsche bürger-

¹¹ Diese Alternative, nebst einer dritten, die einen Absperrungsring empfahl, erschien im Wall Street Journal vom 25. 3. 1919. – Obwohl manche Kommentare den „französischen Imperialismus“ für die Revolution in Ungarn verantwortlich machten (so z.B. in der Chicago Daily Tribune vom 26. 3. 1919), scheint die Presse der USA überwiegend auf eine harte Linie gegen den Bolschewismus gedrängt zu haben. Zum Allgemeinen vgl. A. J. Meyer, Politics and Diplomacy (wie Anm. 4 z. Einleitung), S. 559f.

¹² So etwa Le Temps (Paris) vom 25. 3. 1919, 25. 3. 1919, ferner die Artikel von R. Reconly in Le Figaro (Paris) vom 23. 3. 1919 und ff.

¹³ Der Daily Express (London) brachte in der Spätausgabe vom 25. 3. 1919 die Schlagzeile: „Red Wave Threatens Europe. Hungarian Revolt due to muddles in Paris. Germany's Hand?“. Am folgenden Tag schrieb die gleiche Zeitung: „It may or may not be true that the German government had a hand in what it may regard as a manoeuvre calculated to weaken the purpose of Allied statesmanship in the laying down of peace terms . . .“. Offene Zusammenarbeit zwischen Berlin und Budapest wurde in manchen Provinzzeitungen der USA und

liche Presse geißelt die Entente politik, sie weist darauf hin daß die Slowaken sich gegen die tschechische Okkupation auflehnen und die Kroaten gegen die serbische Okkupation so daß Serben und Tschechen Schwierigkeiten haben werden und nicht viel leisten können für Intervention in Ungarn¹⁴. In den amerikanischen Berichten muß ich hervorheben daß die ungarische Revolution in den Geistern alles beherrscht, sogar in Frankreich sollen weite Kreise die Aussichtslosigkeit der Entente politik einsehen, die ungarische Revolution bedeute das Bankrott der Staatskunst der gegenwärtigen Machthaber. Auch Rumänien gilt als verloren. Ich kann hinzufügen daß die außerordentliche Bedeutung der ungarischen Revolution darin liegt daß sie außerhalb des uns umklammernden Strangulationsringes geschehen ist so daß sie klar gezeigt hat daß der Versuch den Bolschewismus einzukreisen und abzusperrern gescheitert ist und der Bolschewismus schon außerhalb des Absperrungskordon in die Höhe geschossen ist.

Tschitscherin

Nr. 4¹⁵

30. 3. 1919

Budapest, Bela Kun

Die Telegramme aus Paris berichten daß die Ungarische Sowjetsrepublik angeblich beabsichtige Serbien zu überfallen die ungarischen Truppen ziehen sich angeblich zusammen in der serbischen Richtung die Entente wird genötigt Maßregeln zu ergreifen¹⁶. Diese dreiste Lüge ist eine offenbare Provokation, wir werden diese Schurkerei an die große Glocke hängen. Wir weisen Ihnen darauf hin daß dies zweifellos das erste Anzeichen ist der kommenden Abwürgungsversuche gegen die ungarische Revolution. Wir bitten Sie uns detailliertes Material zuzuschicken welches die Schamlosigkeit dieser Lüge beleuchten wird¹⁷.

[Nr. 378] Tschitscherin

in der französischen nationalistischen Presse (z. B. L'Action Française vom 24. 3. 1919) vermutet.

¹⁴ Ähnliche Gedanken lassen sich den Kommentaren der Leipziger Neuesten Nachrichten entnehmen, allerdings erst am 27. 3. 1919. Im allgemeinen vgl. Gy. Tokody, Die Wirkung der Ungarischen Räterepublik auf die politische Linie der damaligen deutschen imperialistischen Presse, in: Acta Universitatis Debreceniensis 6 (1960) S. 252 ff.

¹⁵ In russ. Übersetzung abgedruckt in Dokumenty Bd. II, S. 109.

¹⁶ Die Meldung über Ungarns Angriffspläne (abgedruckt u. a. in The Times, London, vom 28. 3. 1919) war zumindest eine Übertreibung, denn die ungarischen Streitkräfte waren Ende März 1919 keineswegs in der Lage, aggressive Pläne durchzuführen, am wenigsten im Süden, wo die Lage bis zum Ende der Rätezeit verhältnismäßig ruhig war. Vgl. Vuk Vinaver, Jugoslavia i vojna intervencija protiv Madjarske 1919 godine [Jugoslawien und die milit. Intervention gegen Ungarn i. J. 1919], in: Istorijski Glasnik (Belgrad) 1967, S. 3–48. Allerdings liegt eine Meldung des Revolutionskomitees der Schomodei vom 27. 3. vor, in der berichtet wird, daß „die Rote Armee die Demarkationslinie besetzt“ habe und „die Serben keinen Widerstand zeigten“ (abgedr. in MMTVD 6/A S. 59); vielleicht wurde dieser begrenzte Aufmarsch zunächst mißdeutet.

¹⁷ Kun gab ein Dementi in diesem Sinne heraus, das die „Wireless Press“ verbreitete; es wurde im Labour-Blatt Daily Herald (London) vom 1. 4. 1919 abgedruckt.

Nr. 5

[Empf: 1. 4. 1919. 13 h 59]

Volkskommissariat des Auswärtigen Moskau

[de Budapest 9653]

Die Thesen Lenins über bürgerliche Demokratie¹⁸ und die Resolution über den Weißen Terror¹⁹ erhalten. Letztere wurde heute in den Blättern veröffentlicht, erstere waren verstümmelt als was wir erhalten. Bestätigen wir die Chiffre erwarten wir [?] In Österreich wurde Eisenbahnerstreik abgerüstet indem ein Teil der Arbeiterforderungen namentlich durch die Erhöhung der Löhne im Gesamtausmaße von 170 Millionen Kronen erfüllt wurden. Die Entente drohen mit sofortiger Einstellung der Lebensmittelsendungen falls der Streik nicht sofort abgerüstet wird. Die Haltung der Wiener Arbeiterzeitung jämmerlich, ebenso auch das Benehmen der Führer dagegen sind die Arbeiter radikal gesinnt. Ihre Haltung berechtigt uns zu den größten Hoffnungen²⁰. Von Italien haben nichts besonderes erfahren. Eine amtliche Depeche hielt es für nötig zu erklären, daß in Italien die Dinge verhältnismäßig besser stehen als anderwärts auf dem Balkan²¹. Gärung im jugoslavischen Staate sind die Sozialdemokraten aus der Regierung ausgetreten und in Opposition gegangen^{21a}. Über die Beziehungen zwischen England Amerika einerseits und Frankreich andererseits sind wir ebenfalls durch die amerikanischen Radios unterrichtet. In England soll angeblich eine Vereinbarung zwischen Tripplealliance und Regierung vollzogen sein; es ist eine Reutermeldung daher höchst wahrscheinlich bloß ein frommer Wunsch²². In Deutschland ist die Stimmung der Arbeiter sehr für uns. In Württemberg haben sich Proletarier verschiedener Parteirichtungen auf bolschewistischer Grundlage zur Aktion vereinigt Unabhängige Sozialisten offen für die Orientierung auf Moskau²³.

¹⁸ Vgl. Poln. sobr. soč. Bd. 57, S. 491–503.

¹⁹ Vgl. Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des I. Kongresses der III. Internationale. Aufrufe und offene Schreiben des EK bis zum II. Kongress, Hamburg 1920, S. 65–68.

²⁰ Ein charakteristischer Fall der Überbewertung der Tagesereignisse: in historischer Sicht scheint der Streik keine besonders wichtige Rolle gespielt zu haben. Frau Gábor, Ausztria, S. 90, erwähnt ihn in einem kurzen Absatz (daselbst Quellennachweis, Anm. 2).

²¹ Es ist merkwürdig, daß weder Kun noch Čičerin den am 22. 3. gefaßten Beschluß der Sozialistischen Partei Italiens, sich der III. Internationale anzuschließen, die zu erregten Diskussionen in den Parteiorganisationen und Sympathiekundgebungen für Sowjetrußland führten, erwähnt. In Norditalien gab es zur Zeit der Abfassung dieses Telegrammes ausgedehnte Streikbewegungen: am 2. 4. fand bereits die erste bedeutende Versammlung der Faschisten in Mailand gegen die „bolschewistische Gefahr“ statt; vgl. zusammenfassend G. A. Chiurco, Storia della rivoluzione fascista, Florenz 1929, Bd. I S. 117 ff.

^{21a} Die Sozialdemokraten traten aus der Regierung am 2. 4. tatsächlich aus, aber waren bereits am 16. 7. 1919 wieder an ihr beteiligt. Eine „Gärung“ im Sinne revolutionärer Aktivität kann erst im Sommer 1919, mit der Gründung der kommunistischen Partei, verzeichnet werden. Vgl. V. Korać, Povjest radničkog pokreta u Hrvatskoj i Slavoniju [Gesch. d. Arbeiterbewegung in Kroatien und Slowenien], Zagreb 1929, I, S. 265 ff.

²² Die Meldung war richtig, wenn auch etwas verfrüht: zur endgültigen Regelung zwischen der Triple-Allianz der Bergarbeiter-, Eisenbahner- und Transportarbeitergewerkschaft und den Arbeitgebern kam es erst Mitte April 1919, doch war am 1. 4. die unmittelbare Drohung eines Massenstreiks beseitigt worden; vgl. G. D. H. Cole, Labour in the Coalmining Industry 1919–1921, Oxford 1923, S. 70 ff.; R. Page Arnot, The Miner, Years of Struggle, London 1953, S. 182 ff.

²³ In Stuttgart war am 21. März ein „Aktionsausschuß des geeinigten Proletariats“ ins Leben gerufen worden, der mit revolutionären Forderungen an die Regierung auftrat. Der

In der Slowakei wird von der tschechischen Regierung eine allgemeine Sozialistenhetze betrieben²⁴. Bitte mitzuteilen ob Sie die Telegramme des Korrespondenzbureaus sowie tägliche Situationsberichte erhalten ebenso auch ob Sie benötigen.

Kun

Nr. 6

2. 4. 1919

[gesendet: 2. 4. 1919]

Budapest. Bela Kun.

Ich teilte Ihnen gestern mit, daß die Franzosen angeblich ein vor mir unterschriebenes Radiotelegramm an Sie abgefangen haben in dem ich angeblich von bolschewistischen Unruhen in Amerika sprach²⁵ und daß diese neue Fälschung offenbar den Zweck verfolgt Wilson gegen Kompromißpolitik uns gegenüber zu stimmen. Bitte teilen Sie mein Dementi durch den Amerikanischen Konsul²⁶ der Amerikanischen Regierung mit. Bitte antworten Sie ob Sie die täglichen radiotelegraphischen Berichte unterschrieben Westnik von uns bekommen und auch benutzen. Nr. 395.

Tschitscherin

Nr. 7

3. 4. 1919

[gesendet: 4. 4. 4 h 45]

Budapest, Bela Kun

Ich schicke Ihnen per Radio eine Widerlegung der infamen Lügen über die Putilow-Affaire. Bitte geben Sie diese Widerlegung dem amerikanischen Vertreter damit er sie seiner Regierung mitteilt²⁷. Bitte teilen Sie mir mit ob Sie diesem selben amerika-

von den Kommunisten für den 31. 3. 1919 ausgerufene Generalstreik konnte, abgesehen von einigen belanglosen Kampfhandlungen, von der Regierung vereitelt werden; vgl. K. Heller, Die Staatsumwälzung in Württemberg 1918–1920, Stuttgart 1930.

²⁴ Nach der Ausrufung der am kürzesten dauernden Sowjetrepublik (4 Stunden) in Preßburg (Bratislava) im Dezember 1918 setzte in der Slowakei eine Verfolgung der Linkssozialisten und Ungarn ein, vgl. im allgemeinen Průhled československých dejin, Bd. III, Prag 1960, S. 77 ff., auch Tókes, Béla Kun S. 142 Anm. 13.

²⁵ Das hier bestrittene Telegramm wurde u.a. in der New York Times am 1. 4. 1919 unter Berufung auf eine Meldung aus Lyon vom 31. 3. als von der französischen Regierung aufgefangener Funkspruch aus Moskau nach Budapest abgedruckt: „Beautiful riot in Philadelphia, which we are reliably informed was inspired by Bolsheviki. News in American papers reaches us that the states of New York, Michigan, Illinois, Indiana and Pennsylvania are impregnated with Bolshevism.“ In derselben Ausgabe wird allerdings berichtet, daß die Unruhen in Philadelphia, nach amtlichen Untersuchungen, nichts mit bolschewistischem Einfluß zu tun hätten.

²⁶ Die Räteregierung hatte regelmäßige Kontakte mit der Amerikanischen Mission in Wien, deren Mitglieder wiederholt Budapest besuchten; vgl. etwa Papers PPC, Bd. XII, „The Coolidge-Mission: Hungary“ S. 372 ff., „The Halstaed-Mission: Hungary“, S. 606 ff. Ihre Berichte erwähnen die hier genannten Dementis nicht.

²⁷ Das Dementi war nicht unter den bislang publizierten Texten. – Im März 1919 fanden in zahlreichen Fabriken Petrograds, vor allem unter den Metallarbeitern der Putilow-Werke, Streiks und Demonstrationen gegen die Regierung statt. Etwa 34000 Arbeiter haben zeitweilig die Arbeit niedergelegt. Die westliche Presse berichtete erst in den ersten Apriltagen (z.B. The Times, London, am 2. 4., New York Times am 3. 4.) über die Unruhen; weitere Einzelheiten wurden dann im Weißbuch der britischen Regierung (A Collection of Reports on Bolshevism in Russia, Command Papers 8, 1 III. Russia No. 1, London, 7. 4. 1919, S. 70 f.) aufgrund von Berichten aus Rußland bekanntgegeben. Diese Streiks wurden, da sie vermutlich

nischen Vertreter meine frühere Widerlegung der angeblichen Sendung eines Funkpruchs an Sie über Unruhen in Amerika übergeben haben. Wie ich Ihnen früher meldete, habe ich nie den mir zugeschriebenen Funkpruch über amerikanische Unruhen abgeschickt. Es ist dies eine grobe französische Fälschung und ich habe Sie schon früher gebeten, dies den Amerikanern mitzuteilen²⁸. Heute bitte ich Sie ihnen meine Berichtigung über die Putilow Affaire gleichfalls zu übergeben. Diese Lügenkampagne verfolgt den Zweck Amerika von einer mässigeren Politik uns gegenüber abzuhalten und diesen systematischen Verleumdungen müssen wir fortwährend entgegenreten. Es sind auch andere dergleichen Lügen in Bewegung gesetzt worden zum Beispiel über die Zustände in Petrograd sind die unglaublichsten Sachen per Radio verbreitet worden²⁹. Ich bitte Sie nochmals mir mitzuteilen ob Sie unsere täglichen Radios Westnik und den täglichen Funkpruch den ich immer an Sie richte regelmässig bekommen. Die heutigen amerikanischen Radios aus Frankreich bringen die Nachricht von einem neuen Plan in der russischen Frage der wahrscheinlich bald angenommen werden wird. Man beabsichtigt nach Ungarn und Rußland den Burengeneral Smuts als Oberarzt für die bolschewistische Krankheit mit Lebensmitteln und Rohmaterial bewaffnet hinzuschicken. In Rußland wird die Distribution der Lebensmittel und des Rohmaterials unter dänischer Flagge geschehen unter der Leitung von Smuts. Eine förmliche Anerkennung unserer Regierung wird noch nicht stattfinden aber faktische Beziehungen mit uns werden zustande kommen³⁰. Gleichzeitig versuchen die amerikanischen Radios einen Unterschied zwischen dem ungarischen und dem russischen Bolschewismus herauszufinden und die ungarische Revolution als unschädlich darzustellen³¹. Andererseits kommt noch immer hauptsächlich aus französischen Quellen eine Flut von übertriebenen Nachrichten und direkten Lügen über unsere militärischen Situation. Man versucht noch immer unsere Lage als verzweifelt darzustellen und dem Publikum glaubhaft zu machen, wir sollen am Ende unseres Lateins sein. Diese Lügenkampagne geht immer munter fort und zeigt daß Frankreich noch nicht die Hoffnung verloren hat, England und Amerika in militärische Abenteuer gegen uns hineinzuziehen. Die amerikanischen Radios

mit der Aktivität der Sozialrevolutionäre zusammenhängen, in der sowjetischen Historiographie auch seitdem weitgehend verschwiegen.

²⁸ S. oben Telegramm Nr. 6. Cicerins Dementis (auch das hier nicht abgedruckte Telegramm vom 1. 4.) wurden in der westlichen Presse (z.B. New York Times vom 3. bzw. 5. 4. 1919) veröffentlicht.

²⁹ U. a. sind im obengenannten (Anm. 27) Weißbuch zahlreiche Berichte englischer Beobachter über Hungersnot und Verzweiflung in der alten Reichshauptstadt veröffentlicht.

³⁰ Vgl. Mantoux, *Délibérations* Bd. I S. 104; die Mission wurde von den Großen Vier ausdrücklich auf Ungarn begrenzt. Vermutlich wollte Smuts selbst seine Mission mit Kontaktaufnahme nach Rußland verbinden, worüber er mit Lloyd George gesprochen haben soll: so W. K. Hancock, *Smuts: The Sanguine Years 1870-1919*, Cambridge 1962, S. 516, doch wurde nichts daraus. Eine Lebensmittelaktion mit ungefähr den von Cicerin hier beschriebenen Bedingungen wurde etwas später von Hoover geplant und von Fritjof Nansen vorgeschlagen, doch scheiterte sie u. a. am Widerstand der „Weißen“, vgl. A. J. Meyer, *Politics and Diplomacy*, S. 478ff. Im allgemeinen arg schematisch, doch nicht uninformativ: B. E. Stein, *Die „Russische Frage“ auf der Pariser Friedenskonzferenz 1919-1920*, Aus d. Russ. übersetzt von E. Ehlers, Leipzig 1953, insbes. S. 144ff.

³¹ Darauf schien man jedenfalls auch in Budapest einen gewissen Wert gelegt zu haben, denn der U.S. Kapitän Roosevelt berichtete in Paris am 2. 4., daß Sprecher der ungarischen Sowjetregierung den Unterschied zwischen Kommunismus – wofür sie stünden – und russischem Bolschewismus hervorgehoben hätten; vgl. *Papers PPC* Bd. XII S. 416f., ähnlich auch in Presseberichten, etwa in der *New York Times* vom 2. 4. 1919.

gleichzeitig sagen ganz offen daß die Franzosen sie hinters Licht geführt haben und ihnen falsche Nachrichten zustellen. Sie sind in einer guten Lage um uns in unserem Kampf gegen die Lügenkampagne zu helfen und speziell um den Amerikanern Warnungen zukommen zu lassen gegen die ewigen französischen Fälschungen und gegen die täglichen Lügendosen welche unsere Feinde unermüdlich vorbringen. Bitte nochmals mir mitzuteilen ob alles regelmässig ankommt.

[401] Tschitscherin

Nr. 8

6. 4. 1919

[gesendet 10. 4. 1919]

Budapest, Bela Kun

Es ist für uns dringend nötig sofort zu erfahren ob Sie mein chiffriertes Radiogramm 360 vom 27. März entziffert haben⁸². In Ihrer heutigen Erklärung über die Unterredung mit General Smuts⁸³ sprechen sie von der Slovakischen Räterepublik. Bitte sagen Sie etwas näheres darüber wir wissen nichts über deren Bestehen⁸⁴. Was wissen Sie über die Ereignisse in Bulgarien? In den Funksprüchen der grossen Radiostationen sind darüber nur flüchtige Andeutungen^{84a}. Welches sind die Pläne ihrer Regierung in der Nationalitätsfrage welche in Ungarn immer sehr brennend war?⁸⁵ Bitte teilen Sie uns mit, ob Sie in dieser Frage ein Programm entworfen haben und ob Sie darüber mit Vertretern verschiedener Nationalitäten Verhandlungen führen oder zu führen beabsichtigen. Wie verhält sich ihre Regierung zu dem bundistischen Prinzip von exterritorialen nationalen Vereinigungen welches von Nichtbundisten bekämpft wurde?⁸⁶ Bitte benutzen Sie ihre Verbindung mit uns um uns Neuigkeiten von dem Bücher- und Broschürenmarkt zuzusenden. Es ist dies für uns sehr wichtig.

⁸² Radiogramm Nr. 360 blieb nicht erhalten (Anm. von Gábor, S. 214).

⁸³ Text nicht bekannt (Anm. von Gábor, ebd.).

⁸⁴ Es muß ein Mißverständnis vorgelegen haben, denn eine Slovakische Räterepublik wurde erst nach dem Einmarsch der Ungarn im Juni 1919 ausgerufen, s. unten Telegramm Nr. 32.

^{84a} In den Pressemeldungen sind keine Ereignisse von Wichtigkeit zu finden. Die Gründung der bulgarischen KP und ihre ersten Aktionen fanden erst Ende Mai 1919 statt. Vgl. Dimo Kazasov, *Burin godini 1918–1944*, Sofia 1949, S. 29–31; *Istorija Bolgarij v druch tomach* (Moskau 1955), II, S. 30 ff.

⁸⁵ Obwohl das von der Räteregierung beherrschte Ungarn überwiegend die magyarischen Kerngebiete umfaßte, wurden – im Anschluß an Ansätze in der Károlyi-Zeit, als Oskar Jászi die Nationalitätenpolitik bestimmte – Volkskommissariate für die ruthenische (Karpato-Ukrainische) und deutsche (West-ungarische) Minderheiten ins Leben gerufen. Die Grundgesetze der Räterepublik sicherten jenen nationalen Gruppen, die ein geschlossenes Siedlungsgebiet bewohnten, Autonomie zu; Verordnungen wurden erlassen, die den Gebrauch der Muttersprache in Ämtern und Schulen garantierten. Vgl. E. Gergely, *A Magyar Tanácsköztársaság nemzetiségi politikája* [Nationalitätenpolitik der Ungar. Räterep.] in *Századok* 103 (1969), S. 425–448; auch kurz in L. Schlereth, *Die politische Entwicklung des ungarländischen Deutschtums während der Revolution 1918/19*, München 1959, S. 77 ff.

⁸⁶ In den Meinungsverschiedenheiten unter den ungarischen Kommunisten scheint weniger diese Alternative (wozu vgl. z.B. Lenin, *O prave nacii na samoopredelenie* [Über das Recht der Nationen zur Selbstbestimmung], *Poln. sobr. soč.* Bd. 25 S. 255–320) als die zwischen der „Selbstbestimmung der Nationen“ (Lenin's Formulierung) und der „Selbstbestimmung der Werktätigen“, die damals von N. Bucharin, I. V. Stalin und anderen vertreten wurde, eine Rolle gespielt zu haben. Letztere Position wurde auf dem VIII. Parteitag der RKP(B) verworfen, aber allem Anscheine nach standen viele Führer der Räteregierung noch dieser Idee näher, vgl. neben dem oben (Anm. 35) zit. Aufsatz jetzt T. Hajdú, *Tanácsköztársaság*, S. 261 ff.

Die Radiostation Zarskoje Selo sollte ihnen den Text von Rakowskis³⁷ Funkspruch übersenden der an Frankreich gerichtet wird über die französischen und griechischen Greuelthaten besonders in Cherson³⁸. Bitte geben sie diesem Funkspruch die größte Verbreitung. Die Franzosen und Griechen führten nämlich Massen von Einwohnern dieser Stadt unterschiedslos in ein hölzernes Gebäude das nachher von einem französischen U-Boot bombardiert wurde so daß zahlreiche Einwohner der Stadt im Feuer umkamen. Es sind auch andere Greuelthaten dort verzeichnet, alles ist genau geprüft worden, unter Mitwirkung von Nichtkommunisten um den Verdacht einer tendenziösen Färbung zu beseitigen. Überhaupt sind Sie in der Lage vieles zu tun um der ungeheuerlichen Lügenkampagne entgegenzutreten welche noch immer gegen uns wütet. Noch immer verbreiten die Zeitungen Nachrichten über Menschen- und Pferdeleichen welche angeblich bei uns auf den Strassen herumliegen und Hungerige die angeblich ringsum die Pferdeleichen kämpfen um das Fleisch der toten Pferde herauszureißen³⁹ und auch über die phantastischen Chinesentruppen⁴⁰ welche angeblich die einzige Stütze unserer Regierung sind. Wir erfahren gewöhnlich spät und spärlich von diesen Lügennachrichten. Sie sind besser situiert um schneller darauf zu reagieren. Heute kam die Meldung daß die deutschen Vertreter in Spa eine Vereinbarung unterzeichnet haben laut [deren] die polnische Armee des Generals Haller durch Stettin statt Danzig durchgelassen werden wird⁴¹. In dieser Armee sind zahlreiche Franzosen in polnischer Uniform, sie besitzt französische Schwere Artillerie mit französischen Artilleristen gleichfalls in polnischer Uniform. Das Kommando ist hauptsächlich französisch. Zweifellos wird diese Streitkraft hauptsächlich gegen uns gerichtet werden. Falls sie ausführlicheres darüber erfahren bitten wir um Mitteilung.

Tschitscherin

³⁷ Chr. G. Rakovskij (1873–1941), rumänisch-bulgarischer Kommunist löste, im Winter 1919 als Lenins Protegé Pjatakow als Vorsitzenden der Sowjetregierung der Ukraine ab. Das Verhältnis Kuns zu Rakovskij ist etwas rätselhaft. In seinem verzweifelten Hilferuf nach Moskau am 28. Juli (abgedr. in MMTVD 6/B S. 545f., im Original ungarisch) beschuldigte er ihn der mangelnden Zusammenarbeit mit Ungarn, die zur Niederlage der Ungarischen Sowjets führe und schrieb, daß er es als einen „schweren politischen Fehler“ ansehe, Rakovskij „den Ukrainern gegen ihren Willen aufgezwungen zu haben“. Anscheinend hat Kun bereits vor seiner Abreise aus Moskau gegen Rakovskijs Einsetzung in Kiew gewarnt, das kommt auch aus dem bei A. Szepal, *Les 133 jours* (s. S. 188, Anm. 5), S. 176 abgedruckten (doch in Budapest unbekanntem) Telegramm hervor. Lenin stellte sich in seiner Antwortbotschaft (MMTV 6/B S. 552, ebenfalls ungarisch im Original) vorbehaltlos hinter Rakovskij.

³⁸ Abgedr. (ohne Unterschrift des als Trotzkisten 1928 verbannten Rakovskij) in *Graždanskaja vojna na Ukraine 1918–1920. Sbornik dokumentov i materialov* [Bürgerkrieg in der Ukraine 1918–1920. Dokumenten- und Materialsammlung], Hg. von N. I. Suprunenko und M. A. Rubac, Kiev 1967, T. 1 kn. 2, S. 293ff.

³⁹ So etwa im britischen Weißbuch (s. oben, Anm. 27), S. 30ff.

⁴⁰ Ebd. S. 28 und S. 78f. – Nach Angaben sowjetischer Historiker sollen etwa acht- bis neuntausend (nach chinesischer Zählung dreißig- bis vierzigtausend) Chinesen an allen Fronten des Bürgerkrieges gekämpft haben; vgl. N. A. Popov, *Učastie kitajskich internacionalnych častej v zašite sovetsoj respubliky . . .* [Teilnahme chinesischer internationalistischer Truppen an der Verteidigung der Sowjetrepublik in der Periode des Bürgerkrieges 1919–1920], in: *Voprosy istorii* 1957, no. 10, S. 118; G. Novogrudsckij, A. Dunaevskij, *Tovarišči kitajskie bojcy* [Chinesische Kämpfer-Genossen], Moskau 1959.

⁴¹ Die Rückführung der polnischen Expeditionsarmee unter General Josef Haller hatte über ihre Rolle in der Verteidigung Polens vor ukrainischen Angriffen hinaus vielfältige Bezüge auf die künftige Ostgrenze Deutschlands; vgl. Mantoux, *Délibérations*, Bd. I, S. 105ff. (vom 1. 4.), ferner T. Komarnicki, *Rebirth of the Polish Republic*, Melbourne 1957, S. 259ff.

Nr. 9

7. 4. 1919

Budapest Bela Kun

Bitte geben Sie uns Einzelheiten über die vollzogene Revolution in Bayern⁴². Wir wissen nichts außer dem kurzen Funkspruch der Bayerischen Räteregierung⁴³. Bitte teilen Sie uns mit, wie die Ereignisse dort verliefen und ob die neue Ordnung dort voll und ganz herrscht. Bitte geben Sie uns aber die von mir gestern erbetene Information über Ihr Nationalitätsprogramm. Wie steht es in Bayern, diesem bäuerlichen Land mit dem Agrarprogramm der Räteregierung? Wir warten noch immer auf Ihre Antwort in Bezug auf die Entzifferung meiner chiffrierten Radios vom 27. März⁴⁴. Bitte machen Sie weit und breit bekannt, daß Odessa von den ukrainischen Sowjettruppen genommen worden ist, es ist nicht unmöglich daß die Entente diesen von ihr erlittenen Schlag zu verheimlichen suchen wird⁴⁵. Die französische Regierung hat unser Radio beantwortet, sie verlangt noch immer, daß wir sofort alle französischen Militärs und alle diejenigen, die nach Frankreich zurückzukehren wünschen, über Finnland heimbefördern⁴⁶. In diesem Falle würden sie Manuilski⁴⁷ erlauben, mit den Russen in Kontakt zu treten aber nur in Gegenwart von Zeugen und verspricht allmählich unsere Soldaten heimzuschicken. Garantien aber fehlen vollständig. Von unseren Mitbürgern in Frankreich haben wir herzerreißende Nachrichten über die Grausamkeiten denen unsere Soldaten ausgesetzt sind, welche sich weigern, gegen uns zu kämpfen. Vor einem Jahre war der Grund zu diesen Verfolgungen die Weigerung unserer Soldaten, im Kriege weiter teilzunehmen, nachdem wir Frieden geschlossen hatten. Als später ganze Truppenteile zwecks Bestrafung nach Afrika geschickt worden, weigerten sich mehrere Abteilungen nach Afrika zu gehen. Ein Teil der Soldaten, der schweren Zwangsarbeiten unterworfen wurde, weigerte sich, diese Arbeiten zu verrichten⁴⁸. Endlich kam der Zwang, in die gegen uns kämpfenden

⁴² Die ersten sechs Sätze mit der Unterschrift „Lenin“ wurden aufgrund ihrer Publikation in den Münchener Neuesten Nachrichten vom 9. 4. 1919 bei Neubauer, München und Moskau (s. Anm. 27, S. 193), S. 56 abgedruckt. Sein Kommentar, die Frage nach der Nationalitätenpolitik sei unangebracht, beruht auf dem Irrtum, die Münchener Räte als Adressaten anzusehen.

⁴³ In Moskau war man über die Verhältnisse der ersten, anarchistischen („unechten“) Räterepublik offenbar völlig im Dunklen: die Telegramme Nr. 10, 11 und 17 beweisen, daß Lenin und Čičerin erst Ende April eine ungefähre Vorstellung von den Kräfteverhältnissen gewonnen haben. – Der „kurze Funkspruch“, auf den sich Čičerin hier bezieht, dürfte das seltsame Telegramm Dr. Lipps gewesen sein, worin die Einigkeit des Proletariats mit einem Hinweis auf Kants Thesen „Zum ewigen Frieden“ verbunden war, vgl. Neubauer, ebd., S. 54.

⁴⁴ Unbekannt, s. oben Nr. 6, Anm. 32.

⁴⁵ Agence Havas gab aus Paris am 6. 4. bekannt, daß die Räumung Odessas unmittelbar bevorstehe und am 8. 4. brachte die Associated Press die Meldung über den Fall der Stadt.

⁴⁶ Außenminister Pichon beantwortete am 7. 4. das Radiogramm Čičerins vom 10. 3. (abgedr. in Dokumenty II, S. 122f. bzw. 90f.), Béla Kun wurde bereits am 5. 4. von Lenin ersucht, die Antwort des russischen Volkskommissars vom 4. 4. auf das vorangegangene französische Radiogramm vom 28. 3.–3. 4. weiterzuleiten (vgl. ebd. S. 117, 112f., 115f.).

⁴⁷ D. Z. Manuilskij (1885–1959) wurde im Januar 1919 als Bevollmächtigter der sowjetrussischen Regierung mit dem Status eines Vertreters des Russischen Roten Kreuzes nach Frankreich entsandt, dort jedoch nach der Ankunft in Dünkirchen sofort arretiert und erst in einem Austauschverfahren wieder repatriiert.

⁴⁸ Dies dürfte vor allem für jene in Frankreich stationierten Soldaten des ehem. russischen Expeditionskorps zutreffen, die nach der Revolution in Rußland und dem Friedens-

Armeen einzutreten [. . .], die Verfolgungen die in diesen Fällen gegen unsere Soldaten stattgefunden haben, überstiegen alle Begriffe. In Afrika, im glühendsten Klima halb-verhungert sind sie gezwungen, tagelang übermenschlich schwere Lasten zu tragen. In den verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern sind sie fortwährend den grausamsten Mißhandlungen und auch dem Hunger preisgegeben⁴⁹. Die französische Regierung verlangt aber, daß wir alle, sie interessierenden Franzosen freilassen. Haben Sie Rakowskis Funkspruch über die Greuelthaten in Cherson erhalten? Bitte um Antwort.

Tschitscherin. 430.

Nr. 10

8. 4. 1919

[gesendet: 9. 4. 1919]

Budapest. Bela Kun.

Bitte teilen Sie uns Näheres über die bayerischen Ereignisse mit. Besonders ersuchen wir Sie Maßregeln zu treffen um die in Bayern bestehende Radiostation mit der Radiostation Moskau zu verbinden. Das Anrufungssignal der Moskauer Station ist MSK [das] der bayerischen Radiostation CG, wir müssen die Stunde wissen für Empfang und Übergabe und die Länge der Wellen. Indem Ihre Radiostation mit der bayerischen und andererseits mit der Moskauer in Verbindung steht können Sie beiderseits diese Information übergeben. Bitte machen Sie in verschiedenen Ländern nachstehendes bekannt: bei der Demarkationslinie in unserem Norden nördlich von Schenkursk⁵⁰ haben wir ein von feindlichen Patrouillen uns zugeworfenes Schreiben gefunden in welchem gesagt wird „Genossen, wir ersuchen euch uns nicht anzugreifen und uns nicht zu beschießen indem wir unter Anwendung von Gewalt mobilisiert worden sind und unter dem Joch wie in früherer Zeit stehen, es ist nicht möglich für unsereins zu euch überzugehen weil in solchen Fällen die Familie leiden muß bei den Überläufern wird alles konfisziert was er und seine Familie besitzt“. Von gefangenen Engländern haben wir erfahren daß man dort die Gefangenschaft bei den Bolschewiks mit dem sicheren Tod identifiziert. In dieser Frage hat Trotzky den Aufruf erlassen den ich Ihnen gestern mitteilte⁵¹. Tatsächlich üben wir keine Repression gegen die zwangsweise Mobilisierten aus und die Ausländer welche von uns gefangen genommen, werden wie Freunde behandelt. Bitte machen Sie dies besonders in England wenn es Ihnen nur möglich ist durch Ihre jetzigen Verbindungen bekannt.

Tschitscherin No. 445

Nr. 11

9. 4. 1919

[ges. 10. 4. 4 h 50]

Budapest, Bela Kun

Haben Sie an die Bayrische Räterepublik mein Begrüßungsradio⁵² geschickt? Wenn nicht, so fügen sie Lenins Unterschrift hinzu und schicken sie es mit unseren zwei Unterschriften, falls ja, bitte teilen sie München mit, Lenins Unterschrift wäre aus schluß ihre unmittelbare Repatriierung forderten; vgl. G. M. Derenkovskij, Vosstanie russkich soldat vo Francii v 1917 g. [Aufstände russischer Soldaten in Frankreich 1917], in: Istoričeskie Zapiski 38 (1951) S. 71 ff., insbes. S. 97 f.

⁴⁹ Čičerin gab in einigen seiner Noten genaue Zahlen der in einzelnen Lazaretten und Gefängnissen „festgehaltenen“ Russen an (vgl. Dokumenty II, S. 90). Auch die französische Regierung war besorgt über das Problem: Clémenceau bemerkte im Rat der Großen Vier am 7. 4. über „seine Russen“, die er nach Hause senden müsse: „c'est pas un petit problème“ (Mantoux, Délibérations I, S. 168).

⁵⁰ Šankursk, Stadt im Gebiet Vologda, etwa 300 km südlich von Archangelsk.

⁵¹ Nicht unter den bisher publizierten Texten.

⁵² Nicht unter den bisher publizierten Texten.

Versehen ausgelassen worden und müßte hinzugefügt werden⁵³. Haben sie das gesamte Material des Kongresses der Dritten Internationale, das Ihnen geschickt wurde, erhalten? Bitte um Mitteilung. Es ist für uns außerordentlich wichtig mit der in Bayern bestehenden Radiostation in Verbindung zu treten; Sie sind mit ihr verbunden? Bitte teilen Sie uns Stunde in Wellenlänge mit. Das Signal ist ‚cg‘. Wir sind gar nicht über Italien informiert, was wissen Sie über die dortige Lage? Bitte um ausführliche Information. Die Nachrichten über Ihre Verhandlung mit Smuts lauten in verschiedenen Radios widersprechend: aus den amerikanischen Radios kann man entnehmen, Sie wären im allgemeinen einverstanden, verlangten jedoch Abänderung der Vorschläge in Einzelheiten. Aus dem Nauener Radio kann man verstehen, daß sie die Forderungen der Entente abgewiesen haben in der sehr starken Form, sie sollte selbst ganz Ungarn besetzen um ihre Forderung durchzuführen. Bitte geben sie uns darüber genaueren Aufschluss⁵⁴. Die Vorschläge von Smuts sind uns unverständlich. Ist es ernst gemeint, einen Teil Ungarns mit italienischen, englischen und französischen Truppen zu besetzen, haben diese Leute wirklich die Absicht, ihre Soldaten in eine Revolutionsschule zu schicken, sind sie nicht genügend durch die Erfahrung darüber belehrt, daß ihre eigenen Truppen in die Atmosphäre eines revolutionären Landes versetzt, sehr schnell damit verseucht werden, wie das in solchem Umfange Südrussland der Fall gewesen ist und jetzt auch in Archangelsk⁵⁵? Wir bitten Sie uns auch über die Situation in Bayern zu berichten; indem die vorhandenen Informationen widersprechend und unklar sind. Heute ist in Moskau eine Sitzung des Zentral-Exekutiv-Komitees gewesen mit der Jungfernrede von Kalinin⁵⁶. Wie Sie wissen, ist seine Wahl damit verbunden, daß das Hauptaugenmerk der inneren Politik auf die intime Vereinigung mit dem mittleren Bauerntum gerichtet ist. In der ersten Periode der Revolution war die Dorfarmut das revolutionisierende Element, jetzt aber im Laufe der Entwicklung ist die Dorfarmut selbst zu einem neuen mittleren Bauerntum geworden. So ist jetzt die Hauptaufgabe der inneren Politik, die Gegensätze, soweit sie noch nicht überwunden sind, zwischen Proletariat und mittlerem Bauerntum endgültig zu beseitigen⁵⁷. Kalinins Wahl hat den Zweck, diese Aufgabe planmäßig zu erfüllen. Bitte teilen Sie uns mit, ob Sie telegraphisch mit

⁵³ Das Begrüßungstelegramm wurde in keinem der einschlägigen Werke (Neubauer, Mitchell, Beyer, s. oben Anm. 27 S. 193) abgedruckt.

⁵⁴ Diese Anfrage, sowie ihre Wiederholung im Telegramm Nr. 13 zeigen, daß die Vermutungen der Smuts-Mission, Kun habe zunächst Moskaus Instruktionen eingeholt, bevor er die Antwort des Revolutionären Regierungsrates vorlegte (so S. G. Millin, General Smuts, London 1936, Bd. 2, S. 459; Harold Nicholson, Peacemaking 1919, ebd. 21954, S. 302) unbegründet war. Vgl. auch Zs. L. Nagy, The Mission, a. a. O. (s. oben S. 190, Anm. 14).

⁵⁵ Die Entsendung von Truppen in die revoltierenden Gebiete Europas stieß auch in Paris auf Widerspruch: auf die mögliche „Ansteckung“ der Truppen durch den Bolschewismus wies W. Wilson am 27. 3. in der Sitzung der „Großen Vier“ hin (Mantoux, Les Délibérations I, S. 55). In der Geschichte der ungarischen Räterepublik ist mir allerdings nur ein Fall bekannt, als einige hundert Mann französische Truppen auf einer Eisenbahnstation von ein- bis zweihundert Rotgardisten aufgehalten, mit dem Ruf „Wir sind auch Proletarier!“ ihre Waffen wegwarfen und sich ergaben (MMTVVD 6/B S. 559f.). In der westlichen Presse (etwa Chicago Daily Tribune vom 1. 4. 1919) wird die Gefangennahme von 350 Franzosen berichtet.

⁵⁶ M. I. Kalinin (1875–1946) wurde nach dem Tode Ja. M. Sverdlovs (am 16. 3. 1919) Vorsitzender des Zentralen Exekutivkomitees.

⁵⁷ Zur Frage der Agrarpolitik vgl. Otto Schiller, Die Landwirtschaft der Sowjetunion 1917–1953, Tübingen 1954; auch die einleitenden Kapitel in D. Bronger, Der Kampf um die sowjetische Agrarpolitik 1925–1929, Köln 1967. Die neue Parteiflinie wurde auf dem VIII. Parteitag der RKP(B) verabschiedet.

Schweden verbunden sind. In Stockholm haben wir als Vertreter den Genossen Fredrik Stroem, seine Adresse ist Pipersgaten 31⁵⁸. Indem wir mit ihm weder telegraphisch noch radiotelegraphisch gegenwärtig verkehren können, würden wir an Sie unsere für ihn bestimmten Mitteilungen senden mit der Bitte, sie ihm telegraphisch zu übermitteln und ihn aufzufordern, denselben Weg zu benutzen um uns zu erreichen. In Stockholm besteht noch eine Abteilung der Rosta⁵⁹; auf demselben telegraphischen Wege könnten Sie vielleicht sie mit Material versorgen. Überhaupt möchten wir wissen, wie weit und mit welchen Ländern sie verbunden sind, um von uns kommende wichtige Mitteilungen veröffentlichen zu können.

Tschitscherin. 455

Nr. 12

10. 4. 1919

[empf. 20 h 09]

Tschitscherin Auswärtiges Amt Moskau

Aus Budapest

Wir haben das Telegramm, worin die Begrüßung enthalten war, nach München übermittelt. In Namen des Genossen Lenin haben wir ein besonderes Begrüßungstelegramm geschickt⁶⁰. Aus dem Material des Internationalen Kongresses haben wir erstens die Richtlinien der Kommunistischen Internationale, zweitens über weißen Terror, drittens bürgerliche Demokratie, viertens internationale Lage erhalten⁶¹. Radiostation wurde an[ge]wiesen, Verbindung zwischen Moskau und München zu vermitteln. Über Italien ist uns zur Zeit ebenfalls wenig bekannt. Angeblich ist die Arbeitslosigkeit nicht so schrecklich, andererseits kommen uns Nachrichten von großen Demonstrationen in Mailand zu⁶². Wir haben Ihnen Akten über die Verhandlungen mit Smuts zugeschickt. Sie haben auch wohl meine Erklärung für die Presse bekommen⁶³. Wir werden Ihnen darüber bald Näheres mitteilen. Das ganze Material was wir über Bayern erhalten, wird Ihnen nunmehr sofort übermittelt. Wir haben telegraphische Verbindung mit dem Westen und mit dem Norden. Wir werden von nun an unsere Berichte an den Genossen Frederik Strom senden mit dem Ersuchen, er soll uns bekannt geben, ob er unsere Telegramme erhält. Wir glauben, daß die Verbindung auf diese Weise hergestellt werden kann.

Volkskommissar des Äußeren Kun

⁵⁸ F. Ström (1880–1948) Linksozialist, 1918–1920 Chefredakteur der Zeitung Folkets Dagblad Politiken, wurde 1920–24 Generalsekretär der KP Schwedens.

⁵⁹ Rossijskoe telegrafnoe agentstvo (1918–1935) = Russische Telegrafagentur.

⁶⁰ Keines dieser Telegramme in den Werken über München, s. oben Anm. 53.

⁶¹ Vgl. Manifest, Richtlinien (wie Anm. 19) passim.

⁶² Kun irrt sich: bei Kriegsende wurden Zehntausende aus der in den Kriegsjahren unheimlich angewachsenen Schwerindustrie entlassen, im März 1919 etwa anderthalb Millionen Soldaten demobilisiert, während das traditionelle Sicherheitsventil, die Auswanderung, praktisch gesperrt blieb; vgl. M. F. Neufeld, Italy: School for Awakening Countries, Ithaca N.Y. 1961, S. 368 ff. – Die Mailänder Demonstrationen, auf die sich das Telegramm bezieht, fanden etwa eine Woche vorher statt. Die Tage zwischen dem 11. und 19. April sollten jedoch bittere und blutige Straßenkämpfe erleben; vgl. Chiurco (wie S. 202, Anm. 21) S. 120 ff.; P. Nenni, Storia di quattro anni, Rom 1946, S. 21 f.; Orlando fand es angebracht, in Paris auf die bolschewistische Gefahr in seinem Lande hinzuweisen (Mantoux, Délibérations I, S. 221).

⁶³ Abgedruckt in Népszava (Budapest) vom 6. 4. 1919; zit. in New York Times vom 8. 4. 1919.

Nr. 13

12. 4. 1919

[13.06 h.]

Budapest, Bela [Kun]

Sie teilten uns gestern mit, Sie würden uns Dokumente über ihre Verhandlungen mit General Smuts zuschicken, wir haben aber nichts erhalten. Wir wissen bis jetzt nicht mit voller Genauigkeit was bei diesen Verhandlungen vorgefallen ist. Es ist für uns besonders wichtig zu wissen, ob eine Verständigung zwischen Ihnen und General Smuts zustande gekommen ist oder nicht⁶⁴. Die Nauener und die Französischen Radios erzählen noch immer, daß Ententetruppen einen Teil Ungarns zu besetzen beabsichtigen. Ist dies wirklich der Fall? Uns gegenüber ist der Ton der englischen Regierung besonders in den Äusserungen des Home Secretary Short im Unterhaus ausserordentlich feindselig geworden⁶⁵. Die amerikanischen Radios zeigen aber mehr und mehr eine Neigung zu einer gemässigten Politik uns gegenüber und sprechen gleichzeitig von der nahe bevorstehenden Auflösung der Entente. Sehr feindselig ist auch die Haltung Polens in den letzten Tagen geworden. In Polen selbst ist gegen die Kommunisten ein Ausnahmegesetz erlassen worden. Die französischen Radios sprechen auch von angeblichen Vorbereitungen der finnländischen Armee gegen uns. Tatsächlich sind früher alle solche Vorbereitungen daran gescheitert, daß die Finnländer selbst in ihrer Masse nicht marschieren wollten^{65a}. Wir können erwarten, daß die Entwicklung in Polen bald zu ähnlichen Ergebnissen führen wird, indem sogar die nationalistisch gefärbte Rechte der PPS durch die jetztige äussere Reaktion, die in Polen herrscht, in die erbitterteste Opposition getrieben worden ist⁶⁶.

Tschitscherin. No. 463

⁶⁴ General Smuts gewann in Budapest den Eindruck, daß das Regime von selbst fallen werde und empfahl eine abwartende Haltung. Zu den Beschlüssen, doch militärisch einzugreifen, vgl. die oben, S. 191, Anm. 16, angeführte Literatur, ferner P. S. Wandycz, *France and her Eastern Allies 1919–1923*, Minneapolis 1962, S. 187 ff.

⁶⁵ Vgl. *The Debates of the House of Commons*, 9 April 1919; S. 2171. Short's Angriffe auf Sowjetrußland hingen mit der „Revolte“ im Unterhaus gegen die geheime Zustimmung Lloyd George's zur Bullitt-Mission (s. unten Anm. 108) zusammen; vgl. A. J. Meyer, *Politics and Diplomacy*, a. a. O., S. 604 ff.

^{65a} General Mannerheim strebte seit Beginn des Jahres 1919 diesbezügliche Vereinbarungen mit den Westmächten an; als das nicht gelang, wurden sowohl nationalfinnische Truppen als auch Streitkräfte Maynard's in Karelien bereitgestellt und am 20. April erfolgte der allerdings bald gestoppte Angriff; vgl. C. J. Smith jr., *Finland and the Russian Revolution 1917–1922*, Athens, Georgia, 1958, S. 138 ff.

⁶⁶ Polnische Sozialistische Partei, die Partei Pilsudskys. Čičerins Analyse scheint übertrieben zu sein. Obwohl die Paderewski-Regierung (Dez. 1918–Sept. 1919) tatsächlich äußerst konservativ war und schließlich auf Druck der oppositionellen Bauernpartei zurücktreten mußte, kann die Haltung der PPS nicht als „erbitterte“ Opposition bezeichnet werden. – Die Ausnahmegesetze wurden in der 25. Sitzung der Sejm, am 5. 4. 1919, verkündet (*Monitor Polski*, zit. in *Allied Press Reports* 6, no. 2 vom 14. Mai 1919). Im allgemeinen vgl. F. Swietokowa, *Kommunistyczna partia robotnicza polski 1918–1913*, Warschau 1968; M. K. Dziewanowski, *The Communist Party of Poland, An Outline of History*, Cambridge, Mass., 1959, S. 83 f.

Nr. 14

18. 4. 1919

Aus Budapest

478 Mit Bezug auf Telegramm vom 12. April Zahl 468⁶⁷ ungarische Räterepublik ist selbstredend gerne bereit Schutz der Interessen der russischen Staatsbürger in der Schweiz zu übernehmen⁶⁸. Da jedoch Bundesregierung diplomatischen Charakter unserer Berner Vertretung bis jetzt nicht anerkannt hat, erscheint es mehr denn fraglich, ob sie zur Übernahme der russischen Interessenvertretung durch unsere Berner Mission ihre Zustimmung erteilen wird⁶⁹. Ich lasse daher unter einem [?] Berner Regierung über ihre diesbezüglichen Intentionen in vertraulichem Wege sondieren und werde nicht ermangeln, Ergebnis umgehend zu telegraphieren. Zahl 2186.

Volkskommissar Kun.

Nr. 15

21. 4. 1919 (23 h 30)

Aus Budapest

Genosse Tschitscherin Moskau:

Brauchen dringend vollständige Sammlung russischer Dekrete und Durchführungsverordnungen seit Oktober 1917 deutscher oder russischer Sprache, ferner womöglich vollständiges Exemplar Iswestia für dieselbe Zeit. Sendet davon ein Paket zu 70 Kilogramm nach Proskurow⁷⁰ wo wir es durch Flieger abholen. Bitte sogleich Antwort und Verständigung sobald Paket in Proskurow angekommen, ferner Vor-sorge für Öl und Benzin Ergänzung in Proskurow für unseren Flieger⁷¹.

Bela Kun

Nr. 16

23. 4. 1919

[gesendet 24. 4. 4 h 25]

Budapest Bela Kun

Französische und amerikanische Radios sprechen von einem Vormarsch der Tschechen

⁶⁷ Nicht unter den Kopien in Budapest (Anm. von Gábor).

⁶⁸ Die Anfrage Čičerins dürfte mit seiner Note an die Bundesregierung vom 19. 4. 1919 (Dokumenty II, S. 140) über die Lage russischer Studenten in der Schweiz im Zusammenhang gestanden haben.

⁶⁹ Die Räterepublik hatte keine offiziellen Beziehungen zur Eidgenossenschaft. Noch unter Károlyis Regierung wurde zwar eine Feministin, Rosa Bedy-Schwimmer nach Bern entsandt, sie mußte aber einsehen, daß für sie in einem Lande, wo Frauen kein Wahlrecht hatten, keine Chancen bestünden und trat zurück. Ihr folgte als Generalbevollmächtigter Baron J. von Szilassy, der es versuchte, mit den in der Schweiz weilenden Vertretern der USA in Verbindung zu treten (vgl. Papers PPC II, S. 207). Obwohl Szilassy nicht bereit war, gegen die Räterepublik aufzutreten, pflegte er nach dem 21. März keinen offiziellen Kontakt mit Budapest (vgl. seine Memoiren, Untergang der Donau-Monarchie, Berlin 1921, S. 335 ff.), so daß Kun keine Hoffnung auf die Erfüllung der Bitte Čičerins haben konnte.

⁷⁰ Proskurow, Kleinstadt im Bezirk Kamenec-Podolsk, um die 200 km ost-südöstlich von Lemberg, etwa 600 km in Fluglinie von Budapest entfernt.

⁷¹ Der Flugweg wurde offenbar des öfteren benutzt, solange die ukrainischen Kommunisten Gebiete besetzt hielten, die aus Ungarn mit den damaligen technischen Mitteln erreicht werden konnten. Am bekanntesten ist der Flug des Volkskommissars Tibor Szamuely, der Ende Mai nach Kiev und Moskau reiste, um über Waffenhilfe für Ungarn zu verhandeln; er brachte den „Gruß“ Lenins (s. oben S. 194, Anm. 29) mit nach Budapest.

gegen Ungarn und von der Besetzung von Szeged durch die französischen farbigen Truppen, die Lage Ungarns wird in diesen Radios als kritisch dargestellt⁷². Deutsche offizielle Nauener Radios malen mit den schwärzesten Farben die innere und äußere Situation der Bayerischen Räterepublik. Es verlautete angeblich die Münchener Garnison hätte sich gegen die Kommunisten erhoben⁷³. Ich bitte Sie nochmals die bayerischen Genossen zu veranlassen uns ständig auf dem Laufenden zu halten soweit das möglich und zulässig ist, auch Sie bitten wir uns soweit dies zulässig . . . ist uns über die Lage Ungarns dauernd informiert zu halten. Nr. 538

Tschitscherin

Nr. 17

26. 4. 1919

Budapest, Bela Kun

Die Beziehungen zwischen Mehrheit, Unabhängigen und Kommunisten in München sind für uns unklar. Die Zeitungen sprechen auch von Zerwürfnissen innerhalb der Kommunisten, Tollers Verhaftung usw. Bitte geben sie uns darüber mehr Aufklärung. Die bürgerliche Presse spricht viel von Hungersnot in München infolge Lebensmittelabsperrung. Bitte geben sie uns mehr Details über die Lage dort⁷⁴. Bitte übergeben sie der Funkstation München unsere Bitte um ausführliche Information. Wir haben vorgestern einige kurze Mitteilungen von München Vollzugsrat erhalten, aber nur Bruckstücke von Information⁷⁵. Bitte um Antwort ob Sie das, worüber wir Sie baten nach Wien und München mitgeteilt haben⁷⁶. Über Ungarn verbreiten die deutschen und amerikanischen Radios phantastische Sachen z. B. Sie hätten angeblich den Rumänen die Abdankung der kommunistischen Regierung vorgeschlagen um Frieden zu bekommen; solche Lügen werden mit auf der Hand liegender Absicht verbreitet⁷⁷. Die Nachricht von der Einsetzung einer Sowjetsregierung im Ukraini-

⁷² Der Angriff der Rumänen begann am 16. 4.; am 20. April nahmen sie Oradea/Großwardein, am 21. Debrecen; als Čičerin dieses Telegramm schrieb, schien ihr Vormarsch auf Budapest unaufhaltsam zu sein. Vgl. W. Böhm, Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen, München 1924, S. 537 f. – Szeged war allerdings seit Dezember 1918 in französischen Händen, so daß die Ausrufung einer Räteregierung dort nach einigen Tagen von der Besatzungsmacht rückgängig gemacht wurde.

⁷³ Am 13. April hatten die „Republikanischen Schutztruppen“ einen Versuch unternommen, die Räteregierung zu stürzen; vgl. A. Mitchell, Revolution in Bavaria (s. S. 193, Anm. 27), S. 517 ff.

⁷⁴ In Moskau war man offenbar noch immer nicht über die tatsächliche Lage in München informiert, denn die „Mehrheitssozialisten“ waren nie an der Räterevolution beteiligt. Der Konflikt dieser Tage verschärfte sich auch nicht „innerhalb der Kommunisten“, die ohnehin nur eine geringe Gruppe darstellten, sondern zwischen ihnen (Levien, Leviné u. a.) und den gegenüber der Räterepublik zunächst loyalen Unabhängigen. Der wichtigste Mann der USPD, Ernst Toller (1893–1929), legte am 26. April sein militärisches Kommando nieder, wurde von Leviné des Verrats bezichtigt, nahm am 28. 4. offenbar seine Stellung doch wieder ein. „Zwielichtig ist die Rolle des Unerfahrenen, zum Handeln so gar nicht Berufenen . . .“ schreibt über ihn Bodo Uhse (Ernst Toller, Ausgew. Schriften, Berlin 1961, Vorwort).

⁷⁵ Auf diesen Funkspruch hin dürfte Lenin sein ausführliches, programmatisches Telegramm an München gerichtet haben; abgedr. in Poln. sobr. soč. Bd. 38 S. 321, auch bei Neubauer, München, a. a. O. S. 74 ff.

⁷⁶ Der Bezug ist rätselhaft (vgl. auch Telegramm Nr. 18).

⁷⁷ Kun scheint zumindest die Preisgabe einiger, als Extremisten angesehenen Volkskommissare für einen Waffenstillstand mit den Rumänen und Eröffnung von Verhandlungen

schen Galizien hat sich bestätigt, so werden wir mit Ihnen bald direkte Fühlung bekommen. Die Rottruppen weichen in Bessarabien hinein, die Rumänen haben ganz Bessarabien geräumt⁷⁸. Im Orient gärt es überall, der Umsturz in Afghanistan bedeutet den Sturz der englandfreundlichen Elemente⁷⁹. In Indien ist die Explosion nicht fern⁸⁰. Falls England nicht vernünftig wird, kann es da etwas erleben. Ein Zentralkomitee des revolutionären Orients⁸¹ hat sich in der Türkei gebildet. 549.

Tschitscherin

Nr. 18

27. 4. 1919

Tschitscherin, Moscou
de Budapest 339

Wir werden über die Ereignisse in München einen detaillierten Bericht zusenden. Was die deutschen und amerikanischen Radios über unsere angeblichen Angebote die wir den Rumänen gemacht hätten verbreiten ist aus der Luft gegriffen⁸². Das bewußte Telegramm haben wir nach Wien und München weitergeleitet. Die Bauer und Renner befinden sich auf dem besten Wege sich zu Scheidemännern und Eberts zu entwickeln. Begnügen sich nicht mehr mit der Verhaftung russischer und ungarischer Revolutionäre sondern sie denunzieren sie sofort den französischen Imperialisten⁸³. Wir führen . . . [Text bricht ab].

mit Paris erwogen zu haben: so Böhm, Im Kreuzfeuer, a. a. O., S. 351 f.; auch Prof. Brown in Papers PPG XII, S. 437 ff. und Tökes, Bela Kun, S. 162 ff. Tatsächlich war die wichtigste Vorbedingung für die Pläne des Prof. Brown die Abdankung Kuns selbst und der Umschwung auf einen milderen Kurs. Diese Alternative wurde in den Tagen um den 1. Mai auf Drängen der Kommunisten verworfen und der Weg des Widerstandes gewählt.

⁷⁸ Vgl. Graždanskaja vojna v Ukraine tom 1, kn. 2, (wie Anm. 38) S. 381 und A. E. Adams, Bolsheviki (wie S. 190, Anm. 15), S. 349 ff., doch eine Sowjetregierung in Galizien wird nicht erwähnt. Die gesamte Lagebeschreibung ist unbegründet optimistisch: die roten Erfolge waren recht begrenzt.

⁷⁹ Die Regierung des Khans Amanullah erklärte am 21. Februar 1919 die Unabhängigkeit des Landes und sandte eine Mission nach Rußland. Die Sowjetregierung erkannte Afghanistan am 10. 6. 1919 an (Dokumenty II, S. 174 und 204). Vgl. L. W. Adamec, Afghanistan 1900–1923, A Diplomatic History, Berkeley 1967, S. 108 ff.; L. Fisher, The Soviets in World Affairs I, Princeton 1950, S. 284 ff.

⁸⁰ Die Unruhen in Indien brachen bereits Ende März aus, als die sog. Rowlatt-Gesetze verkündet wurden, die die bürgerlichen Freiheitsrechte der Inder beschränkten. Am 6. 4. 1919 begann eine ausgedehnte „satyagraha“ (gewaltloser Widerstand), doch nach der Verhaftung Gandhis am 10. April nahm sie erregtere Formen an. Am 13. April wurden im berüchtigten Massaker von Amritsar (Jallianwala Bagh) 379 Menschen erschossen, über zwölfhundert verletzt. Dieser Tag gilt als Geburtsstunde der modernen indischen nationalen Bewegung: die Illusionen einer friedlichen Emanzipation schienen restlos zerstört; so J. Nehru, An Autobiography, London 1936, S. 43 f.; R. C. Majumdar, History of the Freedom Movement in India III, Calcutta 1963, S. 16 ff.; jetzt auch im einzelnen: Raja Ram, The Jallianwala Bagh Massacre, Chandigarh 1969.

⁸¹ Offenbar eine kurzlebige Vereinigung, denn die einschlägige Literatur (etwa G. S. Harris, The Origins of Communism in Turkey, Stanford 1967; R. P. Kormianko, Rabočee dvizenie v Turcii, Moskau 1965) erwähnt sie nicht.

⁸² Vgl. oben Anm. 77; Kun's entschiedenes Dementi entsprach nicht den Tatsachen.

⁸³ Die einzige Auskunft über die hier genannten Kommunisten ist ein Hinweis des öster-

Nr. 19

1. 5. 1919

Budapest Rat der Volksbeauftragten

Bitte Kopie übersenden an München, Aktionsausschuß⁸⁴

An das werktätige Volk Ungarns und Bayerns entsenden wir unsere wärmsten brüderlichen Grüsse zum ersten Mai, dem großen Weltfeiertag der internationalen Verbrüderung der Arbeiter und des internationalen Kampfes gegen das Kapital und gegen jede Unterdrückung. Mit besonderer Freude begrüßen wir anlässlich des Maifestes dieses Jahres das heroisch kämpfende arbeitende Volk Ungarns und Bayerns das im Kampf für die internationale Verbrüderung der Arbeitenden und in der großen Weltschlacht für die Befreiung der Arbeit den vorgeschobensten Posten einnimmt. Freudig schwellen unsere Herzen beim Anblick der gigantisch in die Höhe strebenden revolutionären proletarischen Bewegung welche jeden Tag neue Siege verzeichnet und im Sturmschritt den Weg zum baldigen Triumph betritt. Ungeheuer groß sind die Schwierigkeiten die noch überwunden werden müssen, unzählig die Feinde, groß ist ihre Macht aber das revolutionäre Bewußtsein der Arbeitenden aller Länder zerreißt täglich mehr und mehr die Bande welche noch dem werktätigen Volke auferlegt sind. In Ungarn, in Bayern, wie in Rußland haben wir noch gegen mächtige feindliche Armeen, gegen Blockade und Hungersnot zu kämpfen, aber jeder Tag bringt uns neue Bundesgenossen, neue Freunde, neue zu Bewußtsein erwachende Klassenbrüder auf der andern Seite der Barrikade. Hin und her wogt der Kampf und nicht immer haben wir Siege zu verzeichnen, aber doch sind die Erfolge unserer Sache unermesslich groß und werden mit jedem Tage größer. Keine Gefahr, keine Not schreckt uns ab, voll Siegesbewußtsein schreiten wir unaufhaltsam vorwärts, der Tag des endgültigen Triumphs ist nahe. Mit diesem erhebenden Gefühl feiern wir den großen Festtag der Arbeit diese Jahres einig in unserem revolutionären proletarischen Gedanken mit unseren Mitkämpfern in Ungarn und Bayern.

Volkskommissar der russischen Sowjetregierung
Tschitscherin

Nr. 20

4. 5. 1919

Budapest Bela Kun

Bitte teilen Sie uns mit ob Sie unser und Rakowskys Ultimatum vom ersten Mai⁸⁵ an die Rumänische Regierung übergeben haben. Wir bateten Sie dasselbe per Radio nach

reichischen Botschafters Baron von Cnobloch, der am 26. 4. 1919 seine Regierung vor der Reise eines „Agitators“ Kraus nach Bruck und am 28. 4. 1919 vor zwei anderen namens Nemes und Rössler warnte. (Österr. Staatsarchiv, H.-H. u. St.-A., Neues Pol.A.: Staatsamt für Äußeres, Liasse Ungarn I/1, 6 W. 587, Nrr. 1299 u. 1314.) In diesen Tagen wurden mehrere Noten zwischen Béla Kun und Otto Bauer gewechselt, in denen Beschuldigungen, die Gegenseite unterstützte regierungsfeindliche Propaganda im Lande des anderen, ausgesprochen wurden (ebd., Allgem. Akten, Liasse Ungarn I, 1, 880, W. 591, Nrr. 3298, 3325, 3356 vom 25.–26. 4. 1919). Diese Akten sind mir jedoch nur aus einer Regestenpublikation von M. Szinai u. L. Szücs, in: *Levél-tári Közlemények* [Archival. Mitt.] 40 (1969), S. 108ff. bekannt, so daß keine Einzelheiten ersichtlich sind.

⁸⁴ Das Telegramm konnte den am 27. April zum Rücktritt gezwungenen Aktionsausschuß nicht mehr erreichen; auch die Stunden der nunmehr von den Roten Truppen geleiteten Räterepublik in München waren am 1. Mai bereits gezählt: die Regierungstruppen hatten am Abend zuvor ihren Angriff auf die Stadt begonnen und bereiteten der Räteperiode ein blutiges Ende.

⁸⁵ Abgedruckt in *L'Ukraine Soviétiste*, a. a. O. (s. oben S. 190, Anm. 15), S. 62f.

Bukarest weiterzusenden. Ist es von Bukarest empfangen worden. Am folgenden Tag hat Rakowsky ein anderes Ultimatum an die Rumänische Regierung geschickt die Evakuation der Bukowina verlangend die Frist war der vierte Mai 24 Uhr. Bei dieser teilte der Kriegskommissar der Ukraine Podvoisky mit, der Vormarsch der Rumänen nach Ungarn und die Bestialitäten derselben gegen das Volk der Bukowina haben die Ukrainer Sowjetregierung gezwungen ein Ultimatum an Rumänien zu stellen⁸⁶. Jetzt sagte er⁸⁷, wo eine Koalition sich gegen uns bildet muß dagegen eine Koalition der Sowjetsrepubliken sich erheben und an der ersten Stelle dem Sowjetsungarn aktiv helfen.

Tschitscherin No. 594

Nr. 21

5. 5. 1919

Radio Budapest Bela Kun

Aus einem verstümmelt von uns empfangenen Kiewer Radio können wir entnehmen daß in Budapest der Kongress der Sowjets Ungarns zusammenberufen ist⁸⁸. Falls es so ist bitten wir Sie dem Kongress die wärmsten brüderlichen Grüße der Sowjetregierung Rußlands zu übergeben. Von unermesslicher Bedeutung ist die ungarische proletarische Revolution welche die erste ist die den revolutionären Brand nach Mitteleuropa hineingetragen hat. Dieser Brand kann nicht mehr gelöscht werden die verzweifelten Anstrengungen der alten Welt das keimende neue Leben und die emporschießende neue Gesellschaft zu vernichten werden nur den Zusammenbruch des morschen alten Gesellschaftsbauens beschleunigen. Weiter aushalten allen Angriffen zum Trotz durch alle unermesslichen Schwierigkeiten unermüdlich uns durchkämpfen dieser steile Pfad führt uns hinauf zum baldigen leuchtenden Sieg.

Volkskommissar des Auswärtigen

Tschitscherin

Nr. 22

23. 5. 1919

Budapest, Bela Kun

Wir erleben jetzt einen erneuten allgemeinen Angriff der internationalen Gegenrevolution auf die Revolution. Nach der Koltschak-Offensive, welche so kläglich gescheitert ist, begann der Angriff auf Petersburg und die Entente-Funksprüche verbergen nicht mehr, sondern erkennen offen an, die offizielle Teilnahme ihrer Regierungen an dieser Unternehmung. Die englische Admiralität spricht offiziell von Kooperation englischer Seestreitkräfte mit den Weißgardisten im Petersburger Gouvernement⁸⁹. Die heldenmütige Arbeiterschaft unserer ersten revolutionären Hauptstadt eilt zur Front um ihre Stadt und die Revolution zu verteidigen. Desto mehr aber müssen wir die Tatsache bekannt machen, daß der Angreifer die Entente selbst

⁸⁶ Ebd. S. 64.

⁸⁷ I. N. Podvojskij (1880–1948), erster Kriegskommissar Sowjetrußlands, wurde 1919 Kriegskommissar der Ukrainischen Sowjetrepublik; er gab am 6. 5. der Moskauer Zeitung *Izvestija* ein Interview, indem er über die „Koalition der Sowjetrepubliken“ sprach.

⁸⁸ Irrtümliche Meldung: der Rätekongreß wurde erst im Juni einberufen, vgl. unten Telegramme Nr. 27 und 30.

⁸⁹ Für die Lage in Petrograd vgl. A. S. Puchov, *Petrograd ne sdavat* [P. ergibt sich nicht!], Moskau 1960; über die Teilnahme der Navy berichtete die *Labour-Zeitung Daily Herald* (London) am 26. Mai 1919; vgl. jetzt C. A. Agar, *Baltic Episode*, London 1963, und G. Bennett, *Cowan's War, The Story of British Naval Operations in the Baltic 1918–1920*, ebd. 1964, insbes. S. 105 ff.

ist. Gleichzeitig ist ein neuer Angriff der Weißgardisten von Kurland auf Riga inszeniert worden. Die Lügennachrichten über die Einnahme von Riga und Dünaburg scheinen ein Manöver gewesen zu sein, das die erneute Offensive gegen Riga politisch vorbereiten sollte⁹⁰. Aus französischen Funksprüchen erfahren wir, General Franchet d'Esperey⁹¹ sei nach Arad gekommen, verhandele mit der ungarischen gegenrevolutionären sogenannten Regierung⁹² und habe erklärt, eine neue Offensive gegen Ungarn werde sofort beginnen. Bei dem Ansturm dieser neunten Welle der Gegenrevolution müssen wir unsere Kräfte anspannen, kämpfen und ausharren in dem Bewußtsein, daß die Stunden der Weltreaktion und des Kapitalismus bald schlagen wird.

Sie wissen, daß im Osten unsere Offensive gegen Kolschak glänzend vorwärts geht und unsere Truppen vor den Toren Ufas stehen und, daß im Süden unsere Lage auch sehr günstig ist⁹³. In Petersburg sorgen die bewaffneten Arbeiter für den Schutz der Stadt und dieser Schutz ist stark. Wir hoffen daß die brüderlichen Sowjetrepubliken Lettland und Litauen es verstehen werden, den Angriff abzuschlagen, und die glänzenden Leistungen der ungarischen Räterepublik in diesem zweifelhaften Kampfe haben wir schon gesehen. Den Massen in den Ententeländern muss jetzt klar gemacht werden, daß ihre Regierungen, die behaupteten auf die Intervention in Rußland verzichtet zu haben, logen, und ihre Völker betrogen. Die Massen sollen begreifen lernen, daß nur wenn sie die Macht ergreifen und die Weltreaktion und den Kapitalismus stürzen, der letztere den Versuch aufgegeben wird, die Arbeiterrevolution zu ersticken. Die Augen der Massen sollen geöffnet werden auf den Schwindel derjenigen, unter welchen auch sogenannte Sozialisten sind, welche einen politischen Feldzug gegen die Intervention als solche führen, in der Hoffnung, imperialistische Regierungen davon abzuhalten zu können, ohne die Massen auf das Ganze und auf die Machtergreifung zu richten. 712

Tschitscherin

Nr. 23

Detskoie Solo 4. 6. 1919.

Budapest, Bela Kun

Das rasche und siegreiche Vordringen der Rottruppen in Bessarabien wird die Frage der Befreiung der rumänischen arbeitenden Massen bald aktuell machen. Die Bessa-

⁹⁰ Riga wurde am 21. Mai von der Baltischen Landeswehr eingenommen; vgl. R. von der Goltz, *Meine Sendung in Finnland und im Baltikum*, Leipzig 1920. S. 191 ff.; auch *Der Feldzug im Baltikum bis zur zweiten Einnahme von Riga*, Hg. vom Reichskriegsministerium, Berlin 1937.

⁹¹ Louis Felix M. F. Franchet d'Esperey (1856–1942), Generaloberst, seit Juni 1918 Oberbefehlshaber der alliierten Armée d'Orient.

⁹² Die Konterrevolutionäre „Regierung“ in Arad wurde mit Unterstützung des französischen Generals Gondrecourt vom Grafen Gyula (Julius) Károlyi Anfang Mai ins Leben gerufen; sie vereinigte sich bald mit der Szegediner Regierung und dem Antibolschewistischen Komité in Wien und wurde zur Keimzelle der Gegenrevolution, die Admiral Horthy nach Budapest führte; vgl. B. Kelemen, *Adatok a szegedi ellenforradalom és a szegedi kormány történetéhez* [Daten zur Geschichte der Szegediner Gegenrevolution und der Szegediner Regierung], Szeged 1925.

⁹³ In den Rückzugsgefechten zwischen dem 5. und 26. April war es der Roten Armee gelungen, sich der Umfassung zu entziehen, Admiral Kolčaks „Wettrennen zur Wolga“ scheitern zu lassen und alle Kräfte zu einem Flankenangriff von Süden zusammenzuziehen. Vgl. G. Ch. Ejeka, *Ufimszkaja avantjura Kolčaka* [K.'s Abenteuer in Ufa], Moskau 1961.

rabische Sowjetsregierung ist an der Front, das Bessarabische Volk erhebt sich und schließt sich den Rottruppen an, die französischen Soldaten weigern sich, gegen die Volkssache zu kämpfen, die Gärung in den französischen Truppen wächst mit jedem Tag. Nicht nur Franzosen sondern auch rumänische Soldaten beginnen sich den Rottruppen zu ergeben. Indem die Rumänische Regierung einsieht daß [. . .] Frage der Rumänischen Revolution bald gestellt werden wird, versucht sie ihre Soldaten durch phantastische Erzählungen über angebliche bolschewistische Greuelthaten gruselig zu machen⁹⁴. Bitte versuchen Sie ihrerseits, unter den Rumänen bekannt zu machen, daß dies eine dreiste, niederträchtige Lüge ist.

Bitte machen sie in Europa bekannt, daß die Konterrevolution jetzt auch das Rote Kreuz als Schirm für verbrecherische Machenschaften benützt. In Finnland treiben die Vertreter des Dänischen Roten Kreuzes unter den heimkehrenden russischen Soldaten die gehässigte, lügenhafteste Propaganda gegen uns und versuchen sie zu überreden, in Weißgardistenbanden einzutreten⁹⁵. Unsere Soldaten bleiben fest, aber diese Niederträchtigkeit muß festgenagelt werden.

In April hat England in Transkaukasien öffentlich erklärt, das ganze Gebiet werde durch die englische Truppen okkupiert werden und die oberste Macht werde dem englischen Militärkommando übergehen. Mitte Mai wurde erklärt, die englische Okkupation werde dort durch italienische ersetzt werden. Italienische Truppen kommen bereits in Tiflis an, der Prinz von Savoyen ist da angekommen. Die Entente politik ist reine Raubspolitik geworden⁹⁶. 786.

Tschitscherin

Nr. 24

[Datum unleserlich, wohl 8. 6. 1919]

(Sofort, unbedingt dringend absenden, vorher chiffrieren)

Budapest, Bela Kun

Ein Radiogramm aus Paris 7. Juni 22 Uhr enthält Ultimatum an Sowjetsungarn⁹⁷. Die Alliierten beabsichtigen Vertreter der ungarischen Regierung einzuladen und die Beschlüsse über Ungarns Grenzen ihnen mitzuteilen. Die Ungarn aber überrennen Slowakien. Die Alliierten haben zweimal den rumänischen Vormarsch auf Budapest aufgehalten, sowie den serbischen und französischen Vormarsch im Süden. Der ungarischen Regierung wird vorgeschlagen, den Attacken [gegen] die Tschechoslowaken ein Ende zu setzen, widrigenfalls werden die Alliierten zu den extremsten Maßregeln greifen um Ungarn zu zwingen, den Kriegsoperationen ein Ende zu setzen und sich

⁹⁴ Zur allgemeinen Lage in Bessarabien vgl. A. E. Adams, Bolsheviki (wie S. 190, Anm. 15), S. 186–214; 239 ff.

⁹⁵ Das Radiogramm des Volkskommissariats des Answärtigen an den Leiter der Dänischen Mission des Roten Kreuzes in Finnland vom 8. 6. 1919 ist abgedr. in Dokumenty II, S. 191, darin werden die hier erwähnten Beschuldigungen ausgesprochen.

⁹⁶ Zustimmung: F. Kazamzadeh, The Struggle for Transcaucasia 1917–1921, New York–Oxford 1951, S. 227; vgl. auch A. Raevskij, Anglijskaja intervecija [Engl. Intervention], Baku 1927, S. 36 f., 55 ff.

⁹⁷ Es handelt sich um das erste, gleichsam sondierungsweise abgesandte Telegramm der Friedenskonferenz (abgedruckt in Papers PFC VI S. 246 f.). Die Delegationsleiter waren über die Erfolge der ungarischen Roten Armee und die Schwäche der tschechischen und rumänischen Streitkräfte offenbar besorgt und wollten den diplomatischen Weg, die Ungarn hinter die Demarkationslinien zu verweisen, erforschen (Mantoux, Les Délibérations II, S. 338 f., 349 f.).

den Beschlüssen der Alliierten zu fügen. Antwort auf dies Telegramm wird in 40 (wahrscheinlich 48 Stunden) erwartet⁹⁸. Vielleicht hat die Radiostation Budapest dies Radio nicht empfangen, also teilen wir es Ihnen mit. 817.

Tschitscherin

Nr. 25

9. 6. 1919

Bela Kun Budapest

Entente Radios melden daß die ungarischen roten Truppen Gebiete besetzen die nicht ungarisch sind. Wäre es nicht notwendig der Selbstbestimmung der Slowaken Raum zu geben um nicht dem tschechischen Nationalismus neue Nahrung zu bieten.

Tschitscherin Nr. 813

Nr. 26

9. 6. 1919 (?)

Tschitscherin Radio 813 und 818

Alle Vorbereitungen sind getroffen um die slovakische Räterepublik zu proklamieren⁹⁹. Proklamation erfolgt in kürzester Zeit. Unsere Nationalitätenpolitik ist leninistisch. (Kun)

Nr. 27

11. 6. 1919

Budapest. An den Kongress aller Räte Ungarns¹⁰⁰

Teuere Genossen! Mit größter Freude und mit Bewunderung verfolgen wir eure Arbeit und eure Siege. Das ungarische Proletariat, besser als das russische organisiert, hat uns schon überholt und seine Diktatur ist ein Vorbild für die Arbeiter der ganzen Welt. Eurer fester revolutionärer Kurs sichert Euch vollen Erfolg. Der Rätekongress wird überall die Macht der Arbeitenden befestigen. Wir sind mit Herz und Seele mit Euch und begrüßen Euch, unsere ungarischen Brüder. Es lebe die ungarische Räte-

⁹⁸ Béla Kun antwortete unmittelbar (am 9. 6.) und erklärte, Ungarn sei bereit, über alle strittigen Fragen zu verhandeln, doch könne die Armee, die nur den Angriff der Tschechoslowaken erwidere, nicht ohne Garantien zurückgezogen werden (Text nicht bekannt, Verweis bei Mantoux, ebd. S. 440 und Papers PPC VI S. 254). Am 13. 6. wurde dann die genauer formulierte „Clémenceau-Note“ mit der Beschreibung der endgültigen Grenzregelung abgesandt, worüber auch Prag und Bukarest informiert wurden (Mantoux ebd. S. 374; Papers, ebd., S. 411 ff.).

⁹⁹ In Budapest bestand seit Ende März 1919 eine „Internationale Sozialistische Föderation“, worin zahlreiche Tschechen und Slowaken, unter den letzteren besonders J. Janoušek, eine führende Rolle gespielt haben und an der Propaganda unter den Soldaten der Nachbarländer aktiv teilnahmen. Am ausführlichsten in T. Hajdú, Tanácsköztársaság, S. 67 ff.

¹⁰⁰ Der Landeskongress der Räte tagte vom 14.–24. Juni im Budapester Parlamentsgebäude. Die Mehrzahl der Delegierten kam vom Lande und verhehlte ihre Kritik an der bürokratischen, doktrinären Politik der Regierung nicht. Der Kongress beriet ausführlich über die Antwort auf die Clémenceau-Note (s. unten Anm. 103) und entschied sich schließlich, ihr zu willfahren und die Armee zurückzuziehen. Das Protokoll des Kongresses ist teilweise abgedruckt in MMTVD 6/B S. 14–270; ihre Analyse bei Tökes, Béla Kun, S. 188 ff.

macht, es lebe die ungarische Rotarmee, es lebe die Weltrevolution! Präsidium des Allrussischen Zentralexekutivkomitees. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). 836

Nr. 28

18. 6. 1919

Radio an den Kongress der Sozialistischen Partei Ungarns¹⁰¹ Budapest

Teuere Genossen! Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale begrüßt euch [aufs] wärmste zum Parteikongress der in einem so verantwortungreichen historischen Augenblicke zusammentritt. Die ganze Kommunistische Internationale ist stolz auf ihre ungarische Sektion die im Laufe kurzer Zeit eine solche Riesenarbeit geleistet hat. Wir sind fest überzeugt daß der Grundstein der Einheit des gesamten ungarischen Proletariats den Sie im März 1919 gelegt haben unerträglich bleibt nur Abtrünnige nur Renegaten nur Leute die sich von der Arbeiterklasse losgelöst haben können sich jetzt der Diktatur des Proletariats widersetzen. Jeder ehrliche und bewußte Anhänger der Arbeiterklasse muß jetzt Kommunist werden. Kaum vor einem Monat krampfte sich unser Herz mit Schmerz zusammen als wir sahen wie die Banden die von der Entente gegen euch losgelassen wurden unser rotes Budapest zu umringen begannen. Die heldenmütige Begeisterung der ungarischen Arbeiter zwang die Banditen von der roten ungarischen Hauptstadt zurückzuprallen. Dieser Monat eures edelmütigen und selbstlosen Kampfes gegen die fremdländischen Gewalttäter bildet eine goldene Seite in der Geschichte des Kommunismus. Die Wirksamkeit eurer Partei in dieser Zeit wird in der Geschichte der III. Internationale einen Platz einnehmen als unvergeßliches Kapitel der Geschichte der Befreiung des Proletariats von den Ketten des Kapitalismus. Eure Partei bewies nicht in Worten sondern durch die Tat daß die Arbeiterklasse in unseren Tagen fähig ist nicht allein die eigene Bourgeoisie zu stürzen sondern auch einen revolutionären Krieg gegen die fremdländische Bourgeoisie zu führen um das sozialistische Vaterland zu verteidigen. Eure Partei leitet das Staatsschiff des proletarischen Ungarns geschickt durch die Felsenriffe und wir sind überzeugt, daß ihr euch auch des weiteren eurer großen Aufgabe gewachsen sein werdet [sic!]. Genossen! Ihr könnt euch nicht vorstellen welch einen ungeheuren und welch einen heilsamen Einfluß eure Arbeit auf die Kommunistischen Parteien und Gruppen der ganzen Welt ausübt. Alles was es Ehrliches unter den Arbeitern der ganzen Welt gibt haßt eure Feinde und ist von Liebe zu euch erfüllt. Die proletarische Revolution wächst gewiss und in aller nächster Zeit wird die zivilisierte Welt dem Kommunismus angehören. Weder die Grausamkeiten der bürgerlichen Regierungen noch die Verräterei der Sozialchauvinisten werden die morsche kapitalistische Ordnung retten die ihre letzten Tage fristet. Die entscheidenden Schlachten stehen aber noch bevor [. . .] organisiert euch, organisiert euch und rüstet euch und nochmals organisiert euch und nochmals rüstet euch.

¹⁰¹ Der Parteikongreß, der am 12./13. Juni tagte, sollte die Widersprüche, die seit der in aller Eile im März durchgeführten Fusion immer schärfer in den Vordergrund traten, lösen. Die Mehrheit der 327 Delegierten gehörte jedoch der alten, sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung an, so daß schließlich nur ein Kompromiß zustande gebracht werden konnte. Allerdings scheint die gesamte Parteiproblematik in der ungarischen Räterepublik eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben, da die Regierungsorgane und Sowjets die Führung innehatten während die Partei nur ein formales Gebilde blieb; dies wird ausführlich behandelt in Tökes, Béla Kun, passim, (insbes. S. 177 ff., 207 ff.), auch in meiner Diskussion, S. 561 ff.

Das übrige wird sich geben. Es lebe die Kommunistische Partei Ungarns!¹⁰² Es lebe die Weltrevolution!

Vorsitzender des Exekutivkomites der Kommunistischen
Internationale Sinowjew

Nr. 29

18. 6. 1919 (?)

Chiffre

Lieber Genosse Lenin. Ich danke Ihnen sehr für Ihr Telegramm¹⁰³ in dem Sie meine auswärtige Politik billigen. Ich bin stolz darauf, einer Ihrer besten Schüler zu sein, aber ich glaube in einer Sache bin ich sogar Ihnen überlegen nämlich in der Frage der mala fides. Ich glaube die Entente sehr gut zu kennen. Ich weiß, daß sie mit uns einen unsühnlichen Kampf führt. In diesem Kampf kann im besten Fall nur ein Zustand von Waffenstillstand eintreten, nicht aber ein Friede. Es ist das ein Kampf auf Leben und Tod. Ich danke Ihnen noch einmal für Ihre Zeilen. Ihr ergebener

Béla Kun.¹⁰⁴

Nr. 30

19. 6. 1919 (Sofort senden!)

Budapest, Bela Kun

Von den Berichten ihres Rätekongresses sind nur kleine Bruchstücke bei uns empfangen worden. Bitte schicken Sie an Radiostation Moskau vollständigen Bericht des Kongresses.

Tschitscherin nr. 886

Nr. 31

20. 6. 1919. 22 h 20

Budapest, Bela Kun

Lunatscharski Unterrichtskommissar¹⁰⁵ sendet von seiner Inspektionsreise in der Provinz folgenden telegraphischen Bericht:

„Bei der Bereisung der Gouvernementskreise, Städte und Dörfer habe ich mich davon überzeugt, daß trotz aller Schwierigkeiten, welche die während des Krieges außerordentlich geschwächte Schule zu bestehen hat, trotz ungenügender Vorbildung der Lehrer, trotz Mangel an nötigem Inventar und Hunger in den Governements in denen ich war, ungeachtet auch der radikalen Neuheit unserer Schulreformen, überall das Erblühen neuen Arbeitsschule begonnen hat¹⁰⁶. Trotz des allgemeinen Nahrungsmangels ist das Schulfrühstück fast überall eingeführt worden. Lehrer der

¹⁰² Das Telegramm der Komintern setzt die Annahme der früheren Anweisung der III. Internationale (abgedr. in MMTVD 6/B S. 14) über den Namen (und dadurch Charakter) der Partei voraus: in der Tat entschied sich der Kongreß gegen die Anweisung der Komintern, die vereinigte Partei als „Kommunistische“ zu bezeichnen und nahm die Bezeichnung „Sozialistisch-Kommunistische Arbeiterpartei“ an. Hierzu auch Tökes, ebd., S. 181.

¹⁰³ Kun bezieht sich auf das Telegramm Lenins (abgedr. in Poln. sobr. soč. Bd. 50 S. 354) worin er die Ungarn vor den Manövern der Entente warnt, aber auch klarmacht, daß Sowjetrußland vorerst keine unmittelbare Hilfe zu versprechen vermag.

¹⁰⁴ Dieses Telegramm, zusammen mit Lenins Funkspruch (s. vorangegangene Anm.), wurde auch in Paris aufgefangen und dürfte kaum das Vertrauen der Alliierten in die Budapest Regierung gestärkt haben (vgl. Papers PPC VII, S. 22).

¹⁰⁵ A. V. Lunačarskij (1875–1933), 1918–1929 Volkskommissar für Unterrichtswesen.

¹⁰⁶ Die Schulreform, über die hier gesprochen wird, ist ausführlich behandelt in O. Anweiler, Schule und Pädagogik in Rußland . . ., Berlin 1964, S. 102ff.

Dorf- und Stadtschulen legen häufig große Liebe zur Schule an den Tag, Verständnis für die Reformen, pädagogische Schaffungskraft. Ich habe Schulen, besonders Eisenbahnschulen gesehen, wo die Kinder voll Freude leben, spielen, Gärten graben, in Werkstätten arbeiten, in der Schule Dienstleistungen verrichten, Mahlzeiten kochen, singen, tanzen und als organisierte Kommune leben und wo bereits der Hauch der neuen Schule weht von welcher wir träumten und deren Verwirklichung wir begannen. Ich habe Kinderklubs und Ausstellungen von Kinderarbeiten gesehen. Die Schule zweiter Stufe geht langsamer vorwärts. Die Lehrer legen weniger Schaffensfreude an den Tag dafür gewinnen die Schüler allmählich die neue Schule lieb. In Kostroma¹⁰⁷ führten 500 Zöglinge eine Schulrevolution durch und bildeten die erste Schulkommune. Die fortgeschrittene Schuljugend der zweiten Stufe, häufig sogar Kinder der Bourgeoise streben auf neuen Wegen vorwärts. Trotz der Schwierigkeiten wächst die Anzahl der Schulen, ich nenne genaue Zahlen: In der Stadt Kostroma waren 1916 81 Lehrer, 3600 Schüler; 1918 nach der November-Revolution 145 Lehrer, 5000 Schüler, jetzt, 280 Lehrer, 6478 Schüler; die Zahl der Schüler ist um 79 Prozent, die der Lehrer um 245 Prozent gestiegen. Der Vorschul- und der Fortbildungsunterricht sind ganz neue Zweige an deren Aufbau gearbeitet wird in den Landkreisen und sogar Dörfern entstehen Kindergärten die sich der Sympathie der Bevölkerung erfreuen und häufig von den Bauern für eigene Rechnung unterhalten werden. Die Zahl der neu entstehenden Klubs, Volkshäuser ist groß und es ist unmöglich sich nicht über die einzig dastehende Zahl zu freuen: allein im Gouvernement Kostroma sind 400 Dorftheater angemeldet, wahrscheinlich mehr als in ganz Deutschland oder Frankreich Dorftheater vorhanden sind. Verderblich für die Schule ist nur der Mangel an Lehrmitteln, an Kleidung und Schuhwerk der Kinder. Vor nicht sehr langer Zeit habe ich Vertreter der amerikanischen öffentlichen Meinung gesehen, die nach Abschluß des Friedens dem russischen Volke in seinem gewaltigen Drange nach Licht, nach Wissen, Gründung der neuen Schule beizustehen versprochen. Es wurde von der Notwendigkeit gesprochen, aus Amerika Instrukture zu senden und Pädagogen nach Amerika zu schicken; das war in jenen Tagen als die Amerikaner Bullitt Stephens Russland Frieden anboten¹⁰⁸ als die Antwort der Sowjetregierung hoffen ließ, daß die Blockade des nach Freiheit und Licht dürstenden Volkes eingestellt würde. Trotz der uns würgenden Bourgeoise des Westens, trotz unserer Dürftigkeit, werden wir durch die Kraft unseres Geistes das Unterpand für die erblühende Kraft des russischen Volkes die Arbeitsschule schaffen.“

Ende von Luntscharskys Bericht¹⁰⁹. Tschitscherin. 891

Nr. 32

25. 6. 1919. 20 h 49

Budapest, Bela Kun

Bitte dem Volkskommissariat des Auswärtigen der Slowakischen Sowjetsrepublik¹¹⁰

¹⁰⁷ Kostroma, Industriestadt und Bezirkshauptort an der oberen Wolga, etwa 300 km nord-östlich von Moskau.

¹⁰⁸ William C. Bullitt und L. Steffens waren im Auftrag des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 8.-14. März 1919 zu einer geheimen Sondierung nach Moskau gereist; sie überbrachten in Paris Lenins Vorschläge, doch die Annäherung wurde nicht weiter verfolgt. Darüber am besten jetzt A. J. Meyer, *Politics and Diplomacy*, a. a. O., S. 450 ff.

¹⁰⁹ Unter den in Budapest aufbewahrten Telegrammtextrn befindet sich ein zweiter Bericht von Lunačarskij über den I. Allrussischen Kongreß der Erzieher (Anm. von Gábor).

¹¹⁰ Eine Slowakische Räterepublik wurde am 16. Juni in Eperjes/Prešov ausgerufen, doch

Nachstehendes zu übergeben: Die Russische Sowjetsrepublik begrüßt freudig die zuletzt in die Reihen der revolutionären sozialistischen Sowjetstaaten eingetretene Slowakische Räterepublik. In ehernen Tagen des Kampfes um Leben und Tod auf den Schlachtfeldern wo Weltimperialismus und Weltrevolution aufeinander prallen, ist die jüngste sozialistische Republik als ein frischer Kämpfer der neuen Welt erschienen. Glückauf zu heldenmütigen Taten zu unausbleiblichen Prüfungen und zu glorreichen Siegen für die Sache der Arbeiterrevolution Hand in Hand mit den im Feuer stehenden Arbeiter- und Bauernstaaten als Kampfgenosse im Weltbunde der sozialistischen Sowjetsrepubliken! Es Lebe die Rote Räterepublik Slowakei, es lebe die Kommunistische Internationale, es lebe die Weltrevolution!

Volkskommissar [des] Auswärtigen Tschitscherin. 911

Nr. 33

8. 7. 1919. 22 h 45 (Sofort, vor alles senden!)

Budapest, Bela Kun

Bitte machen Sie allgemein bekannt, es wird gegenwärtig ein neues Betrugssystem angewandt nämlich gefälschte Funksprüche, die angeblich von uns stammen, in der Entente-Press abgedruckt, die ganz und gar eine plumpe Fälschung sind. Anfang Juni wurde in mehreren englischen Zeitungen gedruckt, Lenin hätte an Bela Kun einen Funkspruch gesandt, wo er sagte, der Fall Petersburg sein unausbleiblich, bedeute aber nicht den Untergang der Revolution¹¹¹. Nie hat Lenin derartiges weder an Sie noch an jemanden anderen gefunkt oder sonstwie geäußert und nie haben wir den Fall Petersburg als bevorstehend betrachtet. Im Gegenteil wir haben immer betont, das Petersburger Proletariat würde heldenmütig für Petersburg kämpfen und die rote Stadt glänzend verteidigen, was sich auch bewährt hat. Mitte Juni wurde in englischen Zeitungen ein angeblich aus Moskau kommender Funkspruch veröffentlicht, in welchem gesagt wurde, wir wären im Begriff Petersburg zu evakuieren¹¹². Dies ist wiederum eine niederträchtige Fälschung, nie haben wir dies gefunkt und wir haben gar nicht die Absicht Petersburg zu evakuieren. Das ist eine grobe Lüge um die Stimmung in den regierungsfreundlichen Kreisen Englands zu heben und ihnen zu helfen, die steigende revolutionäre Welle niederzuhalten. Bitte machen Sie weit und breit auf diese niederträchtige Methode aufmerksam und warnen Sie die Leser vor angeblichen Funksprüchen aus Moskau die bisweilen nur eine Erfindung und ein Lügenmanöver der Entente darstellen.

Tschitscherin. 976

überlebte sie den Rückzug der Ungarischen Roten Armee am 26. 6. nicht. Ihre Bedeutung und Auswirkung wird in der heutigen tschechoslowakischen Historiographie heftig umstritten (s. meine Diskussion, S. 572 Anm. 93, jetzt auch T. Hajdú, Tanácsköztársaság S. 277 ff.). Ihre Geschichte ist kurz zusammengefaßt im Aufsatz von P. A. Toma, The Slovak Soviet Republic of 1919, in: The American Slavic and Eastern European Review 17 (1958), S. 205–215.

¹¹¹ Das betreffende Telegramm wurde als Meldung aus den Haag vom 3. 6. – mit Bezug auf Wiener Berichte – in The Times (London) am 4. 6. 1919 abgedruckt. Am folgenden Tage erschien ebd. eine Meldung aus Helsinki über „Letzte Tage des Roten Petersburg“.

¹¹² Es ist nicht unmöglich, daß Čičerin eine Pressemeldung mißverstanden oder unvollständig erhalten hat: die „Wireless Press“ meldete am 16. 6. daß die unzuverlässigen Elemente aus Petersburg evakuiert würden und die Stadt sich auf die Verteidigung vorbereite; so in The Times (London) vom 1. 7. 1919.

Nr. 34

22. 7. 1919

[gesendet: 23. 7. 5 h 30]

Heute haben wir Moskauer Radiostation zwecks Übergabe an Budapest Lenins Interview in englischer Sprache für Unipress gegeben¹¹³. Bitte sorgen Sie dafür daß Budapest es richtig empfängt und daß es weitergeleitet wird. Interview ist prachtvoll.
No. 1046

Tschitscherin

Nr. 35

29. 7. 1919. 22 h. (Dringend!)

Budapest Bela Kun

Bitte uns mitzuteilen ob Sie deutsche Übersetzung Lenins Interview durchgesehen und Richtigkeit Wiedergabe englischen Textes an Unipress Paris geprüft haben.¹¹⁴ Pariser und Lyoner Radios sprechen viel von angeblichen Plänen Entente Sowjetungarn zu überfallen. Aus allem Material ist unsere Schlußfolgerung Entente ist hierzu machtlos indem revolutionäre Bewegung in benachbarten Länder zu stark ist, um ruhige Offensive gegen Sowjetungarn zuzulassen¹¹⁵. Heute erfuhren wir Obersten Rat der Entente in Paris schlägt der Radio [sic!] ungarischem Volke vor, Blockade aufzuheben und Nahrungsmittel zu schicken wenn ungarisches Volk Sowjetregierung niederwirft¹¹⁶. So zynisch offen wurde Verzicht auf Freiheit für Brot noch nie vorgeschlagen. Wir sind sicher daß das ungarische arbeitende Volk auf diesen zynischen Köder nicht eingehen und klar einsehen wird daß es für wenig Brot aller seiner Errungenschaften verlustig gehen würde¹¹⁷. Wir sind sicher daß das ungarische Volk weiter siegreich für die Eroberungen der proletarischen Revolution kämpfen wird.

Tschitscherin

¹¹³ Es handelt sich um die „Antworten auf Fragen eines amerikanischen Journalisten“ (abgedr. Poln. sobr. soč. Bd. 39 S. 113–117), die am 22. 7. auch in deutscher Sprache nach Budapest gefunkt wurden, um den Text kollationieren zu können (Anm. von Gábor).

¹¹⁴ Kuns Antwort kam in Moskau erst am 5. 8. an; in ihr wurden die Prüfung des Textes und die Weiterleitung bestätigt. Kun versprach auch dafür zu sorgen, „daß das Interview in der europäischen Presse abgedruckt werde“ (Anm. von Gábor). Tatsächlich hat Unipress das Interview nicht verbreitet; es wurde zuerst in der Oktobernummer 1919 der linksgerichteten Zeitschrift *Liberator* (New York) abgedruckt.

¹¹⁵ Diese Vermutung zeugt von der, hier nunmehr für die ungarischen Sowjets fatalen Verkennung der Revolutionslage in den Nachbarländern; gewiß gab es manche Bewegungen in den Städten Rumäniens (worüber G. Unc, *Die Solidarität der Werktätigen Rumäniens mit der proletarischen Revolution in Ungarn*, *Bibl. Hist. Romaniae* 26, Bukarest 1970, berichtet) doch die Propaganda in den feindlichen Armeen konnte die nationalistischen Hoffnungen der Nachfolgestaaten nie wesentlich erschüttern.

¹¹⁶ Das Ultimatum ist abgedr. in *Papers PPC VII* S. 521 f. In den Diskussionen der Delegationsleiter vom 25.–26. 7. 1919 wurde der unausbleibliche Sturz der ungarischen Sowjets vorausgesetzt; man beriet sich vornehmlich über die neue Regierung und die Vereinbarungen mit den Nachfolgestaaten.

¹¹⁷ Obwohl die Versorgungslage in Budapest oft schwierig war, scheint die Verlockung der Lebensmittelsendungen nicht, oder zumindest nicht allein, ausschlaggebend gewesen zu sein. In seiner letzten Rede auf ungarischem Boden warf Kun der Arbeiterschaft Mangel an Opferbereitschaft und Verständnis für die Überwindung der Anfangsschwierigkeiten vor (so auch Szántó, *Klassenkämpfe* [s. S. 189, Anm. 8], S. 96 f.), doch er selbst mußte einsehen, daß die Ursachen des Zusammenbruches neben den inneren auch in den äußeren Verhältnissen des Landes lagen; die Erklärungen, die von Kommunisten und Sozialisten in der Folgezeit für die Niederlage geboten wurden, sind zusammengefaßt in meiner Diskussion, a. a. O., S. 557 f.